

Amorphe Identität

Die urbane Entwicklung der Gemeinde Münchenbuchsee zur zweiten Jahrtausendwende

Masterarbeit

bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

an der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte

am historischen Institut

an der philosophisch-historischen Fakultät

der Universität Bern

6. Juli 2020

vorgelegt von:

Michel Monnier

Erikaweg 14, 3098 Köniz

m.monnier@gmx.ch

Matrikelnummer: 09-111-568

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Erkenntnisleitende Fragestellung	7
1.2. Begrifflichkeiten.....	7
1.2.1. <i>Urbanisierung und Verstädterung</i>	7
1.2.2. <i>Suburbanisierung</i>	8
1.2.3. <i>Post-Suburbanisierung</i>	8
1.2.4. <i>Periurbanisierung</i>	9
1.2.5. <i>Lokale «Governance»</i>	9
1.2.6. <i>Landschaft</i>	10
1.2.7. <i>Rural(ität)</i>	10
1.2.8. <i>Nachhaltigkeit</i>	11
1.3. Forschungsstand	11
1.4. Quellenlage.....	14
1.5. Aufbau und Methode.....	15
2. «Identitäten»	19
2.1. Der Identitätsbegriff	19
2.2. Kollektive Identitäten	20
2.3. Mehrfachidentitäten	22
2.4. Räumliche Identitäten	24
2.5. Politische Identitäten	26
2.6. Identitäten-Modell	29
3. Die Urbanisierung der Schweiz	30
3.1. Beginnende Suburbanisierung.....	30
3.2. Wirtschaftlicher Aufschwung und Ausbau des Individualverkehrs.....	32
3.3. Metropolisierung und Reurbanisierung.....	33
4. Lebenswelt Münchenbuchsee	37
4.1. Versuche der Typologisierung	37
4.2. Bevölkerung	41
4.2.1. <i>Gesamtentwicklung</i>	42
4.2.2. <i>Bevölkerungsbewegungen</i>	44
4.2.3. <i>Arbeitsort</i>	49
4.3. Wirtschaft	51
4.3.1. <i>Sektoralstruktur</i>	52
4.4. Politik	56
4.5. Wandel der Landschaft.....	64
5. Die qualitative Inhaltsanalyse	69
5.1. Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse.....	71
5.1.1. <i>Entstehung und Wirkung der Protokolle des GGR</i>	71
5.1.2. <i>Herleitung der zentralen Analysetechnik</i>	73
5.1.3. <i>Kategoriensysteme</i>	76
5.1.3.1. <i>Raumwirksame Politik</i>	77
5.1.3.2. <i>Identitätsverstärkende Politik</i>	83
5.2. Probedurchlauf	87

5.3. Rahmenwerte.....	89
6. Der politische Diskurs anhand von Nachhaltigkeit und Identität	95
6.1. Gesellschaft	95
6.2. Wirtschaft.....	99
6.3. Umwelt.....	106
6.4. Nachhaltige Raumpolitik.....	113
6.5. Identitätenverstärkende Politik.....	117
6.6. Zusammenfassung.....	121
7. Abstimmungsverhalten Münchenbuchsee	124
7.1. Themenpolitik	125
7.2. Kommunale Vorlagen zur Raumplanung.....	130
8. Synthese.....	134
8.1. Fazit.....	134
8.2. Diskussion	137
8.3. Ausblick	138
9. Verzeichnisse.....	140
9.1. Abbildungsverzeichnis	140
9.2. Figurenverzeichnis	140
9.3. Tabellenverzeichnis.....	143
9.4. Quellenverzeichnis	144
9.5. Literaturverzeichnis.....	144
9.6. Internet-Ressourcen.....	152
Anhang	158

1. Einleitung

Auf dem Weg durch die Schweiz, egal ob mit Zug oder Auto, begegnet man praktisch im Sekundentakt suburban geprägtem Siedlungs- und Kulturraum. Siedlungsmorphologisch sind für diese Gemeinden, welche um und zwischen den Kernstädten von Metropolräumen liegen, unterschiedliche Bebauungsformen und Nutzungsarten typisch.¹ Der anhaltende Prozess der Fragmentierung des schweizerischen Landschaftsbildes lässt sich dabei auf vier Bereiche beziehen: Historisch gewachsen, statistisch begründet, fachliterarisch gefördert und baulich-räumlich praktiziert.² In Fachkreisen wird die Schweiz denn auch als urbanisiert beschrieben, was sich unter anderem an der Bevölkerungsverteilung zeigt. So leben aktuell rund 85% der Schweizer³ in Räumen mit städtischem Charakter.⁴ Die urbane Realität vermag in den Köpfen der schweizerischen Allgemeinheit jedoch keinen Einzug zu halten.⁵ Eine These zur Erklärung dieses Phänomens beruht auf der fehlenden einheitlichen Repräsentanz einer urbanen Schweiz im dominanten kollektiven Gedankengut der hier lebenden Menschen. Dieses wird auch in der neueren Zeit durch den Gegensatz von Land und Stadt geprägt, der sich aus der Vorstellung einer ländlichen und dörflichen Schweiz nährt und damit die Urbanisierungsprozesse in der Schweiz abwertet.⁶ Eine andere These geht von einer fehlenden urbanen Qualität aus, die sich im Zuge der Stadtwerdung der Agglomerationen noch nicht herausgebildet hat.⁷ Die Gründe hierfür sind vielfältig. Der starke Bevölkerungszuwachs und die damit verbundenen intensivierten baulichen Tätigkeiten sind als ein Erster zu nennen. Ein Phänomen, welches insbesondere während der letzten zwei bis fünf Jahrzehnte Einzug hielt und in dessen Verlauf die Umlandgemeinden, in relativ kurzer Zeit, aus der wahrgenommenen ländlichen Idylle herauskatapultiert wurden. Daneben liegt zweitens die Annahme nahe, dass eine schnelle Urbanisierung die politischen und administrativen Kompetenzen und Ressourcen kleinerer Gemeinden eher überfordert als die stärker professionalisierten Verwaltungen der Kernstädte.

¹ Vgl. Devecchi 2016: 13.

² Vgl. Devecchi 2016: 37-39; Zur Urbanisierung der Schweiz siehe zudem: Schuler, Perlik, Pasche 2004; Eisinger 2005; Diener et al. 2006; Frey 2011; Sulzer, Desax 2015; Devecchi 2016; Ströbele 2017; Zurfluh 2017, Bundesamt für Umwelt 2017.

³ Sofern nicht anders angegeben, wird in vorliegendem Text die männliche Form verwendet, wobei die Formulierungsweise beide Geschlechter umfasst. Dieses Vorgehen wird eingesetzt, um den Lesefluss des Textes aufrechtzuerhalten.

⁴ Bundesamt für Statistik <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846584.html>, 06.08.2019: 3.

⁵ Vgl. Salomon 2007: 59.

⁶ Vgl. Salomon.: 59-60; Im Rahmen einer europäischen Sozialumfrage wurde diese These bestätigt, beurteilten die Bewohner suburbaner Gemeinden ihre Wohnsituation als auf dem Lande liegend. Vgl. hierzu Ströbele 2017: 214. Zu einem für die Schweiz konstitutiven Stadt-Land-Verhältnis siehe auch: Walter 1994; Schuler, Perlik, Pasche 2004; Hermann 2016; Ströbele 2017.

⁷ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 6.

Drittens intensivieren die zunehmende Mobilität und die Reurbanisierungsprozesse soziale, ökonomische und politische Segregationsprozesse.⁸ Als Konsequenz der urbanen Entwicklung wurden ehemalige Bauerndörfer in einen ökonomischen, sozialen und siedlungsästhetischen Schwebezustand amorpher Identitäten transformiert und deren Bevölkerung, durch die zunehmende Herauslösung aus ihren lokalen Kontexten, vor die Herausforderung gestellt, sich im neuen Raum-Zeit-Gefüge orientieren und verorten zu müssen.⁹

In diesem Kontext sah sich die Gemeinde Münchenbuchsee im Jahr 2016 dazu bewogen, eine Aktualisierung der eigenen Geschichte in die Wege zu leiten. Ein Postulat aus demselben Jahr sieht es vor, die neueste Geschichte der Gemeinde unter Anwendung einer ähnlichen Methodologie wie in Teil eins «Münchenbuchsee. Ein Dorf wird Vorstadt» von Ueli Haefeli aufzuarbeiten und damit die bestehende Arbeit zu ergänzen.¹⁰ In zwei einführenden Gesprächen mit einem Vertreter der Gemeinde konnte erörtert werden, dass die Hauptinteressen der Gemeinde dabei rein auf dem urbanen Wandel nach 1994, der politischen Entwicklung sowie der Diskrepanz zwischen der strukturellen Entwicklung der Gemeinde und den mentalen Dispositionen der Gemeindebevölkerung liegen. Demnach soll im Bereich des Mentalen nach wie vor eine ländliche Haltung dominierend sein.

Der schnelle Wandel der Gemeinde Münchenbuchsee im Verlaufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterstützte die zuvor beschriebenen Tendenzen auch auf lokaler Ebene. Ueli Haefeli konnte aufzeigen, dass sich die Gemeinde insbesondere in der wachstumsstärksten Phase, während der 1960er und 70er Jahre einer fortschreitenden funktionalen Differenzierung zwischen Wohn- und Arbeitsgemeinde ausgesetzt sah, in dessen Verlauf sie sich zu einer Wohngemeinde entwickelte. Zudem zerfielen eine ganze Reihe verbindlicher kollektiver Strukturen, die mit einer Zunahme der Vielfalt an möglichen individuellen Lebensentwürfen einherging und in unterschiedlichen Sichtweisen über die dörfliche respektive die vorstädtische Realität mündeten. Es ergaben sich daraus Missverständnisse und Konflikte, die praktisch alle Gesellschaftsbereiche tangierten. Als mittel- und langfristig wichtigsten Prozess galt es nach Haefeli festzuhalten, dass die Intensivierung der Landnutzung und die weiteren menschenbedingten Immissionen einen wohl teilweise irreversiblen Prozess der Kulturlandzerstörung einleitete. So gingen zwischen 1946 und 1987 11% des Kulturlandes verloren, was mehr als einer Verdoppelung der Siedlungsfläche gleichkam.¹¹ Ueli Haefeli kam zum Schluss, dass die Gemeinde im Verlauf des beschriebenen Wachstums ihre Identität verlor.

⁸ Vgl. Hermann, Leuthold 2005: 17; vgl. Devecchi 2016: 14.

⁹ Vgl. Eisinger 2005: 11; vgl. Dangschaft 2010: 197.

¹⁰ Vgl. Karlaganis 2016: 1.

¹¹ Vgl. Haefeli 1996.: 141-142.

Diese sah er allerdings als notwendige Bedingung, um im demokratischen Prozess stabile Mehrheiten für nachhaltige Formen der Entwicklung erreichen zu können. Deshalb sollte die Identitätsstiftung zur Leitlinie der Gemeindepolitik gemacht und damit der Bezug der Gemeindebevölkerung zu ihrem unmittelbaren sozialen und natürlichen Umfeld gestärkt werden.¹²

Im Fokus der Fortsetzung der Gemeindegeschichte sollen aus diesen Gründen zunächst die urbane Entwicklung Münchenbuchsees liegen, bevor schliesslich der Versuch unternommen werden soll, sich den politischen Identitäten der Gemeinde anzunähern. Dazu werden kommunale Anstrengungen rückverfolgt, welche unternommen wurden, um den Raum Münchenbuchsee nachhaltig zu gestalten und die dazu notwendigen politischen Identitäten zu bündeln. Analog zur Schlussfolgerung Ueli Haefelis lässt sich dieses Bestreben unter dem Begriff der «Identitätsstiftung»¹³ subsumieren. Das Handlungsgefäss der Politik bietet demnach die Möglichkeit, Identitäten im Hinblick auf eine aktive Raumgestaltung zu verstärken. Daher wird angestrebt, nebst oder gerade in Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung der Gemeinde diejenigen politischen Handlungen zu abstrahieren und zurückzuverfolgen, die das Ziel verfolgten, eine kommunale Identität zu stiften. Schliesslich ist der immaterielle und laufende Prozess der Identitätenbildung nur in wechselseitiger Beziehung mit dem ihm zugrunde liegenden Raum versteh- und in Bezug auf spezifische Handlungsmuster ermittelbar (siehe Kapitel 2).¹⁴ Münchenbuchsee vereint dabei als Teil der bernischen Agglomeration die Beziehung des Zentrums zur Peripherie, welche sich in der räumlich-sozialen Struktur niederschlägt.¹⁵ Da die Gemeinde erst im politischen Schaffungsprozess entstanden ist, bietet dieser Umstand eine Verbindung zwischen der räumlichen Einheit der Gemeinde und einer politisch verstärkten Identität.¹⁶ In diesem Sinne wird die Arbeit als Versuch eines Perspektivenwechsels verstanden: Weg von Verweisung auf Identitätenverluste und hin zu den Möglichkeiten einer selbstständigen Identitätenverstärkung.

¹² Vgl. Haefeli 1996: 145.

¹³ In der Folge wird an Stelle der «Identitätsstiftung» der Begriff der «Identitätsverstärkung» verwendet werden. Weshalb diese Verwendung bevorzugt wird, wird in Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit hergeleitet.

¹⁴ Vgl. Berger 2018: 46.

¹⁵ Vgl. Scheuss 2013: 24.

¹⁶ Vgl. Flück 2004: 349.

1.1. Erkenntnisleitende Fragestellung

Durch die Absicht mit der zu verfassenden Arbeit an die bereits bestehende Arbeit von Ueli Haefeli anzusetzen und damit eine gewisse Kontinuität zwischen den beiden Arbeiten zu erreichen, wird übergeordnet gefragt:

Konnte die Identitätsstiftung nach 1994 zur Leitlinie der Gemeindepolitik gemacht werden?

Damit diese Frage beantwortet werden kann, wurden ihr einige ihrer Forschungsfragen untergeordnet. Im Detail wird gefragt:

- i. Wie ist das Konzept Identität im vorliegenden Falle zu verstehen?
- ii. Welchem urbanen Wandel war die Gemeinde Münchenbuchsee nach 1994 ausgesetzt?
 - a. Welche urbane(n) Form(en) nahm dieser Wandel an?
 - b. Welchen quantifizierbaren Veränderungen waren die Bereiche «Demografie, Wirtschaft, Politik, Landschaft» im Kontext der Urbanisierung ausgesetzt?
- iii. Welche Rolle(n) nahm die kommunale Politik in diesem Prozess ein?
 - a. Welche Massnahmen zur Identitätsverstärkung wurden ergriffen? Welche regionalpolitischen Steuerungsmassnahmen («Policy»-Instrumente) wurden eingesetzt?
 - b. Zeigen sich Veränderungen bezüglich der Wahl der Instrumente sowie der Art und Weise des Einsatzes? Wofür werden diese genutzt?
 - c. Lassen sich hinter dieser Nutzung Handlungsrationale erkennen?
 - d. Welche politischen Haltungen der Bevölkerung lassen sich in Münchenbuchsee wiedererkennen? Können sie in Verbindung mit der lokalen «Governance» und damit als Resonanz auf die Arbeit der kommunalen Politik betrachtet werden?

1.2. Begrifflichkeiten

1.2.1. Urbanisierung und Verstädterung

Aufgrund der Adaption aus dem Englischen oder dem Französischen, wo die beiden Sachverhalte synonym verwendet werden, werden die Begrifflichkeiten auch im Deutschen zum Teil unterschiedslos eingesetzt. Im Gegensatz zum quantifizierbaren Begriff der Verstädterung wird der Terminus Urbanisierung im deutschen Sprachraum in aller Regel qualitativ verwendet. Man versteht darunter die Ausbreitung städtischer (urbaner) Lebensformen und Verhaltensweisen der Bevölkerung und der dadurch geprägten räumlichen

Strukturen und Prozesse von den städtischen in die umgebenden ländlichen Räume.¹⁷ Die «Verstädterung» bezieht sich demnach auf die Vermehrung, Vergrößerung und Ausdehnung von Städten nach Zahl, Fläche oder Einwohnern sowohl absolut als auch im Verhältnis zur ländlichen Bevölkerung beziehungsweise zu den nicht-städtischen Siedlungen. Dagegen schliesst die «Urbanisierung» auch die Ausbreitung städtischer Lebens-, Wirtschafts- und Verhaltensweisen ein.¹⁸

1.2.2. Suburbanisierung

Unter der Suburbanisierung wird der Prozess der intraurbanen beziehungsweise intra-stadt-regionalen Wanderung verstanden. Sie bezeichnet die Verlagerung des demographischen Wachstumsschwerpunktes von der Kernstadt ins Umland. Der Begriff „intraurban“ bezieht sich dabei auf die Migration von der Kernstadt in eine angrenzende Gemeinde. Anders als beim zeitlich vorhergehenden Prozess der Urbanisierung wächst die Stadt nicht mehr im Zentrum, sondern in ihrer Peripherie, wobei die Kernstadt während der Suburbanisierungsphase keinen absoluten Bevölkerungsverlust erfahren muss.¹⁹ Die Siedlungs-, Bevölkerungs- und Verkehrsentwicklung sind demnach die zentralen Prozesse der Suburbanisierung.²⁰ Heutzutage wird die Unterscheidung zwischen urbanen und suburbanen Räumen allerdings immer schwieriger und ist durch fließende Grenzen gekennzeichnet.²¹

1.2.3. Post-Suburbanisierung

Durch die zunehmende Entkopplung suburbaner Räume von den Kernstädten, lassen sie sich in bestimmten Fällen nicht mehr ohne weiteres als untergeordneter Teil der Kernstadt konzeptualisieren. Solche Fälle werden häufig unter dem Begriff der Post-Suburbanisierung zusammengefasst²², sind als solche jedoch nicht als eine neue, essenzielle Kategorie zu verstehen. Der primäre Nutzen des Begriffs liegt darin, dass in der heutigen Zeit eine eindeutige Zuteilung zu den einzelnen Konzepten immer schwerer fällt und durch dessen Verwendung der Fachdiskurs durch neue Dimensionen ergänzt werden kann, die den Vergleich und das Verstehen neuer urbaner Räume ermöglichen sollen.²³

¹⁷ Vgl. Paesler 2008: 22.

¹⁸ Vgl. Bähr 2010: 59.

¹⁹ Vgl. Wehrhahn, Sandner Le Gall 2011: 118.

²⁰ Vgl. Egli 2014: 52.

²¹ Vgl. Hesse, Siedentop 2018: 102.

²² Vgl. Ebd.

²³ Vgl. Carr, McDonough 2016: 111.

1.2.4. Periurbanisierung

Der Begriff der Periurbanisierung, teilweise auch Exurbanisierung genannt, steht zum einen für eine fragmentierte oder fragmentierende Entwicklung, die sich nicht mehr unmittelbar an den bereits besiedelten Stadtraum anschliesst, sondern weiter ausserhalb im ländlichen Raum liegt, wobei die periurbanen Siedlungen kaum miteinander verflochten sind. Zum anderen wird darunter eine heterogene soziale und demografische Struktur der periurbanen Bevölkerung verstanden.²⁴ Die wichtigste verwendete Variable zur Messung dieses Phänomens ist das Kriterium der Pendlerverflechtung.²⁵ Sie kennzeichnet sich zudem durch eine defizitäre Versorgungsinfrastruktur sowie eine Ausrichtung der Einkaufsaktivitäten und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen in den tertiären Kernen innerhalb des suburbanen Raumes sowie teilweise in der Kernstadt.²⁶ Der Begriff umschreibt somit die weiträumige Zersiedelung an den Rändern der Verdichtungsgebiete. In der Schweiz waren periurbane Räume bis in die 1970er-Jahre noch weitgehend ländliche Gemeinden, welche in der Folge insbesondere durch den Zugang von Familien der Mittelklasse zum Hauserwerb und dem sich dadurch ausbreitenden Einfamilienhausbau baulich und sozial tiefgreifend umgestaltet wurden.²⁷

1.2.5. Lokale «Governance»

Die Stellung der Gemeinde im Schweizerischen Föderalismus und deren Entscheidungsmöglichkeiten in der kommunalen Raumordnung ermöglichen gewisse Spielräume hinsichtlich der lokalen Politikgestaltung.²⁸ Gleiches gilt für die Ausgestaltung der lokalen «Governances», welche als die routinehaften Formen der lokalen, öffentlich-privaten Zusammenarbeit definiert werden, anhand derer die genutzten «Policy»-Instrumente²⁹ beobachtbar sind und die sich je nach lokaler (Nicht-)Ausnutzung der vorhandenen strukturellen und institutionellen Gegebenheiten unterscheiden.³⁰

²⁴ Vgl. Wehrhahn, Sandner Le Gall 2011: 119.

²⁵ Vgl. Schuler et al. 2007: 59.

²⁶ Vgl. Wehrhahn, Sandner Le Gall 2011: 119.

²⁷ Vgl. Blöchliger et al. 2010: 76.

²⁸ Der Wandel der schweizerischen Landschaft durch die Prozesse der Urbanisierung wird auch als Resultat der grossen Autonomie der Gemeinden betrachtet werden. Denn innerhalb der nationalen Planungsrichtlinien und abgesehen von innerkommunalen Kooperationen werden Entscheide bezüglich der lokalen Ortsplanung hauptsächlich auf kommunaler Ebene beschlossen. Vgl. hierzu: Ströbele 2017: 214.

²⁹ Ein «Policy»-Instrument wird als technisches sowie soziales Hilfsmittel umschrieben, welches die Beziehung zwischen dem Staat und den jeweiligen Adressaten organisiert und sich dabei auf die ihm zugrunde liegende Bedeutung bezieht. Anders ausgedrückt, basiert es immer auf einer konkreten Auffassung der politischen und gesellschaftlichen Beziehung und manifestiert sich in spezifischen Formen der Regulierung zu dessen Erhaltung oder Optimierung. Vgl. hierzu: Lascoumes, Le Galès 2007: 4.

³⁰ Vgl. Devecchi 2016: 49.

1.2.6. Landschaft

Die Europäische Landschaftskonvention definiert Landschaft als «ein Gebiet, wie es vom Menschen wahrgenommen wird, dessen Charakter das Ergebnis der Wirkung und Wechselwirkung von natürlichen und/oder menschlichen Faktoren ist».³¹ Die Landschaft entsteht damit im Zusammenspiel naturräumlicher und kultureller Einflussgrößen und widerspiegelt die Lebensweise der Menschen die sie bevölkern sowie deren kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.³² In ihr materialisieren sich die Geschichte der Menschen sowie deren Beziehung zur Vergangenheit. Zunehmende Mobilität und Globalisierung tragen allerdings dazu bei, die Landschaft ihrer jeweiligen lokalen Prägung zu entziehen. Umso wichtiger wird für viele Menschen ihre lokale und regionale Identität, die sich in der Zugehörigkeit zu einer Landschaft manifestiert, an welcher sich die Vergangenheit ablesen lässt und die somit in einer Welt, welche sich stetig verändert, für Stabilität steht.³³

1.2.7. Rural(ität)

Eine klare Definition des «ruralen» lässt sich in der Literatur nicht finden. In der Schweiz bildet der ländliche Raum statistisch gesehen den Gegensatz zum urbanen Raum und damit die Restgrösse, welche nach der Berechnung des urbanen Raumes gemäss der Agglomerationsdefinition³⁴ des Bundesamtes für Statistik übrigbleibt.³⁵ Ansonsten erscheint die Subsumtion unter dem Begriff der «Post-Ruralität» geeignet. Analog der Definition der «Landschaft», wird «Ruralität» in diesem Zusammenhang als eine soziale Repräsentation von Raum beschrieben, womit sie sich auf die Art und Weise bezieht, wie die Welt sozial definiert, organisiert, verstanden und vermittelt wird.³⁶ Die Grundlage dieser Begriffsbestimmung bildet die «actor-network»-Theorie. Bei Annahme derselben ist die soziale Repräsentation eine Einheit des gesamten gesellschaftlichen Netzwerks, womit jeder objektive Versuch der Definierung von «Ruralität» überflüssig wird, da eine solche mit dem Vermittler

³¹ Bestandteil Art 1. «Begriffsbestimmungen» des Europäischen Landschaftsübereinkommens von 2000, in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Juni 2013. Einsehbar unter: Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20111702/index.html>, 24.11.2019.

³² Vgl. Bundesamt für Umwelt 2017: 9.; Vgl. Stotten 2015: 12.

³³ Vgl. Bundesamt für Umwelt 2017: 10-11.

³⁴ «Agglomerationen sind Ansammlungen von Gemeinden mit städtischem Charakter mit insgesamt mehr als 20'000 Einwohnern (inklusive Äquivalenten aus Logiernächten). Sie bestehen aus einem dichten Kern und haben im Regelfall einen Gürtel. Für die Abgrenzung der Gürtel werden Daten zur Intensität der Pendlerverflechtung verwendet.» Siehe hierzu: Bundesamt für Statistik <https://www.media-stat.admin.ch/web/apps/glossary/index.php?n=glo-124-de>, 06.07.2020.

³⁵ Vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 19.

³⁶ Vgl. Halfacree, Boyle 1998: 4.

zusammenhängt und sich damit mit einer Reihe von Assoziationen³⁷ vereint, die dem sozialen Umfeld desselben entspringen.³⁸ «Ruralität» ist dementsprechend nicht eine fixe Gegebenheit, sondern in soziale, ökonomische und politische Beziehungen eingebettet.

1.2.8. Nachhaltigkeit

Der Schweizerische Bundesrat orientiert sich zur begrifflichen Bestimmung einer nachhaltigen Entwicklung an der international breit abgestützten Definition, wonach eine solche die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen zu gewährleisten hat und gleichzeitig die Möglichkeiten künftiger Generationen auf dasselbe nicht beeinträchtigt.³⁹ Zur weiteren Konkretisierung dieser Definition wurden zudem Leitlinien erlassen, welche den Rahmen der schweizerischen Nachhaltigkeitspolitik bilden. Sie heissen: Zukunftsverantwortung wahrnehmen, ausgewogene Berücksichtigung der drei Zieldimensionen der nachhaltigen Entwicklung, Einbezug der nachhaltigen Entwicklung in alle Politikbereiche, Koordination zwischen den Politikbereichen erhöhen und damit Kohärenz verbessern sowie eine partnerschaftliche Realisierung der nachhaltigen Entwicklung.⁴⁰ Im Zentrum der genannten Leitlinien stehen dabei die drei Zieldimensionen «Ökologie, Ökonomie und Soziales», welche in einer entsprechenden Politik gleichgewichtig zu Trage kommen sollen.⁴¹ Das heisst, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Verantwortung werden das Potential zugestanden, eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen.⁴²

1.3. Forschungsstand

Die Historiografie zeigt: Das Themenfeld der Urbanisierung wird nicht isoliert durch die Geschichtsschreibung behandelt. Viel eher wird im Rahmen von wissenschaftlichen Arbeiten aus den Bereichen der Geografie, Soziologie, Politik oder Architektur kapitelweise auf die Veränderungen der Landschaft und Gesellschaft im Zuge der Urbanisierung hingewiesen. Die Quantität der Publikationen, die sich mit diesen Veränderungen und Prozessen

³⁷ Angelehnt an die Ergebnisse einer Befragung von Geografie-Studenten an der Universität Swansea, werden «Landwirtschaft, Ruhe, Abgeschlossenheit, starker Gemeinschaftssinn und weitere» unter solchen Assoziationen verstanden. Vgl. hierzu: Halfacree 2009: 449.

³⁸ Vgl. Zurfluh 2017: 5.

³⁹ Vgl. Schweizerischer Bundesrat 2016: 12.

⁴⁰ Vgl. ebd.: 13.

⁴¹ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 14.

⁴² Vgl. Schweizerischer Bundesrat 2002: 9-10; vgl. Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 2005: 11-12; vgl. Sulzer, Desax: 14; vgl. Schweizerischer Bundesrat 2016: 13.

auseinandersetzen ist allerdings sehr gross und auch die Qualität der Publikationen weist ein breites Spektrum auf.

Zur Kontextualisierung der Urbanisierung in der Schweiz sind die Werke «Stadtland Schweiz»⁴³, «Atlas des räumlichen Wandels in der Schweiz»⁴⁴ und «Stadtwerdung der Agglomeration»⁴⁵ hilfreich. Sie zeigen auf, dass die Schweiz einer anhaltenden landschaftlichen Veränderung ausgesetzt ist und dabei Politik sowie Gesellschaft vor grosse Herausforderungen stellen. Mit dem Vergleich (raum)politischer Steuerungsmassnahmen von Gemeinden aus den Kantonen Zürich, Wallis, Thurgau und St. Gallen konnte zum Beispiel Lineo Umberto Devecchi herausarbeiten, dass die staatliche Steuerung verstärkt werden muss, um die drohende «Suburbanisierung der Städte» abzuwehren. Die negativen Konsequenzen einer solchen wären sinkende kommunale Demokratiequalitäten durch Angleichung der politischen Interessen der sich stetig entmischenden Bevölkerung, schwieriger werdende Integration der ausländischen Bevölkerung durch noch stärker steigende, national-konservative Wahlverdichte, Abnahme der sozialen Solidarität sowie zunehmend fehlende Chancengleichheit bezüglich Bildung und Arbeitsmarkt.⁴⁶ Weitere Thematisierungen sozialräumlicher, sozio-ökonomischer und politischer Auswirkung der Urbanisierung lassen sich in Bezug auf die gesamte Schweiz⁴⁷ sowie spezifischer auf die Räume Zürich⁴⁸, Luzern⁴⁹ oder Bern⁵⁰ finden. Regionale Beispiele sind den Ortsgeschichten zu «Worb, Lyss, Münsingen, Biel und Niederscherli»⁵¹ zu entnehmen. Sie arbeiten allesamt lokale Entwicklungslinien auf, die im Kontext der Urbanisierung zu betrachten sind. Die Fallanalyse von Jolanda Zurfluh befasste sich beispielsweise mit den Auswirkungen der Periurbanisierung auf die sozialen Strukturen und das Wahlverhalten der Gemeinde Dietwil im Kanton Aargau. Sie hielt fest, dass die Gemeinde trotz (Peri-) Urbanisierung ländlich orientiert blieb.⁵² Insgesamt sind die erwähnten Arbeiten allesamt der vielfältigen Praxis der Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung zuzuordnen. Sie wirken damit einem beanstandeten Mangel an Publikationen entgegen, die sich, innerhalb des schweizerischen Rahmens, den spezifischen Ausgangslagen, Strategien und

⁴³ Eisinger, Schneider 2005.

⁴⁴ Schuler et al. 2007.

⁴⁵ Sulzer, Desax 2015.

⁴⁶ Vgl. Devecchi 2016: 369.

⁴⁷ Hermann 2006; 2016; Leuthold 2006; Sowie die beiden Autoren in Zusammenarbeit: Hermann, Leuthold 2003; 2005; Leuthold, Hermann 2007; Scheuss 2013; Ströbele 2017.

⁴⁸ Heye, Leuthold 2006; Bentz 2008; Carr, McDonough 2018.

⁴⁹ Störkle et al. 2016.

⁵⁰ Bäschlin, Mayer, Hasler 2014.

⁵¹ Der oben verwendeten Reihe nach: Schmidt et al. 2005; Gribi 2009; Kündig et al. 2010; Gaffino, Kaestli 2012; Gfeller et al. 2012.

⁵² Vgl. Zurfluh 2017: 2.

Methoden der sozialräumlichen Entwicklungsprozesse im Kontext der Urbanisierung widmen.⁵³

Als verbindendes Element zeichnen sich die Arbeiten zudem durch den Verweis auf ein Konzept der Identität aus, welchem im Rahmen der urbanen Entwicklung scheinbar eine wichtige Rolle zukommt und das gleichzeitig durch die verschiedenen räumlichen Komponenten mitkonstituiert wird. Seit den 1990er Jahren wird zudem verstärkt darauf hingedeutet, dass der Prozess der Urbanisierung der Ausbildung einer (Orts-)Identität nicht dienlich ist, sondern im Gegenteil mit dem Verlust von Identitäten einhergeht.⁵⁴ Der Grund soll dabei in der Ausweitung sozialer Erfahrungsräume liegen, welche durch die Verstädterung, Industrialisierung und Zentralisierung der Administration ausgelöst wurden und in der Differenzierung, Instrumentalisierung und Funktionalisierung gesellschaftlicher Beziehungen resultierten.⁵⁵ Trotz wiederholter Feststellung dieses Umstandes fällt allerdings auf, dass sich die Schweizerische Forschung zur Urbanisierung nur selten damit auseinandersetzt, welche Möglichkeiten bestehen, diesem Verlust entgegenzuwirken oder welche Handhabungen bereits praktiziert wurden und mit welcher Resonanz. Den Fokus darauf zu legen, erscheint umso wichtiger, als dass kommunale Identitäten als wichtige Voraussetzung für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement angesehen werden und damit die Forderung Ueli Haefelis aus dem Jahre 1996 stützen.⁵⁶ Orientierungspunkte für eine entsprechende Politik ergaben sich aus dem europäischen Kontext. Die Werke von Angela Augustin, Andreas Kopp, Alexandra Körner, Viktoria Kaina und Heinz Abels⁵⁷ befassen sich allesamt mit den spezifischen Inhalten von Identitäten sowie den Faktoren, die sich mit der Begünstigung oder Hemmung solcher beschäftigen. Kaina verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass sich die Identitätenforschung noch immer in den Kinderschuhen befindet, weshalb auch auf keine bewährten methodischen Mittel zurückgegriffen werden kann.⁵⁸

Aus diesem Grund soll sich die vorliegende Arbeit diesem Unterfangen widmen. Schliesslich obliegt es der Geschichtswissenschaft, sich mit der Entstehung, der Dauer oder dem Wandel kollektiver und kultureller Identitäten zu beschäftigen.⁵⁹ Der Umstand, dass die Identifikation mit dem politisch definierten Raumsegment der Gemeinde in der Schweiz am grössten ist,

⁵³ Vgl. Störkle et al. 2016: 11.

⁵⁴ Weichhart 1990; Haefeli 1996; Flück 2004; Bühlmann 2010; Bundesamt für Umwelt 2017; Zurfluh 2017.

⁵⁵ Vgl. Weichhart 1990: 56; weitere neuere Werke bezüglich der Determinierung der Identitäten durch die soziodemografischen, kulturellen und institutionellen Faktoren der jeweiligen Umgebung finden sich bei Schofer, Fourcade-Gourinchas 2001; Bühlmann, Freitag 2004.

⁵⁶ Vgl. Bühlmann 2010: 203.

⁵⁷ Der oben aufgeführten Reihe nach: Augustin 2000; Kopp 2002; Körner 2009; Kaina 2009; Abels 2010.

⁵⁸ Vgl. Kaina 2009: 52.

⁵⁹ Vgl. Koop 2002: 21; vgl. Hermann 2006: 17.

begünstigt das Vorgehen zusätzlich.⁶⁰ Zudem kommt der politischen Dimension des Mentalen in der Erforschung mentaler Dispositionen eine herausragende Rolle zu. Der Grund liegt an der speziellen Charakteristik des politischen Diskurses und der politischen Partizipation. Sie gehören zu den wenigen «natürlichen» Handlungsgefässen, in denen Weltanschauungen und Werte artikuliert und aufgezeichnet werden. Das heisst, viele Menschen sind fähig, ihre politischen Einstellungen und Grundhaltungen zu beschreiben, was für etliche andere Aspekte der eigenen Mentalitäten nicht gegeben ist. Diese Eigenheiten führen dazu, dass der politische Bereich mentaler Dispositionen aus wissenschaftlicher Sicht von besonderem Interesse ist und einen fruchtbaren Zugang zur Erforschung des Mentalen bilden.⁶¹ Der Unterschied zwischen «Mentalitäten» und «Identitäten» ist dabei nur marginal. Er kann nach Heinz-Günter Vester an ihren Bedeutungsschwerpunkten festgemacht werden. Verglichen mit der Objektivierung der Identitäten erscheinen die Manifestationen von Mentalitäten dabei flüchtiger und von fließenderer Natur zu sein. Umgekehrt sind sie jedoch fundamentaler, sprich tiefer verankert und dadurch weniger leicht veränderlich.⁶² Nach dieser Beschreibung und in Verbindung mit dem im Auftrag enthaltenen Betrachtungszeitraum von 1995 bis 2019, empfiehlt sich die Konzentration auf das Konzept der «Identitäten» also erneut.

1.4. Quellenlage

Die folgenden Quellen liegen der Arbeit zugrunde:

Erstens, verschiedene statistische Erhebungen und quantitative Daten der Bundesämter für Raumentwicklung (ARE) und Statistik (BFS). Sie werden dazu verwendet, den Entwicklungsverlauf der Gemeinde über die letzten 25 Jahre hinweg nachzuzeichnen. Die Grosszahl der Erhebungen und Daten können dabei online aufgefunden werden. Die Herausgabe zu ökonomischen Daten erforderte allerdings die Einreichung eines offiziellen Gesuchs.

Die Daten zum Wahl- und Abstimmungsverhalten der Gemeinde werden grösstenteils in den Verwaltungs- und Tätigkeitsberichten der Gemeinde Münchenbuchsee gefunden. Wo Ergänzungen nötig werden, kann auf die gemeindeeigene Website zurückgegriffen werden. Dort lassen sich beinahe alle Abstimmungs- und Wahlergebnisse bis ins Jahr 2002 zurückverfolgen.

⁶⁰ Vgl. Flück 2004: 361.

⁶¹ Vgl. Hermann 2006: 46.

⁶² Vgl. Vester 1996. 10-11.

Zweitens, schriftliche Quellen aus den Archiven der Gemeindeverwaltung Münchenbuchsee: Sie konzentrieren sich vornehmlich auf die Bestände der Protokolle des Grossen Gemeinderates (GGR), welche der Öffentlichkeit zugänglich sind und deren Inhalte in einer öffentlichen Arbeit verwendet werden dürfen. Von einer entsprechenden Verwendung der Inhalte der Protokolle des Gemeinderates (GR) sehen die Auflagen der Gemeinde ab, weshalb sie auch keinen Einsatz finden. Es wird allerdings vermutet, dass gerade auch der GR als Exekutivorgan der Gemeinde eine starke Rolle in der lokalen Governance einnimmt. Im angedachten Vorgehen und in der Betrachtung des Beziehungsgeflechts zwischen institutioneller und gesellschaftlicher politischer Ebene wird jedoch die Arbeit des GGR als entscheidend beurteilt. Die kommunale Raumplanung erfordert politische Mehrheiten und damit gemeinsame politische Identitäten. Die politische Tätigkeit des GGR als gewählte Vertretung der kommunalen Bevölkerung wird deshalb als Ausgangspunkt der Analyse lokaler Governance bestimmt.

Ergänzende Informationen werden den Verwaltungsberichten und den Abstimmungsbotschaften entnommen.

1.5. Aufbau und Methode

Grundsätzlich orientiert sich das beabsichtigte Verfahren an einer hermeneutischen Quelleninterpretation. Die zur Verfügung stehenden Quellen und Materialien werden vor dem Hintergrund spezifischer Fragestellungen begutachtet. Dieser Ansatz resultiert schliesslich in einer «historischen-topografischen-statistischen Beschreibung», wie sie auf dem Felde der Ortsgeschichten häufig zum Einsatz kam.⁶³ Zur Operationalisierung «mentaler Programme», welchen auch das Konstrukt der «Identität» angehört, lassen sich zudem vier Strategien unterscheiden. In diesem Sinne wird zwischen verbalen Äusserungen und Verhaltensweisen sowie zwischen natürlichen oder künstlich induzierten Gegebenheiten separiert.⁶⁴

⁶³ Lüthi 2005: 3.

⁶⁴ Vgl. Vester 1996: 59.

	(1)	(2)
<i>Verbal</i>	Interviews Fragebogen Projektive Tests	Inhaltsanalysen von Reden, Diskussionen und Dokumenten
	(3)	(4)
<i>Akte</i>	Laborexperimente Feldexperimente	Direkte Beobachtung, Auswertung verfügbarer Statistiken
	„künstlich induziert“	„natürlich“

Tabelle 1: Vier Strategien der Operationalisierung «mentaler Programme». Quelle: Vester 1996: 60.

Mit Blick auf das bisherige Forschungsschaffen (siehe Kapitel 1.3) konnte die Erkenntnis generiert werden, dass vielfach auf die erste der abgebildeten Strategien zurückgegriffen wurde.⁶⁵ Auch wenn in den erwähnten Arbeiten häufig nicht explizit nach der Genese von Identitäten gefragt wurde, so ist ihnen zumindest ein Verweis auf dessen Verlust gleich. Zudem machte bereits 2004 Oskar Flück darauf aufmerksam, dass Studien zu Regionalidentitäten sich methodologisch zu häufig der ersten Strategie bedienen würden. Seine Kritik galt dabei der Art und Weise der Informationsgewinnung. Der Identifikationsraum war darin weitgehend eine Funktion des Interviewenden, der Fragestellungen und des Kontextes, in dem die Fragen gestellt wurden.⁶⁶ Für das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit wird daher eine andere Herangehensweise gewählt. Gerade auf dem Gebiet der Politik erscheint es wichtig, Daten in ihrer «natürlichen» Form und damit möglichst ohne Beschränkungen zu verwenden. Die beabsichtigte Analyse umfasst dementsprechend in einem ersten Schritt die Auswertung von «Akten» (Zusammenstellung und Deskription demografischer, wirtschaftlicher, politischer und landschaftstechnischer Daten sowie spezifischer Wahl- und Abstimmungsergebnisse) und in einem zweiten Schritt jene von «natürlich»-«verbalen» Informationen (qualitative und quantitative Inhaltsanalysen der Protokolle des GGR sowie der Abstimmungsbotschaften). Dies jeweils mit dem Bewusstsein, dass auch in den angedachten Verwendungen Einschränkungen enthalten sind. So umfassen beispielsweise Abstimmungs- und Wahlergebnisse primär die

⁶⁵ Als Beispiele können Devecchi 2016 und Störkele et al. 2016 genannt werden.

⁶⁶ Vgl. Flück 2004: 324.; dieselbe Aussage tätigte Marc Bühlmann in Zusammenhang mit seiner Studie zu kommunalen Identitäten aus dem Jahre 2010. Er verwies darauf, dass sich bisherige Studien praktisch ausnahmslos auf individuelle Erklärungsfaktoren konzentrierten, welche vorwiegend in Form des Designs von Individualbefragungen erhoben wurden. Vgl. Bühlmann 2010: 205.

Haltung der politisch aktiven Bevölkerung, womit die Nicht-Wählerschaft, welche selbst für spezifische Ausprägungen von politischen Identitäten stehen, nicht berücksichtigt wird. Im Sinne einer wissenschaftlichen Arbeit werden die eingeschlagenen Wege jedoch stets begründet und damit wissenschaftliche Transparenz gewährleistet. Da die theoretische wie empirische Auseinandersetzung mit Identitäten von erhöhter Komplexität begleitet wird (siehe Kapitel 2), kommt die beabsichtigte Analyse zudem nicht ohne vorangehende begriffliche Fundierung aus. Diese Herangehensweise deckt sich mit der Mehrheit an Werken, die sich mit der «Identität» auseinandersetzen.⁶⁷ Der erste Teil der Arbeit orientiert sich deshalb methodisch an einer Theoriearbeit, wobei die bestehende «Identitäts»-Literatur nach einschlägigen Komponenten für das beabsichtigte Vorgehen durchsucht wurden. Die Essenz dieser Literaturanalyse gründet in einem Modell, welches dem Lesenden im schwer zugänglichen Gelände der Identitätsforschung einen Orientierungspunkt bietet.

Dementsprechend folgt die Arbeit nachstehendem Ablauf: Nach dem einleitenden Kapitel, welches dazu dient, dem Leser das Erkenntnisinteresse sowie den Erkenntnisweg vorzustellen sowie einen Überblick über die für die Fragestellung relevante Literatur zu verschaffen, wird im zweiten Kapitel die Grundidee hinter dem Begriff «Identitäten» beschrieben und der Versuch unternommen, den Identitätsbegriff im Sinne der vorliegenden Arbeit zu präzisieren. Über den Kurzabriss der Geschichte der Urbanisierung der Schweiz in Kapitel drei folgt in Kapitel vier die quantitative Aufarbeitung der Gemeindegeschichte im Zeitraum von 1995 bis 2019. Sie orientiert sich an der urbanen Entwicklung und umfasst den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und landschaftlichen Wandel der Gemeinde. Die Vereinigung dieser Faktoren soll in einem Konstrukt münden, an welchem der Prozess der Urbanisierung eingeschätzt und beurteilt werden kann. Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass die lokalen Prozesse nicht als Abbildung der schweizerischen Entwicklung zu betrachten sind. Die Aufarbeitung der urbanen Geschichte Münchenbuchsees bietet lediglich eine mikroskopische Perspektive an, deren Anwendung auf eine andere Gemeinde oder gar eine grössere räumliche Ebene, wie beispielsweise einem Kanton, unzulässig wäre. Auf der Grundlage der strukturellen und institutionellen Bedingungen wird ab Kapitel fünf der Arbeit beabsichtigt, sich den raumpolitischen Identitäten in Münchenbuchsee anzunähern. Grundlegend hierfür ist ein Begriffsverständnis der Urbanisierung als Prozess, welcher sich auf die Lebensformen und Verhaltensweisen der Bevölkerung auswirkt und dadurch die räumlichen und strukturellen Prozesse prägt.⁶⁸ Um die Nuancen einer entsprechenden Politik erfassen zu können, werden

⁶⁷ Vgl. Berger 2018: 15; vgl. Kaina 2009: 48.

⁶⁸ Paesler 2008: 22.

drei Bereiche betrachtet. Erstens die parteipolitischen Veränderungen des Grossen Gemeinderats (GGR). Sie bilden die Grundlage, auf der sich die politischen Identitäten innerhalb des GGR ausgestalten und damit das politische Schaffen im Allgemeinen beeinflussen. Als integraler Bestandteil einer spezifischen, kommunalen Politik interessieren zweitens die politischen Haltungen der Bevölkerung. Aufgrund des politischen Systems in der Schweiz darf angenommen werden, dass das Wahl- und Abstimmungsverhalten der Bevölkerung auf der einen Seite als Resonanz auf die politische Arbeit betrachtet werden kann. Auf der anderen Seite erhält die Bevölkerung durch die direkte Demokratie politische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Der dritte Bereich umfasst schliesslich die Verbindungen zwischen den beiden Bereichen. Sie werden zum einen über die Analyse der Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen und zum anderen über die Formen der lokalen «Governance», welche sich am Einsatz sogenannter «Policy»-Instrumente beobachten lässt, erfasst. Ein solches Zusammenspiel, sofern es sich als solches erweisen wird, kann schlussendlich als Ausdruck von einer oder allenfalls mehrerer politischer Identitäten verstanden werden.

2. «Identitäten»

Mentale Dispositionen spielen für die Strukturierung einer Gesellschaft eine wichtige Rolle.⁶⁹ Der Forschungsstand zur vorliegenden Arbeit (siehe Kapitel 1.3.) zeigte auf, dass diese Annahme auch im Kontext der Schweizerischen Urbanisierung ihre Berechtigung besitzt. Im folgenden Kapitel wird daher eine begriffliche Grundlage für die Befunde aus dem Quellenstudium geschaffen, wodurch beabsichtigt wird, das Verständnis für die gewonnenen Erkenntnisse zu erhöhen. Die Ausführungen beschränken sich dabei auf die verschiedenen Facetten der Begrifflichkeit der «Identitäten», die für die vorliegende Arbeit zentral sind. Eine breitere theoretische Aufarbeitung mentaler Konstrukte würde die ohnehin hohe Komplexität der literarischen Identitätendiskussion zusätzlich erhöhen und damit der zuvor beschriebenen Absicht entgegenwirken. Die aufgeführten Überlegungen mündeten schliesslich in einem Modell, welches am Ende dieses Kapitels dargestellt ist.

2.1. Der Identitätsbegriff

Ursprünglich stammt der Begriff «Identität» aus der Philosophie, wo er drei Bedeutungsinhalte in sich vereint: Erstens beinhaltet das Identitätsprinzip die ontologische These, dass alles Seiende eine gewisse Konstanz des Seins voraussetzt. Das heisst, in einer völlig regellosen, chaotischen und sich dauernd verändernden Welt wäre ein Konzept der Identität nicht oder nur schwerlich erfahrbar. In der Logik steht der Terminus zweitens für die Bezeichnung einer vollständigen oder absoluten Gleichheit und beschreibt damit reine Objektbezeichnungen.⁷⁰ Zur anthropologischen Bestimmung einer Identität sei drittens auf die Theorie von Jürgen Habermas verwiesen. Darin wird die Ich-Identität als ein Gleichgewicht zwischen einer persönlichen und einer sozialen Identität beschrieben. Die persönliche äussert sich dabei in der Einheit einer unverwechselbaren Lebensgeschichte, während die soziale aus der Zugehörigkeit zu verschiedenen Bezugsgruppen resultiert.⁷¹

⁶⁹ Die Vorstellung einer Gestaltungsmacht des Mentalen beruht dabei auf den beiden Annahmen, wonach Werte und Geisteshaltungen erstens einen signifikanten Einfluss auf das menschliche Handeln haben und zweitens, dass das menschliche Handeln die objektive Ordnung der Gesellschaft strukturiert. Voraussetzung für die erstgenannte Annahme ist in diesem Sinne die Existenz individueller Handlungsspielräume. Mentale Dispositionen erlangen dann eine Bedeutung, wenn das individuelle Handeln nicht gesellschaftlichen Zwängen und Normen unterliegt. Die zweite Annahme wiederum impliziert, dass eine objektive gesellschaftliche Ordnung nicht starr ist, sondern durch menschliches Handeln verändert werden kann. Verbreiteten und wiederkehrenden Handlungsmustern wird damit die Kraft zugestanden, eine gesellschaftliche Wirklichkeit zu gestalten, wobei das Mentale seine Wirkung über das Medium des Handelns entfaltet. Vgl. Hermann 2006: 8-9.

⁷⁰ Vgl. Koop 2002: 13; Vgl. Prechtel, Burkard 2008: 257.

⁷¹ Vgl. Habermas 1971: 120-159.

Aufgrund des unterschiedlichen Einsatzes über zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen hinweg ist die begriffliche Verwendung der Identität allerdings nicht eindeutig, sondern wird durch Ungenauigkeit charakterisiert.⁷² Gemeinsam ist aber nahezu allen Wissenschaften ein doppeltes Konzept von Identität. Zum einen geht es um die Beziehung der Besonderheit zu sich selbst, welche die Beständigkeit der Identität im Wandel beschreibt. Dieser Ansatz soll dabei helfen, Identität nicht als Ergebnis, sondern lebenslangen Prozess oder vorläufiges Produkt zu verstehen.⁷³ Dementsprechend muss Identität weder erworben werden, noch kann sie verloren gehen. Sie ist eine stabile Synthese früherer und späterer Zustände, sozialen Rollenzuteilungen, Funktionen und Inhalte in einer sozialen Umwelt.⁷⁴ Zum anderen hilft einem die «Identität» sowohl bei der substanziellen Beschreibung eines einzelnen Dings oder Objekts als auch der Unterscheidung desselben von anderen der gleichen Art.⁷⁵ Identität ermöglicht in diesem Sinne individuelle Autonomie oder kollektive Souveränität. Nach innen gerichtet dient sie zudem der Selbstvergewisserung, ist damit Schutzmechanismus und bietet Halt und Orientierung.⁷⁶

2.2. Kollektive Identitäten

Das Konzept der Identitäten kann sich nebst den Individuen auch auf Kollektive beziehen. Ein Kollektiv kann dabei als Verband im Sinne von Max Weber verstanden werden: «Eine nach aussen regulierend beschränkte oder geschlossene Beziehung».⁷⁷ In dieser geben die Mitglieder des jeweiligen Verbandes einen Teil ihrer Handlungsautonomie an das Kollektiv ab, was mittels Machtübertragung an bestimmte Verbandsorgane bewerkstelligt wird oder sich auf direktdemokratische Entscheidungsprozesse stützt. Parteien, Gemeinden oder auch Staaten lassen sich alle diesem Typus sozialer Verbände zuordnen. Gerade repräsentative Posten sind dabei häufig von Verbandsmitgliedern besetzt, die sich innerhalb des Verbandes eine Autorität erschaffen haben und sich in diesem Prozess gegen Mitbewerbende durchsetzen konnten. Im Handeln von Repräsentanten spiegeln sich deshalb die dominierenden «interpretativ-klassierenden Schemata»⁷⁸ und die Machtstrukturen eines Verbandes wider. Im komplexen

⁷² Vgl. Augustin 2000: 155; Körner 2009: 25.

⁷³ Vgl. Augustin 2000: 155; vgl. Berger 2018: 32.

⁷⁴ Vgl. Wendt 1994: 386; vgl. Schmidke 1995: 25-26; vgl. Hettlage 1997: 322; vgl. Neumann 2001: 144; vgl. Rumelili 2004: 32-33; vgl. Harrie 2006: 78; vgl. Vobruba 2007: 79.

⁷⁵ Vgl. Koop 2002: 12, Augustin 2000: 156.

⁷⁶ Vgl. Augustin 2000: 156.

⁷⁷ Weber 2010: 34.

⁷⁸ Der Begriff wird von Michael Hermann übernommen. Er bezieht sich zum einen auf die Interpretationsschemata nach Anthony Giddens und damit auf die kognitiven Deutungsmuster, in denen gesellschaftliche Normen und subjektive Sinnstrukturen verschmelzen. Sie sind nötig, um die wahrgenommene Wirklichkeit zu deuten und dem eigenen Handeln eine subjektive Bedeutung und Begründung zu geben. Zum anderen wird damit auf die klassierenden Urteile, in denen soziale Hierarchien eingelagert sind, rekurriert. Diese Klassifikationsschemata ermöglichen nach Pierre Bourdieu die «soziale Distinktion» und werden zur Benennung mentaler Dispositionen

Zusammenspiel mit den Handlungen der weiteren, das Kollektiv bildenden Individuen, welche ihrerseits dem Einfluss bestimmter Rollenzuteilungen innerhalb des Kollektivs unterliegen, sowie den spezifischen kontextuellen Bedingungen, resultiert schlussendlich das kollektive Verhalten.⁷⁹

Damit das Potenzial eines Verbandes kollektiv zu handeln, bestmöglich genutzt werden kann, ist es also nötig, dass das Verbandshandeln nicht nur von den repräsentativen Positionen getragen wird, sondern auch von den übrigen Verbandsmitgliedern. Das heisst, dass die Mitglieder eines Kollektivs eine innere Bereitschaft besitzen müssen, sich in den Verband einzugliedern.⁸⁰ Dazu sind zwei Prinzipien von besonderer Bedeutung, die Prinzipien der Integration und der Identität. Das Prinzip der Integration umfasst dabei das Abstimmen der einzelnen Handlungen, die Orientierung an gemeinsamen Zielen und Werten und das Beachten von Regeln und Normen. Zudem nimmt es in Bezug auf die Delegation von Macht eine wichtige Rolle ein. Denn wird in einem Kollektiv Handlungsmacht übertragen, so erfordert die Integration in ein Kollektiv das Vertrauen, dass diese zu keinem Missbrauch führt, sondern die Einzelnen, die auf einen Teil ihrer Autonomie verzichten, bevorteilt. Integration ist also zum einen eine wichtige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit eines Verbandes. Zum anderen ist sie eine Folge davon.⁸¹ Der objektive Nutzen allein genügt allerdings nicht als alleinige Erklärung für die Bereitschaft einer Person, sich in einem Kollektiv zu integrieren.⁸² Ein weiterer und wesentlicher Faktor bildet die Identifikation des Einzelnen mit dem Ganzen.⁸³ Identitäten als «Selbst» erlebte Einheiten einer Person und als Produkte sozialer Interaktion besitzen dabei nicht nur die Eigenschaft der Unterscheidung, sondern auch diejenige des Verbindens.⁸⁴

Dementsprechend beschreiben kollektive Identitäten die Gleichgerichtetheit der sozialen Identitäten der Mitglieder einer Gruppe,⁸⁵ wobei die soziale Identität die Erweiterung des psychologischen «Selbst»-Verständnisses durch die Aufnahme weiterer Personen in die eigene «Selbst»-Definition umfasst. Diesem Prozess liegt der Akt der Selbstkategorisierung eines Individuums zugrunde. Nach der «Theorie der Selbstkategorisierung» macht dieser das Wesen

verwendet. Nicht in jeder Klassifikation ist allerdings die gesellschaftliche Hierarchie abgebildet. Gerade das subjektive Element wird nach Hermann eher durch den Begriff des Interpretierens eingefangen. Um beiden Aspekten gerecht zu werden, wird deshalb als Überbegriff für wertende Dispositionen der Begriff «interpretativ-klassierende Schemata» verwendet. Siehe hierzu: Hermann 2006: 23-24.

⁷⁹ Vgl. ebd.: 52.

⁸⁰ Vgl. ebd.: 53-54.

⁸¹ Vgl. ebd.: 54.

⁸² Vgl. ebd.: 55.

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Vgl. Hermann 2006: 55; Vgl. Kaina 2009: 45.

⁸⁵ Vgl. Körner 2009: 42.

aller Gruppenprozesse aus und ist dafür verantwortlich, dass emotionale, kognitive und verhaltensbezogene Konsequenzen im Gruppenhandeln hervorgerufen werden. Im Rahmen seiner Selbstwahrnehmung und der damit einhergehenden Kategorisierung seiner sozialen Welt nimmt ein Individuum sich selbst als gleich oder unterschiedlich gegenüber anderen wahr. In Abhängigkeit zu den verschiedenen sozialen Kontexten können unterschiedliche Kategorisierungen für die Mitglieder einer Gruppe salient, das heisst kognitiv dominant werden. Gemäss der «Theorie der Selbstkategorisierung» dominiert immer diejenige Kategorisierung, welche die von dem einzelnen Individuum wahrgenommenen Unterschiede zwischen den zur Auswahl stehenden Kategorisierungsmöglichkeiten maximiert und gleichzeitig die Unterschiede innerhalb der jeweiligen Kategorie minimiert.⁸⁶ Verbindet man diese theoretische Ausführung mit der These Salomons (siehe Seite 4), dann zeigt sich, dass in der Schweiz die Kategorie der Ruralität präsent ist. Kollektive Identitäten konstruieren sich damit in der Gegensätzlichkeit von Individuum und Gesellschaft, wobei das Vorliegen eines Innen-/ Aussen- oder eines Mitglied-/ Nichtmitglied-Dualismus als zentrale Voraussetzung für die Ausgestaltung derselben gilt.⁸⁷ Er impliziert die kollektive Wahrnehmung der Zugehörigkeit zu derselben Kategorie und ist damit die massgebliche Vorbedingung für die Bildung einer Gruppe sowie einer ihr zugehörigen Identität.⁸⁸ Eine solche ist aber nicht als Ergebnis der Summe verschiedener Einzelidentitäten zu betrachten, sondern wird in gesellschaftlichen Prozessen ausgeformt. Sie zeigen sich anhand kommunikativ vermittelter Gehalte, als Bildsprache, Rituale, Traditionen, Mythen, Literatur und Medien.⁸⁹ Sie orientieren sich damit an sozialen Interpretationssystemen, wozu allgemeine Wissenssysteme, gesellschaftliche Normen und Interpretationsmuster gezählt werden können und beschreiben damit eine Wirklichkeit, die gerade durch die Interaktion und Kommunikation der Einzelnen über eine psychische und soziale Umwelt konstruiert wird. Als Beispiele seien an dieser Stelle nationale Selbst- und Fremdbilder erwähnt, welche in der Gesellschaft und der Politik eine herausragende Orientierungsfunktion besitzen können.⁹⁰

2.3. Mehrfachidentitäten

Menschen bilden sich ihre Identitäten als Bestandteil verschiedener Identitätskreise, welche jeweils die Persönlichkeit mitstrukturieren. Identitäten treten daher nicht allein, sondern als

⁸⁶ Vgl. Körner 2009: 44-45.

⁸⁷ Vgl. Körner 2009: 40-45; Kaina 2009: 46.

⁸⁸ Vgl. Körner 2009: 46.

⁸⁹ Vgl. Siegenthaler 1992: 23.

⁹⁰ Vgl. Körner 2009: 46-47.

Mehrfachidentitäten auf. Die verschiedenen Identitäten unterscheiden sich dabei nach Bezugspunkt und Intensitätsgrad. Die verschiedenen Handlungszusammenhänge nach Handlungszuständigkeiten und Art und Weise des Zusammenhalts.⁹¹ Zudem üben die soziale Situation und historische Konstellation einen wichtigen Einfluss auf die effektive Teilhabe an den jeweiligen Identitätskreisen aus. Während sich solche Identitätszugehörigkeiten zu früheren Zeiten durch eine gewisse Stabilität charakterisierten, ist für den Übergang von der Moderne zur Postmoderne bezeichnend, dass sich individuelle und kollektive Identitäten zu etwas Dynamischem verändert haben. Die früher elementaren Attribute der Eindeutigkeit und Kontinuität konnten sich im Zuge der Auflösung und Neuformation von Identitäten dementsprechend nicht mehr halten und wurden durch dasjenige der Ambivalenz ersetzt.⁹² Es wird deshalb angenommen, dass für das moderne Bewusstsein nicht die Erfahrung des Bestands, sondern der Veränderlichkeit aller Dinge konstitutiv ist und sich in einem Spektrum zwischen Fortschrittsglauben und gleichgültiger Annahme des Neuen.⁹³ Wurden Halt und Orientierung früher primär ausserhalb seines Selbst in Form von stabilen Zugehörigkeiten zu einer oder wenigen individuellen und kollektiven Identitäten gesucht, entsteht zunehmend eine Priorisierung der individuellen Selbsterfahrung als Kontrast zu den Erfahrungen einer objektiven und sozialen Umwelt. Allerdings ist auch die subjektive Wirklichkeit der raschen Veränderlichkeit ausgesetzt, weshalb sich auch diese durch eine zunehmende Differenzierung und steigende Komplexität kennzeichnet. «Moderne Identitäten» sind also auf der einen Seite multipel, vielschichtig, ungeschlossen und flüchtig. Auf der anderen Seite ist die subjektive Wahrnehmung der Identitäten der hauptsächliche Halt des Individuums in der Wirklichkeit. Identitäten bestehen demnach in der permanenten Beobachtung des Ichs in einer stetigen Umstellung auf eine sich stetig verändernde Aussenwelt. Die zeitgenössische Pluralität an Lebensformen, Weltdeutungen, kulturellen Stilen und Lebenserfahrungsmöglichkeiten führt dabei zu ständigen Entscheidungszwängen. Kaum etwas ist selbstverständlich oder kontinuierlich. Dies kommt mit dem Verlust einer transzendentalen Sicherheit, manifestiert in der vordergründigen Welt und gepaart mit den mit ihr verbundenen Sachzwängen sowie dem dahinterliegenden Sinn des Lebens, gleich.⁹⁴ Die Folge daraus ist die Zunahme hybrider Kulturen, welche sich ständig neu vermischen, überlappende Zivilisationen und ein wachsender Pluralismus von Identitäten.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Augustin 2000: 169.

⁹² Vgl. Kopp 2002: 24.

⁹³ Vgl. Abels 2010: 427.

⁹⁴ Vgl. Abels 2010: 428-432.

⁹⁵ Vgl. Kopp 2002: 24.

2.4. Räumliche Identitäten

Trotz einer zunehmenden Distanzierung des Individuums von seiner (objektiven) Umwelt wäre eine Ausgrenzung des Raumes in Zusammenhang mit einer Identitätenanalyse reduktionistisch.⁹⁶ Diese Annahme liegt im Verständnis des Raumes als soziales Konstrukt begründet, in welchem einer Vorstellung entgegengewirkt wird, der Raum existiere gleichsam an sich, als leerer Behälter vor den Dingen und Praxen, die ihn füllen und besetzen. Als soziales Produkt gedacht, umfasst der Raum dementsprechend alle Handlungen und Produktionen der ihn bevölkernden Menschen und reicht in diesem Sinne von den Mikroräumen des Alltags bis hin zu Makroräumen wie beispielsweise den Nationalstaaten.⁹⁷ Die im vorliegenden Text beabsichtigte, begriffliche Verwendung des Raumes orientiert sich demnach an dessen abstrakter Aufteilung in verschiedene Raumschnitte, respektive -segmente. Dabei gilt es zu beachten, dass die verschiedenen Raumsegmente keine abgeschlossenen Systeme darstellen, sondern einer gegenseitigen Beeinflussung unterliegen und damit in Beziehung zum sozialen Prozess der Kommunikation, realer Kommunikationstechnologien und Übertragungsmedien stehen. Nebst spezifischen Standorten, werden dabei auch Individuen und Menschengruppen als Raumsegmente erfasst. Die Gemeinde ihrerseits steht für ein durch politische Entwicklungsprozesse willkürlich geformtes Raumsegment.⁹⁸

Diesen Ausführungen entsprechend obliegt auch eine räumliche Dimension der Identitäten dem Merkmal der Vielschichtigkeit. Sie reicht von der lokalen über eine regionale und kantonale bis hin zur nationalstaatlichen oder kontinentalen Ebene.⁹⁹ Beispielsweise kann der jeweilige Wohnstandort als räumlicher Schwerpunkt der Lebensinteressen eines Menschen in aktiver wie passiver Form als eines der Symbole für seine personale und soziale Identität eingesetzt werden.¹⁰⁰ Nach den Worten von Theodore Roy Sarbin dient er als «[...] contextual marker for establishing one's social identity».¹⁰¹ Er fungiert damit einerseits als Speichermedium im Verständnis eines Erinnerungsträgers und Zeitspeichers und besitzt in seiner materiellen Präsenz den Ausdruck von Stabilität und Beständigkeit.¹⁰² Andererseits ist er ein Zeichen von

⁹⁶ Vgl. Flück 2004: 337.

⁹⁷ Vgl. Günzel 2010: 91.

⁹⁸ Vgl. Flück 2004: 349.; Die Bindung an räumlich abgrenzbare Gruppen und Gemeinschaften können dabei eine von mehreren gleichzeitig bestehenden Mitgliedschaften zu sozialen Subsystemen darstellen, die als Bestandteil raumbezogener Identitäten fassbar werden. Vgl. hierzu Weichhart 1990: 71.

⁹⁹ Vgl. Pfefferle 2009: 20.

¹⁰⁰ Vgl. Weichhart 1990: 51.

¹⁰¹ Sarbin 1983: 339.

¹⁰² Zur Verdeutlichung des Zusammenhangs von Erinnerung und Raum wird dabei häufig das Motiv der «Heimat» herangezogen. Als «Assoziationsgenerator» wird sie zum Ausdruck eines Modells des Erinnerns, dem stets eine räumliche Verortung eingeschrieben ist. Häufig nostalgisch verklärt, evoziert Heimat das menschliche Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit oder in Zusammenhang mit einer traumatischen Erfahrung die

sichtbarem Wandel und Innovation.¹⁰³ Der Raum bietet deshalb die Möglichkeit, als symbolischer, metaphorischer und strategischer Ausdrucksträger vergangener Ereignisse, als Projektionsfläche eines erinnerungsbasierten Vergangenheitsbewusstseins oder einer räumlich ausgedrückten Zukunftsperspektive eingesetzt zu werden.¹⁰⁴ Er vermag dementsprechend zwischen verschiedenen Zeitebenen zu vermitteln und besitzt nebst einer räumlichen auch eine temporale Dimension. Die Zuweisung zu Identitäten erfolgt also unter anderem in der Positionierung und Orientierung im Raum, womit dessen Betrachtung dabei unterstützt, Identitäten und deren Entwicklung zu erfahren.¹⁰⁵

Raumbezogene Identitäten leisten in diesem Sinne einen Beitrag zur Konstituierung einer intersubjektiv vergleichbaren Bezugs- und Orientierungsbasis. Sie besitzen Teilelemente intersubjektiv und kollektiv verfügbarer und handhabbarer Wirklichkeiten, vor deren Hintergrund soziale Prozesse ablaufen. Die Bezugsobjekte raumbezogener Identitäten zählen damit zu den Rahmenbedingungen und Inhalten sozialer Kommunikation. Sie sind Bestandteil der Alltagswelt, die eine Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme darstellt. In geschickter Verwendung lassen sie sich entsprechend zur Verstärkung der Kohäsion und Integration sozialer Gruppierungen einsetzen, womit ihnen das Potential innewohnt, soziale Systeme zu erhalten oder den Ablauf systemstabilisierender Prozesse zu unterstützen.¹⁰⁶ Beispielsweise durch die Stärkung der Loyalität zu einem Ort als derjenige Aspekt einer übergeordneten regionalen Identität, welcher sich auf die Bindung einer Person an ihren engsten Lebensraum bezieht, werden Menschen in einen lokalhistorischen Erfahrungs- und Erlebnisraum eingebunden, welcher sich in den Gesamtidentitäten der ansässigen Menschen niederschlagen könnte.¹⁰⁷ Die Beziehung zwischen dem Subjekt und dem Raum kann aus diesen Gründen als «identitätsbildender Wechselzug» beschrieben werden.¹⁰⁸

destabilisierenden Gefühle der Angst und Ablehnung. Orte der Kindheit wie das Elternhaus oder das Schulgebäude bedeuten, wenn positiv konnotiert, affektive Bindungen, Geborgenheit und auch Vertrauen zu anderen und sich selbst. Umgekehrt kann eine Veränderung des bekannten räumlichen Umfeldes auch zu einer Verunsicherung führen und so die eigene Identität in Frage stellen. Das (kollektive) Gedächtnis haftet dabei am Konkreten, im Raum, an der Geste, am Bild oder am Gegenstand. Gerade in einer von Mobilität und Migration geprägten Welt gerät die stabilitätsgewährende und damit auch identitätssichernde Konzeption von Heimat ins Wanken. Vgl. Berger 2018: 50-51.; Zur Bedeutung der «Heimat» im Kontext des «Place-makings» vgl. auch Belinda 2013: 108.

¹⁰³ Vgl. Berger 2018: 50.

¹⁰⁴ Vgl. Berger 2018: 48 & 51, vgl. Belinda 2013: 147.

¹⁰⁵ Vgl. ebd.: 45-48.

¹⁰⁶ Vgl. Weichhart 1990: 46-52.

¹⁰⁷ Vgl. Weichhart 1990: 55; vgl. Flück 2004: 324; Marc Bühlmann spricht im gleichen Verständnis von einer «kommunalen Identität», vgl. Bühlmann 2010: 208.

¹⁰⁸ Vgl. Weichhart 1990: 47.

2.5. Politische Identitäten

Die vorangehenden Kapitel und Unterkapitel zeigten: mit dem raschen Wandel der globalen wie lokalen Gesellschaft wandelt sich auch die Konzeption der Identität. Die Verbindung dieser mit der föderalen Struktur des politischen Gemeinwesens in der Schweiz, zur Überwindung von Verschiedenartigkeit nach innen und gleichzeitiger Grenzziehung nach aussen, legt zudem die Vermutung nahe, mit humanistischen Idealen wie Gleichheit, Freiheit und Pluralismus immer schwieriger vereinbar zu sein und somit an Gehalt zu verlieren. Dieser Ansatz blendet jedoch aus, dass ein jedes politisches System für seinen Fortbestand darauf angewiesen ist, einen Gemeinschaftssinn unter den Trägern des Systems zu entwickeln.¹⁰⁹ Können die beschriebenen Grenzziehungen nicht mehr klar vorgenommen werden, unabhängig davon, ob es sich um reale oder mentale handelt, dann erhalten die unterschiedlichen Raumbezüge für die verschiedenen politischen Kollektive eine unterschiedliche historische Relevanz. Die unterschiedlichen Ansetzpunkte resultieren dann in politischen Konkurrenzverhältnissen, welche in der Diskussion von neuen und alten Strukturen und deren gesellschaftlicher Legitimation münden.¹¹⁰ Die verschiedenen Identitäten, welche mit- und nebeneinander, auf individueller und kollektiver Ebene bestehen, erhalten dadurch eine politische Dimension und werden zu politischen Gegenständen.

Tritt dies ein, obliegt es politischen «Identitätsstiftern»¹¹¹, Identitätsmodelle zu entwickeln und zu verbreiten, Kompromissmöglichkeiten zu suchen und damit der Versuch, Mehrheiten zu etablieren.¹¹² Eine bewusste Identitätsstiftung bietet somit die Möglichkeit, die Wirkung eines spezifischen Konzepts der Identität im politischen Raum zu erzielen. Ansatzpunkte dazu bieten die gesellschaftlichen Faktoren, die für ein spezifisches Raumsegment konstitutiv sind (für den urbanen Raum Münchenbuchsee siehe Kapitel 4). Das heisst, das ortsspezifische Merkmale, wie beispielsweise ein lokales Landschaftsbild oder eine lokale Geschichte, nicht als solches identitätsbildend sind, sondern eine entsprechende Wirkung erst durch ihre identitätsfördernde Deutung erhalten. Es sind also der Akt der Deutung oder eine lokal vorherrschende

¹⁰⁹ Vgl. Kaina 2009: 46.

¹¹⁰ Vgl. Pfefferle 2009: 20.

¹¹¹ Identitätsstifter können auf verschiedenen Ebenen verstanden werden. So beispielsweise auf einer personalen, in Form von Politikern, wobei sich diese offiziell einer politischen Institution zuschreiben lassen, aber auch in inoffiziell Bestehen, gedacht als «lokale Grössen», deren Autorität nicht zwingend in Verbindung mit einer institutionell politischen Tätigkeit steht. Auch Intellektuelle und Experten werden als typische Trägergruppen zur Konstruktion kollektiver Identitäten betrachtet. Daneben lassen sich Identitätsstiftern auch auf institutioneller Ebene definieren, als Handlungseinheiten eines Staates, zum Beispiel in Form von staatlichen Ämtern oder für einen bestimmten Raum bedeutendes Unternehmen. Vgl. Koop 2002: 17; vgl. Körner 2009: 61; vgl. Pfefferle 2009: 34;

¹¹² Vgl. Pfefferle 2009: 20-21; Dieser Ansatz entspricht zudem der Argumentationslinie Ueli Haefelis. Siehe hierzu Kapitel 1.

Deutungskultur, welche ein Sonderbewusstsein entstehen lassen.¹¹³ Dementsprechend steht Identitätsstiftern keine völlige Neuschöpfung von Identitäten zur Disposition, sondern bloss die Bekräftigung und Systematisierung bereits vorhandenen Materials. Heinz Pfefferle rät daher zur Verwendung des Begriffes der «Identitätsverstärkung»¹¹⁴, welche allerdings niemals als reine Aktion einer selbsternannten Elite zu verstehen ist. Sie bedarf der demokratischen Legitimation, um politische Wirksamkeit zu erhalten. In den Worten Pfefferles: «Sie kann als Revolution von oben zwar beginnen, aber nur durch eine komplementäre Antwort von unten weitergeführt werden.»¹¹⁵ Das heisst, dass die Bevölkerung in ihren politischen Einstellungen einerseits auf die Verhalten der Politiker reagieren, andererseits die Politiker aber auch ihr Verhalten an den (vermuteten) Erwartungen der Wählerschaft ausrichten.¹¹⁶ Im Falle einer erfolgreichen Identitätsverstärkung kann aber angenommen werden, dass ein vorher noch nicht artikuliertes Identitätsstreben, ein eventuell nur halb bewusstes Identitätsverlangen oder eine latente Bereitschaft der betreffenden Bevölkerung zur Identitätsbildung, durch die Verstärkung begünstigt wurde.¹¹⁷ Im direktdemokratischen politischen Gemeinwesen stehen den Einzelnen dabei sowohl die Möglichkeiten der passiven Teilhabe als auch der aktiven Gestaltung zur Verfügung, was beides identitätsbildend sein kann.¹¹⁸

Kollektive politische Identitäten können sich demnach auf politische Gemeinschaften beziehen, worunter politisch relevante Gruppierungen sowie politische Strukturen zu verstehen sind. Auf individueller Ebene werden sie auch als soziale Identitäten mit politischen Konsequenzen bezeichnet. Gemeint ist damit vor allem, dass politische Identitäten bei den Menschen die Vorstellung auslösen, dass eine Gruppe das Recht auf substanzielle Selbstbestimmung hat. Dementsprechend besitzen kollektive politische Identitäten das Potential sich durch kompakte regionale und soziale Gruppen über einen gewissen Zeitraum hinweg majorisieren zu lassen. Fehlt die Bereitschaft der Mehrheitsbildung, muss entweder versucht werden, das Bewusstsein durch gezielte Integrationspolitik der Realität oder umgekehrt, die Realität in Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung, dem Bewusstsein anzupassen.¹¹⁹ Politische Bestrebungen, die auf die Verstärkung von wünschenswerten Identitäten abzielen, umfassen dementsprechend Massnahmen zur aktiven Formung der Struktur und des Wandels der Identifikation der

¹¹³ Vgl. ebd.: 39-40.

¹¹⁴ Vgl. ebd.: 30.

¹¹⁵ Pfefferle 2009: 41; vgl. auch Körner 2009: 24.

¹¹⁶ Vgl. Augustin 2000: 123.

¹¹⁷ Vgl. Pfefferle 2009: 41.

¹¹⁸ Vgl. Augustin 2000: 166.

¹¹⁹ Vgl. Koop 2002: 17.

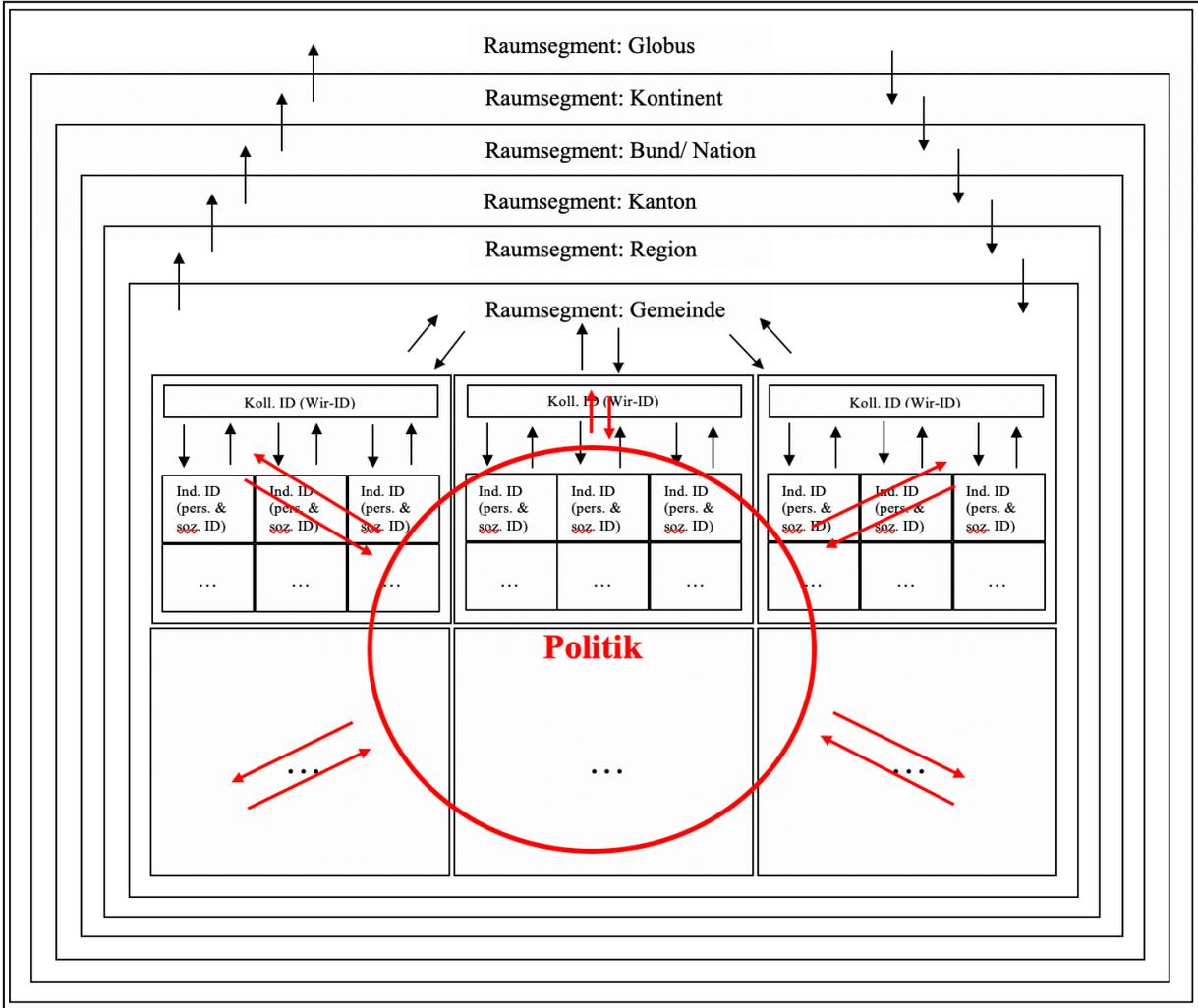
Bevölkerung mit einem politischen System. Das politische System kann dabei aus verschiedenen Raumsegmenten bestehen.¹²⁰

Im alltäglichen politischen Diskurs wird der Begriff der Identität jedoch häufig auch als modernes politisches Schlagwort verwendet, um gewisse Forderungen durchzusetzen. Auch wenn politische Schlagworte intellektuell-rational vielfach nur einen geringen Sinn haben, sind sie dafür umso mehr mit bestimmten emotionalen Gehalten beladen. Der «Identität» liegen demzufolge eine gesellschaftliche Attraktion und Zweckmässigkeit zugrunde, die sowohl politisch als auch emotional leicht zu instrumentalisieren ist.¹²¹ Das Verständnis von Identität richtet sich in öffentlichen Diskursen vielfach denn auch nicht an ihrem wissenschaftlichen Inhalt aus.

¹²⁰ Vgl. Schmidt 2010: 347; Gemäss Francis Fukuyama entstand der Begriff der «Identitätspolitik» im Kontext der 68er-Bewegung. Allerdings wurde darunter nur dasjenige Bestreben erfasst, das zuvor unter religiösen oder nationalistischen Identitätsbewegungen subsumiert wurde. Gerade in Zusammenhang mit letzteren bietet die Schweiz einen exemplarischen Fall eines Landes mit einer aussergewöhnlich tragfähigen Kollektividentität, welche durchaus als Resultat einer erfolgreichen politischen Integration respektive Identitätspolitik verstanden werden kann. Vgl. Fukuyama 2019; vgl. Bohley 2016; vgl. Hermann 2016.

¹²¹ Vgl. Körner 2009: 33.

2.6. Identitäten-Modell



Figur 1: Essenz der verschiedenen Identitätsdimensionen. Eigene Darstellung.

3. Die Urbanisierung der Schweiz

Ein Abriss der Geschichte der Urbanisierung der Schweiz zeigt die gesellschaftlichen Prozesse auf, welche zum heutigen Erscheinungsbild des Raumes Schweiz beitragen. In dieser humangeographischen Entwicklung ist auch das Wachstum der Gemeinde Münchenbuchsee eingebettet, womit die Betrachtung derselben hilft, die lokalen Bedingungen zu kontextualisieren.

3.1. Beginnende Suburbanisierung

Die Industrialisierung auf dem Gebiet der Schweiz war gegen Ende des 19. Jahrhunderts kein ausschliesslich urbanes Phänomen. Nebst den Niederlassungen in den Kernstädten liessen sich zahlreiche Schweizer Industrieunternehmen in ländlichen Gebieten nieder, um von landschaftlichen Vorzügen wie beispielsweise Flüssen als natürliche Energieressourcen profitieren zu können. In der Folge entwickelten sich im Umfeld solcher Werksanlagen neue dezentralisierte Siedlungskerne. Das Siedlungswachstum konzentrierte sich dennoch primär in den städtischen Gebieten und widerspiegelte sich unter anderem in der beginnenden Agglomeration.¹²² Kennzeichnend hierfür war die Vergrösserung der Stadtgebiete durch Eingemeindungen, Gebietsreformen und Gemeindefusionen im Zeitraum von 1900 bis 1935. Die damaligen Kernstädte bestanden grösstenteils aus den teilweise noch mittelalterlichen Stadtkernen, welche dem Platzanspruch einer immer grösser werdenden städtischen Arbeiterschicht nicht mehr genügten. Am Stadtrand entstanden darum erste Arbeiterwohnsiedlungen nahe den Industriestandorten, die aufgrund der zentralen Netzwerkfunktionen der Städte und den immer stärker ausgebauten Eisenbahnnetzwerken in unmittelbarer Nähe zu den Städten errichtet wurden.¹²³ Viele wirtschaftlich gut situierte, suburbane Gemeinden entschieden sich zur selben Zeit jedoch gegen eine Eingliederung in eine städtische Gemeinde. Die eigenen Steuerraten sollten auf diese Weise tief gehalten werden. Es war die Zeit der Erkennung einer klaren Trennung zwischen urbanen und anti-urbanen Interessen in der Schweiz, welche nach 1930 beinahe zu einem Stillstand der Gemeindefusionierung zwischen urbanem und suburbanem Raum führte. Parteien aus dem rechten Spektrum befürchteten ein zu starkes Wachstum der Städte, da die Praxis der Gemeindefusionen zu den Richtlinien einer sozialistischen Politik zählte. Dementsprechend lehnten bürgerliche Gruppierungen jegliche Ansätze zur Schaffung von städtischen

¹²² Vgl. Walter 1994: 104-116, vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 31, vgl. Devecchi 2016: 37.

¹²³ Vgl. Devecchi 2016: 37.

Grossräumen ab, welche mit der Dominanz einer linksorientierten Wählerschaft einhergegangen wäre.¹²⁴ Eine links-rechts Teilung zwischen urbanen und suburbanen Regionen charakterisiere somit die politischen Interessen während des frühen 20. Jahrhunderts.¹²⁵

Es war auch die Zeit der Entstehung erster Verbände, die sich für die Regulierung von Siedlungswachstum zur Erhaltung ländlicher Architektur sowie ländlich geprägten kulturellen Erbes einsetzten.¹²⁶ Im Jahr 1937 folgte die Gründung der Schweizerischen Landesplanungskommission, deren Aufgabe darin bestand, das Wachstum urbaner Gemeinden über die Entwicklung einschlägiger politischer Instrumente zu kontrollieren. Ländliche Ideale geknüpft an eine Vorstellung lokaler sowie wirtschaftlicher Unabhängigkeit gewannen in Form dieser Bestrebungen auf national-politischer Ebene immer mehr an Boden und erlangten mit der Einführung des «Wahlenplans» zur Zeit des Zweiten Weltkrieges weitere Bestärkung.¹²⁷ Die Erhöhung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Verbindung mit den Beschränkungen des internationalen Handels während der Kriegsjahre sollte einerseits die Abhängigkeit der Schweiz von den umliegenden Staaten reduzieren, andererseits erhielt die Landwirtschaft durch diese Emanzipation für eine nationale Identität immer mehr Bedeutung.¹²⁸ Weitere Massnahmen um das Bild einer Schweiz als eine ländliche Nation von Bauern zu evozieren folgten im Zeitraum von 1930 bis 1960 und in Zusammenhang mit der «Geistigen Landesverteidigung».¹²⁹ Als Reaktion auf die Bedrohungen von aussen nach dem Ersten Weltkrieg verstanden, übten sie einen starken Einfluss auf die hiesige Kunst, Architektur, Medien und Politik aus. Eine kosmopolitische und urbane Kultur wurde in diesem Kontext mit ausländischen Einflüssen in Verbindung gebracht.¹³⁰ Die Urbanisierung der Schweiz stand damit während praktisch des gesamten 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss einer politisch implementierten Vorstellung einer ländlichen Schweiz.¹³¹

¹²⁴ Vgl. Walter 1994: 39-41.

¹²⁵ Vgl. Ströbele 2017: 209.

¹²⁶ Vgl. ebd.

¹²⁷ Beispielsweise Schuler, Perlik und Pasche schreiben von einer ideologischen Überhöhung des Landes, des Bauerntums und der Ruralität während der 1930er und 40er Jahre, was sich unter anderem in der Fokussierung der Berggebiete durch die amtliche Statistik zeigte. Vgl. hierzu Schuler, Perlik, Pasche 2004: 32.

¹²⁸ Vgl. Ströbele 2017: 210.

¹²⁹ Vgl. Ströbele 2017: 210; In diesen Zeitraum fielen auch der Ausbau der Infrastrukturen und militärischen Bauten in vornehmlich ländlichen Gebieten. Beispielsweise in Zusammenhang mit dem Alpenréduit. Die Auswirkungen des Ausbaus zeigten sich unter anderem in einer starken Bevölkerungszunahme in den Regionen der alpinen Innerschweiz, dem Berner Oberland und in anderen ländlichen Räumen. Auf diese Weise verzeichneten die ruralen Gebiete gar ein grösseres demographisches Wachstum als die Agglomerationen. Vgl. hierzu Schuler, Perlik, Pasche 2004: 32.

¹³⁰ Vgl. Ströbele 2017: 208-211.

¹³¹ Vgl. Salomon 2007: 60-62.

3.2. Wirtschaftlicher Aufschwung und Ausbau des Individualverkehrs

Ähnlich zum europäischen Umfeld führte der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegsjahre in der Schweiz, zu einer verstärkten Suburbanisierung.¹³² Eine solche wird in der Literatur als Resultat des veränderten schweizerischen Wirtschaftssystems betrachtet: Der prozentuale Anteil der Arbeitnehmer im Landwirtschaftssektor sank von 20% im Jahre 1950 auf 7.4% im Jahre 1979. In der gleichen Zeitspanne blieb der Anteil der industriellen Arbeiter auf einem ähnlichen Niveau bestehen (von 43.5% auf 39.6%). Der tertiäre Sektor (Dienstleistungssektor) dagegen stieg von 35.8% Beschäftigten 1950, auf 53% 1979 und hatte sich damit als stärkster Wirtschaftssektor in der Schweiz etabliert.¹³³ Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbesserte sich sowohl die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs als auch die finanziellen Möglichkeiten vieler Leute, auf den motorisierten Individualverkehr umzusteigen.¹³⁴ Im Zuge dieser Entwicklung wurden Agglomerationen räumlich-funktional integriert. Die funktionale Erschliessung vormals agrarisch geprägter Dörfer in der Phase der Periurbanisierung resultierten zudem in bebauten Gebieten, die nicht mehr zwingend in baulichem Zusammenhang mit den Kernstädten standen. Dennoch standen sie in funktionaler, wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit zu ihnen.¹³⁵ Die Verschiebung des Wohnverhaltens in Richtung suburbaner Regionen zeigte sich unter anderem in der Zunahme der Pendlerinnenströme und der Entstehung von «Schlafstädten/-orten».¹³⁶ Auf die gesamte Schweiz bezogen hiess dies, dass das Land von einer zunehmenden (räumlichen) Dezentralisierung gekennzeichnet wurde, in dessen Zuge sich mehr Zentren mit grösserer wirtschaftlicher Kraft und mehr Bewohnern installierten.¹³⁷

Im Zuge des starken ökonomischen und demografischen Wachstums wurden zwar bereits in den 1950er und 1960er Jahren lokale und regionale Planungsgrundlagen erstellt, aber noch fehlte es an einer nationalstaatlichen Institutionalisierung. Die Notwendigkeit nationaler Regeln

¹³² Vgl. Ströbele 2017: 211, 1960 erreichten die Kernstädte ihr Bevölkerungsmaximum, womit sich das Bevölkerungswachstum fortan vornehmlich auf die suburbanen Regionen fokussierte. Vgl. Schmid 2007: 35.; In absoluten Werten bedeutete die langanhaltende Hochkonjunkturphase aber auch für das ländliche Gebiet das stärkste seit 1850 registrierte Bevölkerungswachstum. Allerdings war es die Periode mit den grössten relativen Differenzen zu den Städten und Agglomerationen und der grössten internen Differenzierung des Wachstums. Die landwirtschaftlich verbliebenen Gebiete verzeichneten insbesondere massive Wanderungsverluste, welche durch das natürliche Bevölkerungswachstum nicht kompensiert werden konnten und zur Entsiedlung von peripheren Gemeinden und Regionen führte. Vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 33.

¹³³ Vgl. Rosi 1983: 39.

¹³⁴ Mit dem Bau eines grossen Teils des schweizerischen Autobahnnetzes in den 1960er Jahren konnten viele Orte vereinfacht mit dem Auto erreicht werden. Dieser Faktor führte zu einem verstärkten Wachstum städtischen Raums. Vgl. Ströbele 2017: 212.

¹³⁵ Vgl. Schuler et al. 2007: 59.

¹³⁶ Vgl. Devecchi 2016: 37; vgl. Ströbele 2017: 209.

¹³⁷ Vgl. Rosi 1983: 43-47.

zur Raumplanung, welche sich aus den gesellschaftlichen Entwicklungen ergaben, erkannten Volk und Stände 1969 durch die Annahme von zwei entscheidenden Verfassungsartikeln an, jene über das Eigentum und über die Raumplanung. Im Jahr 1972 reagierte der Bundesrat mit einem dringlichen Bundesbeschluss, durch den erstmals provisorische Schutzgebiete definiert wurden.¹³⁸ Die 1970er Jahre werden in der Fachliteratur generell als eine Periode der Neo-Ruralisierung und der Promotion regionalen Bewusstseins beschrieben. So erlebten peripher gelegene Gemeinden erstmals wieder Zuwanderung urbaner Bevölkerung. Mitentscheidend hierfür war der Ausbau der Bildungsstätten in ländlichen Gebieten, welcher zu einem Rückgang der Abwanderung der ländlichen Jugend führte und eine Tendenz zu einer Rückkehr nach der Ausbildung brachte. Die politische Unterstützung des ländlichen Gebietes, beispielsweise des Alpenraumes, drückte sich unter anderem im Gesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) aus. Es waren bundesstaatliche Massnahmen, die zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen ergriffen wurden und auf die Unterstützung der industriellen Peripherie abzielten.¹³⁹ Die verstärkten Bemühungen der Eindämmung des urbanen Wachstums resultierten schliesslich in nationalen Richtlinien, welche die Leitlinie der dezentralisierten Konzentration etablierten und im nationalen Raumplanungsgesetz von 1979 mündeten.¹⁴⁰ Es wurden darin nationale Ziele und Planungsgrundsätze der Raumplanung sowie im Wesentlichen die Instrumente, Verfahren und Zuständigkeiten auf den verschiedenen Schweizerischen Staatsebenen definiert.¹⁴¹ Die wichtigsten Inhalte des Gesetzes waren: a) Der Schutz der Landschaft durch die Schaffung von Zonengesetzen; b) Eine gleichmässige Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten über das gesamte Land hinweg; und c) Die Erhaltung kommunaler Autonomie durch Berechtigung der eigenständigen Unterhaltung von Bauzonen.¹⁴² Diese Periode der Urbanisierung der Schweiz ergab demnach ein deutlich ausgeglicheneres Wachstum zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und innerhalb der letzteren zwischen industriellen, agrarischen und touristischen Regionen.¹⁴³

3.3. Metropolisierung und Reurbanisierung

Trotz der neuen nationalen Richtlinien zur Konzeptualisierung urbanen Wachstums waren die Jahre nach Inkrafttreten des neuen Raumplanungsgesetzes von der anhaltenden Zersiedelung

¹³⁸ Vgl. Bühlmann et al. 2011: 16.

¹³⁹ Vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 34.

¹⁴⁰ Vgl. Ströbele 2017: 212.

¹⁴¹ Vgl. Devecchi 2016: 27.

¹⁴² Vgl. Sulzer, Desax 2015: 13., vgl. Ströbele 2017: 212-213.

¹⁴³ Vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 34.

des schweizerischen Landschaftsbildes gekennzeichnet.¹⁴⁴ Liess sich dieses Wachstum während der 1970er Jahre noch durch den Zusammenhang der Industrialisierung mit der Suburbanisierung charakterisieren¹⁴⁵, gewann die Urbanisierung mit der Fertigstellung der wichtigsten Autobahnstrecken und der modernen Konzeption des nationalen Bahnsystems ab den 1980er Jahren neue Dimensionen.¹⁴⁶ Auf der einen Seite war sie gekennzeichnet durch ein gesamtschweizerisch weitgehend homogenes Wachstum und die ökonomische und soziale Umformung der früher meist industriellen Agglomerationen in den Einzugsgebieten der grossen Zentren.¹⁴⁷ Die wirtschaftliche und räumliche Konzentration auf die grossstädtischen Regionen Zürich, Basel, Lausanne oder Genf sowie die Internationalisierung und Globalisierung führten zu einer ökonomischen Spezialisierung und einer schärferen räumlichen Hierarchisierung. Dieser Prozess wird seit 1990 als «Metropolisierung» bezeichnet.¹⁴⁸ Die dabei entstandenen Metropolräume zeichnen sich durch eine hohe Verflechtung wirtschaftlicher Ströme sowie eine starke räumliche Verteilung und Fragmentierung von Wohn- und Produktionsstandorten aus.¹⁴⁹ Aufgrund ihrer funktionalen Integration standen sie in der zunehmend globalisierten Welt aber auch immer stärker in Konkurrenz zueinander.¹⁵⁰ Auf der anderen Seite vermochten auch kleinere Städte vornehmlich entlang der Ost-West-Achse der Autobahn ein Anwachsen der Bevölkerung sowie Ansiedlungen neuer Industriezweige zu verzeichnen. Es entwickelten sich dabei neue heterogene Formen der Urbanisierung und die Distanzen zwischen (sub)urbanen Lebensformen und den städtischen Kernen wuchs kontinuierlich an.¹⁵¹ Gerade die Periurbanisierung wurde in diesem Kontext mit einem Bild des ländlichen assoziiert, weshalb sie unter anderem als die Manifestation der schweizerischen Tradition der Ablehnung von Urbanisierung verstanden wird. Auf kommunalpolitischer Ebene zeigte sie sich beispielsweise in der Dominanz alteingesessener Gemeindeglieder gegenüber Zuzüglern, worin die ländlichen Wurzeln einer Gemeinde

¹⁴⁴ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 12.; vgl. Ströbele 2017: 213.

¹⁴⁵ Vgl. Ströbele 2017: 213.

¹⁴⁶ Vgl. Schuler et al. 2007: 59.

¹⁴⁷ Auch wenn die Bevölkerungszunahme in den agglomerationsnahen Räumen am stärksten auftrat, erreichte sie doch auch die übrigen ländlichen Gebiete. Institutionelle Standortvorteile zugunsten des ländlichen Raumes (Ausländerkontingente, Saisonnier-Statut, Finanzausgleich und Subventionen) und für die ländlichen Kantone die Vorteile der föderalen Staatsstruktur entfalteten ihre Wirkung. Die Landgebiete zogen Profit aus den besseren Standortvoraussetzungen, die sich dank des Ausbaus der Infrastrukturen (Bildungs- und Gesundheitswesen) und der verbesserten Erschliessung, vor allem durch den öffentlichen Verkehr, ergeben hatten. Es entwickelte sich eine positive Neubewertung der Ruralität, die auch an politischem Einfluss gewann. Vgl. Schuler, Perlik, Pasche 2004: 34.

¹⁴⁸ Vgl. Schuler et al. 2007: 59.; vgl. Ströbele 2017: 213.

¹⁴⁹ Vgl. Bronger 2004: 51-54.

¹⁵⁰ Vgl. Devecchi 2016: 37-38.

¹⁵¹ Vgl. Ströbele 2017: 213.

häufig erhalten blieben.¹⁵² Die bislang letzte Phase des Verstärkerprozesses umfasst die Reurbanisierung während den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts. Sie beschreibt die wieder gestiegene Attraktivität der Kernstädte für verschiedene Bevölkerungsschichten. In diesem Zuge werden Innenstadtquartiere mit ihren urbanen Freiflächen erneuert und die Stadt- und Ortskerne als Lebensraum insgesamt aufgewertet.¹⁵³

Ein aktueller Blick auf die Urbanisierungsprozesse in der Schweiz lassen dementsprechend drei Tendenzen erkennen. Mit der Periurbanisierung dehnen sich auf dem Pendelverkehr basierende, suburbane Lebensformen zunehmend auf Gemeinden mit anwachsender Distanz zu den städtischen Zentren aus. In diesem Zuge wandeln sich vormalig landwirtschaftlich geprägte Gebiete zu Wohn- und Arbeitsstandorten. Seit den späten 1990er-Jahren kann zudem ein erneuter Anstieg der Beliebtheit der grossen Schweizer Kernstädte verzeichnet werden. In der Forschungsliteratur wird diese Tendenz als Reurbanisierung beschrieben und häufig mit der Gentrifizierung¹⁵⁴ ehemaliger Arbeiter- und Industriequartiere in Verbindung gebracht. Die «Ausbreitung von Zentralität» umschreibt schliesslich die dritte Tendenz. Dabei entstehen in den suburbanen Regionen zwischen den grossen Zentren neue heterogene Formen urbanisierter Räume, vornehmlich entlang der Hauptachsen der nationalen Autobahnen.¹⁵⁵

Dass auch mit dem neuen Raumplanungsgesetz die Zersiedlung nicht aufgehalten wurde, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf politischer Ebene das Bewusstsein für den haushälterischen Umgang mit Kulturland erhalten blieb. In der Schweiz erhielt sie durch die Agglomerationspolitik des Bundes ab dem Jahre 2001 eine neue Bedeutung. Die Unterscheidung zwischen einem urbanen und ruralen Teil verlangte allerdings eine statistische Zweiteilung innerhalb eines komplexen Siedlungsmusters ohne klare Übergänge. Die Dichotomie zwischen «urban-rural» blieb deshalb nicht nur national, sondern auch international die wichtigste territoriale Definition.¹⁵⁶ Um die Unwirksamkeit des neuen Raumplanungsgesetzes zu beenden, lancierten beispielsweise der Schweizer Heimatschutz zusammen mit verschiedenen Umweltverbänden die Landschaftsinitiative 2007, welche dem Bund mehr Kompetenzen in der Raumplanung zugestehen sollte und einen 20-jährigen Stopp für Bauzonenerweiterungen zu Gunsten einer effizienteren Nutzung bestehender Bauzonen forderte. Der Bund zog 2008 mit dem Entwurf für ein neues Raumentwicklungsgesetz nach,

¹⁵² Vgl. Ströbele 2017: 214.

¹⁵³ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 18.

¹⁵⁴ Die Gentrifizierung umschreibt die soziale Aufwertung und Erneuerung der Innenstädte, vornehmlich konzentriert auf ehemalige Arbeiter- und Industriequartiere. Siehe hierzu: Heye, Leuthold 2006: 16.

¹⁵⁵ Vgl. Ströbele 2017: 213-214.

¹⁵⁶ Vgl. Schuler et al. 2007: 60.

der jedoch wieder zurückgezogen wurde. Als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative wurde eine Teilrevision des bestehenden Raumplanungsgesetzes angestrebt, die im Jahr 2012 angenommen wurde. In Ergänzung zu den Bundesbehörden haben auch Fachverbände wie etwa der Schweizer Heimatschutz ihre Erwartungen an die Raumplanung formuliert. Seine zehn Punkte zur Raumplanung sind seit 2010 in einem Positionspapier zusammengefasst: Zersiedelung stoppen, Verkleinerung überdimensionierter Bauzonen, Planungsmehrwertschöpfen, (Bau-)Kultur einbringen, Ortsbilder und Denkmäler schützen, Zweitwohnungsbau begrenzen, in funktionalen Räumen planen, Landschaft schützen, mehr Bundeskompetenzen schaffen und den systematischen Vollzug stärken.¹⁵⁷

Ein kurzer Blick in die Geschichte der Urbanisierung der Schweiz sowie die im Rahmen der Einleitung aufgeführten Thesen vermögen dabei aufzuzeigen, dass die Wahrnehmung von einer strukturellen und mentalen Diskrepanz für die Schweiz durchaus als typisch zu beurteilen ist und auch von der Forschung erfasst wird (siehe Kapitel 1.3). Die vermeintliche Sehnsucht der Schweizer nach dem Leben im Dorfe und auf dem Lande scheint sich durch die Zeit hindurchzuziehen und sich dabei immer wieder in anti-urbanen Tendenzen der hiesigen Gesellschaft zu manifestieren.¹⁵⁸ Während also das Ländliche in der Schweiz unter anderem in Form der Periurbanisierung immer städtischer wird, bleiben in den Wohnformen, ökonomischen Aktivitäten, sozialen Strukturen und politischen Haltungen bedeutende Unterschiede bestehen.¹⁵⁹ Dabei wird gerade die politische und gesellschaftliche Öffnung auf dem Lande als grössere Bedrohung wahrgenommen als in der Stadt.¹⁶⁰ Ähnliche Differenzen fallen in der Beziehung von der Stadt zu der Agglomeration auf. Politisch resultieren sie in eher links orientierten Lebensweisen in den urbanen Kerngebieten und den bürgerlichen Äquivalenten in den ländlicheren Regionen, die ihren Ausdruck häufig in dort vorherrschenden konservativen Mentalitäten finden.¹⁶¹

¹⁵⁷ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 12.

¹⁵⁸ Vgl. Zurfluh 2017: 18;

¹⁵⁹ Vgl. Schuler et al. 2007: 59.

¹⁶⁰ Vgl. Zurfluh 2017: 20.

¹⁶¹ Vgl. Zurfluh 2017: 20-21.

4. Lebenswelt Münchenbuchsee

Welche Ausprägung die Urbanisierung in einem lokalen Kontext einnimmt, beruht auf dem komplexen Zusammenspiel der spezifischen, demografischen Entwicklung und der Werte, die eine Gesellschaft einest, der vorherrschenden Wirtschaftsstruktur, dem institutionellen Rahmen sowie der regionalpolitischen Steuerung.¹⁶² Die Absicht, die neueste Entwicklung Münchenbuchsees festzuhalten und darin die Rolle der lokalen Politik herauszuarbeiten, verlangt deshalb in einem ersten Schritt nach einer Ausgangslage. In vorliegendem Kapitel werden aus diesem Grund die Verläufe der zuvor erwähnten Faktoren einzeln betrachtet sowie die landschaftlichen Veränderungen, beurteilt anhand der Flächenentwicklung, erfasst. Das gesamte Kapitel orientiert sich dabei an der methodischen Herangehensweise der deskriptiven Statistik. Diese definiert sich durch die Zusammenfassung von Methoden zur Erfassung von einschlägigen Daten sowie deren Auswertung und übersichtliche Darstellung.¹⁶³

4.1. Versuche der Typologisierung

Um einen ersten Einblick in die räumlichen Dimensionen Münchenbuchsees zu erhalten, werden in der Folge bestehende und ältere Typologien der Gemeinde vorgestellt. Sie generieren ein erstes Verständnis für räumliche Gliederungen, dürfen allerdings nicht in Zeitreihen verstanden werden. Eine solche Verwendung wird von Seiten des Bundesamtes für Statistik als unzulässig deklariert.¹⁶⁴ Die Gründe hierfür liegen in den verschiedenen methodischen Herangehensweisen und verwendeten Daten. Nichtsdestotrotz gruppieren Raumtypisierungen Raumeinheiten nach festen Kriterien und vermögen auf diese Weise erste Strukturen und Zusammenhänge aufzuzeigen.¹⁶⁵

Gemäss der Typologie des Bundesamt für Statistik gehört die Gemeinde Münchenbuchsee einerseits der Agglomeration der Stadt Bern an und wird dem Typus der Agglomerationsgürtelgemeinden zugeordnet.¹⁶⁶ Andererseits wird sie selbst als «statistische

¹⁶² Vgl. Hesse, Siedentop 2018: 100.

¹⁶³ Vgl. Pflaumer, Heine, Hartung 2009: 3.

¹⁶⁴ Vgl. Bundesamt für Statistik 2017: 15.

¹⁶⁵ Vgl. Bundesamt für Statistik 2017: 1.

¹⁶⁶ Bundesamt für Statistik:

https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_AGGL2012, 09.09.2019.; Bundesamt für Statistik:

https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_RSC2012, 09.09.2019.; Nach der Definition des Bundesamtes für Statistik definiert sich eine Agglomerationsgürtelgemeinde dadurch, dass die dort wohnhafte aktive Erwerbsbevölkerung zu mindestens einem Drittel in einem einzelnen Agglomerationskern zur Arbeit geht. Siehe hierzu: Bundesamt für Statistik: <https://www.media-stat.admin.ch/web/apps/glossary/index.php?n=glo-1097-de>, 06.07.2020.

Stadt» eingestuft.¹⁶⁷ In der Stadt/Land-Typologie 2012 wird sie zudem mit dem Prädikat «intermediär» ausgestattet.¹⁶⁸ Beruhte die Stadt/Land-Typologie vor 2012 auf einer zweistufigen Unterteilung zwischen «städtisch» und «ländlich», zeigt die Hinzunahme einer weiteren Kategorie, dass Münchenbuchsee in Bezug auf diese Typologie weder dem Einen noch dem Anderen zugeordnet werden kann und dass eine strikte Zweiteilung generell nicht mehr zeitgemäss ist.¹⁶⁹ Die Grenzen zwischen der Stadt und dem Lande lassen sich offensichtlich statistisch nicht klar ziehen. Verwendet man zur weiteren Spezifizierung den statistischen Atlas der Schweiz, so wird Münchenbuchsee als «periurbane Gemeinde mit hoher Dichte» (anhand von neun Kategorien)¹⁷⁰ oder als «periurbane Dienstleistungsgemeinde hoher Dichte» (anhand von 25 Kategorien)¹⁷¹ kategorisiert. Dem Stamm des Wortes entsprechend werden nach der Einteilung des BFS periurbane Gemeinden dem Kriterium «urban» zugeordnet.¹⁷² Blickt man gar ins Jahr 2000 zurück und konsultiert die damaligen Gemeindetypologien, dann wurde Münchenbuchsee als «suburbane Gemeinde» (anhand von neun Kategorien) und als «Arbeitsplatzgemeinde einer metropolitanen Region» (anhand von 22 Kategorien) eingestuft.¹⁷³ In Zusammenhang mit einer Einschätzung des Urbanisierungsgrades wurde die Gemeinde 2011 weiter als «mitteldicht besiedeltes Gebiet»¹⁷⁴ klassifiziert.

Um aussagekräftigere statistische Aussagen machen zu können, erachtet es das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) als nötig, das Landesgebiet so zu unterteilen, dass der Heterogenität von ländlichen und urbanen Räumen Rechnung getragen wird. Zusätzlich zu den Gemeindetypologien des BFS verwendet das ARE daher eine problem- und potenzialorientierte Einteilung der einzelnen Gemeinden zu Raumtypen. Darin werden Gemeinden vier Klassen von Gebietsräumen zugeordnet: Dem periurbanen ländlichen Raum, den alpinen Tourismuszentren, dem peripheren ländlichen Raum und den Agglomerationen und

¹⁶⁷ Bundesamt für Statistik

https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_RSC2012, 09.09.2019.

¹⁶⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik 2017: 13.

¹⁶⁹ Vgl. Bundesamt für Statistik 2017: 12.

¹⁷⁰ Bundesamt für Statistik: https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/12360_12482_3191_227/20593.html, 09.09.2019.

¹⁷¹ Bundesamt für Statistik: https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/12359_12482_3191_227/20387.html, 09.09.2019.

¹⁷² Bundesamt für Raumentwicklung 2005: 9.

¹⁷³ Bundesamt für Statistik:

https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_GDETYP2000, 09.09.2019.

¹⁷⁴ Bundesamt für Statistik:

https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_DEGURB2011, 09.09.2019.

Einzelstädten. Die Zuteilung einer Gemeinde zu letztgenanntem Gebietsraum erfolgt dabei nach Abhandlung der vorangehenden Klassen, womit sie als urbanes Restgebiet betitelt werden kann. Die Zuordnung in die Kategorie «periurbane Gemeinde» kommt damit, anders als beim BFS, einer Zuteilung zum ruralen Raum gleich.¹⁷⁵ Zur weiteren Differenzierung wird zusätzlich eine Unterteilung nach 11 Klassen vorgenommen.¹⁷⁶ Für Münchenbuchsee bedeutet dies, dass sie im ersten, wie zweiten Falle der Klasse «Städte und Agglomeration» zugeteilt wird.¹⁷⁷ Damit gehörte die Gemeinde bereits 2005 dem «urbanen Raum» an, was sich mit den Typisierungen des BFS deckt. Mit dem Synthesebericht «Monitoring Ländlicher Raum» aus dem Jahre 2012 wird diese Wahrnehmung bestätigt. Wie 2005 wird die Gemeinde auch sieben Jahre später als Bestandteil der «Agglomeration und Städte» erfasst.¹⁷⁸

Das städtebauliche Porträt von Diener et al. stützt die bisherige Erfassung weiter. Nach ihrer Ansicht ist die gesamte Schweiz als urbanisiert zu betrachten, was für Münchenbuchsee heisst, auch in dieser Typologie der Kategorie «urban» anzugehören. Das Erfordernis einer spezifischeren Typologie sehen sie darin begründet, dass innerhalb einer urbanen Schweiz dennoch verschiedene Landschaften mit unterschiedlichen Dynamiken und Problemen existieren. Dementsprechend unterscheiden sie fünf verschiedene Urbanisierungstypen: Metropolitanregionen, Städtenetze, stille Zonen, alpine Resorts und alpine Brachen.¹⁷⁹ Die geografische Verteilung dieser Typen lassen sich in der Abbildung unten einsehen.

¹⁷⁵ Bundesamt für Raumentwicklung 2005: 4.

¹⁷⁶ Bundesamt für Raumentwicklung 2005: 2.

¹⁷⁷ Ebd.: 3.

¹⁷⁸ Vgl. Bundesamt für Raumentwicklung 2012: 14.

¹⁷⁹ Vgl. Diener et al. 2006: 200-221.

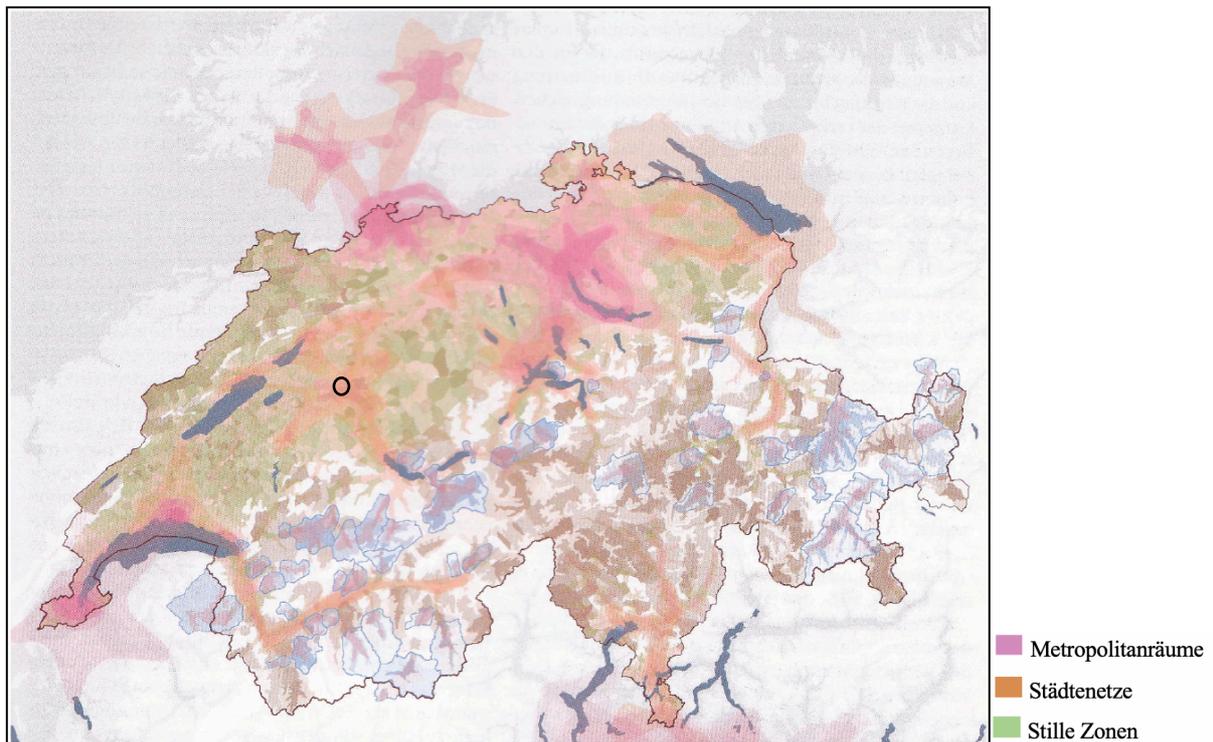


Abbildung 1: Typologien einer urbanen Schweiz: Indikatoren. Quelle: Diener et al. 2006: 201. Durch den Kreis markiert: die Gemeinde Münchenbuchsee (eigene Markierung).

Dementsprechend ist Münchenbuchsee nach Diener et al. dem Typus «Städtnetze» zuzuordnen. Sie definieren diese als in der Regel ausserhalb von Metropolitanregionen liegend und sich dort um kleinere bis mittlere Zentren formend. Sie stehen dabei häufig im Einfluss der grossen Zentren, sind jedoch von einer eigenen Mentalität geprägt, die weder ländlich noch grosstädtisch ist. Da alle Städtnetze der Schweiz an die sogenannten «Stillen Zonen» grenzen, überrascht diese Feststellung nicht. Gerade das schweizerische Mittelland charakterisiert sich stark durch ein solches Geflecht.¹⁸⁰

Die verschiedenen Kategorisierungen vermögen damit aufzuzeigen, dass die Gemeinde über die verschiedenen Ansätze hinweg als «urban» deklariert wird. Sie zeigen allerdings auch, dass sich die Formen des Urbanen je nach Herangehensweise unterscheiden. Die Gemeinde präsentiert sich in diesem Sinne als intermediäres und hybrides Gebilde zwischen Stadt und Land auf deren Grundlage sich unterschiedliche Haltungen und Orientierungen ausgestalten können. Die aufgeführten Typologien zeigen ausserdem, dass die Erfassung und damit auch die Wahrnehmung des Urbanen sich über die Zeit hinweg veränderten und dabei den jeweiligen Bedingungen angepasst wurden.

¹⁸⁰ Vgl. Diener et al. 2006: 206-208.

4.2. Bevölkerung

Um die Bevölkerungsentwicklung Münchenbuchsees zu untersuchen, wird zunächst die Gesamtentwicklung betrachtet, bevor dieselbe über die beiden Faktoren der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen spezifiziert wird. Der erstgenannte Faktor entspricht dabei dem Geburtenüberschuss, welcher sich aus der Anzahl Lebendgeburten in Abzug der Todesfälle für einen bestimmten Zeitraum berechnet. Unter dem zweiten wird der Wanderungssaldo verstanden, welcher sich aus der Differenz zwischen den Ein- und Auswanderungen sowie den intra- und interkantonalen Zu- und Wegzügen ergibt.¹⁸¹ Als integraler Bestandteil der räumlichen Bevölkerungsbewegungen sollen zudem Daten zu der berufsbedingten Mobilität hinzugefügt werden. Des Weiteren werden die lokalen Entwicklungslinien – wo möglich – auf regionaler Ebene eingeordnet. Wie in der Arbeit von Ueli Haefeli werden dazu die entsprechenden Entwicklungen in Kontrast zu den Gemeinden Bern, Zollikofen und Jegenstorf betrachtet. Während die Gemeinde Bern dabei als Mittelpunkt der Agglomeration Bern und damit als urbanes Kerngebiet fungiert, liegt die Gemeinde Zollikofen geografisch näher an und die Gemeinde Jegenstorf weiter entfernt von Bern als Münchenbuchsee. Aufgrund vergleichbarer Strukturen und einer ähnlich guten Verkehrserschliessung anerbieten sie sich allerdings für einen Vergleich.¹⁸² Ein Vergleich empfiehlt sich zudem aufgrund der methodischen Herangehensweise. Die Deskription der vorhandenen Daten erhalten dadurch mehr Tiefe und lassen sich besser einordnen. Die Geschichte der Urbanisierung der Schweiz zeigte ausserdem, dass sich aktuelle Urbanisierungstendenzen zunehmend voneinander unterscheiden (siehe Kapitel 3). Es interessiert aus diesem Grund, ob sich solch spezifische Ausformungen der Urbanität auch für die vier genannten Gemeinden erfassen lassen.

Den Einschätzungen liegen die Daten aus der interaktiven Tabelle «STAT-TAB» des BFS zugrunde. Sie liefert die demografischen Daten in jährlicher Ausgabe und vermag auf diese Weise den Betrachtungszeitraum bis ins Jahr 2018 statistisch abzudecken. Die einschlägigen Datenquellen sind dabei die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes «ESPOP» (für die Jahre 1995 bis 2010) und die Statistik der Bevölkerung und der Haushalte «STATPOP» (ab 2011). Spezifische Daten bezüglich der Thematik der «Mobilität» fanden sich in den Pendlermatrixen des Kantons Bern aus den Jahren 2011 und 2014. Frühere Daten liessen sich lediglich den Volkszählungen des BFS entnehmen, welche auf Anfrage für die Jahre 1990 und

¹⁸¹ Vgl. Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846584.html>, 06.08.2019: 2.

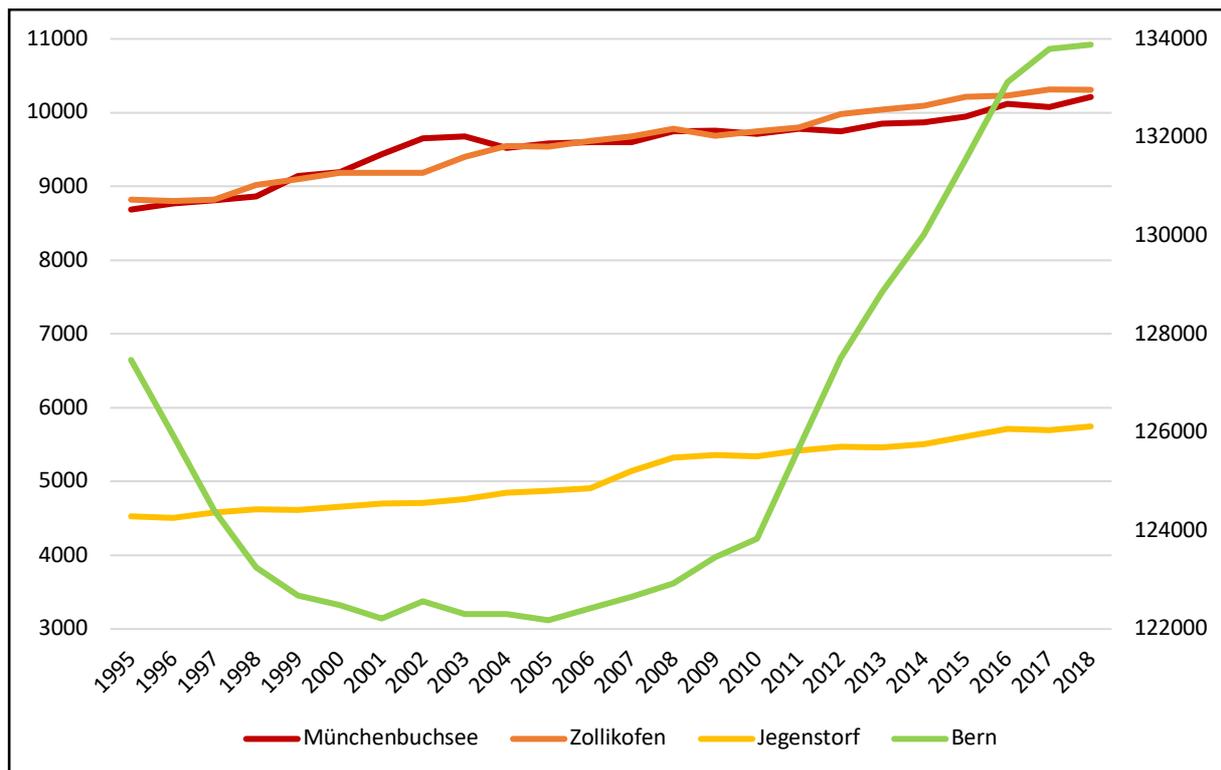
¹⁸² Vgl. Haefeli 1996. 14.

2000 vom BFS zur Verfügung gestellt wurden. Alle ausgewiesenen relativen Werte wurden zudem selbständig berechnet. Von einer Quellenverweisung wurde aus diesem Grund abgesehen.

4.2.1. Gesamtentwicklung

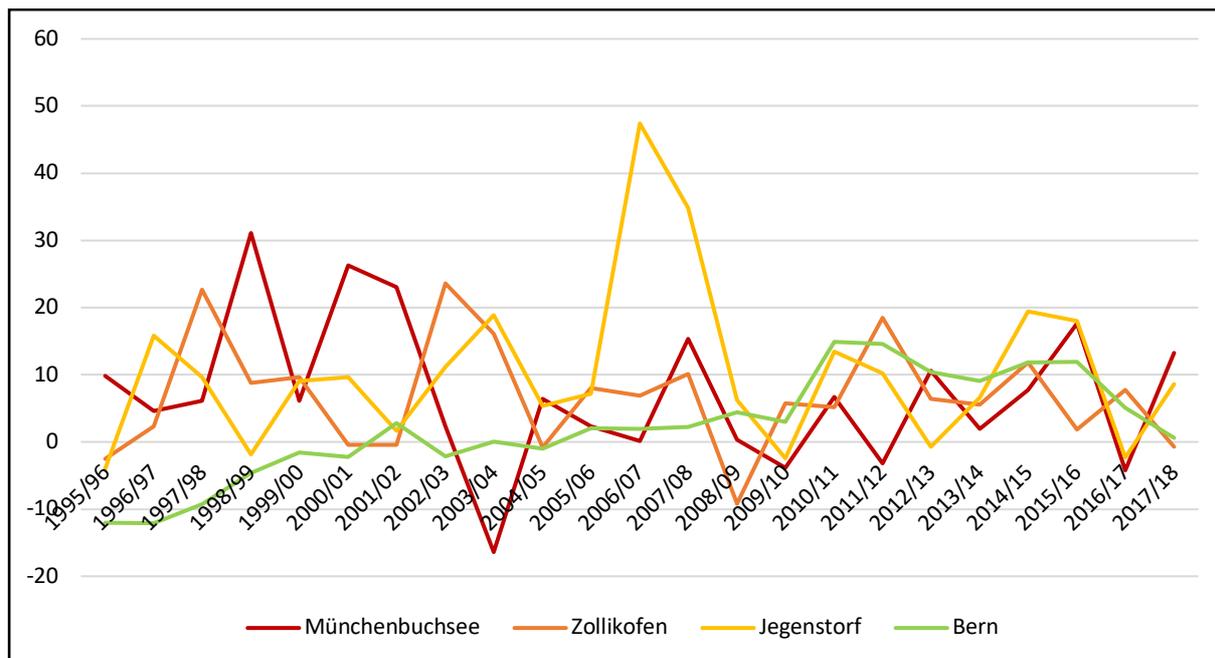
Die Gesamtentwicklung der Bevölkerungszahl zeigte ab dem Jahre 1995: Auch in der jüngsten Vergangenheit Münchenbuchsees stieg diese kontinuierlich an. So verzeichnete die Gemeinde zum Ende des Jahres 1995 einen Bevölkerungsstand von 8'686 und 2018 deren 10'213. Innerhalb von 23 Jahren wuchs die Gemeinde entsprechend um 1'527 Einwohner, was einem relativen Wachstum von 17,6 Prozent entsprach. Ähnliche Erkenntnisse lassen sich in Zusammenhang mit den Vergleichsgemeinden Zollikofen und Jegenstorf gewinnen. Die Wachstumslinien bezüglich ständiger Wohnbevölkerungen verlaufen ungefähr parallel zu derjenigen Münchenbuchsees. Das relative Wachstum Jegenstorfs fällt mit rund 27 Prozent allerdings knapp 10 Prozent-Punkte höher aus als dasjenige der Gemeinden Münchenbuchsee und Zollikofen. Es zeigte sich damit, dass Jegenstorf im betrachteten Zeitraum ein grösseres relatives Bevölkerungswachstum verzeichnete. Die entsprechenden Zahlen für das städtische Kerngebiet zeigten, dass dieses in derselben Zeitspanne stärkeren Schwankungen ausgesetzt war. Während die Umlandgemeinden Zuwachs verzeichnen konnten, schrumpfte die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinde Bern von 1995 bis 2000 um 4'985 Einwohner. Auch wenn der Rückgang danach stoppte, dauerte es bis ins Jahr 2008, bis die Wohnbevölkerung wieder zu wachsen begann. Von 2008 bis 2018 betrug das relative Wachstum allerdings rund 8,9 Prozent, womit das städtische Wachstum dasjenige der betrachteten Umlandgemeinden (Münchenbuchsee: 4,7 Prozent/ Zollikofen: 5,4 Prozent/ Jegenstorf: 7,9 Prozent) überstieg. In diesen Zahlen lässt sich somit ansatzweise das Phänomen der Reurbanisierung wiedererkennen (siehe Kapitel 3.3).

Im Vergleich der Umlandgemeinden zu ihrem städtischen Kerngebiet lässt sich somit festhalten, dass für das ausgehende 20. Jahrhundert die Verlagerung des Wachstumsschwerpunkts in die Umlandgemeinden erhalten blieb. Während die Gemeinden Münchenbuchsee und Zollikofen anschliessend zu stagnieren begannen, konnte die weiter ländlich gelegene Gemeinde Jegenstorf ihr Wachstum noch einmal beinahe verdoppeln. Ab dem Jahr 2008 glichen sich die relativen Raten der betrachteten Gemeinden jedoch an, wobei Bern die grösste Wachstumsrate aufwies, gefolgt von Jegenstorf, Zollikofen und Münchenbuchsee. Für die Gemeinde Münchenbuchsee lässt sich damit aussagen, dass das Bevölkerungswachstum im Verhältnis zur Gesamtzahl am stärksten zurückging.



Figur 2: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Ständige Wohnbevölkerung per 31. Dezember 1995-2018 (absolute Werte). Die Datenwerte der Gemeinde Bern sind auf der Sekundärachse aufgeführt. Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Grafik.

Anhand der untenstehenden Figur, welche die jährlichen Wachstumsraten darstellt, lässt sich der erwähnte Rückgang auch grafisch festhalten. Sie zeigt ausserdem, dass die demografische Entwicklung in den Umlandgemeinden einer verstärkten Volatilität ausgesetzt war. Die Region um das Agglomerationskerngebiet war dementsprechend in jüngster Vergangenheit verstärkten Bevölkerungsbewegungen ausgesetzt, was sich in stark schwankenden Entwicklungsraten niederschlug. Demgegenüber liess sich für die Kerngemeinde selbst feststellen, dass diese als einzige der vier Gemeinden eine relativ stetige Bevölkerungsentwicklung verzeichnete.



Figur 3: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Jährliche Wachstumsraten der ständigen Wohnbevölkerung per 31. Dezember 1995-2018 (in Promille). Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Berechnungen. Eigene Grafik.

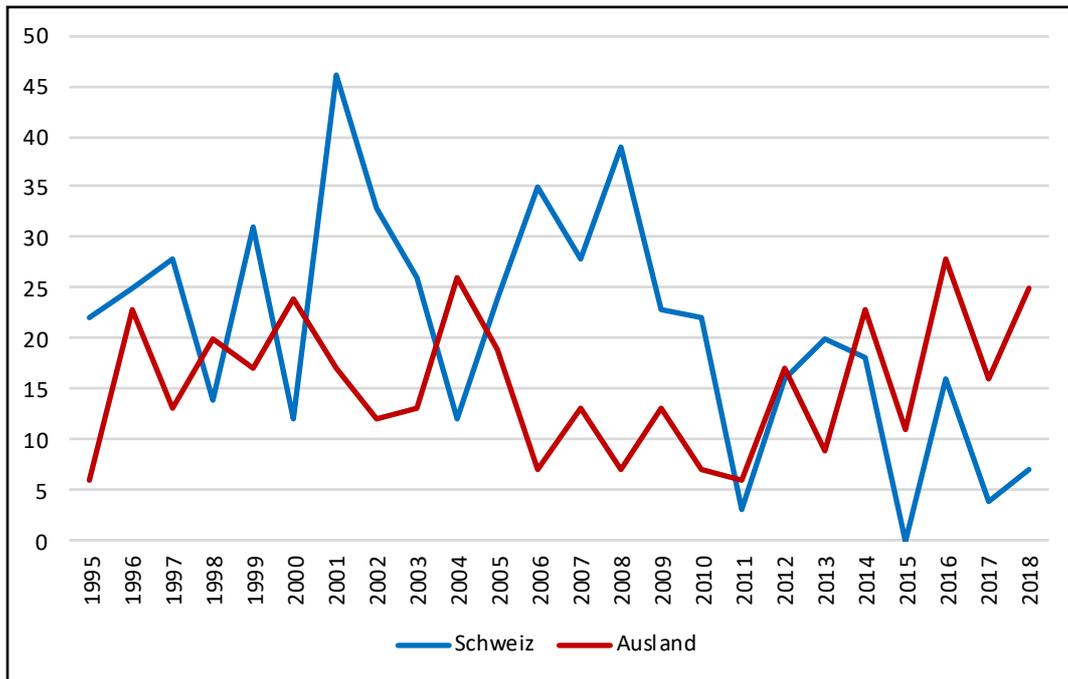
4.2.2. Bevölkerungsbewegungen

4.2.2.1. Natürliche Bevölkerungsbewegung

Ähnlich zur Gesamtentwicklung der Bevölkerungszahlen stiegen die jährlichen Zahlen zum kommunalen Geburtenüberschuss zunächst an. Der Gesamtanstieg der Bevölkerungszahlen beruhte also unter anderem auf einer grösseren Anzahl an Geburten gegenüber Sterbefällen. Anhand der Zahlen liess sich zudem erkennen, dass diese Entwicklung primär durch den Geburtenüberschuss der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Staatsangehörigkeit bedingt wurde. Mit der Jahrtausendwende begann allerdings ein Rückgang desselben, welcher bis ins Jahr 2018 anhielt. Dass sich die natürliche Bevölkerungsbewegung ab dem Jahre 2011 erholte und wieder zu steigen begann, wurde hauptsächlich durch den positiven Geburtenüberschuss der ständigen Wohnbevölkerung mit ausländischen Staatsangehörigkeiten bedingt. Was sich für die gesamte Schweiz bereits seit den 1960er Jahren abzeichnete, setzte in Münchenbuchsee also mit dem neuen Jahrtausend ein.¹⁸³ Die Berechnungen der jeweiligen Wachstumsraten machen diesen Umstand augenscheinlich: Während die schweizerische Bevölkerung in Münchenbuchsee im Betrachtungszeitraum 1995 bis 2018 von 7696 auf 8346 wuchs, was einem relativen Wachstum von 8,5 Prozent entspricht, stieg derjenige mit einer

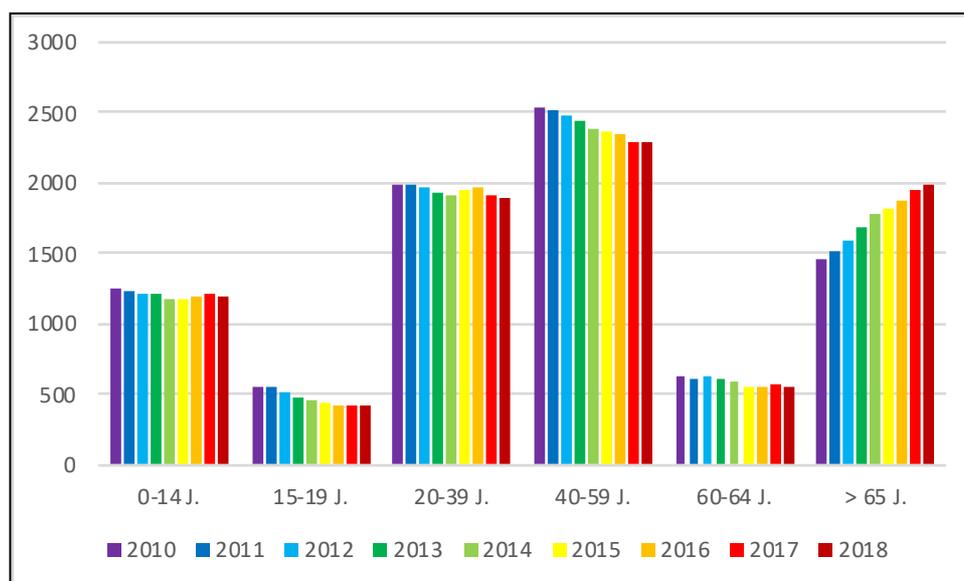
¹⁸³ Vgl. Bundesamt für Statistik <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846584.html>, 06.08.2019: 2.

ausländischen Staatsangehörigkeit von 990 auf 1867 Einwohnern an, was einem Anstieg von 88,6 Prozent gleichkam.



Figur 4: Münchenbuchsee: Geburtenüberschüsse der ständigen Wohnbevölkerung Münchenbuchsees per 31. Dezember 1995-2018. Unterteilung nach Nationalität. Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Grafik.

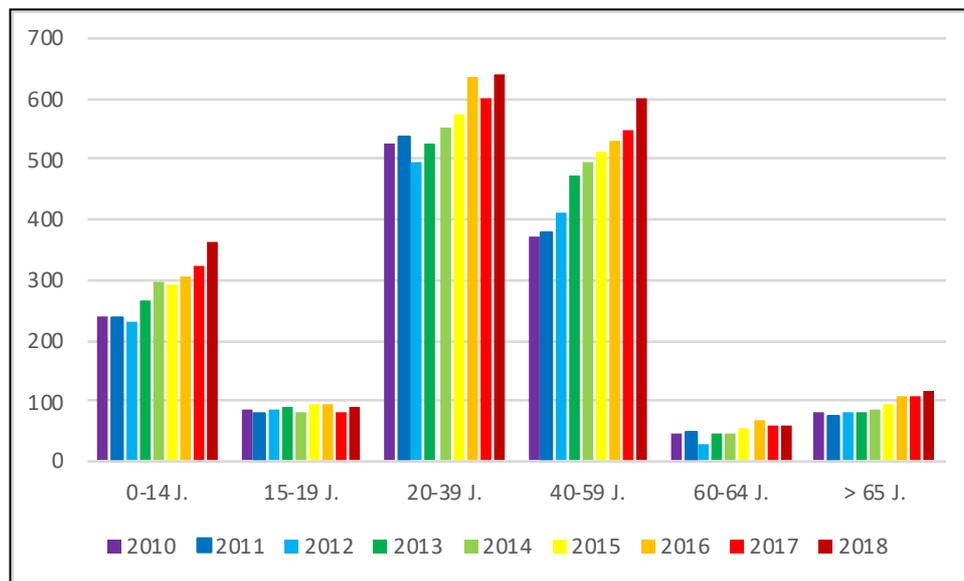
Ergänzt man diese Erkenntnis mit den Altersverteilungen ab dem Jahre 2010, so zeigt sich, dass die ständige Wohnbevölkerung schweizerischer Staatsangehörigkeit ausschliesslich in den Alterssegmenten ab 65 Jahren wuchs. Dementsprechend mussten in allen anderen Alterskategorien Rückgänge verzeichnet werden.



Figur 5: Münchenbuchsee: Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Staatsangehörigkeit 2010-2018. Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Grafik.

Die Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung mit ausländischen Staatsangehörigkeiten zeigt demgegenüber, dass die höchsten Anstiege in den Alterskategorien 0-14 Jahre sowie 20-

39 Jahre und 40-59 Jahre resultieren. Der Anteil an Ausländern im reproduktiven Alter wächst in Münchenbuchsee also stärker als derjenige der Schweizer. Diese Tatsache schlägt sich offensichtlich in einer höheren durchschnittlichen Geburtenrate seit 2010 nieder.¹⁸⁴



Figur 6: Münchenbuchsee: Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Staatsangehörigkeit 2010-2018. Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Grafik.

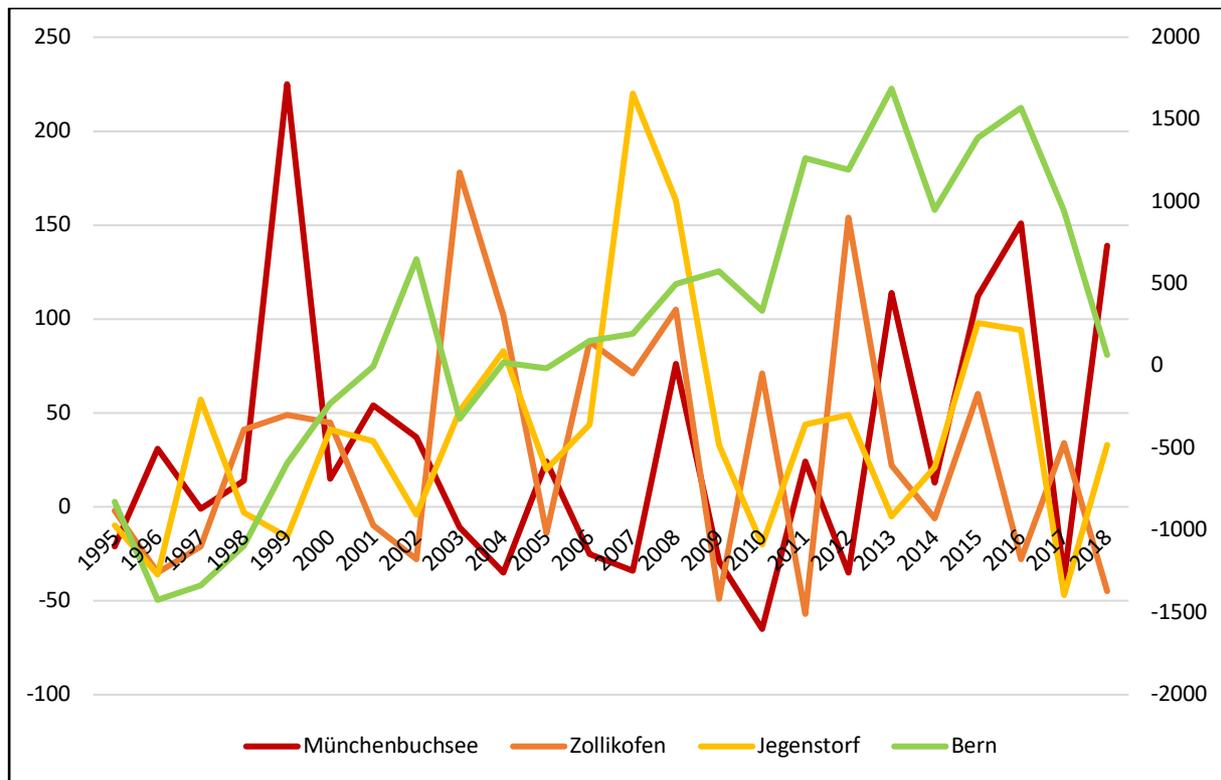
Der Vergleich der Gesamtentwicklung der Bevölkerung der vier Gemeinden liess zudem feststellen, dass die Alterskategorie, der über 65-Jährigen in allen Umlandgemeinden anstieg. Interessanterweise konnte auch hierbei erneut eine verstärkte Zunahme mit steigender Distanz zum Agglomerationskern erkannt werden. Während sich das Bevölkerungswachstum in der Gemeinde Bern ab dem Jahre 2010 also schwergewichtig in den Kategorien 0-14 und 20-39 konzentrierte, verzeichneten die Umlandgemeinden die grössten Zuwachsraten in der ältesten der definierten Alterskategorien. Allerdings zeichnete sich bei der Gemeinde Jegenstorf ein gemischtes Bild ab. So konnte ab dem Jahre 2014 in den Bereichen 0-14, 20-39, 40-59 und über 65 Jahren ein starkes Wachstum erfasst werden. In anderen Worten liessen sich nebst alten auch viele jüngere Menschen in Jegenstorf nieder.

4.2.2.2. Räumliche Bevölkerungsbewegung

Auch die räumlichen Bevölkerungsbewegungen stützen die bisherigen Erkenntnisse und vermögen diese zudem weiter zu ergänzen. Es zeigt sich mit Blick auf diese nämlich, dass die Gemeinde Münchenbuchsee bis an die Jahrtausendwende einen zunehmend positiven Wanderungssaldo, gefolgt von einem Rückgang und einem erneuten Anstieg ab dem Jahre 2011 verzeichnete. Regional betrachtet sinkt der Wanderungssaldo Münchenbuchsees ab dem

¹⁸⁴ Vgl. Bundesamt für Statistik <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846584.html>, 06.08.2019: 2

neuen Jahrtausend gar hinter die Umlandgemeinden ab. So erreichten die Gemeinden Zollikofen und Jegenstorf ihre höchsten Zuwanderungsraten dann, wenn für Münchenbuchsee vermehrt höhere Abwanderungsraten zu Buche standen. Der Verlauf der Gemeinde Bern präsentiert sich zudem erneut steter als derjenige der Umlandgemeinden. Ab dem Jahr 2008 erreichte sie wieder höhere positive Wanderungssaldi als die drei weiteren Gemeinden.



Figur 7: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Wanderungssaldi inklusive Änderungen des Bevölkerungstyps 1995-2018. Die Gemeinde Bern wurde dabei auf der Sekundärachse abgebildet. Quelle: Bundesamt für Statistik STAT-TAB. Eigene Grafik.

Um die Entwicklung für Münchenbuchsee differenzieren zu können, muss eine Unterteilung in die verschiedenen räumlichen Bewegungstypen vorgenommen werden. Es zeigen sich folgende Beobachtungen:

Erstens verliefen die Zu- und Wegzugsraten innerhalb des Kantons relativ gleichmässig. Der relative Anteil von zugezogenen Schweizer Staatsangehörigen sank dabei um 17.9 Prozent, während die Zahlen der Wegzüge um 19.9 Prozent rückläufig waren. Demgegenüber stieg der relative Anteil an Zuzügen von Angehörigen einer ausländischen Nationalität um 49.1 Prozent an und der Anteil an Wegzügen um 28.2 Prozent.

Zweitens lassen sich in Bezug auf die Bevölkerungswanderungen in oder aus anderen Kantonen stärkere Entwicklungen festhalten. Die Zuzüge von Schweizern nahmen im Betrachtungszeitraum noch um 12.5 Prozent zu, währenddem diejenigen der Zugehörigen einer ausländischen Nationalität allerdings um 312.5 Prozent anstiegen. Gleichzeitig nahmen die

Wegzüge der Schweizer um 60 Prozent ab und diejenigen der Ausländer stiegen um 127.3 Prozent an.

Drittens lässt sich die grösste Entwicklung der räumlichen Bevölkerungsbewegungen für die Ein- und Auswanderungen diagnostizieren. Diesbezüglich zeigt sich, dass der Anteil der Einwanderungen Staatsangehöriger einer ausländischen Nationalität zunimmt. Der Anstieg betrug bis ins Jahr 2016 90.1 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil an Auswanderungen um 57.1 Prozent. Die Raten der Schweizer Staatsangehörigen veränderten sich im selben Zeitraum nur marginal. Betrachtet man zusätzlich dazu die Zahlen zu den Änderungen des Bevölkerungstyps, sprich dem Übergang von der nichtständigen zu der ständigen Wohnbevölkerung, dann müssen die erwähnten Unterschiede insbesondere hier zugeordnet werden.¹⁸⁵ Bis ins Jahr 2016 stiegen dieselben exponentiell an, was auch die starke Zunahme des Wanderungssaldo der Ausländer begründet. Ein Blick auf die Vergleichsgemeinden zeigt zudem, dass sich die hohen Änderungswerte des Bevölkerungstyps zeitlich entlang der Distanz zum urbanen Kerngebiet bewegen. In anderen Worten lassen sich die Ausschläge zunächst in der Gemeinde Bern, gefolgt von den Gemeinden Zollikofen, Münchenbuchsee und Jegenstorf verorten.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: In absoluten Zahlen erreichten die räumlichen Bevölkerungsbewegungen für den Zeitraum 1995 bis 2018 höhere Zahlen als die natürlichen. Dementsprechend stand die Gesamtentwicklung der Bevölkerung auch in jüngster Vergangenheit der Gemeinde unter grösserem Einfluss derselben. Absolut betrachtet sind auch die Zahlen der Wanderungsbewegungen der Schweizer Staatsangehörigen höher als diejenigen der ausländischen Staatsangehörigen. Allerdings zeigen sich bei den Schweizern sinkende relative Werte, was für eine rückläufige Entwicklung spricht. Die Schweizer bleiben vermehrt in Münchenbuchsee, während die Veränderungen hauptsächlich durch die Zugehörigen ausländischer Nationen bedingt werden.

¹⁸⁵ Die ständige Wohnbevölkerung definiert sich als die Bevölkerung mit Zugehörigkeit zur schweizerischen Nationalität und Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einer Aufenthaltsbewilligung von mindestens 12 Monaten. Vgl. Bundesamt für Statistik 2013: <https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKewiD0b2gj-PpAhUoyaYKHYYWZBD4QFjAAegQIAxAB&url=https%3A%2F%2Fwww.bfs.admin.ch%2Fbfsstatic%2Fdam%2Fassets%2F37338%2Fmaster&usg=AOvVaw2FHdNfJ2Iv4NxwXCUF4HfA>, 02.06.20.

4.2.3. Arbeitsort

In Bezug auf den Arbeitsort Münchenbuchsee fallen insbesondere drei Haupttendenzen auf: Erstens nahm die Zahl der in Münchenbuchsee wohnhaften Erwerbstätigen im Betrachtungszeitraum nur noch marginal zu. In relativen Werten bedeutet dies, dass dieselbe zwischen 1990 und 2000 zwar um 9.7 Prozent zu-, im Zeitraum von 2000 bis 2014 allerdings um 4.1 Prozent abnahm. Betrachtet man also den gesamten Zeitraum, so beträgt das Wachstum nur noch 5.2 Prozent. Die Entwicklung der Anzahl der in Münchenbuchsee wohnenden und arbeitenden Personen stagnierte zwischen 1990 bis 2011 beinahe, bevor sich schliesslich auch dieser Wert rückläufig zu entwickeln begann. Innerhalb von drei weiteren Jahren verzeichnete er einen Rückgang von 5.8 Prozent.

Jahr	Erwerbstätige in Münchenbuchsee	Wegpendler	Zupendler	In Münchenbuchsee arbeitende und wohnende Erwerbstätige
1990	4824	3519	1543	1305
2000	5290	3986	2349	1304
2011	5121	3814	3367	1307
2014	5074	3843	3604	1231

Tabelle 2: Münchenbuchsee: Entwicklung der berufsbedingten Mobilität. Absolute Werte. Quellen: Volkszählungen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 1990 und 2000, und Pendlermatrixen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 2011 und 2014. Eigene Tabelle.

Zweitens liess sich in Bezug auf die Wegpendler eine ähnliche Entwicklung feststellen. Während deren Anzahl bis zur Jahrtausendwende einen weiteren Anstieg von 13.3 Prozent verzeichneten, sank sie bis ins Jahr 2014 um 3.2 Prozent. Dementsprechend betrug das gesamte Wachstum im Betrachtungszeitraum lediglich 9.2 Prozent. Vergleicht man diese Zahl mit den Werten zwischen 1950 und 1990, als die Anzahl der Wegpendler um 856 Prozent zulegte, dann zeigt sich, dass sich die Entwicklung mit dem neuen Jahrtausend stark verlangsamte respektive einbrach.¹⁸⁶ Diese Erkenntnis bestätigte sich zudem im Vergleich der Gesamtzahlen der Erwerbstätigen in Münchenbuchsee mit den Gesamtzahlen der Wegpendler. Dieser zeigte, dass ähnlich zu den Werten vor 1995 immer noch beinahe dreiviertel der in Münchenbuchsee wohnenden Erwerbstätigen einer beruflichen Tätigkeit ausserhalb der Gemeinde nachgehen.

¹⁸⁶ Zu den Zahlen zwischen 1950 und 1990 vgl. Haefeli 1996: 18.

Dementsprechend kann in diesem Bereich der berufsbedingten Mobilität beinahe kein Wachstum mehr erkannt werden.

	1990	2000	2011	2014
Wegpendler in Nachbargemeinden	503	522	805	850
Wegpendler kantonally	3163	3456	3483	3531
Wegpendler ausserkantonally	356	530	331	312

Tabelle 3: Münchenbuchsee: Übersicht Wegpendler 1990 bis 2014. Absolute Werte. Quellen: Eidgenössische Volkszählungen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 1990 und 2000, und Pendlermatrixen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 2011 und 2014. Eigene Tabelle.

Eine differenziertere Analyse zeigte zudem, dass das Wachstum insbesondere lokal zu verorten ist. So wuchs die Anzahl der in Nachbargemeinden pendelnden Erwerbstätiger im Betrachtungszeitraum um 69 Prozent. Demgegenüber wuchs die Gesamtzahl der kantonalen Wegpendler nur noch um 11.6 Prozent. Setzt man diesen Wert in Zusammenhang mit den Wegpendlern nach Bern, dann zeigt sich, dass dieser in den Jahren 1990 bis 2014 von 1950 auf 1443 absank. Während das urbane Kerngebiet also arbeitstechnisch und aus Sicht der Münchenbuchseer an Bedeutung verlor, gewann der lokale Arbeitsmarkt an selber. Diese Erkenntnis bestätigt sich in den Zahlen zum ausserkantonalen Wegpendelverkehr. Dieser sank zwischen 1990 und 2014 um 12.4 Prozent, wobei sich der prozentuale Umschwung zeitlich analog zu den bisherigen Feststellungen an der Jahrtausendwende einordnen liess. Das heisst: Während die Zahl der Wegpendler bis ins Jahr 2000 um 48.9 Prozent anstieg, nahm sie zwischen 2000 und 2011 um 37.6 Prozent und zwischen 2011 und 2014 um weitere 5.7 Prozent ab.

Am auffälligsten ist drittens die Entwicklung der Zahlen der kantonalen Zupendler. Diese stiegen im Betrachtungszeitraum von anfänglich 1543 auf 3604 und konnte sich dementsprechend mehr als verdoppeln. Relativ beurteilt bedeutet dies, dass die Anzahl innerhalb von 24 Jahren um 133,6 Prozent zunahm.

	1990	2000	2011	2014
Zupendler aus Nachbarsgemeinden	394	422	616	634
Zupendler kantonal	1448	2112	2879	3078
Zupendler ausserkantonal	95	237	488	526

Tabelle 4: Münchenbuchsee: Übersicht Zupendler 1990 bis 2014. Absolute Werte. Quellen: Eidgenössische Volkszählungen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 1990 und 2000, und Pendlermatrixen des Bundesamtes für Statistik für die Jahre 2011 und 2014. Eigene Tabelle.

Mit den zur Verfügung stehenden Daten lässt sich auch diese Entwicklung differenzierter einordnen. So zeigt sich, dass die Zupendler aus Nachbarsgemeinden zwischen 1990 und 2014 um knappe 61 Prozent zunahm und damit ein ähnliches Ausmass annahm wie die Entwicklung der Wegpendler in die Nachbarsgemeinden. Der regionale Kontext konnte also auch in diesem Kontext an Bedeutung zulegen. Diese Wahrnehmung korrespondiert ausserdem mit der gesamtkantonalen Entwicklung. Diese nahm im selben Zeitraum um 112.6 Prozent zu. Parallel dazu stieg auch die Anzahl Zupendler aus Bern um 77.6 Prozent an. Die stärkste Zunahme lässt sich allerdings für die Zupendler aus den weiteren Kantonen festhalten. Diese Zahl wuchs zwischen 1990 und 2014 um ganze 453.7 Prozent. Während also tendenziell eine Bedeutungszunahme der regionalen Arbeitstätigkeit feststellbar ist, so arbeiteten über die Jahrtausendwende dennoch nach wie vor viele Menschen aus Münchenbuchsee im restlichen Kanton. Ebenso begaben sich nach wie vor viele Menschen aus dem restlichen Kanton nach Münchenbuchsee, um dort ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

4.3. Wirtschaft

Das Unterkapitel zum Arbeitsstandort Münchenbuchsee zeigte auf, dass der Einfluss ausserkantonaler Arbeitnehmer im lokalen Wirtschaftsraum zunimmt. Um das Verständnis für denselben zu vertiefen, wird in vorliegendem Kapitel dessen Struktur genauer analysiert. Um diesem Vorhaben nachzukommen, wurden Daten aus zwei statistischen Erhebungen des BFS genauer betrachtet. Es sind dies die eidgenössische Betriebszählung (BZ) und die Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT). Der Grund für den Rückgriff auf zwei verschiedene Erhebungen lag dabei in der Verfügbarkeit derselben begründet. Wurden bis ins Jahr 2008 noch in unregelmässigen Abständen eidgenössische Betriebszählungen durchgeführt (zwischen 1995 bis 2019 für den ersten Sektor in den Jahren 1995, 2001, 2005 und für den zweiten und dritten

Sektor in den Jahren 1995, 2001, 2005 und 2008) löste die Statistik der Wirtschaftsstruktur die Betriebszählung ab dem Jahr 2008 ab.¹⁸⁷ Auch wenn die beiden Erhebungen dasselbe Ziel verfolgen, nämlich die Lieferung von Informationen zur Wirtschaftsstruktur, wird der Übergang von der einen zur anderen dennoch als Paradigmenwechsel beschrieben. Die Unterschiede betreffen dabei die Datenerhebung, Abdeckung, Periodizität und Referenzperiode. Für die BZ bedeutet dies, dass die Daten mittels Fragebogen erhoben wurden, sie alle Unternehmen berücksichtigte, die während mindestens 20 Stunden pro Woche tätig waren und alle Beschäftigten, die mehr als sechs Stunden pro Woche im Einsatz standen. Die Erhebung wurde alle drei bis vier Jahre durchgeführt und das Referenzdatum jeweils auf den 30. September datiert. Demgegenüber beruht die STATENT hauptsächlich auf Daten der AHV-Register, womit alle Beschäftigten und Unternehmen von den Mindestlöhnen aus erfasst werden. Zudem wird sie alljährlich für die Referenzperiode Dezember erstellt. Die Ausnahme bildet der Primärsektor, welcher jeweils per Mai des Jahres erhoben wird.¹⁸⁸ Es sollte mit diesen Ausführungen klar werden, dass durch den Wechsel auf die STATENT die Schwellen der statistischen Erfassung deutlich gesenkt wurden, wodurch eine grössere Zahl von Einheiten in den jeweiligen Erhebungen Berücksichtigung fanden. Der Wechsel ermöglicht dadurch allerdings, ein vollständigeres Bild des schweizerischen Wirtschaftsraums - und damit einhergehend der lokalen Wirtschaftsräume - zu erhalten.¹⁸⁹ Gerade aufgrund der methodischen Unterschiede wird in der Folge allerdings darauf verzichtet, die Daten der beiden Erhebungen in Zeitreihen darzustellen. Ein solches Vorgehen würde das statistische Abbild der jeweiligen Wirtschaftsräume verzerren. Zudem wurden für die Beurteilungen ausschliesslich Daten zu den Arbeitsstätten verwendet, da diese per Definition einem Unternehmen oder einem Teil eines Unternehmens entsprechen, welches sich an einem bestimmten Ort befindet.¹⁹⁰ In der Hauptabsicht, den Wirtschaftsraum Münchenbuchsees zu beschreiben, wurde gerade dieses Merkmal der Verortung als sinnvoll empfunden.

4.3.1. Sektoralstruktur

Auf Grundlage der Erkenntnisse Ueli Haefelis liess sich im Betrachtungszeitraum feststellen, dass die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung von vor 1995 erhalten blieben. Für die einzelnen Sektoren bedeutet dies: Erstens sank der prozentuale Anteil der Beschäftigten im Primärsektor von 1995 bis 2005 auf ein Niveau unter einem Prozentpunkt ab. Die Zahlen der

¹⁸⁷ Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.9526501.html>, 02.06.2020: 1.

¹⁸⁸ Vgl. ebd.

¹⁸⁹ Vgl. ebd.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.: 3.

STATENT bestätigten dieses Bild für den Zeitraum 2011 bis 2017. Wirtschaftlich beurteilt kommt dem Landwirtschaftsbereich in Münchenbuchsee kaum mehr eine Bedeutung zu.

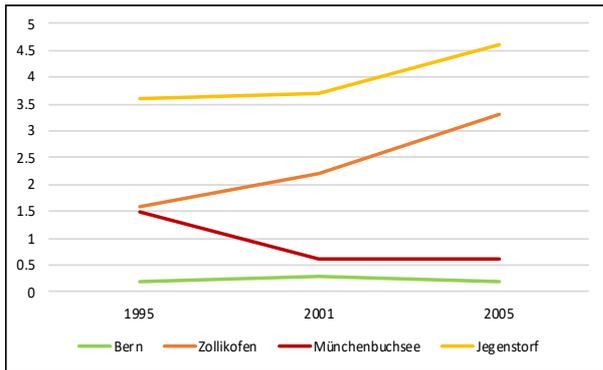
Zweitens musste der Sekundärsektor weitere Verluste verzeichnen. Dementsprechend sank der Anteil der Beschäftigten zwischen 1985 bis 1995 um beinahe 11 Prozentpunkte.¹⁹¹ Ab dem Jahr 2011 und mit der Erhebungsmethode STATENT machte derselbe Anteil gar nur noch 20 Prozent aller Beschäftigten in Münchenbuchsee aus. Auch wenn die Veränderungen ab diesem Zeitpunkt nur kleinen Ausmasses sind, so lässt sich allerdings für die Jahre 2015 bis 2017 eine leichte Zunahme an Beschäftigten festhalten. Absolut betrug das Wachstum 2.2 Prozentpunkte. Drittens setzte sich ab dem Jahre 1995 die Zunahme des Anteils Beschäftigter im dritten Sektor, welche ihren Ursprung während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und im Zuge der Tertialisierung fand, fort. Dementsprechend wuchs der Anteil der Beschäftigten von 1985 auf 1995 um weitere 11 Prozent und betrug zehn Jahre später bereits 72.3 Prozent. Die STATENT präsentierte während der Jahre 2011 bis 2017 gar Anteile um die 80 Prozent, womit Münchenbuchsee auch den kantonalen Mittelwert überstieg.

Betrachtet man zusätzlich dazu die Entwicklung der Vergleichsgemeinden, so zeigt sich, dass der tertiäre Sektor in allen Gemeinden der dominierende Wirtschaftsbereich ist. Die Entwicklungen der lokalen Wirtschaftsräume weisen dennoch lokale Färbungen auf. Das heisst beispielsweise, dass dem Landwirtschaftssektor in den Gemeinden Zollikofen und Jegenstorf mehr Bedeutung zukommt als in Münchenbuchsee und Bern. In Zollikofen konnte derselbe ab 1995 gar wieder einen Aufschwung verzeichnen, wobei sich der Anteil der Beschäftigten bis 2005 verdoppelte. Ab 2011 resultierte ein Wert von 5.8 Prozent, welcher sich bis 2017 in einem Mittel um die 4.7 Prozent halten konnte und sich damit in der Nähe des kantonalen Mittelwerts bewegte. Demgegenüber bedeutete es für die Gemeinde Jegenstorf zwischen 1985 und 1995 einen Rückgang von rund der Hälfte, bevor sie bis 2005 wieder um einen Prozentpunkt anstieg. Im Jahr 2011 resultierte gar ein ähnlicher Wert wie 1985. Für den Zeitraum 2011 bis 2017 lässt sich dann allerdings ein erneuter Rückgang beobachten, der schliesslich auch unter dem kantonalen Mittel zu liegen kommt. Diese Zahlen erstaunen insofern, als dass im Zeitraum 1939 bis 1985 mit zunehmender Distanz zum städtischen Kerngebiet eine Zunahme des Anteils Beschäftigter im Primärsektor festgehalten wurde.¹⁹² Für den hier analysierten Zeitraum lässt sich diese Regel dementsprechend nicht mehr bestätigen. Die Zahlen zeichnen ein Bild verstärkter Heterogenität und Eigenständigkeit, welches sich auch

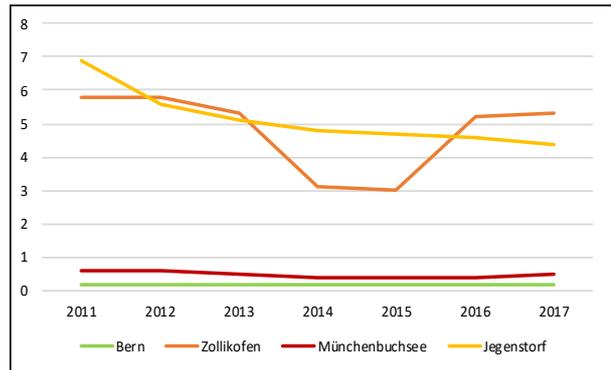
¹⁹¹ Der Datenwert für das Jahr 1985 wurde dem ersten Teil der Gemeindegeschichte entnommen. Vgl. Haefeli 1996: 19.

¹⁹² Vgl. Haefeli 1996: 20.

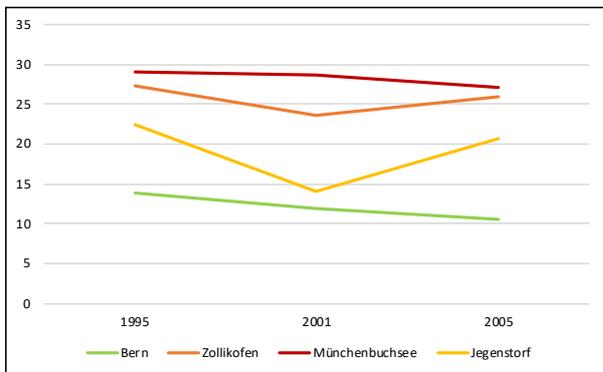
in den anderen Sektoren widerspiegelt. Daneben zeigte der Vergleich auf, dass der Wirtschaftsraum im urbanen Kerngebiet statischer ist als derjenige der Umlandgemeinden. Während die Sektoren zwei und drei über die Jahrtausendwende noch kleineren Veränderungen ausgesetzt waren, erscheint die Sektoralstruktur der Gemeinde Bern ab dem Jahre 2011 relativ starr. Wandlungen derselben konnten ab demselben Zeitpunkt primär in den Umlandgemeinden verortet werden. In Bezug auf die durchschnittlichen Betriebsgrößen zeigte sich ausserdem, dass mit zunehmender Distanz zum städtischen Gebiet, die Anzahl der Beschäftigten pro Arbeitsstätte in den jeweiligen Sektoren kleiner wird. Die Ausnahme bildet diesbezüglich die Gemeinde Zollikofen, welche in diesen Werten bereits über der Gemeinde Bern liegt. Für die Gemeinde Münchenbuchsee wiederholen dieselben Werte die Erkenntnisse aus den vorhergehenden Kapiteln. Während bis zur Jahrtausendwende in den Sektoren zwei und drei noch Wachstum stattfand, begann sich dasselbe nach der Wende zu verlangsamem respektive rückläufig zu entwickeln.



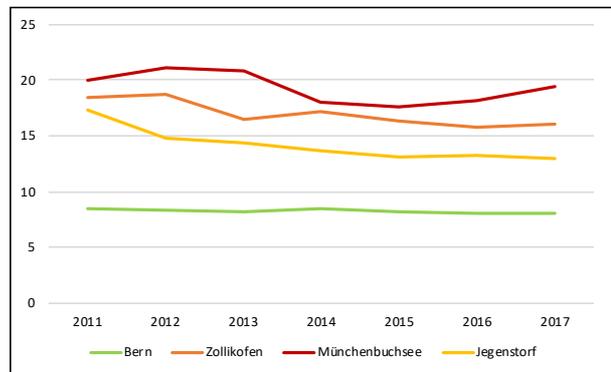
Figur 8: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 1. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählungen 1995, 2001, 2005. Eigene Grafik.



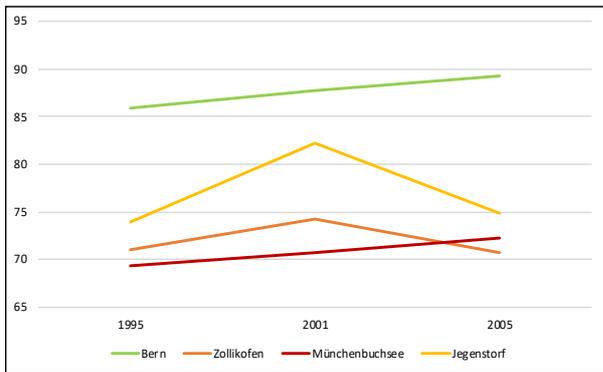
Figur 9: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 1. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT 2011 bis 2017. Eigene Grafik.



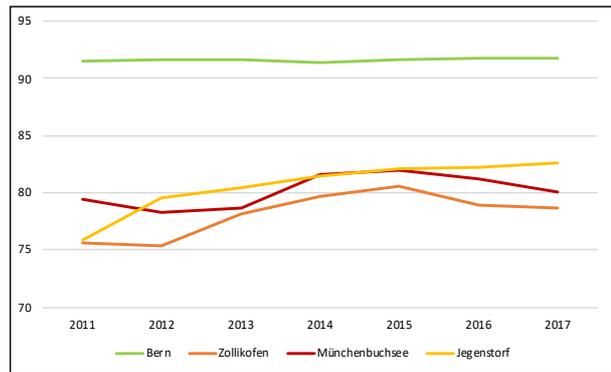
Figur 10: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 2. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählungen 1995, 2001, 2005. Eigene Grafik.



Figur 11: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 2. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT 2011 bis 2017. Eigene Grafik.



Figur 12: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 3. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, eidgenössische Betriebszählungen 1995, 2001, 2005. Eigene Grafik.



Figur 13: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 3. Sektor (Prozentwerte). Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT 2011 bis 2017. Eigene Grafik.

4.4. Politik

Das heutige Erscheinungsbild der politischen Organisation in Münchenbuchsee fand seinen Ursprung im Jahre 1974, als die legislativen Aufgaben dem 40-köpfigen Grossen Gemeinderat (GGR) übertragen wurden. Er wird vom Volk für die Dauer von vier Jahren gewählt.¹⁹³ Daneben bildet der Gemeinderat (GR) die Regierung der Gemeinde und ist damit das oberste Vollzugsorgan. Er ist für die Führung der Gemeinde sowie die Planung und Koordinierung ihrer Tätigkeiten zuständig.¹⁹⁴ Um sich den politischen Identitäten der Gemeinde Münchenbuchsee in einem ersten Schritt anzunähern, sollen die politischen Machtverteilungen anhand der kommunalen sowie der Nationalratswahlen abgebildet werden. Die Betrachtung dieser Wahlen bot sich an, da die Daten zu diesen im Betrachtungszeitraum lückenlos verfügbar waren und da in der Verwendung derselben eine Unterscheidung zwischen lokaler und nationaler Ebene vorgenommen werden kann. In diesem Sinne wird vermutet, dass gerade die kommunalen Wahlen zum Teil von persönlichen Bekanntschaften beeinflusst werden. Demgegenüber beziehen sich die Wahlen des Nationalrates mehr auf Kandidaten- oder Parteisympathien. Die Wahlanalyse der Parteistimmen erlaubt damit die Schaffung eines Überblicks, welche Parteien im Zeitraum zwischen 1995 und 2019 bei der Gemeindebevölkerung Münchenbuchsees an Zustimmung gewannen beziehungsweise verloren. Auf diese Weise lassen sich Mehrheitsverschiebungen in der politischen Einstellung erkennen.¹⁹⁵

In Betrachtung derselben zeigte sich, dass sich die lokale Politlandschaft auch ab dem Jahre 1995 primär durch den Gegensatz der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Sozialdemokratischen Partei (SP) charakterisierte. Bis in die Gegenwart stellen sie die beiden wählerstärksten Parteien der Gemeinde dar. Daneben konnten sich über die gesamte Zeitspanne hinweg vier weitere Parteien relativ konstant auf ihren jeweiligen Wähleranteilen halten. Während in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allerdings noch die Freisinnig-demokratische Partei als drittstärkste politische Partei fungierte, wurde diese über die Jahrtausendwende hinweg durch die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) abgelöst.¹⁹⁶ Zudem konnte sich auch die Grüne Freie Liste (GFL) gegenüber den Freisinnigen behaupten. Der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) gelang zwar nach deren Abspaltung von der SVP im Jahre 2008 ein fulminanter Einstieg in den GGR, sie platzierte sich vier Jahre später

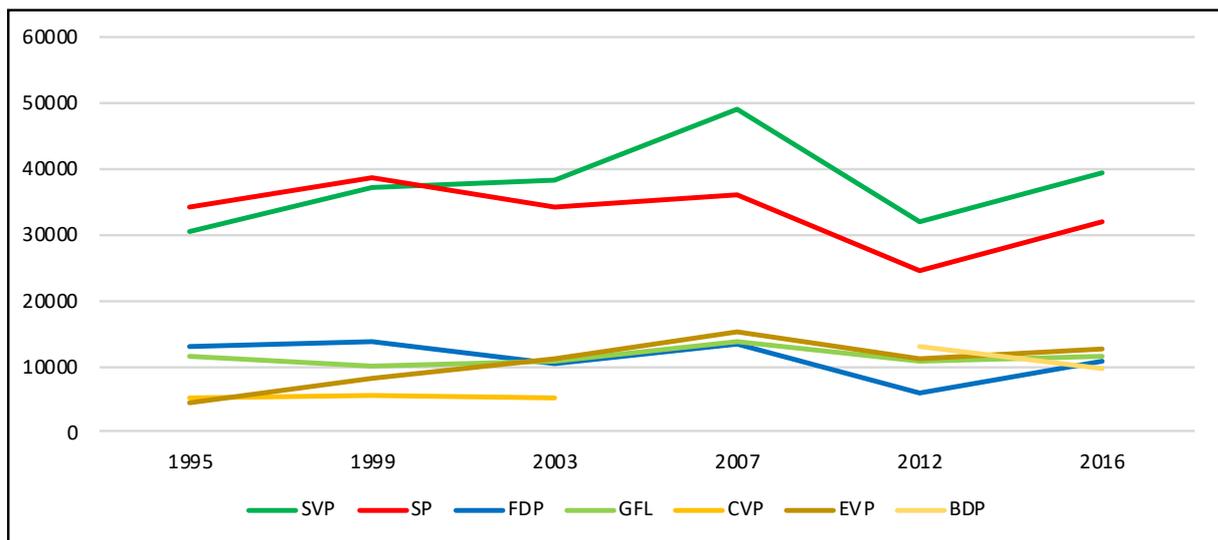
¹⁹³ Vgl. Haefeli 1996: 26.

¹⁹⁴ Vgl. Einwohnergemeinde Münchenbuchsee: [https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/55/Gemeinde/Politik/Gemeinderat%20\(GR\)](https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/55/Gemeinde/Politik/Gemeinderat%20(GR)), 26.06.2020.

¹⁹⁵ Vgl. Zurfluh 2017: 25.

¹⁹⁶ Zur Stärke der FDP während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vgl. Haefeli 1996: 26.

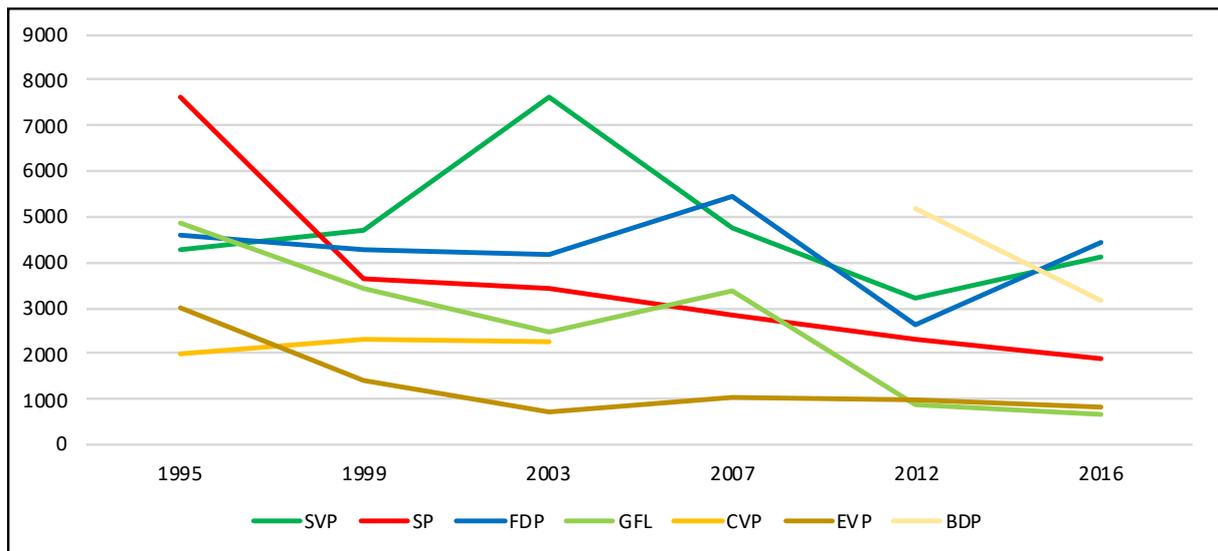
allerdings bereits wieder auf Rang sechs im lokalen Ranking, was der Einordnung als schwächste Partei im GGR gleichkam. Der relativ starke Rückgang an Wählerstimmen, welchen die SVP in den Wahlen von 2012 zu verzeichnen hatte, ist demensprechend unter anderem auf die erwähnte Abspaltung zurückzuführen. Grundsätzlich blieb die bürgerliche Dominanz des politischen Lebens Münchenbuchsees damit auch über die Jahrtausendwende hinweg bestehen.



Figur 14: Münchenbuchsee: Total erhaltene Stimmen in den Wahlen des Grossen Gemeinderats 1995-2019; Quelle: Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse 8, Signatur 1 233 1. Eigene Grafik.

Ergänzt man das Total der erhaltenen Wählerstimmen mit den Zusatzstimmen, erhält die letzte oben aufgeführte Erkenntnis zusätzliches Gewicht. Als Zusatzstimmen sind jene zu verstehen, die den Parteien zugerechnet werden aufgrund leerer Zeilen auf den Wahlzetteln und den Parteien entsprechend ohne spezifische Kandidatennennung angerechnet werden.¹⁹⁷ Damit liegt in den Zusatzstimmen eine verstärkte Parteienorientierung verborgen.

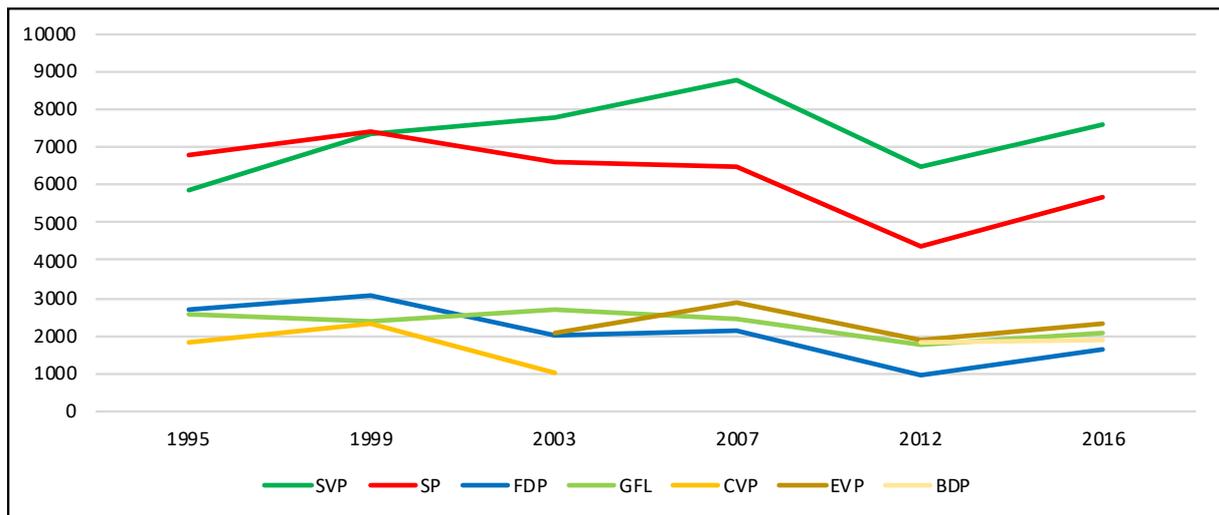
¹⁹⁷ Staatskanzlei des Kantons Bern; https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/wahlen/wahlen_2014/hintergrundwissen.html; 26.06.20.



Figur 15: Münchenbuchsee: Total Zusatzstimmen in den Wahlen des Grossen Gemeinderats 1995-2016; Quelle: Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse 8, Signatur 1 233 1. Eigene Grafik.

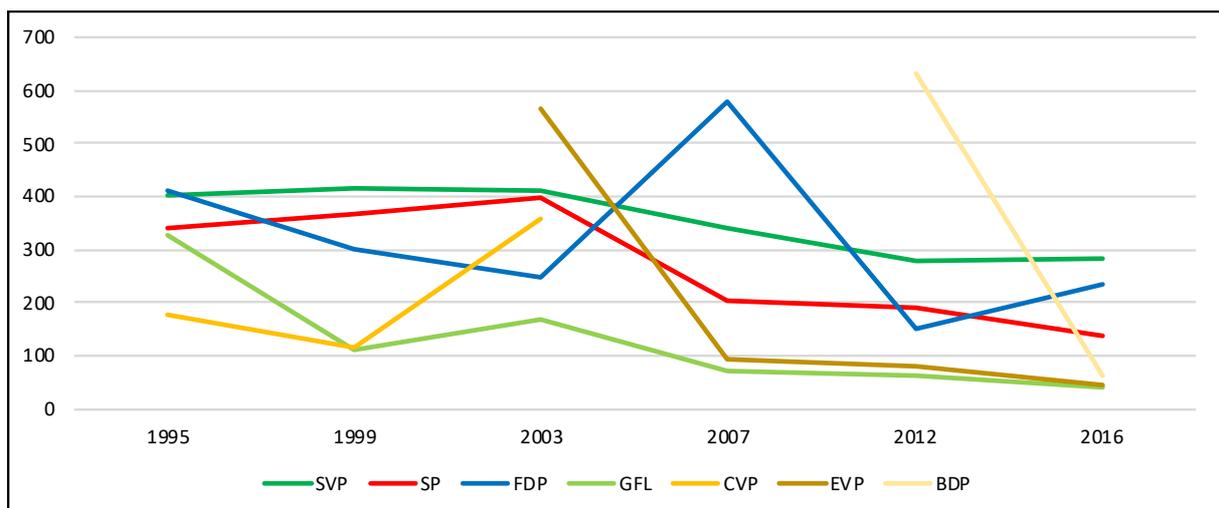
Die Figur oben vermag in diesem Zusammenhang aufzuzeigen, dass die auf dem politischen Spektrum links positionierten Parteien weniger Anklang fanden als diejenigen auf der rechten Seite. In Münchenbuchsee wurden Zusatzstimmen vermehrt den bürgerlichen Parteien zugesprochen. Dies zeigt sich auch am Umstand, dass die Freisinnigen zwar einen Verlust an effektiven Stimmenanteilen hinnehmen mussten, sie aber im Hinblick auf Zusatzstimmen die Stimmenanteile erhöhen konnten. In den letzten Wahlen aus dem Jahre 2016 konnten sie gar am meisten Zusatzstimmen unter sich vereinen. Die Beurteilung anhand der Zusatzstimmen zeigt entsprechend, dass die Freisinnigen in diesem Zusammenhang eine breitere Unterstützung in der Bevölkerung erhielten.

Die Wahlergebnisse des Grossrats widerspiegeln die vorangehenden Ergebnisse. Die Abbildung unten zeigt, dass die Wähleranteile zur lokalen Exekutive ungefähr das gleiche Bild ergeben, wie die Wahlen des Grossen Gemeinderates. Die Parteien der SVP und der SP sind auch in diesem Gremium als stärkste Parteien vertreten. Der Verlauf der erhaltenen Stimmen zeigt allerdings auf, dass sich über die Jahrtausendwende hinweg die Schere zwischen den beiden Parteien vergrösserte und ab dem Jahre 2007 die Struktur des GR prägt. Das oberste politische Gremium Münchenbuchsees wird entsprechend durch die Dominanz der SVP kontrolliert. Ähnlich zu den Erkenntnissen aus der Betrachtung der Wahlen des GGR müssen auch in Zusammenhang mit dem GR die Freisinnigen als die grosse Verliererpartei ausgewiesen werden. Stellten sie bis ins Jahr 1999 noch die drittgrösste Partei in der Gemeinde, mussten sie nach der Wende des Jahrtausends erneut grosse Wählerverluste hinnehmen. Dementsprechend präsentierten sie sich ab dem Jahr 2003 als schwächste Partei und verloren damit an Mitbestimmung in der ausführenden Gewalt der Gemeinde.



Figur 16: Münchenbuchsee: Total erhaltene Stimmen in den Grossratswahlen 1995-2016; Quelle: Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse 8, Signatur 1 233 2. Eigene Grafik.

Ergänzt man diese Resultate mit einem Blick auf die Zusatzstimmen, bestätigt sich erneut: Orientiert an Zusatzstimmen, in anderen Worten an Parteistimmen, konnten sich die Freisinnigen relativ schadlos halten. Ging der Anteil an effektiven Stimmen ab dem Jahre 2013 konstant zurück, konnten sie zwischen den Wahlen 2003 und 2007 noch einmal starke Zuwächse an Zusatzstimmen generieren. Auch wenn die Zahlen im Anschluss wieder stark rückläufig waren, soll dies das Bild nicht täuschen. Immerhin waren mit Ausnahme der SVP alle Parteien von dieser Entwicklung betroffen. Überhaupt muss darauf hingewiesen werden, dass Zusatzstimmen in Münchenbuchsee kaum Gewicht erhalten. Es zeigt sich klar, dass die Stimmberechtigten der Gemeinde gezielt Stimmen abgeben.

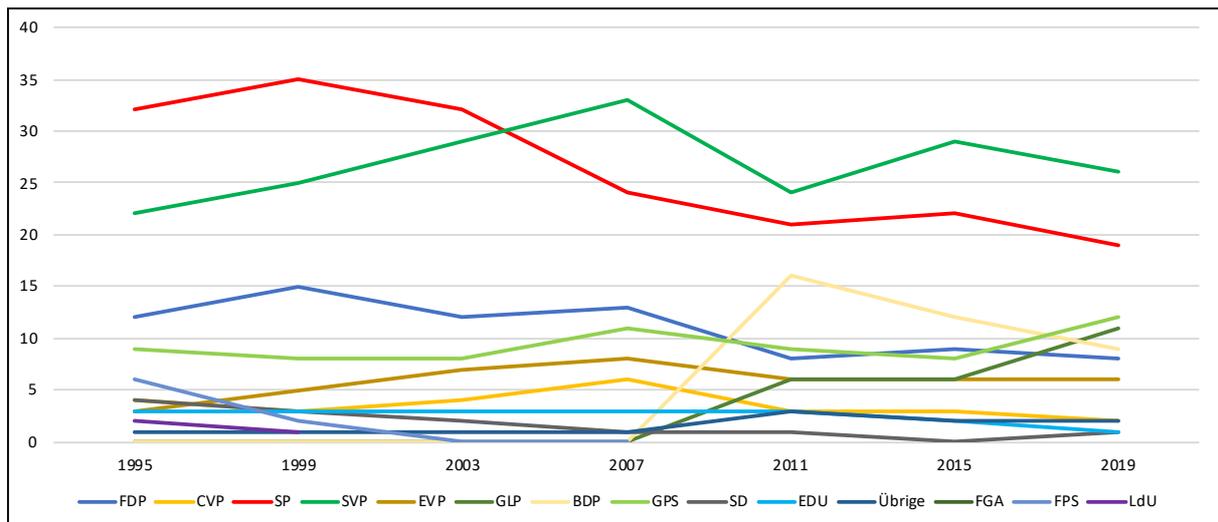


Figur 17: Münchenbuchsee: Total erhaltene Zusatzstimmen in den Grossratswahlen 1995-2016; Quelle: Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse 8, Signatur 1 233 2.

Vergleicht man die lokalen Ergebnisse nun mit den nationalen, so lässt sich erkennen, dass im Betrachtungszeitraum ein Wechsel in den wählerstärksten Parteien stattfand. Konnte sich die SP bis zu den Wahlen im Jahre 2003 noch als stärkste Partei halten, mündete der stete

Wählerstimmenanstieg der SVP im höchsten lokalen Wert ab dem Jahre 2007. Dass sich der Stimmenanteil der SP gleichzeitig stetig verminderte, lässt die Annahme zu, dass hier ein Wechsel in der politischen Einstellung stattfand. Die absoluten Wähleranteile sprechen hierzu eine eindeutige Sprache: Von 1999 bis 2019 verlor die SP insgesamt 16 Prozent der Wähleranteile, was beinahe der Hälfte des Ausgangswerts gleichkam. Demgegenüber konnte die SVP von 1995 bis 2007 eine Zunahme von 11 Prozent verzeichnen. Zwar musste sie im Hinblick auf das Wahlergebnis von 2011 wieder einen Verlust von 9 Prozent hinnehmen, was analog zu den lokalen Wahlen primär auf die Abspaltung der BDP zurückgeführt werden kann, die ihren Einstieg in den Nationalrat mit 16 Prozent der lokalen Wähleranteile feiern konnte, dennoch konnte sie sich fortan als wählerstärkste Partei in Münchenbuchsee halten. Ab den Wahlen 2011 wurde zudem eine Verschiebung der Wähleranteile zugunsten der grünen Parteien augenscheinlich. Sowohl die Grünen (GPS) als auch die Grünliberalen (GLP) konnten sich entsprechend zusätzliche Stimmenanteile sichern. In absoluten Zahlen bedeutet dies für die GPS einen Anstieg um drei Prozentpunkt und die GLP einen Anstieg um fünf Prozent. Im Zuge der sogenannte «grünen Welle», während der die beiden Parteien schweizweit grosse Gewinne verzeichnen konnten, sah sich also auch das lokale politische Gefüge diesem Einfluss ausgesetzt.¹⁹⁸ Lokal wurden diese Gewinne auf Kosten der grossen Lokalparteien verzeichnet. SVP, SP und BDP verloren allesamt drei Prozent ihrer Wähleranteile. Nach den Wahlen 2019 standen den stärksten lokalen Parteien der SVP und SP somit die GPS und die GLP gegenüber. Die Freisinnigen ihrerseits mussten auch im nationalen Kontext Wählerverluste hinnehmen. Absolut bedeutet dies, dass sich der Spitzenwert aus dem Jahre 1999 mit 15 Prozent erhaltenen Stimmen bis im Jahr 2019 um sieben Prozentpunkte verringerte und entsprechend auf acht Prozent Wähleranteile zu stehen kam.

¹⁹⁸ Michel et. al. 2019: <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019/historischer-sieg-der-gruenen-die-grosse-nachwahlanalyse-in-grafiken>, 01.06.2020.

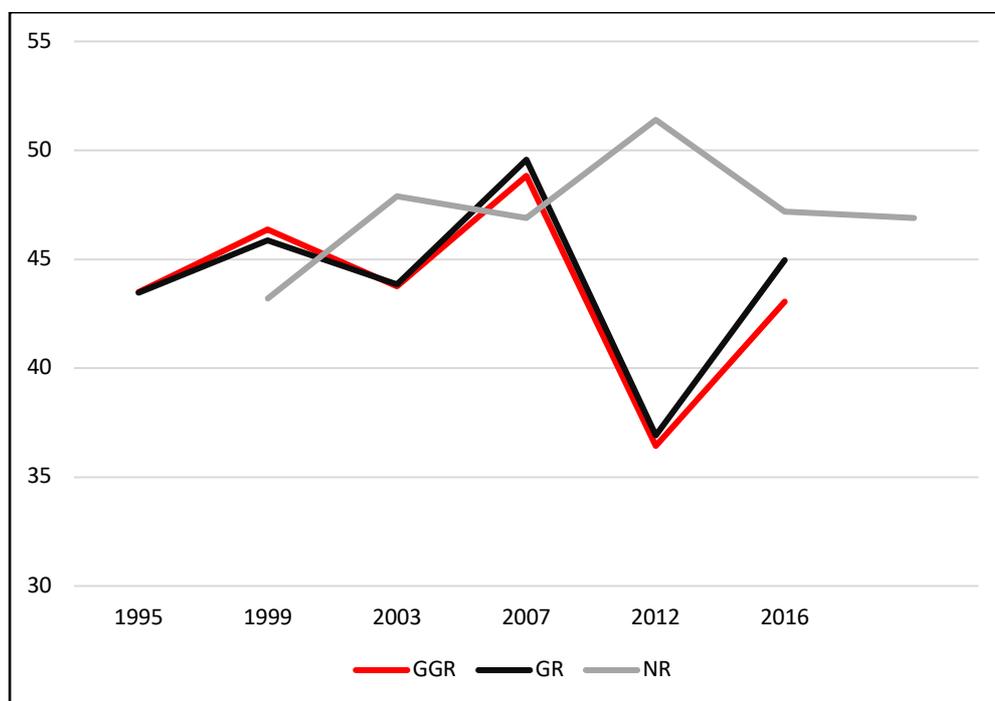


Figur 18: Münchenbuchsee: Prozentanteile der Parteien in den Nationalratswahlen 1995 bis 2019. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB. Eigene Grafik.

Insgesamt kann anhand der betrachteten Wahlen also gefolgert werden, dass sich die politischen Identitäten zugunsten der SVP veränderten. Egal ob man hierzu die lokalen oder die nationalen Wahlen als Grundlage verwendet, im Betrachtungszeitraum fungierte die SP jeweils zu Beginn als wählerstärkste Partei, welche in der Folge allerdings durch die SVP abgelöst wurde. Es zeigte sich ausserdem, dass es nicht nur zu den beschriebenen Wechseln kam, sondern dass gleichzeitig der Unterschied zwischen den Wähleranteilen immer grösser wurde. Ergänzung erfahren die beiden «grossen» Parteien auf lokalpolitischer Ebene durch die EVP, GFL, BDP und FDP, welche sich ihrerseits auf ungefähr gleichen Wähleranteilen bewegten. Die FDP musste dabei den grössten Verlust an politischer Bedeutung hinnehmen. Auf nationaler Ebene werden dieselben Parteien einzig durch die GLP ergänzt, welche sich, wie oben beschrieben, im Zuge der grünen Welle Wähleranteile in Münchenbuchsee sichern konnte.

Da unter anderem über diese Wahlergebnisse auf die politischen Identitäten geschlossen wird, müssen die zuvor beschriebenen Entwicklungen in Zusammenhang mit den jeweiligen Stimmbeteiligungen gebracht werden. Es sei an dieser Stelle auf die einleitenden Worte (siehe Kapitel 1) verwiesen, in Zusammenhang derer angemerkt wurde, dass sich anhand des Vorgehens nur den politisch aktiven Identitäten genähert werden kann. In der durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 44 Prozent widerspiegelte sich aus diesem Grund die Erkenntnis, dass nur rund 44 Prozent der politischen Identitäten in Münchenbuchsee abgebildet wurden. Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der grössere Teil der Stimmberechtigten sich dagegen entschied, wählen zu gehen. Dieser grosse Anteil an Nichtwählenden vermag dementsprechend aufzuzeigen, dass sich viele Stimmberechtigte nicht dazu bewegen fühlten, an einer aktiven Politik teilzuhaben, was seinerseits Ausdruck spezifischer politischer Identitäten ist. Schliesslich sind im Umkehrschluss rund 56 Prozent der

Stimmberechtigten nicht direkt im Verband der politischen Gremien abgebildet. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Auch wenn diese für Münchenbuchsee nicht spezifisch erfasst wurden, lässt ein Blick in die Literatur einige Möglichkeiten anfügen und damit das Verständnis für selbe erhöhen. Dementsprechend bildeten die Nichtwählenden im Übergang der Jahrtausendwende eine homogene Einheit von sechs verschiedenen Typen: den politisch Desinteressierten, den Politikverdrossenen, den sozial Isolierten, den Inkompetenten, den Protestierenden und den alternativ Partizipierenden.¹⁹⁹ Es wäre entsprechend interessant zu wissen, aus welchen Gründen sich die vielen Stimmberechtigten in Münchenbuchsee gegen die Wahlbeteiligung stellten. Auf diese Weise könnte das erhaltene Bild wertvoll ergänzt und besser eingeordnet werden.

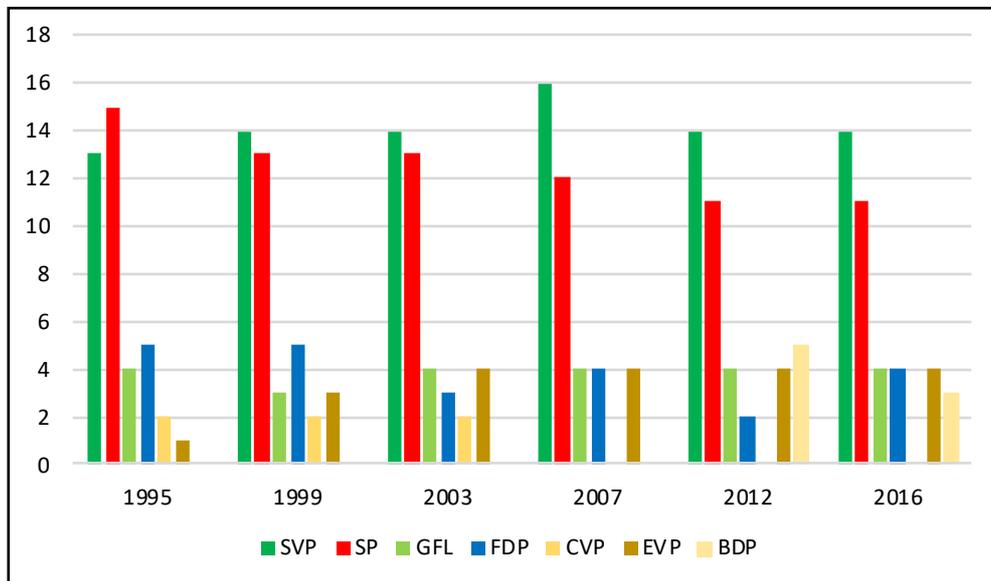


Figur 19: Münchenbuchsee: Stimmbeteiligungen Wahlen GGR und GR 1995-2016 und NR 1999-2019. Quellen: Verwaltungsberichte 1995-2010, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, Signatur: 1 131 [im Folgenden VBT]; Tätigkeitsberichte 2011-2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzzeitarchiv Bernstrasse 8, Signatur 1 131 [im Folgenden TBT]; Bundesamt für Statistik, STAT-TAB. Eigene Grafik.

Diese soll auch mit Blick auf die Sitzverteilung in den lokalpolitischen Gremien erfolgen. Schliesslich sind es diese, welche die effektive Umsetzung der Wähleranteile widerspiegeln und gleichzeitig den Rahmen für das politische Geschehen in der Regel auf die Dauer von vier Jahre festlegen. Es überrascht allerdings nicht, dass im Betrachtungszeitraum auch die Sitze im GGR mehrheitlich auf SVP und SP verteilt wurden. Zudem musste die SP auch in diesem Zusammenhang einen steten Rückgang verzeichnen. Hielt sie im Jahre 1995 noch 15 Sitze, waren es 21 Jahre später noch 11. Damit musste die SP im GGR einen schwindenden Einfluss

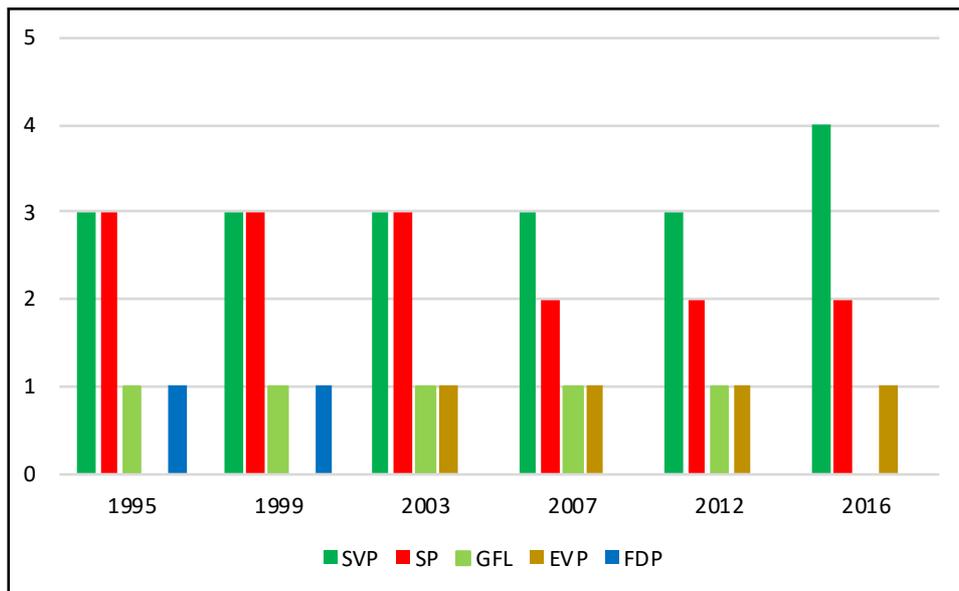
¹⁹⁹ Vgl. Vatter, Freitag 2015: 27.

verzeichnen. Analog zu dem Anteil der Wählenden konnte die SVP gleichzeitig ihren Einfluss erhöhen. Auch wenn die Sitzzahl mit Einzug der BDP in den GGR rückläufig war, konnte sie sich dennoch als am stärksten vertretene Partei im GGR halten. Es ist daher anzunehmen, dass der GGR stark vom Einfluss der SVP geprägt wird.



Figur 20: Münchenbuchsee: Sitzzahlen der Parteien im Grossen Gemeinderat 1995-2016. Quellen: VBT, TBT. Eigene Grafik.

Gar noch stärker müsste dieser Einfluss im Kontext des GR ausfallen. Die Verteilung der Sitze zwischen 1995 und 2016 zeigt eindrücklich, dass sich die SVP immer mehr Sitze sichern konnte und damit nebst dem legislativen auch das exekutive Gremium in Münchenbuchsee dominiert. Der zeitliche Verlauf zeigt zudem, dass bis in die Gegenwart die Parteienvertretungen im ausführenden politischen Organ der Gemeinde immer weniger wurde. In diesem Sinne sind aktuell noch drei Parteien im GR vertreten, was einem Verlust an politischer Diversität gleichkommt.



Figur 21: Münchenbuchsee: Sitzzahlen der Parteien im Grossen Gemeinderat 1995-2016. Quellen: Verwaltungsberichte 1995-2006, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenerker, Signatur: 1 131 [im Folgenden VBa]; Jahr 2007, Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse 8, Signatur 1 233 2, TBT. Eigene Grafik.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass sich die politisch aktiven Identitäten in Münchenbuchsee zunehmend in Richtung der bürgerlichen SVP verschoben. Dementsprechend dominiert sie auch das politische Geschehen im GGR und GR.

4.5. Wandel der Landschaft

Grundlegend für den Beschrieb des Landschaftswandels ist einerseits das Verständnis der Landschaft als Abbild der Menschen, die sie bevölkern sowie von deren kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit wird deutlich, dass sich gerade in der lokalspezifischen Nutzung der Landschaft diese Formen widerspiegeln (siehe Kapitel 1.2.6). Andererseits wurde im Verlauf der bisherigen Arbeit bereits vermehrt darauf hingewiesen, dass sich das Landschaftsbild der Schweiz im Zuge der Urbanisierung stark veränderte und noch verändert (siehe Kapitel 1 und 3). Für die Gemeinde Münchenbuchsee wurde letztgenannter Umstand für den Verlauf des 20. Jahrhunderts bereits beschrieben.²⁰⁰ In vorliegendem Kapitel soll deshalb die Entwicklung des Landschaftsbildes weiterverfolgt werden. Die Einordnung basiert dabei auf den Daten der Arealstatistik des BFS. Diesbezüglich wird ausgeführt, dass die Landnutzung grundsätzlich durch zwei Grössen bestimmt wird: Die Art der Bodenbedeckung sowie deren Nutzung. Im Kontext der Raumplanung, welche gerade für das Themenfeld der Urbanisierung zentral ist, steht die Bodennutzung im Mittelpunkt.²⁰¹

²⁰⁰ Vgl. Haefeli 1996: 141-142.

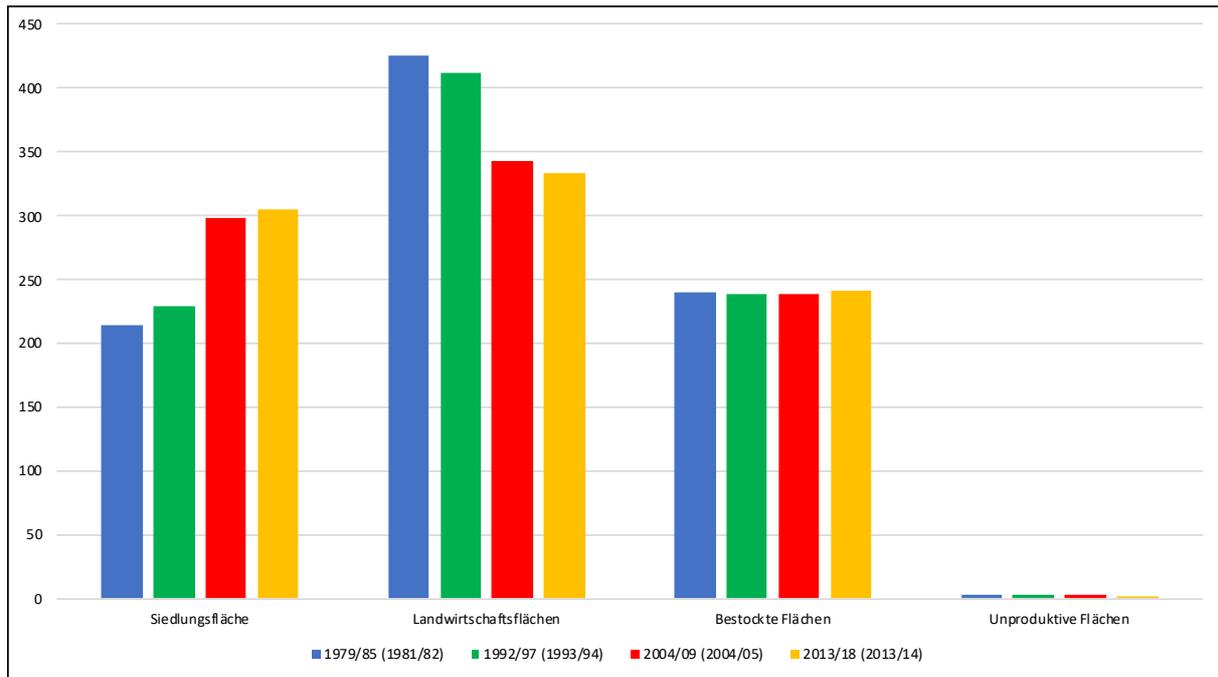
²⁰¹ Vgl. Bundesamt für Statistik 2018: 3.

Aus diesem Grund würde sich der Rückgriff auf die Statistiken nach dem Kriterium «Land Use» empfehlen. Da sich die Erhebungsmöglichkeiten im Verlaufe des Betrachtungszeitraums allerdings veränderten, erfüllen vor allem die Standardnomenklaturen die Auflagen der Datenkontinuität und Vergleichbarkeit über die Zeit.²⁰² Dies ist auch der Grund, weshalb insbesondere auf diese Erhebung zurückgegriffen wird. Wo möglich und sinnvoll werden allerdings die Erhebungen «Land Cover» und «Land Use» ergänzend hinzugezogen.

Beurteilt anhand der ganzen Schweiz beruhte die Veränderung der Bodennutzung und -bedeckung primär auf der Zunahme an Siedlungsfläche auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. Für den Zeitraum zwischen 1985 und 2009 konnte dabei für die gesamte Schweiz ein Zuwachs an Siedlungsflächen von 23 Prozent festgehalten werden. Das Wachstum der Siedlungen übertraf sogar dasjenige der Bevölkerung, was in einer Zunahme an Siedlungsflächenbedarf pro Person resultierte.²⁰³ Es überrascht daher nicht, dass auch die landschaftlichen Veränderungen in Münchenbuchsee im Austausch zwischen den zwei statistischen Bereichen der «Siedlungs- und Landwirtschaftsfläche» verzeichnet wurden. Analog zur gesamtschweizerischen Entwicklung nahm die Siedlungsfläche vorwiegend auf Kosten der Landwirtschaftsfläche zu. Der stärkste beschriebene Austausch fand im Betrachtungszeitraum über die Jahrtausendwende statt. Dementsprechend resultierte zwischen den Erhebungen 92/97 und 04/09 eine relative Zunahme an Siedlungsfläche von 30 Prozent. Gleichzeitig reduzierte sich die Landwirtschaftsfläche um gut 17 Prozent. Demgegenüber betragen die relativen Werte zwischen den Erhebungen 04/09 und 13/18 noch zwei Prozent Zunahme an Siedlungsfläche sowie ungefähr zweieinhalb Prozent Abnahme an Landwirtschaftsfläche. Während also über die Jahrtausendwende der schnelle Wandel und die Zerstörung von Kulturland anhielt, konnte dieser im Anschluss verlangsamt werden.

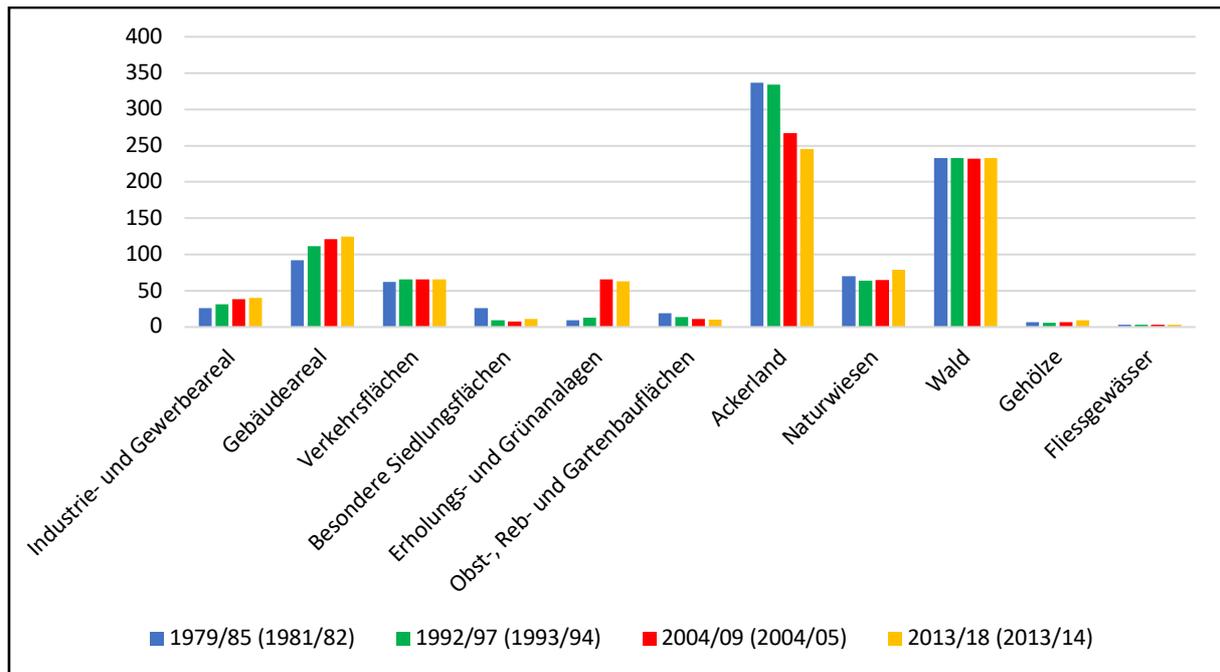
²⁰² Vgl. ebd.

²⁰³ Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846580.html>, 06.08.2019: 3.



Figur 22: Münchenbuchsee: Arealstatistik Standard nach 4 Hauptbereichen 1978/85 bis 2013/18. Quelle: Arealstatistik Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.

Im Anliegen, die erfassten Veränderungen genauer zu betiteln, wurde auf die Standarderhebung nach 27 Hauptbereichen zurückgegriffen. Diese zeigte auf, dass die Veränderungen der Siedlungsentwicklung insbesondere auf Zunahmen in den Bereichen «Industrie- und Gewerbeareal», «Gebäudeareal» sowie «Erholungs- und Grünanlagen» beruhte. In relativen Werten nahmen dieselben um 22,5, neun und gar 407 Prozent zu. Demgegenüber hielten sich die Verkehrsflächen auf ungefähr gleichbleibenden Werten. Der Rückgang der Landwirtschaftsfläche bezog sich demgegenüber insbesondere auf die Bereiche «Obst-, Reb- und Gartenbauflächen» und «Ackerland». Es liess sich allerdings auch feststellen, dass der Bereich der «Naturwiesen» zwischen den beiden jüngsten Erhebungen wieder zunahm.



Figur 23: Münchenbuchsee: Arealstatistik Standard nach 17 Hauptbereichen 1978/85 bis 2013/18. Quelle: Arealstatistik Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.²⁰⁴

Vergleicht man diese Werte mit den Vergleichsgemeinden, so wird ersichtlich, dass nach der Erhebung 2013/18 der prozentuale Anteil der Siedlungs- an der Gesamtfläche mit zunehmender Distanz zur städtischen Kerngemeinde abnimmt. Dementsprechend sind in der Gemeinde Bern bereits 46 Prozent der Gemeinde durch Siedlungsflächen bedeckt, während in der Gemeinde Jegenstorf lediglich 13 Prozent verbaut wurden. Die relativen Zunahmen aller betrachteten Gemeinden zwischen den vier Erhebungen zeigen zudem, dass die Gemeinde Jegenstorf die grössten relativen Zunahmen in Bezug auf die Siedlungsfläche verzeichnete. Die Ausnahme hierzu bildete die Jahrtausendwende, als Münchenbuchsee mit den erwähnten 30 Prozent die Vergleichsgemeinden massiv übertraf. Aufgrund dieses Wandels liegt der Mittelwert der Zunahmen Münchenbuchsees denn auch über demjenigen Jegenstoffs. Ansonsten sind die mittleren relativen Zunahmen in Jegenstorf allerdings am höchsten, was den Schluss zuliess, dass sich der Wandel der Landschaft im Betrachtungszeitraum immer mehr ins Ländliche verschob. Aufgrund der Grösse Jegenstoffs (zweitgrösste Gemeinde nach Bern), wird allerdings angenommen, dass dieser Wandel noch weniger ins Auge fällt und primär auf den statistischen Zahlen beruht. Diese zeigten auch, dass die Landwirtschaftsfläche in Jegenstorf über den gesamten Betrachtungszeitraum die grösste Flächendeckung ausmachte. Die Arealstatistiken zeigen damit auf, dass die Gemeinde Münchenbuchsee über die Jahrtausendwende dem grössten Landschaftswandel der vier Vergleichsgemeinden ausgesetzt

²⁰⁴ Die Kategorien Alpwirtschaftsflächen, Gebüschwald, stehende Gewässer, unproduktive Vegetation, vegetationslose Flächen und Gletscher/Firn wurden entfernt, da diese in Münchenbuchsee nicht vertreten sind.

war. Die mittleren Werte bezüglich relativer Zunahme der Siedlungsfläche und relativer Abnahme der Landwirtschaftsfläche bezeugen dies auf eindruckliche Art und Weise.

	Bern	Zollikofen	MB	Jegenstorf
von 79/85 bis 92/97	1.24	9.84	6.98	10.22
von 92/97 bis 04/09	1.79	6.6	30	7.95
von 04/09 bis 13/18	2.15	2.65	2.01	9.2
Mittelwert	1.73	6.36	12.99	9.12

Tabelle 5: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Relative Zunahmen der Siedlungsflächen (in Prozentwerten).
Quelle: Arealstatistik Standard Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Tabelle.

	Bern	Zollikofen	MB	Jegenstorf
von 79/85 bis 92/97	4.18	8.66	3.29	1.8
von 92/97 bis 04/09	4.85	5.53	16.75	1.6
von 04/09 bis 13/18	3.96	2.51	2.62	1.6
Mittelwert	4.33	5.56	7.55	1.67

Tabelle 6: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Relative Abnahmen der Landwirtschaftsflächen (in Prozentwerten). Quelle: Arealstatistik Standard Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Tabelle.

5. Die qualitative Inhaltsanalyse

Der pragmatische Sinn der qualitativen Inhaltsanalyse besteht nach Udo Kuchartz darin, unter einer vorbestimmten forschungsleitenden Perspektive Komplexität zu reduzieren. Hierzu sollen die zur Verwendung stehenden Textbestände hinsichtlich interessierender Merkmale klassifizierend beschrieben werden.²⁰⁵ Diesbezüglich werden drei Grundsätze verfolgt: Quellenkunde, Darlegung des Vorverständnisses und die Berücksichtigung vielschichtiger Sinnstrukturen. In Zusammenhang mit Letzterem wird ergänzt, dass das Abzielen auf latente Sinngehalte als integraler Bestandteil einer qualitativen Inhaltsanalyse gilt.²⁰⁶

Das Aufgabenfeld der «Klassifizierung»²⁰⁷ deckt allerdings nur einen der Schwerpunkte qualitativer Analysen ab. Weitere sind die «Hypothesenfindung und Theoriebildung, Pilotstudien, Vertiefungen, Einzelfallstudien, Prozessanalysen und Theorie- und Hypothesenprüfung».²⁰⁸ Mit dem Ziel eine möglichst umfangreiche qualitative Inhaltsanalyse durchzuführen, wurde deshalb entschieden, die im vorangehenden Satz erwähnten Schwerpunkte ebenfalls in der Analyse umzusetzen. So wird beabsichtigt, anhand der Sitzungsprotokolle des GGR die diskutierten und allenfalls eingesetzten Elemente einer raumwirksamen sowie identitätsverstärkenden Politik aufzudecken und potenzielle Zusammenhänge zwischen den gefundenen Faktoren herzustellen.²⁰⁹ Da die Elemente der zuvor beschriebenen Politik ausschliesslich für die Gemeinde Münchenbuchsee betrachtet werden, lässt sich weiter präzisieren, dass es sich vorliegend um eine Einzelfallbeurteilung handelt. Es sind gerade diese Einzelfälle, die sich aufgrund der eher offenen, deskriptiven und interpretativen Methodik qualitativer Forschungsansätze, als hervorragendes Anwendungsgebiet eignen.²¹⁰ Zudem ergibt sich aus der Betrachtung eines bestimmten Zeitabschnittes ein Fokus auf grundlegende Prozesse und deren Transformationen. Die Erfassung solcher Prozesse ist gerade in der Geschichtswissenschaft von zentralem Interesse, weshalb es sie auch im Einsatz der genannten politischen Massnahmen zu beobachten gilt (Siehe Kapitel 1.1).²¹¹

²⁰⁵ Vgl. Kuchartz 2018: 32.

²⁰⁶ Vgl. Mayring 2015: 32.

²⁰⁷ Unter der Aufgabe der «Klassifizierung» wird die Ordnung des Datenmaterials nach bestimmten, empirisch und theoretisch sinnvoll erscheinenden Ordnungsgesichtspunkten verstanden. Auf diese Weise wird eine strukturierende Beschreibung des erhobenen Materials ermöglicht. Vgl. Mayring 2015: 24.

²⁰⁸ Die genauen Beschreibungen der einzelnen Aufgabenfelder finden sich bei Mayring 2015: 22-25.

²⁰⁹ Dieser Vorgang wird im Aufgabenfeld «Hypothesenfindung und Theoriebildung» erfasst. Vgl. Mayring 2015: 22.

²¹⁰ Vgl. Mayring 2015: 23-24.

²¹¹ Vgl. ebd.: 24.

Zur Erfüllung der erläuterten Aufgaben steht der Einsatz verschiedener Techniken zur Verfügung. Zunächst ist das Quellenmaterial in den Kommunikationszusammenhang einzubetten. Dazu obliegt es dem Interpreten anzugeben, auf welchen Teil im Kommunikationsprozess Schlussfolgerungen aus der Materialanalyse gezogen werden. Die Texte werden dabei innerhalb ihrer Kontexte interpretiert und das Material auf seine Entstehung und Wirkung hin untersucht.²¹² Da die qualitative Inhaltsanalyse kein Standardinstrument ist, muss sie zudem an den konkreten Gegenstand und das Material angepasst sowie auf die spezifische(n) Fragestellung(en) hin konstruiert werden. Das heisst, es gilt vorab, ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen festzulegen. Das daraus resultierende Ablaufmodell definiert die einzelnen Analyseschritte und legt deren Reihenfolge fest. Darunter fallen auch die Definitionen der inhaltsanalytischen Einheiten. Sie beschreiben die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Kodierung einer Textstelle tatsächlich erfolgt.²¹³ Darin einzuordnen ist auch die Erstellung eines Kategoriensystems, welches das zentrale Instrument der qualitativen Inhaltsanalyse darstellt.²¹⁴ Die vorgängige Festlegung des grundsätzlichen Vorgehens und der einzelnen Analyseschritte wird dabei durch das Fehlen einer festgelegten Technik bedingt. Diese technische Unschärfe ist mit theoretischer Stringenz auszugleichen.²¹⁵ Um die Ergebnisse verallgemeinern zu können, kann ausserdem der Einsatz quantitativer Elemente in Betracht gezogen werden. Auf diese Weise lässt sich zum Beispiel zeigen, ob ein bestimmter Fall in ähnlicher Form mehrmals auftritt, womit sich in der Häufigkeit des Auftretens einer Kategorie ihre Bedeutung widerspiegelt. Der Einsatz quantitativer Verfahrensweisen muss jedoch begründet werden.²¹⁶ Überhaupt sind alle technischen Herangehensweisen herzuleiten oder zu begründen, damit die Analyse für Aussenstehende nachvollziehbar wird. Diese Ausführungen bilden den zentralen Bestandteil der Intersubjektivität des Vorgehens.

Bei Verwendung der qualitativen Inhaltsanalyse wird erwartet, dass sich anhand der Sitzungsprotokolle des GGR ein lebensweltlicher Bezug zur Gemeinde Münchenbuchsee herstellen lässt. Diese Erwartung begründet sich durch die Konstruktion spezifischer sozialer Systemformen als Effekt raumbezogener Identitäten. Auch wenn Vorsicht geboten ist vor einer zu grossen Hypostasierung oder der Überschätzung der gesamtgesellschaftlichen Bedeutsamkeit solcher sozialen Subsysteme, darf dennoch nicht übersehen werden, dass

²¹² Vgl. Mayring 2015: 50.

²¹³ Vgl. ebd.: 50-51.

²¹⁴ Vgl. ebd.: 51.

²¹⁵ Vgl. ebd.: 52-53.

²¹⁶ Vgl. ebd.: 53.

entsprechenden Systemen eine evidente lebensweltliche Realität zukommt. Sie sind ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit.²¹⁷ Anders ausgedrückt soll anhand der Protokolle des GGR die Wahrnehmung der Gemeinde Münchenbuchsee erfasst werden. Schliesslich wird der GGR von der Bevölkerung gewählt und ist anschliessend im Auftrag derselben mit der Ausgestaltung der lebensweltlichen Umgebung beauftragt.

5.1. Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse

5.1.1. Entstehung und Wirkung der Protokolle des GGR

Die ersten Schritte einer qualitativen Inhaltsanalyse sind allgemeiner Natur und umfassen die Festlegung des Materials, die Analyse der Entstehungssituation, die Erfassung der formalen Charakteristika des Materials, die Richtung der Analyse sowie die theoretische Differenzierung der Fragestellung.²¹⁸

In Bezug auf die beiden letztgenannten Punkte wird an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet. Die Richtung der Analyse sollte dem Lesenden bekannt sein. Zudem wurde dem Erfordernis der Herleitung sowie der theoretischen Differenzierung der Fragestellungen bereits in Kapitel 1 der vorliegenden Arbeit nachgegangen (siehe Kapitel 1). Zur Spezifizierung der weiteren Punkte dienen die folgenden Präzisierungen:

1. Festlegung des Materials: Der Materialbestand umfasst die Protokolle der Sitzungen des GGR für die Jahre 1995 bis 2019.
2. Analyse der Entstehungssituation: Die Sitzungen des GGR finden alljährlich durchschnittlich sechs Mal statt.²¹⁹ Als Lokalität für die Durchführung wird in der Regel der grosse Saal des Kirchgemeindehauses in Münchenbuchsee verwendet. Abweichungen davon gab es in den Jahren 1998 (zwei Sondersitzungen zum Thema New Public Management im Februar und November), 1999 (Sitzungen von September bis Dezember aufgrund der Sanierung des Kirchgemeindehauses²²⁰), 2000 (Sitzungen von Januar bis Juni aufgrund der Sanierung des Kirchgemeindehauses), 2005 (erste Sitzung im Juni), 2006 (erste Sitzung im Juni), 2007 (Sitzungen von Oktober und Dezember), 2008 (Sitzung im Januar) und 2009 (Sitzung im Juli) als die Saal- und

²¹⁷ Vgl. Weichhart 1990: 71.

²¹⁸ Vgl. Mayring 2015: 54-60. Eine grafische Darstellung des allgemeinen inhaltsanalytischen Ablaufmodells findet sich bei Mayring 2015: 62.

²¹⁹ Vgl. Protokolle des Grossen Gemeinderats für die Jahre 1995 bis 2019, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker und Kurzzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HAPa]. Eigene Erhebung.

²²⁰ Vgl. Protokoll des Grossen Gemeinderates, 3. Sitzung, 24. Juni 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur. [im Folgenden HPA 1999c].

Freizeitanlage Münchenbuchsee zur Abhaltung der Sitzungen eingesetzt wurde. Im Jahr 2015 wurde zudem für die Sitzung im Monat Mai auf die Turnhalle Allmend ausgewichen.²²¹

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung der Gemeinde Münchenbuchsee werden die Sitzungen jeweils auf Tonträger aufgenommen. Die Aufnahmen dienen ausschliesslich dem Zweck der anschliessenden Protokollierung der Sitzungen und werden nach Genehmigung der Protokolle gelöscht.²²² Die schriftlichen Protokolle sind öffentlich zugänglich und liegen dementsprechend allen Interessierten zur Einsichtnahme auf.²²³ Seit dem Jahre 2011 und bis zurück zum Jahre 2004 sind sie zudem auf der gemeindeeigenen Webseite auffindbar. Die vom GGR gefassten Beschlüsse werden weiter im Amtsanzeiger publiziert.²²⁴

Für die Protokollführung verantwortlich, ist der Gemeindegeschreiber oder die Gemeindegeschreiberin.²²⁵ Zudem kann der GR eine Person spezifisch für diese Aufgabe ernennen.²²⁶ Bei Betrachtung der Protokolle zeigte sich, dass diese Personalie über die Jahre hinweg mehrere Male gewechselt wurde. Dementsprechend liessen sich für den Zeitraum 1995 bis 2019 16 verschiedene Protokollierende festmachen.²²⁷

3. Erfassung der formalen Charakteristika des Materials: Wie oben angetönt wurde, werden die Inhalte der Sitzungen des GGR mittels Transkription aus dem Audioformat in die Schriftform überführt. Nach Rücksprache mit einer Vertreterin der Gemeinde Münchenbuchsee wird dabei ein sinngemässes Wortprotokoll erstellt. Im Anschluss ist das Protokoll den Mitgliedern des GGR zuzustellen.²²⁸ In der darauffolgenden Sitzungen können noch Bereinigungen vorgenommen werden, bevor das Protokoll schliesslich durch den GGR genehmigt wird.²²⁹ Die genehmigte Fassung ist diejenige, welche auch publiziert wird und gleichzeitig diejenige, mit der im vorliegenden Falle gearbeitet wurde.

²²¹ Vgl. HAPa. Eigene Erhebung.

²²² Vgl. Geschäftsordnung der Einwohnergemeinde Münchenbuchsee: S. 11, Art. 54, Abs. 2.

²²³ Vgl. ebd.: Abs. 3.

²²⁴ Vgl. ebd.: Abs. 4.

²²⁵ Vgl. Geschäftsordnung der Einwohnergemeinde Münchenbuchsee: S. 11, Art. 53, Abs. 1.

²²⁶ Vgl. ebd.: Abs. 2.

²²⁷ Vgl. HAPa. Eigene Erhebung.

²²⁸ Vgl. Geschäftsordnung der Einwohnergemeinde Münchenbuchsee: S. 11, Art. 55, Abs. 1.

²²⁹ Vgl. ebd.: Abs. 2.

5.1.2. Herleitung der zentralen Analysetechnik

In einem weiteren Schritt sind die zentrale(n) Analysetechnik(en) zu bestimmen. Sie ergeben sich aus den Grundformen des Interpretierens und geben im Anschluss den Weg vor, den man einschlägt, um das zunächst unbekannte sprachliche Material zu analysieren.²³⁰ Aufgrund des spezifischen Interesses der vorliegenden Arbeit wurde die Form des «inhaltlichen Strukturierens» für richtungsweisend erachtet.²³¹ Dies soll unter Anwendung vorgängig festgelegter Ordnungskriterien erfolgen.²³² Die grundlegenden Steuerungsdimensionen sind:

Analyseeinheiten	Beschreibung	Anwendung auf die Gemeinde Münchenbuchsee
Auswahleinheit	Die Grundeinheit der qualitativen Inhaltsanalyse.	Alle Sitzungsprotokolle des GGR im Zeitraum von 1995 bis 2019. Gesamthaft wurden 156 Protokolle analysiert.
Analyseeinheit	Die Art und Weise des Einbezugs in die inhaltsanalytische Auswertung.	Die einzelnen Protokolle bilden jeweils eine Analyseeinheit. Als Fälle werden primär die parlamentarischen Vorstösse erfasst. ²³³ Diese bilden die Instrumente des GGR, aktiv in das lokalpolitische Geschehen einzugreifen und damit den GR mit Aufträgen auszustatten oder dessen politisches Handeln zu legitimieren. ²³⁴ Im Rahmen der Vorstösse werden insbesondere deren Begründungen begutachtet, da gerade diese einen Einblick in die Wahrnehmung von Münchenbuchsee geben. Daneben interessieren

²³⁰ Zur genaueren Beschreibung der Grundformen des Interpretierens, vgl. Mayring 2015: 65-68.

²³¹ Zum Beschrieb der inhaltlichen Strukturierung vgl. Kuckartz 2018: 97-117; vgl. Mayring 2015: 97-99.

²³² Vgl. Mayring 2015: 67.

²³³ Als parlamentarische Vorstösse gelten im vorliegenden Kontext die Motion, das Postulat, die Interpellation und die einfache Anfrage. Die Motion fungiert dabei als klassisches Initiativinstrument der Parlamente, welches den Regierungen den Auftrag zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurf gibt. Demgegenüber wird in Form eines Postulates ein Auftrag an die Regierung überwiesen, die Notwendigkeit eines Erlasses zu prüfen. Vgl. Vatter 2016: 297. Die Interpellation wiederum ist ein Synonym für eine parlamentarische Anfrage. Mit ihr besitzt das Parlament das Recht auf Auskunftserteilung der Regierung über näher bezeichnete Angelegenheiten des Regierungshandelns. Vgl. Schmidt 2010: 376-377. Das letzte oben aufgeführte Instrument der einfachen Anfrage, ist im parlamentarischen Sprachgebrauch ein Kontrollinstrument des Parlaments gegenüber der Regierung. Sie umfasst das Recht eines jeden Abgeordneten oder einer Gruppe von Abgeordneten, von der Regierung Auskunft zu erhalten. Vgl. Schmidt 2010: 30.

²³⁴ Vgl. [https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/54/Gemeinde/Politik/Grosser%20Gemeinderat%20\(GGR\),26.06.2020](https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/54/Gemeinde/Politik/Grosser%20Gemeinderat%20(GGR),26.06.2020).
Einwohnergemeinde Münchenbuchsee:

		<p>allerdings auch die Reaktionen des Parlaments auf den jeweiligen Vorstoss. Sie erfahren dann eine Berücksichtigung, wenn diese im vorliegenden Falle von Bedeutung sind. In den erwähnten Texteinheiten werden die vordefinierten Kategorien extrahiert.</p> <p>Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich die Bearbeitung der Parlamentarischen Vorstösse im politischen Prozess teilweise über mehrere Sitzungen hinwegzieht. Demensprechend werden die Inhalte parlamentarischer Vorstösse primär in der Erstbehandlung erfasst. Weitere Berücksichtigung erfahren sie nur, wenn neue Elemente denselben hinzugefügt werden. Auf diese Weise wird beabsichtigt, Redundanzen in der Analyse zu vermeiden.</p> <p>Dementsprechend wird in der Behandlung der zuvor erwähnten Fälle erwartet, dass diese und die dazugehörigen Beratungen den politischen Diskurs wiedergeben.</p>
Kodiereinheit	Eine Textstelle, die sich mit einer bestimmten Kategorie, einem bestimmten Inhalt, z.B. einem Thema oder einem Unterthema, verbinden lässt.	<p>Bspe. thematische Einheiten (inhaltliche Kategorien):</p> <p>Bezeichnung eines bestimmten Themas, Arguments oder einer bestimmten Denkfigur. Z.B. «Umweltverhalten» oder «Identitätsbildung».</p> <p>Bspe. analytische Einheiten (aus der Analyse abgeleitet und damit Resultat der intensiven Auseinandersetzung mit den Daten):</p> <p>Die thematische Kategorie «Umweltverhalten», samt möglicher Dimensionen wie bspw. «Mobilitäts-» oder</p>

		<p>«Energieverhalten», führt zu der Erkenntnis, dass die Diskussionsteilnehmenden häufig über finanzielle Kosten und Nutzen bestimmter Verhalten sprechen. Daraus liesse sich z.B. eine analytische Kategorie «Kosten-Nutzen-Kalkül» bilden.</p> <p>Bspe. natürliche Einheit (Terminologien und Begriffe die von den Handelnden im GGR selbst verwendet werden):</p> <p>In Zusammenhang mit der thematischen Einheit «Umweltverhalten» wird in den Sitzungen der umgangssprachliche Begriff der «Öko-Tante» verwendet.</p> <p>Bspe. klassifizierende Einheiten:</p> <p>Personen, Ideen, Institutionen, Prozesse, Aussagen, Diskurse, Gegenstände, Argumente, etc.</p>
Kontexteinheit	Die Festlegung des grössten Textbestandteils, der unter eine Kategorie fallen kann.	Die reine Reduktion auf einzelne Wörter macht in vorliegendem Kontext keinen Sinn. Die politischen Diskussionen zu den einzelnen Geschäften umfassen sowohl Detailberatungen als auch die darauffolgenden einzelnen Wortmeldungen. Darin werden die Ansichten und Argumente der Parteien wiedergegeben. Aus diesem Grund sind es diese, die als grösster Textbestandteil bestimmt werden.
Auswertungseinheit	Die Festlegung der Reihenfolge der auszuwertenden Textteile.	Die Reihenfolge der Analyse orientiert sich an der Chronologie der Protokolle. In diesem Sinne datiert der Beginn auf das Jahr 1995 und endet im Jahr 2019.
Kategoriensystem	Die Gesamtheit aller Kategorien.	Im vorliegenden Falle wird angestrebt, eine hierarchische Liste herzustellen. Dabei werden

	<p>Es wird unterschieden zwischen linearen, hierarchischen oder netzwerkartigen Listen.</p>	<p>den Hauptkategorien ihnen entsprechende Unterkategorien zugeordnet.</p> <p>Bspe: Der Hauptkategorie «Nachhaltige Raumgestaltung» liesse sich die Unterkategorie «Anpassung der Ortsplanung» zuordnen.</p> <p>Der Hauptkategorie «Identitätsverstärkung» liesse sich die Unterkategorie «Aufarbeitung der Gemeindeggeschichte» (Vergangenheitsbezug) zuordnen.</p>
--	---	--

Tabelle 7: Steuerungsdimensionen der qualitativen Inhaltsanalyse für den Fall Münchenbuchsee. Quellen: Mayring 2015: 61-68; Kuchartz 2018: 30-44. Eigene Tabelle.

5.1.3. Kategoriensysteme

Ein Kategoriensystem definiert, wann ein Materialbestand unter eine Kategorie fällt. In anderen Worten werden diejenigen Textbestandteile aus dem Material herausgefiltert, welche durch die vordefinierten Kategorien angesprochen werden.²³⁵ Aus der übergeordneten Fragestellung (siehe Kapitel 1.1) ergibt sich im vorliegenden Falle die Notwendigkeit nach zwei Kategoriensystemen. Wie weiter oben zudem ausgeführt, verlangt die Erstellung eines Kategoriensystems nach theoretischer Fundierung. Um dies gewährleisten zu können, werden den beiden Systemen die Essenzen einschlägiger Theorienstudien vorangestellt. Wobei im Zusammenhang mit einer identitätenverstärkenden Politik der Verweis auf Kapitel zwei dieser Arbeit genügen sollte (siehe Kapitel 2).

Die vorgängige Erstellung eines Kategoriensystems sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch während der Analyse noch Kategorien generiert werden können. Die Blickrichtung der qualitativen Inhaltsanalyse ist dementsprechend eine doppelte. Zum einen von der Kategorie auf die Stelle im Text. Zum anderen kann, ausgehend von einer bestimmten Textstelle, weiteres Material codiert, sprich es können weitere Kategorien gebildet werden. Dadurch soll der Behinderung des synthetischen Verstehens des Materials entgegengewirkt werden.²³⁶

²³⁵ Vgl. Mayring 2015: 97.

²³⁶ Vgl. Kuckartz 2018: 41.

5.1.3.1. Raumwirksame Politik

Die wichtigsten Instrumente zur Koordination und Nutzung des Lebensraumes der Schweiz sind erstens die Konzepte und Sachpläne des Bundes, zweitens die Richtpläne der Kantone und drittens die Nutzungspläne der Gemeinden. Diese drei Instrumente basieren über alle Staatsebenen hinweg auf strategischen Grundlagen wie Leitbildern, Raumkonzepten oder Sachplänen, bauen aufeinander auf, legen die raumplanerischen Ziele auf den verschiedenen Staatsebenen fest und konkretisieren diese für die jeweils tieferen Staatsebenen.²³⁷ Die Schweizerische Raumplanung ist somit stark von föderalistischen²³⁸ Prinzipien geprägt, wobei die Kantone bis heute – auch nach der Verabschiedung und des Inkrafttretens des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG) – bei der Gestaltung des Raums eine starke Rolle einnehmen. Die Kantone geben strategisch die anzustrebenden räumlichen Entwicklungen ihrer Gebiete durch die Richtpläne vor, die in einem ersten Schritt auf Bundesebene bewilligt und in einem zweiten Schritt auf kommunaler Ebene in der Nutzungsplanung konkretisiert und ungefähr alle zehn bis fünfzehn Jahre revidiert werden.²³⁹

Die auf Basis der neuen Bundesverfassung ab 2001 erarbeitete neue Agglomerationspolitik des Bundes, weicht jedoch von den erwähnten Grundsätzen ab. Agglomerationsprogramme, Modellvorhaben und urbane Projekte sind raumwirksame Instrumente, über deren Gebrauch direkt auf Bundesebene entschieden wird. Den Gemeinden, Städten und Kantonen bleibt es überlassen, sich in enger Zusammenarbeit und mit konkreten Planungs- und Entwicklungsprojekten auf diese zu bewerben. Eingereichte Projekte die sich hinsichtlich überkommener Verkehrs- und Siedlungsfragen (Agglomerationsprogramme), Quartieraufwertungsfragen (urbane Projekte) respektive innovativer Lösungen zur nachhaltigen Raumplanung (Modellvorhaben) als besonders relevant erweisen, erhalten schliesslich Förderbeiträge.²⁴⁰

Die wichtigsten raumplanerischen Aufgaben der Gemeinden liegen damit erstens in der Konkretisierung der kantonalen Richtpläne mittels Erarbeitung und Überarbeitung der

²³⁷ Vgl. Devecchi 2016: 27-28.

²³⁸ Der Begriff des Föderalismus beschreibt die Aufgliederung der staatlichen Macht durch vertikale Gewaltenteilung. In diesem Sinne verfügen die 26 Kantone des Schweizerischen Bundesstaates über ausgedehnte Kompetenzen und Selbstbestimmungsrechte. Sie zeigen sich in weitgehend territorialer Eigenständigkeit, eigenen Verfassungen und Rechtsordnungen, Organisations- und Personalhoheit, der Gliederung der politischen Institutionen in Exekutive, Legislative und Judikative und weitgehenden Gesetzgebungs-, Ausführungs- und Fiskalkompetenzen. Die subsidiäre Generalklausel hält fest, dass alle staatlichen Aufgaben, die nicht explizit dem Bund zugeordnet werden, automatisch in die Kompetenz der Kantone fallen, die diese im Anschluss teilweise an die Gemeinden weitergeben. Vgl. Vatter 2016: 441-443.

²³⁹ Vgl. Bühlmann et al. 2011: 28-30.

²⁴⁰ Vgl. Devecchi 2016: 28-29.

kommunalen Nutzungsplanung. Zweitens sind die Gemeinden für die baupolizeiliche und administrative Überprüfung der juristischen Vorgaben zuständig.²⁴¹ Für die Erfüllung dieser Aufgaben haben sie unterschiedliche Instrumente zur Hand. Das wichtigste Instrumentarium ist die kommunale Nutzungsplanung, wobei man zwischen zwei Arten von Nutzungsplänen unterscheidet: dem Rahmennutzungs- und dem Sondernutzungsplan.²⁴² Die konkrete Nutzung des Bodens wird über die Rahmennutzungspläne festgelegt. Das heisst, in Anlehnung an die kantonalen (oder regionalen) Richtpläne wird für die betroffenen Gemeindegebiete konkretisiert, auf welchen Parzellen überhaupt, mit welcher Nutzungsabsicht sowie in welcher Nutzungsdichte und -höhe gebaut werden darf. Gemäss RPG müssen Rahmennutzungspläne zwischen Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen unterscheiden.²⁴³ Möglich ist zudem die Unterscheidung in Wohn-, Gewerbe-, Misch- und Industriezonen. Man spricht in diesem Sinne auch von flächendeckenden Plänen. Sie sind für alle Gemeinden der Schweiz durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben und bilden zusammen mit den kantonalen und kommunalen öffentlich-rechtlichen Bauvorschriften die Grundlage für die Erteilung von Baubewilligungen.²⁴⁴ Je nach Kanton können diese Art von Nutzungsplänen unterschiedliche Bezeichnungen, wie beispielsweise Bauzonenplan, Zonennutzungsplan oder Bau- und Zonenordnung, tragen.²⁴⁵

Nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben sind Sondernutzungspläne. Sie spezifizieren die Grundlagen der Rahmennutzungspläne oder schaffen von ihnen abweichende Regelungen. Sie treten grundsätzlich in zwei verschiedenen Formen auf: Als gebietsbezogene Sondernutzungspläne oder strategische, sprich behördenverbindliche Leitbilder und/oder kommunale Richtpläne. Unter ersterem werden dabei Gestaltungspläne verstanden, welche Abweichungen von der Rahmennutzungsplanung definieren und die Bebauungs- und Nutzungsmöglichkeiten grösserer Flächen regeln. In der Erarbeitung solcher Pläne wird häufig auf eine besondere architektonische Qualität geachtet, welche sich beispielsweise in der genauen Definition der Baukörper und/ oder Volumen manifestiert und eine optimale Nutzung des Raumes ermöglichen soll. Je nach kantonalen Vorgaben werden entsprechende Instrumente auch Quartiers-, Überbauungs-, Detailnutzungsplan oder Überbauungsordnung genannt. Ebenfalls unter der Gattung der Sondernutzungspläne subsumiert, sind Erschliessungspläne, zur Festlegung des genauen Verlaufs von Strassen und Zufahrten, oder Baulinienpläne, zur

²⁴¹ Vgl. ebd.: 29.

²⁴² Vgl. Bühlmann et al. 2011: 38-40.

²⁴³ Vgl. Der Bundesrat: Raumplanungsgesetz (RPG) online, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19790171/index.html>, 02.06.2020.

²⁴⁴ Vgl. Bühlmann et al. 2011: 41-43.

²⁴⁵ Vgl. Devecchi 2016: 29.

Sicherung von Raum, welcher unter Einnahme einer Zukunftsperspektive für öffentliche Bauten und Anlagen als notwendig erachtet wird. Unterliegen Rahmennutzungspläne der kantonalen Genehmigung, so erfordert die Realisierung von Sondernutzungsplänen zusätzlich die Genehmigung von Seiten der kommunalen Exekutive und teilweise gar der kommunalen Legislative.²⁴⁶ Unter oben erwähnter, zweiter Gattung der Sondernutzungspläne, wird demgegenüber festgelegt, wie die Richtung der kommunalen Entwicklung im Rahmen der kantonalen Vorgaben erreicht werden soll. Eine solche und in Verbindung mit möglichen Massnahmen, wird beispielsweise in Form von Leitbildern skizziert und dabei keine rechtliche Bindung besitzen. Demgegenüber legen kommunale Richtpläne bestimmte, behördenverbindliche, raumplanerische Ziele und Tätigkeiten fest. Sie können zur Siedlungs- oder Wirtschaftsentwicklung, zum Verkehr oder zu Landschaft und Umwelt erarbeitet werden, informieren die Bevölkerung und dienen der frühestmöglichen Erkennung von Interessenskonflikten. Im Gegensatz zu den kantonalen Richtplänen werden diejenigen auf kommunaler Ebene nicht vom RPG vorgeschrieben.²⁴⁷

Neben den offiziellen Instrumenten der Raumplanungsgesetzgebung, besitzen die Gemeinden allerdings noch weitere Handlungsmöglichkeiten. So können auf kommunaler Ebene raumwirksame Entscheidungen und Entwicklungsprozesse beispielsweise durch Setzung von finanziellen Anreizen (Senkung/ Hebung des kommunalen Steuerniveaus), Eingehen von öffentlich-privaten Kooperationsformen (von öffentlich-privaten, formellen oder informellen Absprachen über Partnerschaften bis zu breiten Partizipationsprozessen) oder Erwerb von einzelnen Liegenschaften und anschliessender Selbstentwicklung oder Abgabe im Baurecht (Bodenpolitik) gefällt und gesteuert werden.²⁴⁸

Auch wenn die Gemeinden in den Bereichen Bauwesen, Raumplanung und Umweltschutz in jüngster Vergangenheit an Selbständigkeit verloren, sollten die vorangehenden Ausführungen aufzeigen können, dass nach wie vor zahlreiche Instrumentarien bestehen.²⁴⁹ Die untenstehende Tabelle fasst die verschiedenen Instrumente zusammen:

²⁴⁶ Vgl. Bühlmann et al. 2011: 45; Vgl. Devecchi 2016: 29-30.

²⁴⁷ Vgl. Bühlmann et al. 2011: 38-40.

²⁴⁸ Vgl. Devecchi 2016: 30.

²⁴⁹ Zum Verlust der kommunalen Selbständigkeit vgl. Ladner et al. 2013.

Reguläre Instrumente	Optionale Instrumente	Weitere Instrumente
Rahmennutzungspläne (öffentlich-rechtliche Bauvorschriften) Kommunale Richtpläne	Kommunale Leitbilder Kommunale Richtpläne Sondernutzungspläne	finanzielle Anreize verschiedene Verhandlungs- und Kooperationsformen Bodenpolitik
Beispiele: Kommunale Bau- und Zonenordnung sowie Zonenplan	Beispiele: Verfahrensvorschriften für die Planung (in der baurechtlichen Grundordnung verankert wie Gestaltungsplanpflicht, Begutachtungspflicht/ Ortsbildkommission) Sondernutzungsplan (Arealüberbauung/Bebauungsplan, öffentlich/privater Gestaltungsplan, Quartierplan) Öffentliche/private Konkurrenzverfahren (Architekturwettbewerb, Investorenwettbewerb) Teilrichtplan Planungszone	Beispiele: kommunale Bodenpolitik (öffentlicher Land-/Immobilienkauf, Landabgabe im Baurecht, öffentliche Projektentwicklung Nutzung von kommunalen Finanzierungsquellen oder Finanzquellen höherer staatlicher Ebenen, die nicht per se raumplanerischen Ursprungs sind (Infrastrukturprojekte, Hochwasserschutzmassnahmen, Agglomerationsprogramme, Projekte in Zusammenhang mit der Urbanisierung, Modellvorhaben) Erarbeitung von Leitbildern/ Entwicklungszielen Aufbau formeller und informeller Netzwerke Heben und Senken des kommunalen Steuerlevels

Tabelle 8: Raumwirksame Instrumente der Gemeinden und Praxisbeispiele. Quelle: Devecchi 2016: 31 & 82.

Orientiert an der übergeordneten Fragestellung sollte der Einsatz entsprechender Instrumentarien zudem in Verbindung mit einer nachhaltigen Entwicklung stehen. Der Grundsatz einer solchen liegt der nationalen Raumplanung spätestens seit der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1992 und dem bundesstaatlichen Einsatz des interdepartementalen Ausschuss Rio (IDARio) im Folgejahr zugrunde.²⁵⁰ Gemäss Artikel 73 der Bundesverfassung obliegt es Bund und Kantonen ein «auf die Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits»²⁵¹ über die staatlichen Organe aller Stufen hinweg und in Form verbindlicher Handlungsaufträge anzustreben.²⁵² Davon ist die kommunale Raumpolitik nicht auszuschliessen, wie auch Ueli Haefeli 1996 schlussfolgerte (siehe Kapitel 1). Deshalb sind die Protokolle des GGR nebst oder in Zusammenhang mit den raumwirksamen Instrumentarien auf die nachhaltigen Komponenten derselben hin zu untersuchen. Diese umfassen:

²⁵⁰ Vgl. Schweizerischer Bundesrat 2002: 2. Diese zentrale Rolle der «Nachhaltigkeit» in der nationalen Raumgestaltung und -planung blieb danach erhalten. Vgl. hierzu: Bundesamt für Raumentwicklung 2005; Schweizerischer Bundesrat 2016; Lendi 2018.

²⁵¹ Der Bundesrat: Bundesverfassung Art. 73 online: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html>, 02.06.2020.

²⁵² Vgl. Schweizerischer Bundesrat 2016: 7.

Zieldimensionen einer nachhaltigen Entwicklung	Kategorien
Wirtschaft	Förderung des wirtschaftlichen Wachstums durch die Raumordnung Optimierung von Erreichbarkeiten Tragbare Kosten der Siedlungsentwicklung
Gesellschaft	Ausrichtung ländlicher und peripherer Regionen auf regionale Zentren Gewährleistung der menschlichen Gesundheit vor schädlichen Emissionen und natürlichen Gefahren Verbesserte Siedlungsqualität
Umwelt	Förderung der Nutzung umweltverträglicher Verkehrsmittel und Verringerung der Zwangsmobilität durch die Raumordnung Schonung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen Priorisierung bestehender Bauten vor Errichtung neuer

Tabelle 9: Zieldimensionen einer nachhaltigen Politik und entsprechende Kategorien. Quellen: Bundesamt für Raumentwicklung 2005: 11-12.

Das Raumkonzept Schweiz aus dem Jahre 2012 fasste die oben aufgeführten Dimensionen schliesslich in fünf Zielen einer nachhaltigen Raumgestaltung zusammen:

1. Siedlungsqualität und regionale Vielfalt fördern
2. Natürliche Ressourcen sichern
3. Mobilität steuern
4. Wettbewerbsfähigkeit stärken
5. Solidarität leben²⁵³

Um diese Ziele erreichen zu können, wurden zudem drei Strategien respektive Handlungsansätze mitgeführt:

²⁵³ Vgl. Schweizerischer Bundesrat; KdK; BPUK; SSV; SGV 2012: 12-32.

1. Handlungsräume bilden und das polyzentrische Netz von Städten und Gemeinden stärken
2. Siedlungen und Landschaften aufwerten
3. Verkehr, Energie und Raumentwicklung aufeinander abstimmen²⁵⁴

5.1.3.2. Identitätsverstärkende Politik

Aufbauend auf den Ausführungen zu den Identitäten (siehe Kapitel 2) lassen sich verschiedene Bereiche herausarbeiten, auf die sich eine identitätsverstärkende Politik beziehen lässt. Sie orientieren sich an der Prämisse, dass lokale Identitäten nur auf der Grundlage weithin akzeptierter politischer und sozialer Grundüberzeugungen entstehen können.²⁵⁵ Um also kollektive Identitäten zu bündeln, braucht es intersubjektive Anknüpfungspunkte. Diese können sich an den Fragen orientieren: «Wer sind wir? Wo kommen wir her? Wo gehen wir hin? Was erwartet uns?». Es sind Fragen, in denen sich die grundsätzlichen Inhalte persönlicher wie kollektiver Identitäten widerspiegeln.²⁵⁶ Auch die Gemeinde Münchenbuchsee, egal ob vertreten durch die politischen Gremien oder die Gemeindebevölkerung selbst, sieht sich regelmässig mit der Frage konfrontiert, wie sich die Gemeinde in Zukunft präsentieren soll. Diese Vorstellungen manifestieren sich unter anderem in politischen Zielen. Umgekehrt lässt sich Kollektivität auch über eine gemeinsame Herkunft herstellen. Kurzgefasst anbieten sich dem Feld der Politik über die Herstellung gemeinsamer historischer Bezugspunkte die Möglichkeit, Identitäten zu verstärken. Dazu offerieren sich drei zeitliche Dimensionen: Die Ebenen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft.²⁵⁷ Dieses und weitere Beispiele werden in der untenstehenden Tabelle zusammengeführt und erläutert und/oder mit Anwendungsmöglichkeiten versehen.

Kategorien einer identitätsverstärkenden Politik	Beschreibungen/ Definition und Textbestandteile/ beispielhafte Handlungen, die unter eine Kategorie fallen
<i>Historisch:</i> Vergangenheitsbezug	Der Prozess des Erinnerns ist sozial eingebettet und kann kollektiv vonstatten gehen. ²⁵⁸

²⁵⁴ Vgl. Schweizerischer Bundesrat; KdK; BPUK; SSV; SGV 2012: 33-60.

²⁵⁵ Vgl. Körner 2009: 48.

²⁵⁶ Vgl. Augustin 2000: 164.

²⁵⁷ Vgl. Körner 2009: 50.

²⁵⁸ In Zusammenhang mit der räumlichen Dimension von Identitäten wurde bereits auf die identitätsbildende Bedeutung des Erinnerns verwiesen (siehe Kapitel 2.4.) Einer geteilten Vergangenheitsauslegung wird daher die Kraft zugestanden, auf Dauer Gruppenkohäsion zu stiften. Sie ist aber nicht als homogene Erinnerung zu verstehen. Das Subjekt von Gedächtnis und Erinnerung bleibt der einzelne Mensch. Dieser ist allerdings von den sozial bedingten Rahmen abhängig, die seine Erinnerung organisieren. Im Einsatz historischer Elemente einer auf

<p>Gegenwartsbezug</p> <p>Zukunftsbezug</p>	<p>Bspe.: Förderung des öffentlichen Dialogs, öffentlich abgehaltene Erinnerungszeremonien, Rituale, Festspiele, Texte, etc.</p> <p>Hervorhebung ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Einzelheiten des Ortes. Auf diese Weise werden die gruppenrelevanten Bestimmungen für die einzelnen Gruppenmitglieder leichter erkennbar.</p> <p>Bspe.: Bevölkerungsinitiativen, Quartier- und Strassenfeste, Sportveranstaltungen, mediale Aufarbeitung (z.B. Publikationsorgane), etc.</p> <p>Die Projektion von Absichten und Zielen wird zur Entscheidungshilfe für die Gegenwart.</p> <p>Bspe.: Politische Agenda, Zukunftsprojekte, etc.</p>
<p><i>Genetisch:</i></p> <p>Äussere Abgrenzung</p> <p>Innere Homogenisierung</p>	<p>Gemeint ist die Abgrenzung nach aussen, zur Stärkung der inneren Solidarität, den Konsens und die innere Ordnung des sozialen Lebens.²⁵⁹ Eine Bedingung für diesen Ansatz stellt die positive Wahrnehmung der eigenen Identität dar.</p> <p>Bspe: Etablierung von Gemeinsamkeiten, Schaffung eines Wir-Gefühls, Überwindung interner Verschiedenheiten, Herstellung von Gleichheit, etc.²⁶⁰</p>
<p><i>Affektiv</i></p>	<p>Die affektive Bindung der Bevölkerung, beispielsweise zu einer politischen Gemeinschaft, widerspiegelt sich an einem dominanten und gruppenkonstruierenden Element.</p> <p>Die Identifikation mit der Gemeinschaft entspringt in diesem Falle einer emotionalen Bindung an eine soziale</p>

Identitätsverstärkung abzielenden Politik, unabhängig des konkreten Zeitbezugs, liegt also das Potential begründet, Identitätskonkretheit zu schaffen. Diese ist ein wichtiges Merkmal eines kulturellen und übergeordnet kollektiven Gedächtnisses, welches sich in kollektiven Identitäten ausdrückt. Vgl. Berger 2018: 35.

²⁵⁹ Die Prozesse der Identitätenbildung und -verstärkung können nur mit Grenzziehungen einhergehen. Diesbezüglich wird von einem gegenläufigen Austausch zwischen der Substanz und Stärke kollektiver Identitäten einerseits, sowie der Wahl zwischen Inklusions- und Exklusionsstrategien andererseits ausgegangen. Dabei soll «mehr» Identität nur mit Exklusion erreichbar sein. Vgl. Kaina 2009: 46.

²⁶⁰ Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf verwiesen, dass aufgrund der mehrdimensionalen Komplexität der kollektiven Identität(en) niemals eine totale Homogenität erreicht wird. Ein Kollektiv besteht immer aus einer kleineren oder grösseren Anzahl an Teilsystemen. Vgl. Körner 2009: 51.

	<p>Einheit, die Sicherheit, Geborgenheit und eventuell sogar Zuneigung hervorruft.²⁶¹</p> <p>Bspe.: Geschichten, (lokale) Eigenheiten, etc.</p>
<p>Organisationsbezogene Anknüpfungspunkte:</p> <p>(Politische) Symbole und Mythen</p> <p>(Politische) Werte, Normen, Prinzipien</p> <p>Rechtliche Identität(en)</p>	<p>Bspe.: Lokale/ regionale Institutionen, Existenz und normative Qualität politischer Infrastruktur, etc.</p> <p>Politische Gemeinwesen können Bezugspunkte zur Identitätsverstärkung anbieten, wenn einige ihrer Momente als Symbole oder politische Mythen funktionieren. In dieser Funktion können sie Assoziationen hervorrufen, die die Ausbildung kollektiver Identitäten begünstigen. Zentral ist die empfundene Zugehörigkeit zum Gemeinwesen.</p> <p>Bspe.: (Lokal-)Historische Begebenheiten und Ereignisse, Personen, Ideen, Namen des Ortes, physisch-materielle Gegenstände (Gebäude, bauliche Wahrzeichen, Kirchen, Schlösser, Brücken, Türme, bestimmte Baustile, regionale Baumaterialien), etc.</p> <p>Identitäten können sich an geteilten politischen Werten ausbilden. Insbesondere wenn Werte, Überzeugungen und Interessen vieler Menschen übereinstimmen, sich dieselben Menschen dessen bewusst sind und sie annehmen, dass gerade diese, sie miteinander verbindet.</p> <p>Bspe.: Spezifische lokaltypische Charaktereigenschaften, Traditionen, etc.</p> <p>Rückgriff auf Rechtstexte zur genaueren Bestimmung der Identitäten eines politischen Gemeinwesens.</p> <p>Bspe.: Regelungen grundlegender Bedeutungen, Verfassungsvorschriften, Identitätsklauseln, etc.</p>

²⁶¹ Das Erfordernis positiver gefühlsmässiger Bindungen wird durch die Theorie der Sozialen Identität relativiert. Nach dieser ist die Wahrnehmung der Individuen von sich selbst als Gruppe und als Zugehörige zu derselben sozialen Kategorie die notwendige und gleichzeitig hinreichende Bedingung für das Zustandekommen einer kollektiven Identität. Vgl. Körner 2009: 52. Zum selben Resultat gelangte Marc Bühlmann in seiner Studie zu einer kommunalen Identität. Vgl. Bühlmann 2010: 218.

Narrative	Zur Reduktion der Komplexität des Identitätsbildungsprozesses werden häufig narrative Strukturen und Modelle eingesetzt. Erzählungen fungieren dabei als menschliches Organisationsprinzip. Sie machen Identitäten mitteil-, memorier- und schliesslich verstehbar. Bspe.: Geschichten, Legenden, Sagen, etc.
Lokale Besonderheiten	Gegenstände des täglichen Gebrauchs, regionale Produkte, ortsspezifische Getränke und Speisen, landschaftliche Besonderheiten (Flüsse, Berge, spezifische Vegetationsformen), Sprache, Kleidungsstücke und Bekleidungsgewohnheiten, Besuch regionaler «In-Lokale»
Prozessbezogene Subdimension	Ausmass und Entwicklung einer kommunalen Öffentlichkeit. Die Gemeinden als einzelne Subsysteme des schweizerischen Föderalismus verfügen vermeintlich über ähnliche, wenn nicht gleiche Voraussetzungen, wie die Staaten der Europäischen Union, wo diese Kategorien zunächst angewendet wurde. Trotzdem unterscheiden sich die Gemeinden in der Realität häufig stark. Gerade auch in Zusammenhang mit der Stärkung des Bundes in der schweizerischen Raumentwicklung erscheint es umso offensichtlicher, dass auf Kosten des Gesamten grössere Unterschiede zwischen den Teilsystemen entstanden.

Tabelle 10: Elemente einer identitätsverstärkenden Politik. Quellen: Weichhart 1990: 71-72; Augustin 2000: 166-181; Körner 2009: 48-52; Kaina 2009: 45-57; Berger 2018: 30-35. Eigene Tabelle.

Die separate Darstellungsweise der verschiedenen Kategorien soll nicht den Eindruck entstehen lassen, die Bereiche seien eindeutig voneinander abgrenzbar. Analog zur Mehrdimensionalität des Identitätsbegriffes unterliegen auch die entsprechenden Elemente einer solchen. Die Anwendungsbeispiele lassen sich aus diesem Grunde vielfach mehreren Kategorien zuordnen, weshalb die Grenzen als fluide zu betrachten sind. In der Auflistung wird zudem kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Es handelt sich um den Versuch der Annäherung an eine entsprechende Politik und kann in diesem Sinne als Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen dienen.

5.2. Probedurchlauf

Ein erster Probedurchlauf wurde anhand der Protokolle aus dem Jahre 1995 durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass der GGR den GR insbesondere mit parlamentarischen Vorstössen zu der Nachhaltigkeitsdimension der Umwelt zu Handlungen bewegen wollte. Die Bandbreite der Inhalte wies dabei ein breites Spektrum auf. Sei es in Bezug auf diverse verkehrstechnische Massnahmen, die Bewirtschaftung des Park-and-Ride Angebots oder den kommunalen Naturschutz, Münchenbuchsee schien sich bereits im Jahre 1995 fundiert mit der lokalen Umwelt auseinanderzusetzen.²⁶² Sinnbildlich hierfür ist die Aufforderung des GGR zur Erarbeitung eines neuen Leitbilds, welches die Förderung von erneuerbaren Energien berücksichtigen sollte. In der Entgegennahme der Motion durch den GR konnte zudem ersehen werden, dass dieses Anliegen durch die Regierung geteilt wurde. Die Erarbeitung eines neuen Energiekonzepts wurde schliesslich in Auftrag gegeben. Dass die Motion allerdings lediglich mit 22 Stimmen angenommen wurde, zeigte auch, dass das von der Freien Liste beantragte Anliegen nicht von allen Abgeordneten geteilt wurde.²⁶³ Überhaupt konnte anhand der begrüssenden Worte zu Beginn des politischen Jahres erkannt werden, dass das Geschehen im GGR zuweilen durch parteipolitische Querelen geprägt wurde. Entsprechend wurde ein Votum für mehr Sachpolitik abgegeben, welches in einer besseren Diskussions- und damit einer besseren politischen Kultur münden sollte.²⁶⁴ In Zusammenhang mit der Begründung zur Motion «Anciennitätsprinzip bei der Zuteilung der Departemente» zeigte sich zudem, dass es bereits 1995 schwer war, geeignete Leute für die öffentlichen Ämter zu finden. Allerdings wies der GR diese Motion mit dem Hinweis auf die Kompetenzteilung ab. Daran zeigte sich ein erstes Mal, dass die institutionell-organisatorischen Aufteilungen das aktive Vorgehen gelegentlich zu hemmen schien.²⁶⁵ Weiter zeigte sich, dass die verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen zum Teil gemeinsam behandelt wurden. Zum Beispiel im Rahmen des Bauprojekts am Seedorfweg-Süd, welches dazu veranlasste, sich nebst dem Bauvorhaben mit zukunftsgerichteten Fragen zu beschäftigen. Spezifisch wurde die erfasste Bevölkerungszunahme mit dem öffentlichen Verkehr in Verbindung gebracht und die Frage nach dessen Bewältigung gestellt.²⁶⁶ Oder aber mit der Ausweitung der Arbeitszonen in

²⁶² Protokolle des Grossen Gemeinderats 1995, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1995].

²⁶³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 24. August 1995, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1995e].

²⁶⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 19. Januar 1995, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1995a].

²⁶⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 24. Oktober 1995, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1995c].

²⁶⁶ HPA 1995c.

Zusammenhang mit dem Doppelspurausbau in Oberzollikofen oder dem Abbruch des SBB Güterschopfes, als mittels Motion die Regierung zur Prüfung der Verkehrsverhältnisse mittels Projektstudien bewogen wurde.²⁶⁷ Überhaupt zeigte sich bereits anhand des ersten Bandes der Protokolle, dass sich aufgrund der schwierigen Trennung der einzelnen Nachhaltigkeitskategorien verschiedene analytische Einheiten ergaben. Gerade in Zusammenhang mit den letztgenannten Beispielen wurde auf diese Weise die Einheit «(Bau-)opportunismus» geschaffen, welche es in der Folge in den weiteren Protokollen zu verfolgen galt. In Bezug auf die raumpolitischen Massnahmen konnte ausserdem festgestellt werden, dass zahlreiche Projekte im Rahmen von deren Umsetzung durch den GGR bewilligt werden mussten. Dazu gehörten beispielsweise «Projekt- und Kreditgenehmigungen» oder die «Genehmigungen von Bauabrechnungen».²⁶⁸ Interessant war zudem der Fakt, dass mittels der Kreditabrechnung zu der Revision des Ortsplans die Notwendigkeit eines neuen Verkehrsrichtplans im GGR diskutiert wurde. Nach 15 Jahren sollte dementsprechend das «Policy»-Instrument des Richtplans ergriffen und damit den neuen Umweltbedingungen Rechnung getragen werden. Dazu gehörten unter anderem die Themen rund um die Lärmbelastung, die Parkplatzsituation und der Frage, wie die Menschen zu einem Umstieg vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr bewogen werden sollten. Eigene Verkehrszählungen zeigten dabei, dass sowohl der Durchgangs- als auch der eigene Verkehr in der Gemeinde zugenommen hatten.²⁶⁹ Weitere raumpolitische Geschäfte wiesen zudem eine Verbindung mit den Nachhaltigkeitsdimensionen der Wirtschaft auf. Beispielsweise die Verkehrserschliessung des Ortsgebietes Waldeck. Damit sollten die Weichen für ein Grossprojekt gestellt werden, welches in der Folge die gemeindeeigenen Finanzen strapazieren würde. Diese Ausgaben wurden allerdings budgetiert, um auf dem Gebiet Waldeck mittels Gewerbe-, Industrie- und Wohnbauten einen Bedeutungszugewinn für das Gebiet selbst, aber auch für die Gemeinde im Allgemeinen zu erlangen und gleichzeitig die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.²⁷⁰ Während eine nachhaltige Politik in den Grundzügen der Behandlung der Geschäfte im GGR bereits anhand der Protokolle aus dem Jahr 1995 erkannt werden konnte, konnte diese Erkenntnis für eine identitätenverstärkende Politik nicht geteilt werden. Einzig die Abgabe der Verwaltungsberichte an die Schulen im Ort, diente dem Wecken eines Interesses an der Gemeinde. Eine Zuteilung zu der Kategorie der historischen Identitätenverstärkung konnte deshalb in diesem Fall vorgenommen werden. Zudem wurde die

²⁶⁷ HPA 1995e.

²⁶⁸ HPA 1995a.

²⁶⁹ HPA 1995e.

²⁷⁰ HPA 1995f.

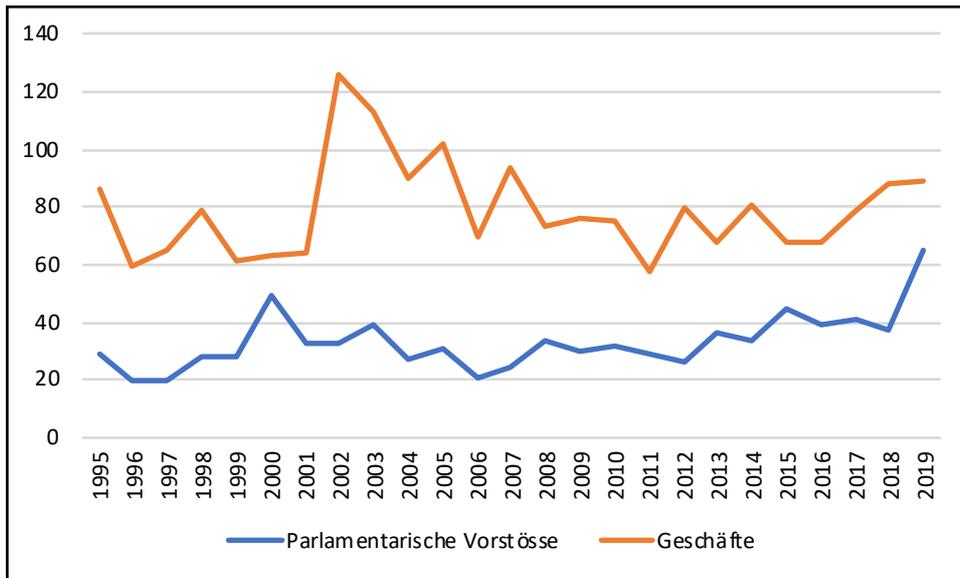
Genehmigung eines neuen Zentralarchivs in eine ähnliche Richtung interpretiert. Allerdings wurde die Archivierung der Quellen nicht primär zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt, sondern aus Gründen der Not. Da das alte System bereits veraltet war, wurde eine Erneuerung dringend notwendig.²⁷¹

Aus dem Probedurchlauf ergaben sich entsprechend bereits spannende Einsichten in die qualitative Auseinandersetzung des GGR mit den politischen Geschäften der Gemeinde. Es konnte zudem eine Aufstockung des vorgängig gebildeten Kategoriensystems vorgenommen werden. Lag der anfängliche Fokus auf den parlamentarischen Vorstössen, so wurde dieser im Zuge der Bearbeitung des ersten Bandes der Protokolle um die Geschäfte in Zusammenhang mit Bauprojekten erweitert. Zudem gaben die begrüssenden Worte zu Beginn der einzelnen Sitzungen einen Einblick in die Atmosphäre im GGR, von welcher erwartet wird, dass sie ihrerseits einen Einfluss auf das politische Schaffen im GGR hat. In der Folge sollten die genannten Elemente deshalb weitere Berücksichtigung erfahren.

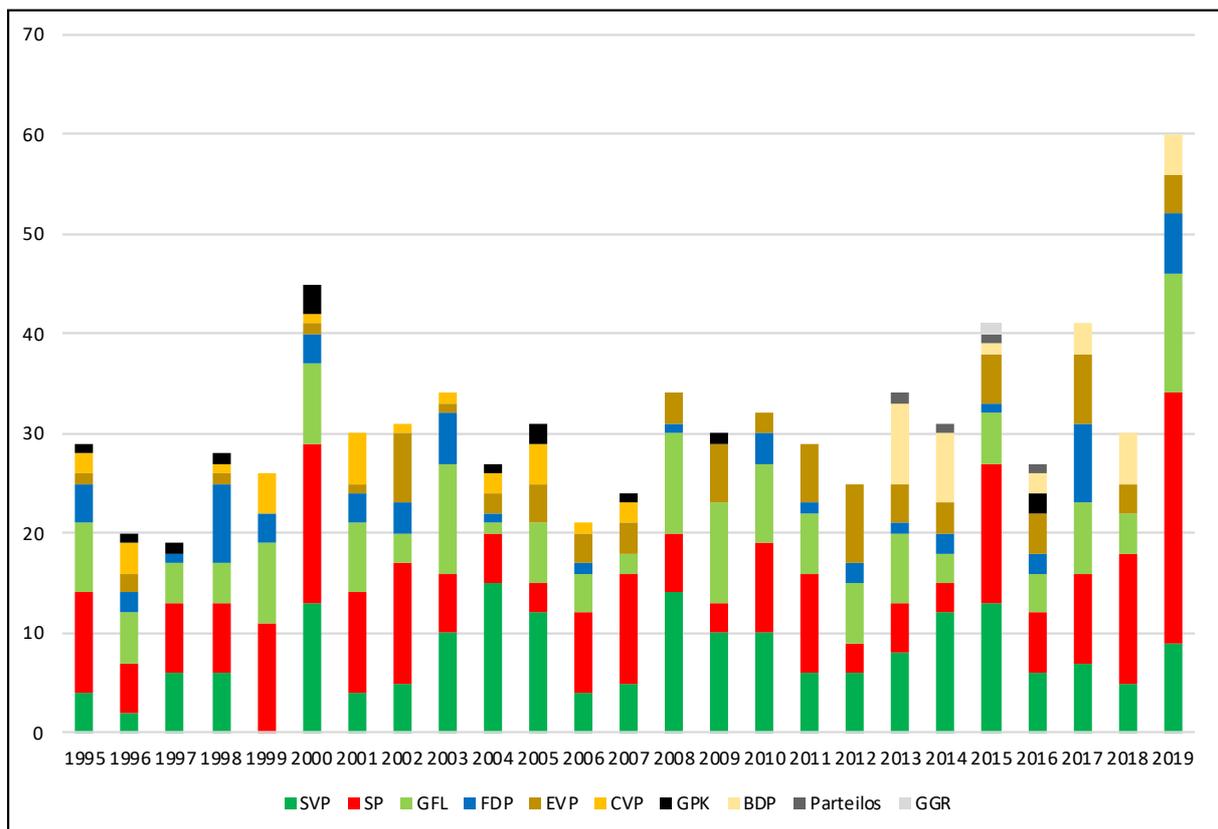
5.3. Rahmenwerte

Da der Fokus der Analyse auf den parlamentarischen Vorstössen liegt, wurde es als sinnvoll erachtet aufzulisten, wie viele parlamentarische Vorstösse im Betrachtungszeitraum eingereicht wurden und diese in Relation zu der Gesamtzahl der Geschäfte zu stellen. Um zu sehen, welcher Grad der Einflussnahme beabsichtigt wurde, wird die Gesamtzahl der Vorstösse zudem nach deren Gattung eingeteilt. Weiter wurden Listen erstellt, die zeigen, welche Parteien in den jeweiligen Jahren wie viele Vorstösse einreichten.

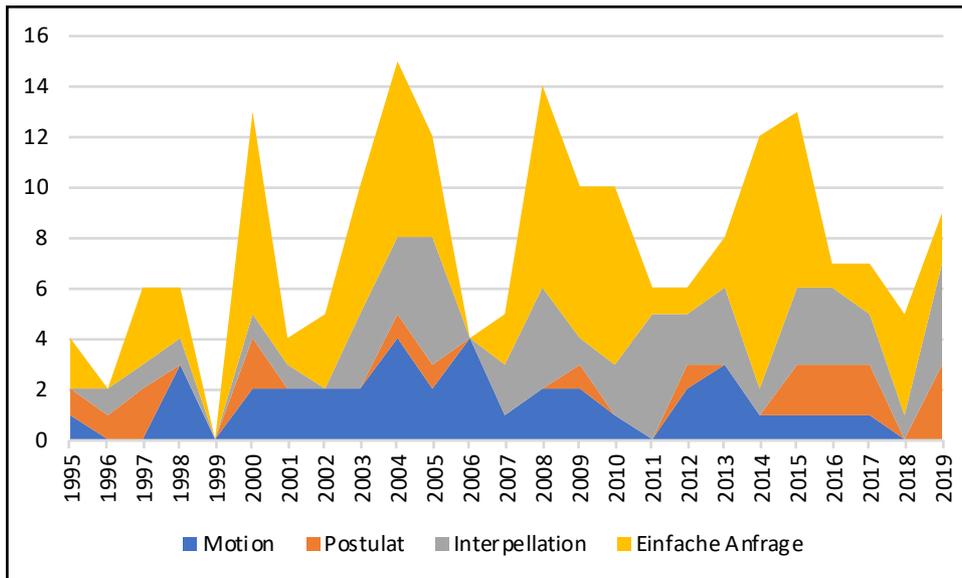
²⁷¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 29. Juni 1995, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1995d].



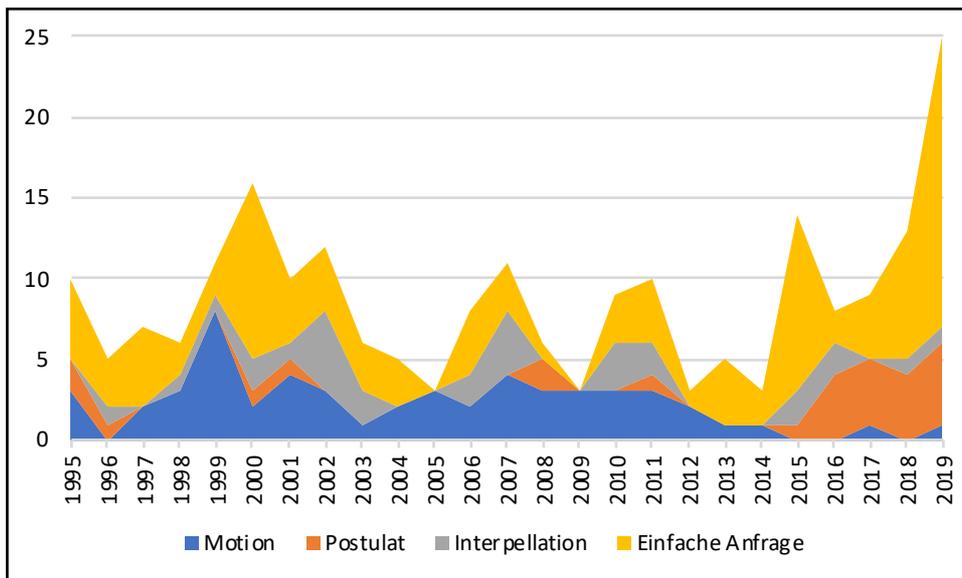
Figur 24: Münchenbuchsee: Total parlamentarische Vorstösse im Vergleich mit dem Total der behandelten Geschäfte im GGR. Quellen: Protokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019 [im Folgenden HPAA]; VBT; TBT. Eigene Grafik.



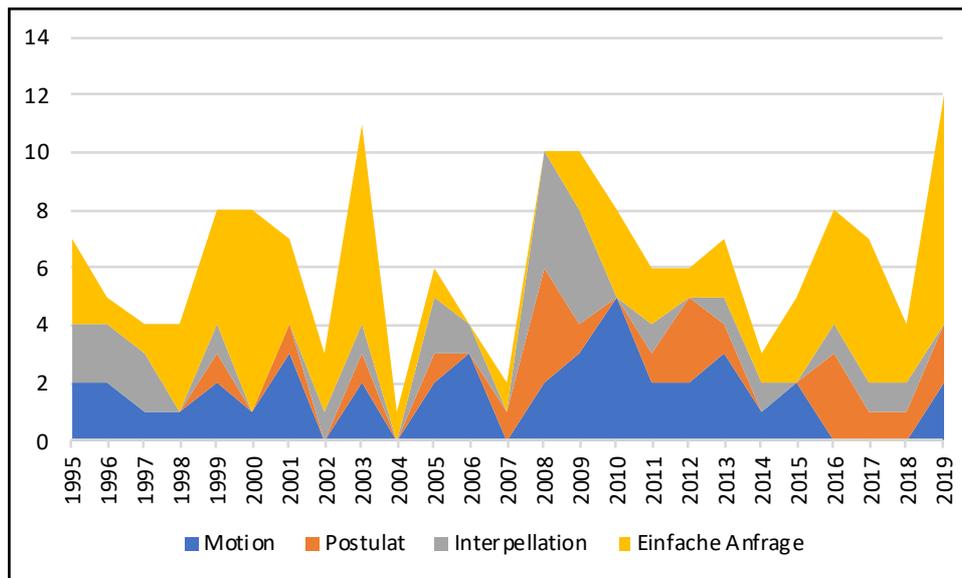
Figur 25: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse nach Parteien. Vorstösse von Parteilos wurden nicht in der Figur integriert. Quelle: HPAA. Eigene Grafik.



Figur 26: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei SVP nach Gattungen der Vorstösse. Quelle: HPAa. Eigene Grafik.



Figur 27: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei SP nach Gattungen der Vorstösse. Quelle: HPAa. Eigene Grafik.

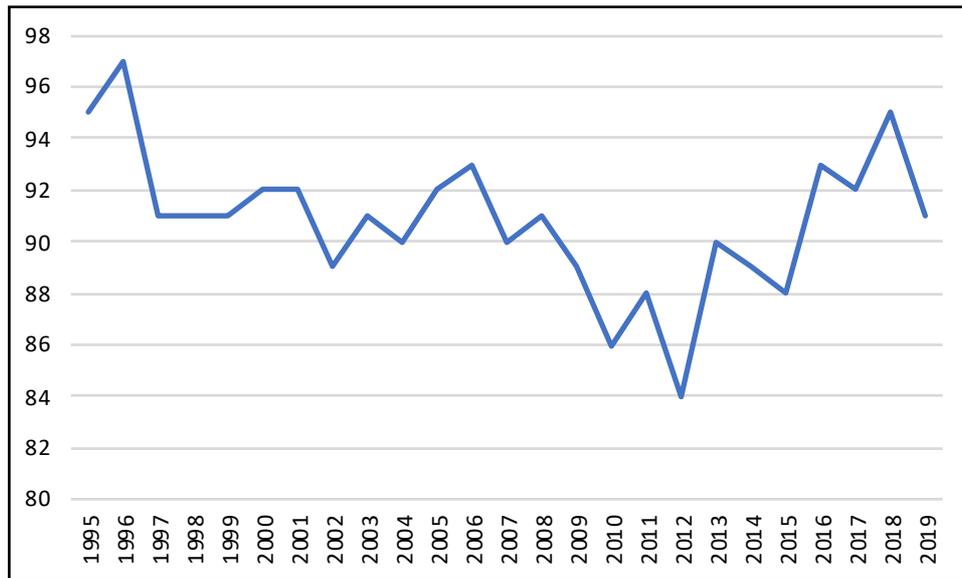


Figur 28: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei GFL nach Gattungen der Vorstösse. Quelle: HPAa. Eigene Grafik.

Der Vergleich der beiden Totale zeigte, dass die Parlamentarischen Vorstösse einen gewichtigen Teil der Arbeit des GGR ausmachten und daher einen Rückschluss auf das politische Geschehen in Münchenbuchsee erlauben. Es zeigte sich zudem, dass die Mehrheit der Vorstösse durch die Parteien der SVP, SP und der GFL getätigt wurden. Dementsprechend bestimmten diese Parteien mit ihren Anliegen den Einfluss auf die Regierungstätigkeit. Da die Vorstösse hauptsächlich von diesen Parteien eingereicht wurden, wurde die Unterscheidung nach Gattungen derselben denn auch ausschliesslich für die erwähnten Parteien vorgenommen. Es zeigte sich in diesem Zusammenhang, dass die SP am meisten Vorstösse machte, gefolgt von der SVP und der GFL. Anhand der Gattungen konnte zudem erörtert werden, dass die SP die Regierung mit einer grösseren Stufe an Verpflichtung auszustatten beabsichtigte. Dasselbe konnte für die GFL festgestellt werden. Auch wenn diese gesamthaft weniger Vorstösse tätigte als die SVP, so war die Anzahl an Motionen und Postulaten dennoch höher. Diese Erkenntnisse führten in Verbindung mit einer zunehmend bürgerlichen Mehrheit in den beiden Gremien (siehe Kapitel 4.4) zu der Annahme, dass die Parteien im linken Spektrum der politischen Landschaft, stärker für ihre Anliegen kämpfen mussten. Im Total machten allerdings die einfachen Anfragen das am meisten verwendete politische Instrument im GGR aus.

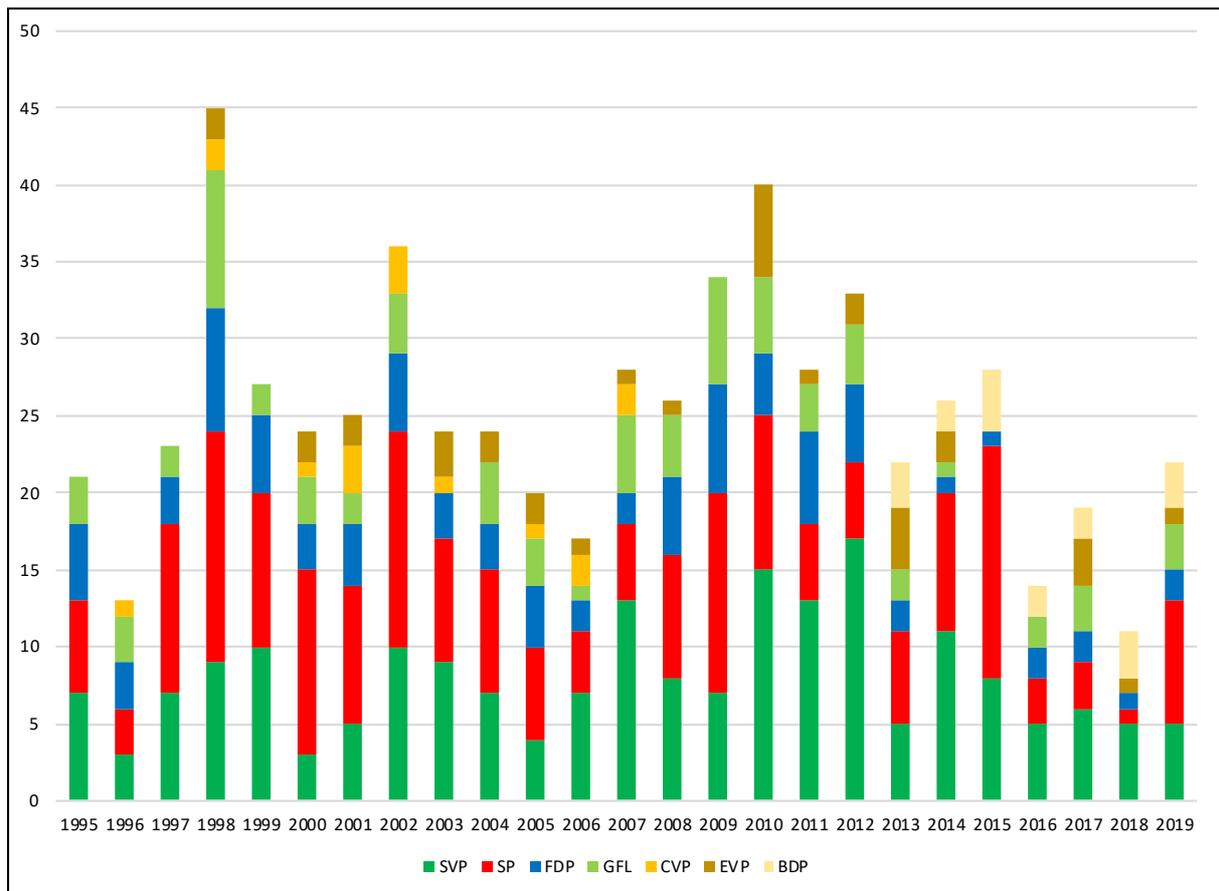
Zudem interessierten aus quantitativer Perspektive die Rahmenbedingungen im GGR. Darunter wurden einerseits die durchschnittlichen Präsenzzahlen erfasst und andererseits die Abwesenheiten nach Parteien. Der Grund für diese Auflistung lag darin begründet, dass ein aktiver Einfluss in Bezug auf Parteizugehörigkeiten nur ausgeübt werden kann, wenn die Parteien auch in den Sitzungen anwesend sind. Die aktive Präsenz an den Sitzungen ist somit

die Voraussetzung, damit die lokalen Parteien parteipolitisch wirken und damit den politischen Alltag im GGR aktiv mitgestalten können.



Figur 29: Präsenzzahlen an den Sitzungen des GGR (Durchschnitt in Prozent). Quellen: Verwaltungsberichte 1995-2003, Zentralarchiv Bodenacker, Signatur: 1 131; 2004 bis 2009: Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur; ab 2010: Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. Eigene Grafik.

Diesbezüglich zeigten die durchschnittlichen Präsenzzahlen sinkende Werte von Beginn der Betrachtung im Jahre 1995 bis ins Jahr 2012. Im Anschluss beginnen die Zahlen allerdings wieder zu steigen. Ergänzt man dieses Bild mit den Abwesenheiten nach Parteien, dann wird ersichtlich, dass die Abwesenheiten grösstenteils den beiden grossen Parteien im GGR zugeordnet werden konnten. Über die gesamte Zeit betrachtet, fehlten im Durchschnitt doppelt so viele Personen aus diesen beiden Parteien an den Sitzungen, als von der FDP, welche sich am drittmeisten entschuldigte.



Figur 30: GGR: Abwesenheiten an den GGR Sitzungen nach Partei und pro Jahr. Quelle: HAPa. Eigene Grafik.

6. Der politische Diskurs anhand von Nachhaltigkeit und Identität

Auf der Grundlage des vorangehenden Kapitels werden in der Folge die Ergebnisse der beiden Komponenten der qualitativen Inhaltsanalyse dargelegt. Dem Ablauf der inhaltlichen Strukturierung folgend, werden dazu zunächst die einzelnen Kategorien zusammengefasst, bevor schliesslich eine Zusammenfassung der Hauptkategorien erfolgt.²⁷²

6.1. Gesellschaft

Die Nachhaltigkeitsdimension der Gesellschaft widerspiegelte sich in verschiedenen Geschäften und Vorstössen. Beispielsweise im Jahre 1996 und in Zusammenhang mit der Erschliessung des ESSO-Areals an der Zürichstrasse und der dazugehörigen Projekt- und Kreditgenehmigung durch den GGR. Im Rahmen der Behandlung des Geschäftes wurde darauf verwiesen, dass sich im Zuge neuer Bauvorhaben eine regionale Ausrichtung offeriere und daher in der Umsetzung berücksichtigt werden sollte. Diese Aussage zeigte, dass man sich zur Verbesserung der baulichen Situation an den regionalen Zentren ausrichtete, was nach den Umschreibungen der Nachhaltigkeitsdimensionen der Kategorie der Gesellschaft zugeordnet wird. In der Annahme des Geschäftes mit 38 Stimmen zeigte es sich, dass eine solche Ausrichtung vom Kollektiv des GGR mitgetragen wurde.²⁷³ In dieselbe Richtung wurde das Konzept zur Steigerung der Attraktivität des Sportzentrums Hirzenfeld interpretiert. Die hierzu benötigte Projekt- und Kreditgenehmigung erfolgte bereits im Jahre 1997 und beabsichtigte entsprechend eine verbesserte Siedlungsqualität durch die Ausweitung der Anlage um kleinere Bauprojekte.²⁷⁴ Im Jahre 1998 wiederum wurde in Zusammenhang mit der Überbauungsanordnung zum Um- und Ausbau der Migros TANNE eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich unter anderem mit der Dorfplatzgestaltung beschäftigte. Der Schutz des lokalen Ortsbildes wurde dabei stark gewichtet.²⁷⁵ Da im Rahmen des Bauvorhabens also zugleich die Siedlungsqualität verbessert werden sollte, was im Umkehrschluss der Bevölkerung zugutekam, wurde auch dieser Ansatz mit der gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdimension in Verbindung gebracht. Ebenso die Motion aus dem Jahre 1999, welche die soziale Isolation des Allmendquartiers beheben sollte. Allerdings wurde dieses

²⁷² Zum Ablauf der inhaltlichen Strukturierung siehe Mayring 2015: 104.

²⁷³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 24. Oktober 1996, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1996e].

²⁷⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 12. Dezember 1997, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1997f].

²⁷⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 19. März 1998, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1998c].

Anliegen von der Mehrheit des GGR nicht getragen, weshalb die Motion abgelehnt wurde.²⁷⁶ Solidarische Handlungen im Bereich einer nachhaltigen Raumpolitik wurden zudem über die Gemeindegrenzen hinaus betrieben. Beispielsweise im Jahre 2001 als der Gemeinderat die Partnergemeinde Landiswil mit einem einmaligen Betrag unterstützte, womit diese eine Strassenerschliessung realisieren konnte.²⁷⁷ Oder der Förderungsbeitrag an die Ideenkonkurrenz «Wie soll die Region Bern in 30 Jahren aussehen» aus dem Jahre 2003. Die Institution beschäftigte sich mit der Zukunftsorientierten Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung und die Gemeinde Münchenbuchsee zeigte mit der Beitragsleistung, dass sie sich ebenfalls dafür interessierte. Eine regionale Ausrichtung der beiden Entwicklungsbereiche schien also bereits 2003 ein Bestandteil der politischen Agenda zu sein.²⁷⁸ Weitere Indikatoren wurden zudem 2005 festgehalten, als die Parzelle «Hylerhuus», vorübergehend als Familiengärten benutzt werden sollten,²⁷⁹ 2008 als die Motion für ein «altersgerechtes und hindernisfreies Bauen»²⁸⁰ eingereicht wurde und damit die demografischen Entwicklungen bei zukünftigen Bauten Berücksichtigung erfahren sollten oder 2009 als eine regionale Zusammenarbeit mit Zollikofen für eine gemeinsame Trägerschaft des Sportzentrums Hirzenfeld in die Wege geleitet wurde.²⁸¹ In den einzelnen Reaktionen des GGR zeigte sich allerdings, dass die gesellschaftliche Komponente des Nachhaltigkeitsbegriffs nicht immer priorisiert wurde. Entsprechend wurde das Postulat zur Nutzung der Parzelle des «Hylerhuus» im politischen Diskurs geändert und schlussendlich für zusätzliche Parkplätze eingesetzt, welche auch bewirtschaftet werden sollten. In dieser Änderung, die vom GGR zudem mit 24 zu 0 Stimmen an den GR überwiesen wurde, wurde eine Motivänderung zu Lasten der Gesellschaft und zu Gunsten der Wirtschaft interpretiert. Durch die Bewirtschaftung sollten Einnahmen generiert werden, welche den Aufwendungen der Gemeinde zu kamen respektive diese abfedern sollten. Durch das grössere Parkplatzangebot sollte zudem dem grösseren Bedarf an Abstellplätzen für den Individualverkehr Rechnung getragen werden, worin auch ein Versuch einer Nachfragebefriedigung in Zusammenhang mit der Mobilität

²⁷⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 18. November 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999f]. Ablehnungsabstimmung: Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 18. Mai 2000, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2000b].

²⁷⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 06. September 2001, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2001d].

²⁷⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 23. Oktober 2003, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2003e].

²⁷⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 20. Januar 2005, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2005a].

²⁸⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 16. Oktober 2008, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2008e].

²⁸¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 01. Juli 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009d].

gelesen wurde. Insbesondere da das Problem des grossen Individualverkehrsaufkommens bereits bestand und mit einer entsprechenden Umnutzung die Situation entschärft werden sollte.²⁸² Mit der Motion zur «Schaffung einer zusätzlichen Zone mit Planungspflicht (ZPP) zur Erweiterung des Altersheims und der Neubauten für betreutes Wohnen» wurde solidarisches Wohnen beantragt. Jedoch wies der GR die Motion zurück, weil er die Meinung vertrat, diese bereits mit derjenigen zum altersgerechten und hindernisfreien Bauen in ausreichendem Ausmass abgedeckt zu haben.²⁸³ Zudem war die dafür vorgesehene Parzelle nicht im Besitz der Gemeinde und privaten Eigentümern konnten spezifische Bauvorschriften nicht vorgelegt werden.²⁸⁴ Anhand der Mitteilung aus den Protokollen aus dem Jahre 2013, wonach die «Umzonung der Weiermatt» zur Erweiterung des Alters- und Pflegeheims für betreutes Wohnen vorbereitet wurde, wurde jedoch ersichtlich, dass der GR den Handlungsbedarf seinerseits erkannte und entsprechende Vorkehrungen zu ergreifen begann.²⁸⁵ In demselben Jahr wurden zudem Vorstösse eingereicht, um einen Beitrag an der Sanierung des Berner Stadttheaters gutzuheissen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten im Allmendquartier zu überprüfen. In Zusammenhang mit erstem wurde ein Beitrag aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde abgewiesen. Das Postulat sah dahinter allerdings eine Schädigung der Reputation der Gemeinde, weshalb ein Beitrag trotz finanzieller Misere geleistet werden sollte. Das zweite der zuvor genannten Anliegen wurde mit der Absicht dem GR unterbreitet, dass eine rückwärtige Entwicklung bezüglich Allmendquartier erkannt wurde und dass Mittel und Zwecke zu prüfen seien, womit die Wohnattraktivität und -qualität gesteigert werden konnten.²⁸⁶

Nach Erlass des neuen kommunalen Leitbildes im Jahre 2013 konnten anhand der Protokolle weitere Verbindungen mit einer sozialen Raumplanung erkannt werden. Beispielsweise im Rahmen der Behandlung der Zonen- und Baureglementsänderung für den Neubau des Pädagogischen Zentrum für Hören und Sprache. Es wurden diesbezüglich Verweise auf die Vorsätze der Sicherstellung eines qualitativ hochstehenden Bildungsangebotes gemacht oder auf die Erhaltung des vielfältigen und naturnahen Lebens- und Erholungsraums für zukünftige Generationen. Darin wurde ersichtlich, dass neue raumplanerische Geschäfte aktiv an dem

²⁸² Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 16. Juni 2005, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2005b].

²⁸³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 20. Oktober 2011, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2011d].

²⁸⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 31. Mai 2012, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2012c].

²⁸⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 23. Mai 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2013c].

²⁸⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 05. Dezember 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2013f].

neuen Raumplanungsinstrument ausgerichtet wurden.²⁸⁷ Die Nachfrage nach altersgerechtem Wohnen schien auch 2017 nicht restlos erfüllt zu sein. Trotz Realisierung der Überbauung Strahmmatte und dem Bau der Wohnungssiedlung «Drillinge» wurde der Ruf nach Alterswohnungen weiter laut. Dazu sollte die Hylerhausparzelle umgenutzt und damit dem Altersleitbild der Gemeinde aus dem Jahr 2016 Folge geleistet werden.²⁸⁸ Es zeigte sich allerdings, dass zur Beendigung des Geschäftes die Ortsplanrevision 2017 abgewartet werden wollte. Ein weiterer Vorstoss wurde aus Gründen fehlender Grundlagen aufgeschoben.²⁸⁹

Anhand dieser Beispiele zeigte sich, dass die Raumplanung und dazugehörige Bauvorhaben in der Gemeinde Münchenbuchsee durchaus auf die Nachhaltigkeitsdimension der Gesellschaft ausgerichtet wurden. Es wurde zudem ersichtlich, dass im Verlauf der Jahre die demografische Veränderung in Richtung Zunahme der Zahl an älteren Menschen auch von der Gemeinde erkannt und entsprechende Vorkehrungen in der Raumgestaltung angestossen oder bereits initiiert wurden. Den gleichen Eindruck hinterliessen auch Projekte wie «Wohnen im Alter», in deren Zusammenhang sich die Gemeinde für eine überkommunale Altersvorsorge einsetzte.²⁹⁰ Daneben konnten Tendenzen in eine andere Richtung wahrgenommen werden. Das UNICEF-Label einer kinderfreundlichen Gemeinde wurde durch den GR nicht angestrebt. Es wurde darauf verwiesen, dass bereits genügend Vorkehrungen zur Kinderfreundlichkeit ergriffen wurden. Unabhängig davon, welchem Vorschlag zugestimmt wurde, zeigte sich an dieser Situation beispielhaft, dass Uneinigheiten bezüglich spezifischer Themen im GGR durchaus auftraten.²⁹¹ Dass die Gemeinde Moosseedorf im Jahre 2010 den Fairer-Stein-Preis erhielt, veranlasste den GGR zudem dazu, die Erlangung desselben zu unterstützen.²⁹² Anhand einer Gemeinderatsmitteilung aus dem Jahre 2013 wurde jedoch ersichtlich, dass der Preis damals bereits nicht mehr verliehen wurde und dass auch der Nachfolgepreis der Gemeinde Münchenbuchsee nicht verliehen werden konnte. In die Bewertung wurden nur die 100 grössten Gemeinden der Schweiz berücksichtigt, zu welchen Münchenbuchsee zum damaligen Zeitpunkt nicht gehörte. In diesem Kontext beteuerte der GR allerdings, dass sich die

²⁸⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 31. März 2016, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2016b]

²⁸⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 24. August 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2017d]

²⁸⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 22. März 2018, <https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=5b6e07916e47f85241230db5253ca4de.pdf>. [im Folgenden HPA 2018b]

²⁹⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 18. Februar 2010, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2010a]

²⁹¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 6. Sitzung, 09. Dezember 2010, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2010f]

²⁹² Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 31. März 2011, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2011b]

gemeindeinterne Materialbeschaffung wann immer möglich an den Richtlinien der Nachhaltigkeit orientierte.²⁹³

6.2. Wirtschaft

Die Nachhaltigkeitsdimension der Wirtschaft kam in den Sitzungsprotokollen insbesondere durch die Kostenüberlegungen zu den einzelnen Projekten zum Tragen. Dies erstaunt weniger, bilden doch Abwägungen zu Kosten und Nutzen die Grundlage jeglicher Bauvorhaben. Ein Beispiel, welches diese analytische Einheit unterstützte, stammt aus dem Jahr 1996, als in Zusammenhang mit der Projekt- und Kreditgenehmigung der Sauberwassertrennung der Saal- und Freizeitanlage in Münchenbuchsee die neue Vorlage für finanziell verantwortbar befunden wurde. Dies nachdem das Geschäft bereits im Jahre 1990 Teil des politischen Diskurses war und damals aus Kostenüberlegungen an die zuständigen Stellen zurück verwiesen wurde.²⁹⁴ Das gleiche Bild ergab sich im Jahre 1997 als in Zusammenhang mit der Heizungssanierung und dem Kellerausbau in Verwaltungsliegenschaften der Bernstrasse 8 und 12 eine kostengünstigere Sanierung durch Hinzunahme eines Bauphysikers erzielt und realisiert werden konnte.²⁹⁵ Auch die Korrektur des Rohlandpreises, welche im Zuge der Zonenplanänderung im Jahre 1998 durch den GR vorgenommen wurde, wurde der analytischen Einheit «Wirtschaft» zugeteilt. Schliesslich wurde mit der Massnahme beabsichtigt, grössere Verluste zu Lasten des Gemeindehaushaltes zu vermeiden, was schlussendlich der Wettbewerbsfähigkeit zugutekommen sollte.²⁹⁶ Die Stärkung derselben als inhaltliche Einheit wurde unter anderem mit der Baulanderschliessung in Zusammenhang mit dem Überbauungsprojekt Buechlimatt beabsichtigt. Durch die Massnahme sollte das gut positionierte Bauland für Gewerbe und Industrie verwendbar werden, zumal zum damaligen Zeitpunkt eine grosse Nachfrage nach sofort verfügbarem Gewerbe- und Bauland bestand.²⁹⁷ Ebenfalls der Kategorie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wurde die Erneuerung des Rahmenkredits für einen vorsorglichen Landerwerb aus dem Jahr 1996 zugeordnet. Der Antrag wurde vom GR an den GGR gestellt, um rascheres und zweckmässigeres Handeln in Bezug auf Landkäufe sicherzustellen. Damit sollte der GR die Möglichkeit erhalten, eine aktive

²⁹³ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 21. März 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur. [im Folgenden HPA 2013b].

²⁹⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 21. März 1996, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1996b]

²⁹⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 21. August 1997, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1997d]

²⁹⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 26. Februar 1998, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1998b]

²⁹⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 22. Oktober 1998, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1998f]

Bodenpolitik zu betreiben. Als Beispiel diene in diesem Kontext der Kauf der Liegenschaft an der Bielstrasse 40 im Verlaufe desselben Jahres, welche schliesslich für den Ausbau des Gemeindewerkhofes Verwendung fand.²⁹⁸ Verbindet man diese Ansätze mit den Forderungen nach der Senkung der Steueranlage in den Jahren 1996, 1998 und 1999, wovon einerseits die Bevölkerung profitieren und andererseits die Attraktivität der Gemeinde gesteigert werden sollte, dann zeigt sich in diesen Einheiten deutlich, dass Münchenbuchsee bis an die Jahrtausendwende hin finanziell gut positioniert war und diese Position durch Ergreifen lokalpolitischer Steuerungsinstrumente weiter auszubauen beabsichtigte.²⁹⁹ Im Jahre 2000 folgte schliesslich der Antrag auf Ergänzung der Bauordnung mit einer ZPP, auf welcher der neue Golfpark Moossee erbaut werden sollte. Als Argumente zur Umsetzung des Vorhabens wurde die Aufwertung der Landschaft, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsstellen und die Errichtung einer attraktiven Freizeitsportanlage in der Nähe der Gemeinde genannt, durch welche die Attraktivität der gesamten Gemeinde Steigerung erfahren sollte. Aus dieser Grundlage wurde erneut auf die inhaltliche Nachhaltigkeitseinheit Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Antrag zeigte allerdings, dass sich der GGR über das beabsichtigte Bauvorhaben nicht gänzlich einig zu sein schien. Dementsprechend wurde dem Antrag lediglich mit 22 zu 16 Stimmen zugestimmt.³⁰⁰ Die Ausrichtung der Gemeinde bestätigte sich in Form des Postulats zur «Ergänzung der Ortsplanung» aus demselben Jahr. Der Inhalt des Vorstosses zielte auf die Ausscheidung einer zusätzlichen Zone für freistehende Einfamilienhäuser ab und wurde mit dem Fehlen genügender Flächen für den Bau solcher Objekte begründet. Mit deren Annahme sollte der Weg geebnet werden, die Gemeinde für steuerkräftige Zuzügler attraktiver werden zu lassen.³⁰¹ Dieser Ansatz widerspiegelte sich auch in einer einfachen Anfrage aus dem Folgejahr, als die rege Bautätigkeit in Münchenbuchsee hervorgehoben und davon ausgehend auf die dringende Notwendigkeit einer angepassten Orts- und Zonenplanung verwiesen wurde.³⁰² In der Beantwortung der einfachen Anfrage zur Ausscheidung einer Zone für Einfamilienhäuser durch den GR, wurden diese Bedenken erneut ersichtlich. Schliesslich verwies der GR auf die ortsplanerischen Aufgaben, die gesamthaft zu berücksichtigen waren und zusammen mit der Planungskommission zur Entwicklung Münchenbuchsees erarbeitet werden sollten. Es wurde

²⁹⁸ HPA 1996e.

²⁹⁹ HPA 1996e; HPA 1998c; HPA 1999f.

³⁰⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 19. Oktober 2000, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2000f].

³⁰¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 22. Juni 2000, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2000c].

³⁰² Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 21. März 2002, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2002c].

allerdings eine Prüfung in die Wege geleitet, ob sich auch kleinere Einzonungen ohne planerische Probleme umsetzen liessen.³⁰³ Dem Anliegen wurde schliesslich Rechnung getragen, in dem 2003 kleinere Flächen für das entsprechende Vorhaben vorgesehen wurden. Die massvolle Entwicklung stand dennoch im Vordergrund der Beantwortung und zeitgleich wurde das Anliegen der Öffentlichkeit zur Mitwirkung vorgelegt.³⁰⁴ Die Bewertung der wirtschaftlichen Standortqualität bernischer Gemeinden durch den Handels- und Industrieverein des Kantons Bern belegte, dass Münchenbuchsee 2003 regional betrachtet, gut dastand. Die Gemeinde rangierte auf dem siebten Platz von 21 teilnehmenden Gemeinden.³⁰⁵ Davon zeugte auch die Senkung der Steueranlage auf 1,4 Einheiten, womit gar die Forderung der Motion «Budget 2005» unterboten wurde.³⁰⁶ Die Interpellation «Zusätzliches Industrie- und Gewerbeland in Münchenbuchsee» aus dem gleichen Jahre bestätigte die intensive Auseinandersetzung des lokalen Parlaments mit den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen. Mit der Ausscheidung weiteren Landes sollte die Raumplanung diesem Begehren Rechnung tragen und damit die ökonomische Situation in Münchenbuchsee verbessern. Dass in diesem Zusammenhang die freudige Entwicklung in der Vergangenheit und das wirtschaftlich schwierige Umfeld der Gegenwart erwähnt wurden, zeigte allerdings, dass die Situation sich zu verändern begann.³⁰⁷ Mit dem Jahre 2008 und in Zusammenhang mit der Fehleinschätzung des Steuersubstrats juristischer Personen, welche in massiven Steuerverlusten resultierte, sollten sich die negativen Aussichten in Realität umgewandelt haben. Dass die Gemeinde hierzu von der Informationsleistung des Kantons abhängig war und eine frühere Informationsleistung zu einer besseren Beurteilung geführt hätte, mündete schliesslich in der Installierung eines Frühwarnsystems, welches zukünftige Fehlkalkulationen verhindern sollte.³⁰⁸ In der Motion «Sanierung der Gemeindefinanzen»³⁰⁹, welche vom GGR für dringlich erklärt wurde, der Motion «Task Force Finanzen»³¹⁰, der Motion «Einsparungen Personal- und Sachaufwand»³¹¹,

³⁰³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 18. September 2002, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2002d].

³⁰⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 19. Juni 2003, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2003c].

³⁰⁵ Ebd.

³⁰⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 17. Juni 2004, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2004d].

³⁰⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 06. März 2003, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2003b].

³⁰⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 25. Juni 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009c].

³⁰⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 7. Sitzung, 11. Dezember 2008, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2008g].

³¹⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 07. Mai 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009b].

³¹¹ HPA 2009c.

der Motion «Überschuss 2009 für die Tilgung des Bilanzfehlbetrags» sowie der Erhöhung der Steueranlage wurden von den politischen Gremien allerdings gleich Massnahmen vorgeschlagen und eingeleitet, um den veränderten Bedingungen entgegen zu treten.³¹² Die Anzahl der Vorstösse sowie die Wahl der Gattung liessen zwei Erkenntnisse zu: Der GGR erkannte die missliche Lage und ergriff unverzüglich Massnahmen, um diese zu verändern. Dass hierfür ausschliesslich auf die Form der Motion zurückgegriffen wurde, vermochte aufzuzeigen, dass der GR zu Handlungen verpflichtet werden sollte. Diese folgten in der Annahme der Motionen und der Steuererhöhung.³¹³ In den folgenden Jahren wurden allerdings auch Vorstösse getätigt, die aufzeigten, dass die lokalpolitische Steuerung hinterfragt und kritisiert wurde. Beispielsweise in Form der Motion «Erträge aus den Planungsmehrwerten für Investitionen». Diese sah eine Anpassung des Reglements für Spezialfinanzierungen vor, womit die entsprechenden Gelder zukünftig nicht für laufende und wiederkehrende Ausgaben sowie Unterhaltsarbeiten an Gemeindestrassen und Gebäuden verwendet werden konnten. Die Vorlage wurde damit begründet, dass ein solcher Einsatz einer Zweckentfremdung gleichkommt. Dabei sollte durch die Verbesserung des Rechnungsergebnisses der Steuerfuss künstlich tief gehalten werden. Die Motion sah in dieser Vorgehensweise eine Verschlechterung der Investitionstätigkeit der Gemeinde und damit einhergehend von deren Wettbewerbsfähigkeit. Anhand des Vorstosses wurde erkannt, dass sich aufgrund der misslichen Lage unterschiedliche Vorstellungen über die Bewältigung derselben ergaben, was schliesslich in unterschiedlichen Steuerungsansätzen resultierte.³¹⁴ Kritik an der Regierung wurde zudem in Zusammenhang mit der Interpellation «Ausgabenanalyse der Gemeinde» geübt. Die Analysewerte, welche diesem Vorstoss zugrunde lagen, zeigten auf, dass Münchenbuchsee im Vergleich mit zehn anderen suburbanen Gemeinden, die mehr als 9'000 Bewohner zählten, eine in vielen Bereichen defizitäre Ausgabenstruktur pro Einwohner aufwies. Dieser Umstand veranlasste den GGR, das Handeln des GR zu hinterfragen.³¹⁵ Im Rahmen der Behandlungen durch den GR präsentierten sich zwei unterschiedliche Arten der Reaktion. Einerseits verwies der GR in Zusammenhang mit der Motion zu den Planungsmehrwerten auf die Kompetenz des GR bezüglich kommunaler Finanzanliegen und andererseits räumte er selbst in Reaktion auf die Interpellation zur Ausgabenanalyse ein, dass die Gemeinde strukturelle Probleme habe, die in Mehrausgaben resultieren würden. Zudem

³¹² HPA 2009c.

³¹³ HPA 2010a.

³¹⁴ HPA 2011d.

³¹⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 5. Sitzung, 17. November 2011, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2011e].

verwies er darauf, dass in der Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung bestehe.³¹⁶ Das Handeln des GR widerspiegelte sich also zum einen in der Verteidigung des eigenen Handelns und von dessen Legitimation zusätzlich zum Verweis auf Kompetenzverteilungen, und zum anderen in Dankbarkeit bezüglich der Informationsleistung aus den Reihen des GGR. Darin wurde beispielhaft erkannt, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gremien nicht immer einheitlich gestaltete. Im Zuge der Beantwortung der Interpellation «wirtschaftliche Entwicklungsstrategie» wurde allerdings ersichtlich, dass mit dem neuen Leitbild eine regionale Verankerung als nötig beurteilt wurde. Um neue Steuerzahler für die Gemeinde anzuwerben, wurde zum Beispiel die Massnahme der öffentlichen Anlässe ergriffen, mit der Absicht die Gemeinde in Wirtschaftskreisen bekannter zu machen und damit Firmen anzuwerben. Zudem ergaben sich aus dem Beitritt zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland neue Synergien im Wirtschaftsraum Bern, welche dem lokalen Raum ebenfalls zugutekamen. Weitere Instrumente wurden im Rahmen des zweiten Pakets der Ortsplanrevision ergriffen. Durch die darin enthaltenen Anpassungen der lokalen Raumordnung wurden zusätzliche Flächen für die Wohnungsnutzung in den Gebieten Riedli, Egg und Strahmmatte eingezont. Die Regelung der Erschliessung der Buechlimatt, welche im neuen Paket eingezont wurde und noch unbebaut war, sollte zudem neue Industrievorhaben in die Gemeinde locken. Auch der Kanton reagierte und erliess im Obermoos eine Planungszone, um Land in Form einer Arbeitszone kurzfristig freizumachen.³¹⁷ Diese Beispiele zeigen, dass der GR vielseitige Instrumente ergriff, um mit seinem Handeln die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität der Gemeinde zu verbessern. Die Genehmigung der Baukredite für die Gebiete Riedli und Egg wurde bereits im folgenden Jahr durch den GGR beschlossen.³¹⁸ Zusätzlich dazu wurden in den Jahren 2011 und 2013 weitere Steuerhöhungen durchgesetzt.³¹⁹ Die neuerliche Bewertung des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern aus dem Jahre 2015 zeigte allerdings, dass trotz der Bemühungen des GR und der Einbindung der Gemeinde in die Regionalkonferenz Bern-Mittelland Münchenbuchsee an Punkten und Rängen verloren hatte. Die schlechtere Bewertung wurde mit der erhöhten Steuerbelastung, der Verkehrs- und Parkplatzsituation und der Abnahme der Lebensqualität in Verbindung gebracht. In Bezug auf den letztgenannten Punkt wurde zum Beispiel auf die Abnahme der Bautätigkeiten für neuen Wohnraum

³¹⁶ HPA 2012c.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 4. Sitzung, 29. August 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2013d].

³¹⁹ HPA 2011d, Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 5. Sitzung, 22. Oktober 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2013e].

verwiesen.³²⁰ In vereinzelt Vorstössen aus dem Jahre 2016 kam zum Ausdruck, dass der GGR der abnehmenden Lebensqualität anders zu begegnen beabsichtigte als der GR. Mittels Postulat zur «Erhöhung des jährlichen Investitionsvolumens auf maximal drei Millionen Franken pro Jahr» sollte das Investitionsvolumen der Gemeinde erhöht und damit die Wettbewerbsfähigkeit derselben verstärkt werden. Demgegenüber wollte der GR die freiwerdenden Mittel aus der Auflösung des Fonds für Planungsmehrwerte für allgemeine Abschreibungen in der Jahresrechnung verwenden.³²¹ In der Stellungnahme des GR wurde ersichtlich, dass dieses Vorhaben aufgrund der Verwendung der Planungsmehrwerte sowie des Verkaufs der Gemeinschaftsantennenanlage bereits einberechnet worden war.³²² Anhand der Postulate «Überprüfung Finanz- und Investitionsplan» und «Überprüfung der Spezialfinanzierungen» wurden allerdings auch andere Wahrnehmungen erkannt. In der Begründung zu erwähnten Vorstössen wurde ersichtlich, dass sich nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission die Investitionsplanung und Spezialfinanzierung negativ entwickelten. Vor dem Wechsel des GR ab dem Jahr 2017 sollte deshalb die Chance ergriffen werden, den kommenden GR auf die Wichtigkeit dieser Entwicklungen aufmerksam zu machen.³²³ Die Interpellation «Attraktivitätsverlust unseres Ortszentrums» deutete in eine ähnliche Richtung. Ausdruck des Verlustes waren dabei diverse Ladenschliessungen sowie leere Gewerbelokale. Der Situation sollte mit einem lebendigem Dorfzentrum inklusive Begegnungsstätten und attraktiven Einkaufsmöglichkeiten entgegengetreten werden. Dadurch wurde zudem die Stärkung der Gemeinschaft im Ort angestrebt. Die Interpellation forderte ein politisches Engagement in Form von aktiver Zentrumsplanung, welche bis zu diesem Zeitpunkt zu passiv betrieben wurde, der Schaffung von zusätzlichem Parkraum, dem Erstellen von Planungsgrundlagen und attraktiven Rahmenbedingungen.³²⁴ 2017 wurde darauf verwiesen, dass mit der in Angriff genommenen Ortsplanungsrevision und der mit der Bevölkerung durchgeführten Zukunftswerkstatt bereits Massnahmen ergriffen wurden und sich der GR der Problematik bewusst sei.³²⁵ 2018 konnte zudem eine Motion «Steuersenkung 2019» registriert werden, welche auf Grundlage der guten Rechnungsabschlüssen aus dem Jahren 2016 und 2017

³²⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 26. März 2015, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2015b].

³²¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 26. Mai 2016, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2016c].

³²² Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 4. Sitzung, 25. Oktober 2016, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2016d].

³²³ HPA 2016d.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 01. Juni 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017c].

basierte.³²⁶ Orientiert am Leitbild der Gemeinde, welche einen stabilen Finanzhaushalt anstrebte, wurde die Reduktion um einen Steuerzehntel allerdings als unrealistisch eingestuft. Auf die Stellungnahme des GR folgte schliesslich die Ablehnung der Motion.³²⁷

Auch wenn nicht direkt mit der Raumplanung verbunden, so wurde dennoch die Reorganisation der Gemeindebetriebe im Jahre 2002 für die kommunale Ökonomie für bedeutend eingestuft. Die Überführung in die Rechtsform der Aktiengesellschaft wurde aus Sicht des GR nötig, um auf die Öffnung des Strommarktes mit Flexibilität und mehr Handlungsspielraum reagieren zu können. Anstelle einer politischen Ausrichtung sollten sich die Betriebe in grösserem Ausmass nach wirtschaftlichen Maximen ausrichten. In einem ersten Schritt wurden die hierzu nötigen reglementarischen Anpassungen der Elektrizitätsversorgung in die Wege geleitet. Die Annahme des Geschäftes mit 24 zu 13 Stimmen zeigte allerdings ein weiteres Mal, dass sich der GGR nicht gänzlich einig zu sein schien. Die Rechtsformänderung der Gemeindebetriebe konnte schliesslich auch erst im Jahre 2015 durch die Annahme des Volkes erreicht werden.³²⁸ Daneben wurde das Begehren des GR jedoch auch durch verschiedene Motionen aus dem GGR unterstützt. Die Begründungen zu diesen zeigten, dass ohne Anpassungen in der Stromversorgung erwartet wurde, dass grosse Stromkonsumenten in Münchenbuchsee abspringen würden, was mit einem Wertverlust der Gemeinde einhergegangen wäre.³²⁹ Überhaupt wurde die Möglichkeit der Strompreisregulierung mehrere Male vorgeschlagen, um mehr Attraktivität für Gewerbe und auch Haushalt erreichen zu können. Zum Beispiel in Form der einfachen Anfrage «Strompreisreduktion für KMU»³³⁰ oder die «Senkung der Strompreise für Haushalte und Gewerbebetriebe mit kleinen Energiebezügen»³³¹. Diesen Forderungen kam der GR schliesslich auch nach, wie anhand einer Gemeinderatsmitteilung im Protokoll der letzten Sitzung des GGR aus dem Jahre 2004 ersichtlich wurde.³³²

Die Rückverfolgung der Ansätze einer nachhaltigen Raumpolitik mit Fokus auf die Zieldimension Wirtschaft zeigte, dass der GGR und der GR verschiedenste und zahlreiche Instrumente der lokalpolitischen Steuerung ergriffen, um den Wirtschaftsstandort

³²⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 03. März 2018, <https://www.muenchenbuchsee.ch/traktanden.php?f=c4fdbd0d46984c9244927bd60bf82367.pdf> [im Folgenden HPA 2018c].

³²⁷ HPA 2018b.

³²⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 4. Sitzung, 27. August 2015, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2015d].

³²⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 25. Januar 2002, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2002a].

³³⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 11. Dezember 2003, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2003f].

³³¹ HPA 2004d

³³² Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 09. Dezember 2004, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2004f].

Münchenbuchsee zu stärken und ab dem Jahre 2008 eine erneute Verbesserung desselben zu erreichen. Die Analyse der Inhalte der Sitzungen zeigte aber auch, dass dies nicht immer in beabsichtigtem Umfang gelang und sich die eingesetzten Mittel zum Teil auch zum Nachteil der lokalen Wirtschaft entwickelten. Als offensichtlichstes Beispiel sind hier die Massnahmen in Bezug auf die Besteuerung zu erwähnen. Auf eine kurzfristige Senkung nach der Jahrtausendwende folgten Erhöhungen oder Beibehaltungen, was der Attraktivität Münchenbuchsees entsprechend abträglich war.

6.3. Umwelt

Der analytischen Einheit der «Umwelt» kam im Rahmen des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses in Münchenbuchsee die grösste Bedeutung zu. Entsprechend wurden viele Vorstösse mit einem Anliegen ausgestattet, welches den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt zu befördern beabsichtigte. Hierzu wurde bereits auf vereinzelte Beispiele aus dem Jahre 1995 verwiesen (siehe Kapitel 5.3). Über die Reduktion des Individualverkehrs sollte dabei eine verbesserte Siedlungsqualität erreicht werden, was wiederum der Bevölkerung Münchenbuchsee zugutekommen sollte. Ein weiteres Beispiel zuhanden der Umwelt betraf die Verkehrsverhältnisse im Raum Allmend und Bahnhof Zollikofen. Durch die Erneuerung und Ausweitung der Arbeitszonen im Grenzbereich zwischen Münchenbuchsee und Zollikofen rückte das Gebiet wieder in den Vordergrund der Verkehrsplanung. In der Behandlung der Motion zeigte sich zudem, dass die Verkehrsverhältnisse in diesem Entwicklungsschwerpunkt der Agglomeration Bern nicht allein gelöst werden konnte, sondern dass hierzu Gemeinschaftslösungen gesucht werden mussten. Eine solche sollte mit den beteiligten Parteien der Gemeinde Zollikofen, dem Kanton Bern und den Betreiberunternehmen der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) sowie dem Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS) erreicht werden. Der GR beantragte hierzu die Umwandlung in ein Postulat, was zeigte, dass die Verbindlichkeit von Seiten der Regierung verringert werden sollte. Dass lediglich 23 Abgeordnete der Umwandlung zustimmten, zeigte ausserdem, dass nicht der gesamte GGR mit der Vorgehensweise des GR einverstanden war.³³³ Die Dringlichkeit verkehrsplanerischer Anpassungen kam an vielen Stellen in den Protokollen zum Ausdruck. Zum Beispiel in Zusammenhang mit der Kreditabrechnung der Revision der Ortsplanung. Integraler Bestandteil derselben war, die Bevölkerung in Umweltfragen zum Umdenken zu bewegen, wozu ein neuer Verkehrsrichtplan unerlässlich war. Der alte Plan bestand zu diesem Zeitpunkt bereits seit 15 Jahren, was die Dringlichkeit zusätzlich verstärkte. Nach der Realisation verschiedener

³³³ HPA 1995e.

Grossprojekte, namentlich dem Grauholztunnel, der Inbetriebnahmen der Grauholzautobahn und einer weiteren Bahnstrecke in Richtung Biel, hatte sich die Ausgangslage verändert. Die Zunahme an Lärmemissionen und die seit geraumer Zeit ungelöste Parkplatzsituation in der Gemeinde machten ein schnelles Handeln nötig. Eigene Betriebsmessungen zeigten dabei, dass der Durchgangsverkehr ab- und der hausgemachte Verkehr zugenommen hatte.³³⁴ In der Behandlung der Motion «Konzept zur Verkehrserschliessung für die Gemeinde Münchenbuchsee» ein Jahr später, wurden dieselben Anliegen noch einmal bekräftigt. Mit deren Umsetzung sollten Schulwege gesichert und die Parkplatzsituation im Zentrum bereinigt werden. Massnahmen, die hierzu in Betracht gezogen wurden, waren beispielsweise die Sperrung der Hofwilbrücke für den Durchgangsverkehr und die damit beabsichtigte Kanalisation des Verkehrs auf der Hauptsachse oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Hirzenfeldweg, womit die Naherholungszonen Hofwil und Seedorffeld qualitativ aufgewertet werden sollten und damit die Attraktivität Münchenbuchsees erhalten bleiben sollte. Begleitet wurden die Motion erneut vom Aufruf zum Überdenken der gesamten Verkehrsführung.³³⁵ Während also anhand der Vorstösse vom GR Tätigkeit gefordert wurde, verwies dieser 1997 auf das Abwarten der Genehmigung des Ortsplans durch den Kanton. Die Strukturen der nationalen Raumplanung verzögertem dementsprechend ein schnelleres Vorgehen.³³⁶ Weitere beispielhafte Massnahmen zur Steuerung der Mobilität waren die Motionen «Kreisel Hofwil»³³⁷ oder «Umgestaltung Oberdorfstrasse»³³⁸. Mit dem Bau des geplanten Kreisels sollte dessen Lage als Tor zur Gemeinde verkehrsstrategisch genutzt werden, um Schulwege zu sichern sowie die Einfahrtsbedingungen aus den Wohngebieten der Gemeinde in die Bernstrasse zu verbessern. Während die Motion ein schnelleres und eigenständiges Vorgehen der Gemeinde forderte, um rasch verkehrstechnische Verbesserungen zu erzielen, verwies der GR in der Behandlung des Vorstosses erneut auf die Kompetenzen des Kantons, was die Gemeinde zum Abwarten zwang.³³⁹ Die beiden letztgenannten Beispiele stehen in diesem Sinne sinnbildlich für die strukturellen Abläufe im Rahmen der nachhaltigen Raumplanung, welche schnelles Vorgehen vielfach hemmten. Demgegenüber sollte die Umgestaltung der Oberdorfstrasse in Zusammenhang mit der

³³⁴ HPA 1995e.

³³⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 12. Dezember 1996, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1996f].

³³⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 22. Mai 1997, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1997b].

³³⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 09. September 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999d].

³³⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 7. Sitzung, 09. Dezember 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999g].

³³⁹ HPA 1999d.

Umgestaltung des Areal Oberes Schulhaus ergriffen werden, was eine analytische Einheit «Bauopportunismus» entstehen liess. Massnahmen wurden in diesem Sinne häufig nicht der Nachhaltigkeit willen unternommen, sondern in Zusammenhang mit anderen Bauvorhaben in die Wege geleitet. Sie zeigten auf der einen Seite, dass von Seiten der Gemeinde versucht wurde, Synergien zu nutzen und auf der anderen Seite, dass im Rahmen von raumplanerischen Vorhaben der Umwelt Bedeutung zukam. In Zusammenhang mit der Projekt- und Kreditgenehmigung der Umgestaltung der Mühlestrasse, welche zusammen mit dem Bau des Golfparks Moosseedorf realisiert werden sollte, konnte eine ähnliche Ausrichtung erfasst werden. Stand im Vordergrund des Bauvorhabens der Bau des Golfparks, wurde die Chance genutzt, ein weiteres Projekt umzusetzen. Die Ziele der Umgestaltung der Mühlestrasse waren dabei umfassende Verkehrsberuhigungsmassnahmen, welche im Sommer 2010 in einer Verkehrsberuhigung resultieren sollten. Das Massnahmenpaket umfasste die Reduktion von Geschwindigkeiten und dem Durchgangsverkehr sowie der Schaffung von mehr Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer.³⁴⁰ In Zusammenhang mit der Umsetzung des Verkehrsrichtplans, welcher zum Ende des Jahres 2000 verabschiedet wurde, wurden zudem weitere Massnahmen von Seiten des GGR gefordert. Sie umfassten die Motionen zur Schaffung von Tempo-30-Zonen in den Quartieren, der Parkplatzbewirtschaftung sowie dem erneuten Versuch der Beschränkung des Durchgangsverkehrs. Sie zielten auf die nachhaltige Aufwertung der Quartiere durch Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmer und den nachhaltigen Umweltschutz durch die Reduktion von Lärm- und Luftbelastung. Es fand zudem Erwähnung, dass gerade durch den Durchgangsverkehr, welcher den Weg durch das Gemeindezentrum nutzte, um die Autobahn von oder nach Bern zu umgehen, die Wohnquartiere, der Dorfkern und die Schulhäuser tangiert und damit dessen Funktion erschwert wurde. In Zusammenhang mit der Begrenzung des Durchgangsverkehrs wurde allerdings erkannt, dass nur regionale Lösungen zusammen mit den Gemeinden Kirchlindach und Diemerswil Abhilfe schaffen könnten.³⁴¹ Anhand der Abstimmungen zu den einzelnen Vorstössen zeigte sich schliesslich, dass sich der GGR insbesondere in Bezug auf die erstgenannte Variante einig zu sein schien. Diese wurde mit 33 zu 0 Stimmen angenommen. Die Parkplatzbewirtschaftung hingegen fand wenig Anklang und wurde lediglich mit einer knappen Mehrheit von 19 zu 17 Stimmen an den GR überwiesen.³⁴² Das Inkrafttreten des Verkehrsrichtplans ab September 2002 beschleunigte schliesslich die Umsetzung weiterer Massnahmen. Dementsprechend wurden weitere Tempo-

³⁴⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 21. Juni 2001, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2001c].

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 25. Oktober 2001, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2001e].

30-Zonen in der Allmend und im Bodenacker errichtet oder eine Tempo-40-Zone an der Kirchlindachstrasse.³⁴³ Daneben kam es zu einfachen Anfragen bezüglich gefährlicher Strassensituationen an der Einmündung Pappelweg und Häuslimoosstrasse (2003), einer Interpellation zur Gefahrenbeseitigung an der «Oberdorfstrasse» (2009) oder einer weiteren Anfrage bezüglich Ausweichverkehr in Münchenbuchsee (2010). Auch wenn die Umsetzung der Anliegen aus rechtlichen Gründen vielfach nicht funktionierte, oder der GR eine andere Einschätzung der Situation vornahm, zeigte sich in den Vorstössen, dass der Verkehr und die Mobilität das lokale Politikgeschehen vielseitig beschäftigte. Da sie sich insbesondere auf das Gemeindegebiet bezogen, wurden sie als neu erschaffene, analytische Einheit «kosmetische Anpassungen» zusammengefasst. Diese ergab sich aus dem Postulat «Strategie öffentlicher Verkehr 2020», als der GR dazu ermuntert wurde, eine Strategie zu erarbeiten, welche das aktuelle Angebot des öffentlichen Verkehrs in Kontrast zum zukünftigen Bedarf abgleichen sollte. Die Begründung für einen solchen Vorstoss lag in der Erhaltung der Attraktivität Münchenbuchsees als Wohn-, Einkaufs- und Arbeitsort wozu eine gute Erschliessung des öffentlichen Verkehrs unabdingbar war. Dazu sollten das Angebot und die Vorkehrungen in Münchenbuchsee mit der eigenen Siedlungsentwicklung sowie der Entwicklung der Arbeitsplätze und Freizeitzentren der Region abgestimmt werden, wozu die Gemeinde die Umsetzung entsprechender kosmetischer Anpassungen zu veranlassen hatte.³⁴⁴ Zwar zeigte sich anhand der Behandlung des Postulats, dass der GR nicht bereit war, weitere Vorkehrungen zu übernehmen und er den öffentlichen Verkehr als regionale Aufgabe deklarierte. Daneben verwies er auf bestehende Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte.³⁴⁵ Sinnbildlich für die Beschränkung des Handlungsspielraums des GR stand seine Aussage im Kontext der Bearbeitung der Motion zur «Verbesserung der Verkehrsverbindungen von Münchenbuchsee», als er darauf verwies, dass der GR an viele Abläufe, rechtliche Vorgaben und Kompetenzen gebunden sei und dadurch vielfach an die Grenzen des Machbaren stosse.³⁴⁶ Es wurde dennoch ersichtlich, dass Münchenbuchsee mit dem Beitritt zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland zumindest in der Orientierung zum Verkehr verstärkt eine regionale Perspektive einzunehmen begann. Die weitere lokale Entwicklung sowie die Realisation weiterer Bauprojekte entspannten die Verkehrslage allerdings nicht. Dies zeigte sich in Zusammenhang mit der

³⁴³ HPA 2005a.

³⁴⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 26. Januar 2012, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2012a].

³⁴⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 23. Januar 2012, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2014a].

³⁴⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 27. März 2012, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2014b].

Überbauung Riedpark und Amselweg/Egg, welche in einer erhöhten Verkehrsbelastung in den Bereichen Oberdorf und Schöneegg resultierte.³⁴⁷ 2018 wurde die Motion «Verkehrsproblem muss gelöst werden» eingereicht. Durch den Zuzug des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts wurde eine Zunahme des Durchgangs- und Schleichverkehrs befürchtet.³⁴⁸ Der GR verwies in Zusammenhang mit der Motion allerdings auf die grundlegende Kompetenz des GR in diesen Angelegenheiten, versicherte allerdings zeitgleich darauf, dass er alles Machbare unternahm, um die Verkehrsproblematik in den Griff zu bekommen.³⁴⁹ Hiervon zeugten auch die Studien zur Oberdorf- und Bernstrasse, welche in Zusammenhang mit der gleichbenannten einfachen Anfrage Erwähnung fanden. In Abgleich mit dem Verkehrsmanagement Region Bern Nord wurde dabei versucht, mit neuen Massnahmen eine Beruhigung der Verkehrsbelastung zu erreichen.³⁵⁰

Nebst dem Versuch der Steuerung der Mobilität wurden zudem weitere Aspekte der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt in den Diskussionen und Vorstössen des GGR bedient. Zum Beispiel der Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Förderung erneuerbarer Energie. Sie kamen zum Ausdruck, wenn in Zusammenhang mit Sanierungsarbeiten am Schulhaus Allmend die Wahl der neuen Fenster in Verbindung mit der Optimierung des Energieverbrauchs sowie des Lärmschutzes standen oder wenn bezüglich der Sanierung und des Ersatzes der Heizung des Schulhauses Riedli ein Nahwärmeverbund installiert wurde.³⁵¹ Bereits im Jahr 1999 folgte eine Motion, welche die Förderung von Alternativ-Energiequellen mittels Unterstützung der Privaten durch die Gemeinde vorsah. In anderen Worten sollte im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes der Umschwung auf erneuerbare Energien gestärkt werden. Dadurch sollte die Bevölkerung für den Einsatz dieser Energien sensibilisiert und mit entsprechenden Anreizen zu einem Umdenken bewegt werden.³⁵² Dass die Motion vom GGR mit 19 zu 18 Stimmen abgelehnt und abgeschrieben wurde, zeigte jedoch, dass der GGR im Jahre 1999 noch nicht bereit war, diesen Schritt zu gehen.³⁵³ Umgekehrt wurde noch im selben Jahr eine weitere

³⁴⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 01. Juni 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017c].

³⁴⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 4. Sitzung, 16. August 2018, <https://www.muenchenbuchsee.ch/traktanden.php?f=4cab372426330a9570e9ffca02ada624.pdf> [im Folgenden HPA 2018d].

³⁴⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 5. Sitzung, 29. November 2018, <https://www.muenchenbuchsee.ch/traktanden.php?f=aa0b3afb1196e4f6d4025f55be1d715.pdf> [im Folgenden HPA 2018e].

³⁵⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 6. Sitzung, 05. Dezember 2019, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2019f].

³⁵¹ HPA 1998f.

³⁵² Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 14. Januar 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999a].

³⁵³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 20. Mai 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999b].

Motion eingereicht, welche die nötigen Vorkehrungen vorsah, damit die Bevölkerung verbindlich Strom aus ökologischen Quellen beziehen konnte.³⁵⁴ Trotz der Einschätzung des GR, wonach der Zeitpunkt in Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Gemeindebetriebe und der dazu notwendigen Anpassung der Elektrizitätsverordnung ungünstig gewählt war, wurde die Motion vom GGR angenommen und der GR mit dem entsprechenden Auftrag ausgestattet.³⁵⁵ Die Gegenüberstellung der beiden Beispiele zeigt, dass im GGR im Hinblick auf diese Thematik zuweilen Uneinigkeit herrschte. Im Zusammenhang mit der Projekt- und Kreditgenehmigung zur Erweiterung des Sportzentrums Hirzenfeld wurde wiederum darauf verwiesen, dass die Umnutzung bestehender Anlagen dem Neubau vorzuziehen sei, was dem Anspruch der Nachhaltigkeit erneut gerecht wurde.³⁵⁶ Ein Jahr später wurde ein Vorstoss eingereicht, den GR zur Erlangung des Labels «Energistadt» als Leistungsausweis für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik zu animieren³⁵⁷, und im Jahr 2002 folgte die Forderung nach dem Minergiestandard in den gemeindeeigenen Liegenschaften. Damit sollte dem Energieleitbild und den darin aufgeführten Massnahmen zum sparsamen Energieverbrauch sowie der Nutzung von erneuerbaren Energien entsprochen und in Sachen energiebewusstem Bauen und Sanieren eine Vorbildfunktion eingenommen werden.³⁵⁸ Dass die Gemeinde im Jahr 2002 bereits mit dem Label Energistadt ausgezeichnet wurde, zeigte, dass diese Bemühungen auch von aussen wahrgenommen wurden. Es folgten weitere Vorstösse wie die «Energiesparwoche Gemeindeverwaltung»³⁵⁹ und «Förderung der Bekanntheit der Energieberatung», welche dazu beitragen sollten, das Bewusstsein für den Umgang mit den Energieressourcen in der Bevölkerung zu fördern.³⁶⁰ 2009 folgte ein Vorstoss zur Aktualisierung des Energieleitbildes, welches seit 1999 bestand, und an die neuen Bedingungen angepasst werden sollte.³⁶¹ 2011 folgten die Forderung nach einem «Klimaneutralen Postversand»³⁶², 2011 die Motion «Photovoltaikanlage auf der Sporthalle Bodenacker»³⁶³ und

³⁵⁴ HPA 1999g.

³⁵⁵ HPA 2000b.

³⁵⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 24. Juni 1999, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1999c].

³⁵⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 19. Oktober 2000, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2000e].

³⁵⁸ HPA 2002c.

³⁵⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 2. Sitzung, 03. Mai 2007, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2007b].

³⁶⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 30. August 2007, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2007d].

³⁶¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 26. Februar 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009a].

³⁶² HPA 2011b.

³⁶³ Ebd.

2012 die Motion «Energiesparen bei der Strassenbeleuchtung».³⁶⁴ 2017 folgte zudem das Geschäft zur Freigabe des Bauprojekts zum Ausbau des Wärmeverbunds Zentrum, in dessen Zusammenhang mehrere geplante Bauprojekte in der Gemeinde (Überbauung Strahmmatte, Erweiterung des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache) sowie bestehende Bauten (Paul Klee Dorf und Bodenacker) mit dieser umweltfreundlichen Form des Heizens versorgt werden sollten. Dadurch sollten Emissionen verringert, externe Kosten der Energiegewinnung reduziert und die gemeindeeigenen Liegenschaften als kostenoptimierte Energiebezieher installiert werden sowie das erwirtschaftete Kapital in der Gemeinde bleiben.³⁶⁵ Dass das Geschäft vom GGR einstimmig angenommen wurde, deutete auf eine Öffnung in energietechnischen Fragen hin.

Weitere Aspekte einer auf die Umwelt ausgelegten Nachhaltigkeitspolitik zeigten sich in Vorstössen zur Errichtung von Mobilfunkstationen im Zuge der Öffnung des Telekommunikationsmarktes. Davon zeugten die Interpellation «Mobilfunkstationen» aus dem Jahre 1999, als in Zusammenhang mit dem Bau eine Verunsicherung in der Bevölkerung registriert und eine Belastung der Umwelt und Gesellschaft durch elektromagnetische Felder befürchtet wurde.³⁶⁶ In die gleiche Richtung war die Motion «Konzept Mobilfunk- und weitere Telekommunikationsantennen» aus dem Jahre 2000 zu interpretieren, als der Wildwuchs von Antennen über die Koordination der Standorte verhindert und damit die Strahlenbelastung der Bevölkerung im Rahmen gehalten werden sollte.³⁶⁷ Der GR verwies in der Behandlung des Geschäftes auf die Vorschriften des Umweltschutzgesetzes, an welchen sich der GR zu orientieren hatte.³⁶⁸ Diese Sichtweise des GR bestätigte sich auch im Rahmen der Behandlung einer weiteren Interpellation «Konzept Mobilfunk und weitere Telekommunikationsantennen». In der Behandlung dieser Interpellation kam zum Ausdruck, dass ein Einschreiten gegen den Bau auf schwierigem Grund stand, da die Grenzwerte in der Schweiz kaum erreicht wurden.³⁶⁹ Die erneute Motion «Besserer Schutz vor schädlichen Immissionen durch Mobilfunkantennen»³⁷⁰ 2007 und einer gleichbenannten Interpellation im Jahr 2009 zeigte

³⁶⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 05. Dezember 2012, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2012b].

³⁶⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 2. Sitzung, 30. März 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017b].

³⁶⁶ HPA 1999b.

³⁶⁷ HPA 2000b.

³⁶⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 07. September 2000, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2000d].

³⁶⁹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 23. Januar 2003, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2003a].

³⁷⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 01. Februar 2007, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2007a].

allerdings, dass die Bedrohung als real empfunden wurde und der GR erneut zu mehr Massnahmen bewogen werden sollte.³⁷¹

Wurde das Grossprojekt Golfpark im vorangehenden Unterkapitel noch als Mittel der Attraktivitätssteigerung und Wettbewerbsverstärkung der Gemeinde aufgeführt, zeigte sich daneben, dass sich aus einer umwelttechnischen Perspektive dasselbe Projekt Kritik ausgesetzt sah. Schliesslich hatte das Projekt durch Umgestaltung der Landwirtschaftszonen eine schwerwiegende Umgestaltung des Ökosystems zur Folge. Der GR wurde dementsprechend mit der Forderung ausgestattet, ökologische Massnahmen zu ergreifen und die Auswirkungen des Grossprojekts auf die Umgebung zu überprüfen. Die Gegenüberstellung zeigt, dass unterschiedliche Auffassungen der Nachhaltigkeit im GGR bestanden und die raumpolitischen Diskussionen im GGR prägten.³⁷² Der nachhaltige Umgang mit der Umwelt fand zudem in der Schaffung einer ZPP zur «Renaturierung des Mühlebachs»³⁷³, dem Aufruf zur «Durchführung einer Ozonmessung»³⁷⁴ oder dem Einsatz für die Erlangung der Label Biodiversitätsgemeinde oder FAIR TRADE TOWN ihren Ausdruck.³⁷⁵ Der GR zeigte sich gegenüber dieser Anliegen vielfach offen, es wurde allerdings auch erkannt, dass vielen nicht nachgekommen werden konnte, da hierzu personelle oder finanzielle Ressourcen fehlten.³⁷⁶

Insgesamt entstand anhand des politischen Diskurses der Eindruck, dass die Nachhaltigkeitsdimension der Umwelt stark im Zeichen der Verkehrsplanung und -regulierung stand. Wurden hierzu vielfach «kosmetische Anpassungen» vorgenommen, entstand in der Bearbeitung der Protokolle der Eindruck, dass sich für die Behandlung der Geschäfte zunehmend eine regionale Ausrichtung einstellte.

6.4. Nachhaltige Raumpolitik

Die vorangehenden Zusammenfassungen der Unterkategorien der Nachhaltigkeitsdimensionen zeigten, dass das lokalpolitische Geschehen im GGR stets im Zeichen der Nachhaltigkeit stand. Die Aufwertung der Siedlungsqualität, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Steuerung des Verkehrs kamen in zahlreichen Vorstössen und Geschäften zum Ausdruck. Die raumplanerische Regierungstätigkeit richtete sich in diesem Sinne stark an nachhaltigen

³⁷¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 8. Sitzung, 10. Dezember 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009h].

³⁷² HPA 2007b.

³⁷³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 6. Sitzung, 17. November 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2005f].

³⁷⁴ HPA 2005b.

³⁷⁵ HPA 2010; Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 26. Mai 2016, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2016c].

³⁷⁶ HPA 2017c.

Inhalten aus. Sie widerspiegelten sich in den Bestrebungen des GGR und des GR, den Verkehr, die Energie und die Raumentwicklung aufeinander abzustimmen und damit Siedlungen und Landschaften aufzuwerten. Es zeigte sich allerdings auch, dass die Ergreifung der Massnahmen sich vielfach verzögerte, sei es aufgrund unterschiedlicher Auffassungen der Situationen im GGR oder dem Verweis auf die reglementarischen Abläufe sowie Kompetenzzuweisungen im Raumplanungsprozess. Nachhaltigkeit gab zum einen Anlass für Unstimmigkeiten oder wurde zum anderen durch die politischen Strukturen der Schweiz in deren Umsetzung eingeschränkt. Zudem zeigte sich anhand der Analyse der Sitzungsprotokolle, dass die regionale Zusammenarbeit nur zögerlich in den politischen Diskurs aufgenommen wurde. Eine Veränderung zugunsten derselben wurde insbesondere in Zusammenhang mit der Planung zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland festgestellt. Dementsprechend konnte im Jahre 2005 festgehalten werden, dass der Regierungsrat des Kantons erste Schritte zu unternehmen begann, um die Zusammenarbeit der Gemeinden in Richtung Nachhaltigkeit zu fördern. Dabei sollten die Verkehrs- und Siedlungsplanung besser abgestimmt werden, was unter anderem in Form einer Regionalkonferenz bewerkstelligt werden sollte. Anhand der Mitteilung des GR liess sich allerdings erkennen, dass diese Idee von Seiten der Gemeinde(n) nicht unterstützt wurde. Der Hauptgrund lag in der Furcht um die Beschränkung des autonomen Regierungshandelns.³⁷⁷ Das Abtreten gewisser Kompetenzen in den Bereichen Richt-, Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung sowie der Kulturförderung an die Regionalversammlung wurde zuweilen mit Misstrauen belegt, was auch die Interpellation zur Einführung der Regionalkonferenz zum Ausdruck brachte.³⁷⁸ Damit man sich der Auswirkungen eines Beitritts bewusst wurde, wurde denn auch eine Spezialkommission geschaffen, welche sich dieser Thematik spezifisch anzunehmen hatte.³⁷⁹ Trotz dem vereinzelt spürbaren Misstrauen gegenüber der regionalen Öffnung entstand durch den Anstoss von aussen allerdings auch der Eindruck, dass in Reaktion auf denselben der Gedanke an regionale Zusammenschlüsse im lokalen Parlament implementiert wurden. Er zeigte sich in der Motion zur «Nachhaltigkeit», welche vorsah, die Richtlinien der Regierungspolitik 2003 bis 2006 des Kantons Bern auf die Gemeindeebene zu übertragen und zukünftige Entscheide, Konzepte und Projekte des GR hinsichtlich Wirkung auf Nachhaltigkeit zu überprüfen, worauf mit der Aufnahme der Leitsätze der «Ökologie» und «sozial» in die Legislaturziele reagiert wurde.³⁸⁰ Oder der Mitwirkung am

³⁷⁷ HPA 2005f.

³⁷⁸ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 3. Sitzung, 19. Juni 2008, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2008c].

³⁷⁹ HPA 2008g.

³⁸⁰ HPA 2007b.

Agglomerationsprogramm «Verkehr und Siedlung», in dessen Zusammenhang der GR die Bestrebungen für die Förderung der kombinierten Mobilität unterstützte, auch wenn dies von der bestehenden Infrastruktur sowie der Kostenbeteiligung durch Bund und Kanton abhängig gemacht wurde.³⁸¹ Die Bestrebungen mündeten in der Aufnahme der Nachhaltigkeit in die Legislaturziele, welche unter anderem das Ziel des nachhaltigen Denkens verfolgte und Massnahmen des ökologischen Verhaltens nach Innen und Aussen sowie der Vorbildfunktion der Gemeinde vorsah.³⁸² Zudem wurde ab dem ersten Quartal des Jahres 2012 der Leitbildprozess unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung gestartet, welcher mit der Inkraftsetzung desselben im Jahre 2013 endete und fortan eine nachhaltige Gewichtung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen in der lokalen Politik integrierte.³⁸³ Für die Auslagerung des Werkhofes erhielt Münchenbuchsee als erste Gemeinde der Schweiz gar den «Green Can Award 2013», welcher als Inbegriff für nachhaltig denkende Organisationen und Gemeinden galt.³⁸⁴ Noch im selben Jahr wurde zudem vom schweizerischen Stimmvolk die Teilrevision des neuen Raumplanungsgesetzes angenommen, welches unter anderem verdichtetes Bauen in den Siedlungsgebieten vorsah und im Zukunftsforum «Gemeindeentwicklung» gründete, einem Instrument, das eingesetzt wurde, um die Entwicklung der Gemeinde voranzutreiben und verstärkt auf Nachhaltigkeit auszurichten.³⁸⁵ Ein weiteres Zeichen für die zunehmende Bedeutung der Nachhaltigkeit in raumplanerischen Belangen war zudem die Motion «Mehr Nutzung in den bestehenden Bauzonen», welche die Ausarbeitung einer Studie orientiert am Energierichtplan vorsah und vom GGR für erheblich erklärt wurde.³⁸⁶ 2016 zeigte sich, dass diese Motion vom GR bereits umgesetzt wurde. Die dabei erarbeitete Detailpotentialanalyse ergab für das bestehende Siedlungsgebiet eine bis ins Jahr 2030 realisierbare ortsverträgliche Innenentwicklung für ungefähr 500 weitere Einwohner, wobei die wachsenden Wohnraumbedürfnisse für die bestehende Bevölkerung ebenfalls berücksichtigt wurden. Zur Einschätzung des Wachstums wurden dabei Ortsbildschutz, Siedlungsqualität, Infrastruktur, Arbeits- und Freiraumbenützung sowie ökologische Aspekte berücksichtigt. Die Studie zeigte zudem die Dringlichkeit weiterer ortsplanerischer Arbeiten auf.³⁸⁷ Mit der Motion zur «Periodischen Durchführung eines Zukunftsforums im GGR» wurde zudem ersichtlich, dass

³⁸¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 7. Sitzung, 09. Dezember 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2010g].

³⁸² HPA 2011d.

³⁸³ HPA 2011e; Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 09. Dezember 2013, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2013a].

³⁸⁴ HPA 2013b.

³⁸⁵ HPA 2014a.

³⁸⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 5. Sitzung, 09. Dezember 2014, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2014e].

³⁸⁷ HPA 2016d.

Massnahmen für eine zukunftsgerichtete Entwicklung aus einem gemeinsamen Austausch über die Parteigrenzen hinweg öfters ergriffen werden sollten. Als Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit wurde die Motion «Wachstum nach innen» aufgeführt.³⁸⁸ Der GR seinerseits erachtete die Form der Durchführung aus einer administrativen Perspektive als zu gross und verwies auf die in diesem Zusammenhang fehlenden Kompetenzen des GGR. Allerdings war eine effizientere und effektivere Form eines solchen Gefässes bereits in der Ausarbeitung.³⁸⁹ Noch in derselben Sitzung wurde der GR zudem auf die seit 2015 ausstehende Behandlung der Motion zum «Monitoring der Gemeindeentwicklung» aufmerksam gemacht, deren Inhalt eine saubere und kontinuierliche Datenbasis vorsah, um die Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Bevölkerung, Raumnutzung, Umwelt und Verkehr analysieren zu können und in zukünftige Entscheide einfliessen zu lassen.³⁹⁰ Die effektive Behandlung der Motion im Jahre 2019 ergab, dass bereits mehrere Monitorings durch die Gemeinde durchgeführt wurden. Sie betrafen die Schulraumplanung, die Auswirkungen der Ortsplanrevision auf die gemeindeeigenen Infrastrukturen sowie die Wasserversorgung, den Zustand der Liegenschaften, Strassen und Finanzen.³⁹¹ Aus der Feststellung der verstärkten Bestrebungen hin zur Nachhaltigkeit resultierte schliesslich zum Ende des politischen Jahres 2016 bereits ein Geschäft zum weiteren Vorgehen der Ortsplanung sowie einer Kreditvergabe. Nebst der Revision des Baureglements und Anpassungen am Zonenplan Siedlung in Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung nach innen sowie der kürzlich fertiggestellten kommunalen Energierichtplanung ging es dabei vor allem auch um die Einbettung in ein strategisches Gesamtkonzept. Dazu mussten behördenverbindliche Planungsinstrumente kombiniert mit der grundeigentümerverbindlichen Grundordnung angepasst und die finanziellen Mittel von Seiten des GGR gesprochen werden.³⁹² Die beiden Postulate zur «Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung in die Hand nehmen» bestätigten die eingeschlagene Richtung noch einmal. Die Herausforderungen der Agglomeration Bern waren nur in einer gemeinsamen und gemeindeübergreifenden Entwicklung der Kernregion zu meistern. Bestehende Gremien und Institutionen waren bis zu diesem Zeitpunkt zu heterogen aufgestellt, als dass ein gemeinsamer Konsens hätte gefunden werden können. Deshalb sollte der GR zum Handeln bewogen werden

³⁸⁸ HPA 2016d.

³⁸⁹ HPA 2017b.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 24. Januar 2019, <https://www.muenchenbuchsee.ch/traktanden.php?f=4dcebeb8ea600f5588ac93c010660529.pdf> [im Folgenden HPA 2019a].

³⁹² Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 4. Sitzung, 01. Dezember 2016, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2016e].

und eine Resonanzgruppe Kernregion Bern einsetzen.³⁹³ In der Reaktion des GR wurde ersichtlich, dass dem Inhalt der beiden Postulate auch von Seiten der Regierung zugestimmt wurde, allerdings sah dieselbe kein aktives Vorgehen durch die Gemeinde Münchenbuchsee vor, weshalb die Vorstösse in der Folge abgeschrieben wurden.³⁹⁴ Die Tendenz hin zur Nachhaltigkeit wurde allerdings 2017 weiter bestätigt. In einem Vortrag wurde der GGR zu langfristigem und proaktivem Handeln aufgerufen. Dabei sollte er davon absehen, sich gegenseitig zu blockieren.³⁹⁵ Es folgten Postulate zu «nachhaltigen Gemeindefinanzen» und «nachhaltigem Eigenkapital», die den Zweck verfolgten, die kontinuierliche Zunahme der Ausgaben einzudämmen.³⁹⁶ Der GR folgte dem Anliegen, indem in der Stellungnahme 2018 beteuert wurde, dass ein strategisches Instrument bereits geschaffen wurde. Zudem beteuerte dieser gleichzeitig, dass er um eine nachhaltige und solide Gebührenpolitik bemüht sei.³⁹⁷ Anhand des Zukunftsforums GGR aus dem Jahre 2018 konnte zudem erörtert werden, welche Themen den GGR im Hinblick auf die Zukunft beschäftigten. Dabei wurde danach gefragt, ob Münchenbuchsee für das digitale Zeitalter gewappnet war, wie die Umgebung des Bahnhofs Münchenbuchsee zu einem Ort der Begegnung gemacht werden konnte, wie nachhaltige Gemeindefinanzen zu realisieren seien, welche Auswirkungen die innere Verdichtung auf die Siedlungsqualität sowie die Lebensqualität in Münchenbuchsee habe, welche durch Projekte und Investitionen nachhaltig gesteigert werden sollten.³⁹⁸ Nachhaltigkeit widerspiegelte sich zudem im Geschäft zur Änderung der ZPP Strahmmatte. Diese Änderung wurde im Rahmen des zweiten Pakets der Ortsplanungsrevision beschlossen und gleich im Sinne der neuen Ausrichtung des Gesetzes auf dichtes und zentrumsbezogenes Bauen ausgerichtet.³⁹⁹

6.5. Identitätenverstärkende Politik

Im Zuge der Analyse der Protokolle des GGR zeigte sich schnell, dass Instrumente zur aktiven Verstärkung kommunaler Identitäten kaum eingesetzt wurden. Eine Unterteilung in die verschiedenen vorgängig definierten Kategorien wurde entsprechend schwierig respektive erübrigte sich. Aus diesem Grund wurde auf eine Ausführung nach Kapiteln verzichtet und an deren Stelle soll ein Gesamtüberblick geliefert werden.

³⁹³ HPA 2016e.

³⁹⁴ HPA 2017b.

³⁹⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 1. Sitzung, 26. Januar 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017a].

³⁹⁶ Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 6. Sitzung, 07. Dezember 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017f].

³⁹⁷ HPA 2018b.

³⁹⁸ HPA 2018c.

³⁹⁹ HPA 2019f.

Die Grosszahl der Ansätze einer entsprechenden Politik wurde der Kategorie der historischen Identitätsverstärkung zugeordnet. Sie zeigten sich insbesondere in der Förderung des Gegenwartsbezuges, welcher mittels Investitionen in das Kulturangebot in Münchenbuchsee erkannt werden konnte. Sie betrafen beispielsweise den Umbau der alten Post zu Bibliothekszwecken und der Unterbringung der Sammlung Alt Buchsee, wodurch an prominenter Stelle in der Gemeinde die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen versucht wurde.⁴⁰⁰ Sie zeigten sich zudem in den Anträgen auf Ausbau des Sportstättenangebots oder der Motion «freiwilliger Schulsport», wodurch der grossen Nachfrage nach Vereinstätigkeiten einerseits nachgekommen und andererseits der Bezug zum lokalen Vereinswesen weiter zu stärken versucht wurde.⁴⁰¹ Zudem wurden die Verwaltungsberichte der Gemeinde den lokalen Schulen zugestellt oder das mediale Auftreten der Gemeinde im Internet in die Wege geleitet, mit der Absicht, das Interesse für die Gemeinde bei der jüngeren Gemeindebevölkerung zu wecken.⁴⁰² In der Herangehensweise zeigte sich, dass der öffentliche Dialog über die mediale Aufarbeitung gefördert werden sollte. Um den Bezug zur Gegenwart zu erhöhen sowie die Attraktivität des kulturellen Angebotes in Münchenbuchsee zu steigern, wurden zudem Vorstösse zum Hotel Bären Münchenbuchsee getätigt. In der Behandlung der einfachen Anfrage betreffend einer generellen Überzeitbewilligung für das Restaurant Bären zeigte sich allerdings, dass die mentalen Ausrichtungen einer heterogenen Gesellschaft der gezielten Verstärkung von Identitätensphären im Wege stehen konnten. Wurde also auf der einen Seite für die Verstärkung des lokalen Kulturangebots plädiert, zeigte sich in der Behandlung der Anfrage, dass diese zu einer Abwägung der Lärmbelastung und der Förderung des lokalen Gewerbes führte. Befürchtet wurden insbesondere Mehrkosten in Zusammenhang mit den längeren Öffnungszeiten sowie nachahmende Gaststätten. In der Behandlung zeigte sich zudem, dass zwar ein Bewusstsein für die Entwicklung hin zu einer Vorstadt bestand, allerdings die Handlung und weiteren Aussagen in eine andere Richtung interpretiert werden konnten.⁴⁰³ Die Durchführung eines Festes auf der Badeanlage Hirzenfeld wurde wiederum als Mittel zur Steigerung der Attraktivität für diese gemeindeeigene Institution angesehen, was nach den theoretischen Identitätenüberlegungen ebenfalls einer Steigerung des Gegenwartsbezugs

⁴⁰⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 27. Juni 1996, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1996d].

⁴⁰¹ HPA 1997b.

⁴⁰² HPA 1996b; HPA 1997b.

⁴⁰³ HPA 1998c.

zugeordnet wurde.⁴⁰⁴ Die Initiative der Bevölkerung zu bestärken, wurde zudem in Bezug auf die Durchführung von 1. Augustfeiern versucht. So wollte die Gemeinde unter Einbezug der Bevölkerung ein neues Konzept für die Durchführung dieser Feiern kreieren. Auf die öffentliche Ausschreibung im Buchsi-Info wurden allerdings lediglich drei Reaktionen erzielt, was von einer spärlichen Anteilnahme zeugte.⁴⁰⁵

Weitere Ansätze ab dem Jahrtausendwechsel wurden schliesslich zum Ausbau der gemeindeeigenen Webseite, in der Anfrage der Umgestaltung des Dorfzentrums und des Bahnhofs oder der Neuregulierung des Dorffestes erkannt.⁴⁰⁶ Der GR verwies darauf, dass ein Dorffest ohne entsprechende Unterstützung durch die lokalen Vereine nicht realisiert werden konnte. Eine solche wurde von Seiten der Vereine allerdings nicht zugesichert.⁴⁰⁷ In der Motion zur «Veröffentlichung der Beschlüsse des GR» und den Überlegungen zu einem aktiven Standortmarketing wurden zudem die Absichten sichtbar, einerseits die Bevölkerung mit mehr Informationen auszustatten und dadurch die Verbindung zwischen der politischen Institution und der sie tragenden Bevölkerung herzustellen, sowie andererseits die Gemeinde durch Hervorhebung spezifischer Merkmale attraktiver zu machen.⁴⁰⁸ Dasselbe Vorhaben zeigte sich anhand des Postulats «Buchsi-Pläfu». In der Begründung zu dem Vorstoss kam zur Geltung, dass dieser Platz unzureichend genutzt wurde und deshalb reaktiviert werden sollte. Aufgrund der anliegenden und dichtbefahrenen Bernstrasse liess sich das Vorhaben allerdings nicht umsetzen. Eine Realisierung wäre mit erhöhten Sicherheitsmassnahmen verbunden gewesen, zu welchen dem lokalen Regierungswesen die finanziellen Mittel fehlten.⁴⁰⁹ Derselbe Grund hemmte auch weitere Massnahmen, welche zum Beispiel ein Jahr später in Zusammenhang mit der Interpellation «Zukunftsvision Buchsi» gefordert wurden. Die Begründung des Vorstosses liess die Erfassung einer Wahrnehmung zu, welche von einer schlechten Information der Bevölkerung über die politischen Gremien schrieb, sowie der fehlenden Anteilnahme derselben im Hinblick auf die Erarbeitung politischer Massnahmen. Der Dialog wurde als Reduktion auf kurzfristige Kompromisse und Handel bezüglich Steuersätze und Budgetposten betitelt, welcher sich in Politikverdrossenheit sowie tiefen Stimmbeteiligungen manifestierte. In der Antwort der Interpellation durch den GR wurde die Wichtigkeit der Kommunikation und deren

⁴⁰⁴ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 14. Mai 1998, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1998d].

⁴⁰⁵ HPA 1999d.

⁴⁰⁶ HPA 2002c; HPA d; Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 06. September 2002, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2002e].

⁴⁰⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 7. Sitzung, 13. Dezember 2002, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2002g].

⁴⁰⁸ HPA 2003c.

⁴⁰⁹ HPA 2008g.

Ausbaufähigkeit bestätigt, allerdings erachtete der GR die Basis der Informationsleistung bereits als gegeben. Verbesserungen und Erneuerung seien zudem mit Kosten verbunden, welche er zum damaligen Zeitpunkt nicht in der Lage war zu leisten. Der GR räumte allerdings ein, Möglichkeiten zu prüfen, einen breiteren partizipativen Dialog einzuleiten, wodurch Münchenbuchsee und dessen Bevölkerung um eine Vision herum mobilisiert werden sollte.⁴¹⁰ Am Inhalt des Vorstosses sowie dessen Behandlung zeigte sich damit, dass Handlungsbedarf von Seiten der kommunalen Legislative und Exekutive erkannt wurde, deren Umsetzung allerdings anders gewichtet wurde. Es liess die Interpretation zu, dass eine bewusste Identitätsverstärkung nicht an oberster Stelle der Aufgaben der Regierung stand. Immerhin wurde noch im selben Jahr beschlossen, Abstimmungsresultate aus dem GGR in den Abstimmungsbotschaften abzubilden, womit ein wichtiger Beitrag zur politischen Transparenz geleistet werden sollte.⁴¹¹ Ein weiteres Element wurde im Postulat zur «Fortführung der Lokalgeschichte «Ein Dorf wird Vorstadt» gesehen. Der Ansatz des Festhaltens der gemeindeeigenen Entwicklung kommt einer historischen Komponente der Identitätenverstärkung gleich.⁴¹²

Andere identitätenverstärkende Elemente wurden in der Schaffung eines Buchsi-Preises erkannt. In der Absicht, besondere Verdienste zur Erhaltung des Wohls der Gemeinde speziell und öffentlich zu würdigen, wurde ein Mittel zur Verstärkung innerer Homogenität antizipiert.⁴¹³ Im Verlauf der Protokolle zeigte sich allerdings, dass auch dieses Instrument auf wenig Anklang stiess. Aufgrund von immer weniger werdenden Nominationen wurde denn auch eine Anpassung der Reglementarien umgesetzt, welche die Verleihung des Preises auf ein Mal pro Legislatur beschränkte.⁴¹⁴

Insgesamt ergaben sich aus der qualitativen Inhaltsanalyse ansonsten kaum identitätsverstärkende Elemente, womit diese aufzeigte, dass der politische Diskurs im GGR selten und wenn, dann über latente Sinngehalte von solchen Elementen geprägt wurde. Relativierung erfährt diese Erkenntnis in Zusammenhang mit den Motiven des Handelns des GGR. Schliesslich ist das Handeln desselben praktisch ausschliesslich auf die Erhaltung einer attraktiven Gemeinde ausgerichtet, wie in Zusammenhang mit der nachhaltigen Raumpolitik

⁴¹⁰ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 5. Sitzung, 27. August 2009, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2009e].

⁴¹¹ Ebd.

⁴¹² Protokoll des Grossen Gemeinderats Münchenbuchsee, 3. Sitzung, 01. Juni 2017, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur [im Folgenden HPA 2017c].

⁴¹³ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 4. Sitzung, 14. Mai 1998, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 1998d].

⁴¹⁴ HPA 2013c.

erkannt werden konnte. Die politische Agenda des GGR respektive der Gemeinde ist denn auch in ihrer Ganzheit dieser Aufgabe gewidmet. Die Theorie zu den politischen Identitäten zeigte allerdings, dass die Verstärkung derselben aktiv über eine entsprechende Deutung beispielsweise durch Identitätsstifter getragen werden muss. Ansätze zu entsprechenden Bestrebungen konnten den Protokollen nicht entnommen werden.

6.6. Zusammenfassung

Die qualitative Inhaltsanalyse konnte aufzeigen, dass das politische Schaffen des GGR vielseitige Komponenten einer nachhaltigen Raumpolitik beinhaltet. Den drei Nachhaltigkeitsdimensionen wurde in zahlreichen Vorstössen, Geschäften und weiterführenden Diskussionen Ausdruck verschafft, wobei der Dimension der Umwelt die grösste Bedeutung zukam. Es zeigte sich allerdings auch, dass deren praktische Umsetzung vielfach mit Schwierigkeiten verbunden war. Diese bezogen sich auf Unstimmigkeiten im GGR, die Kompetenzverteilung zwischen dem GGR und dem GR, Kompetenzverteilungen in Bezug auf die verantwortliche politische Ebene, Kostenabschätzungen, Ressourcenverteilungen oder Dringlichkeitsbedarf. Dementsprechend wurden zahlreiche Vorstösse aufgrund unterschiedlicher Ansichten im GGR abgewiesen. Viele Anliegen der Nachhaltigkeit wurden zudem bereits zu einem frühen Zeitpunkt in der analysierten Zeitspanne hervorgebracht, jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt effektiv ergriffen respektive behandelt. Dadurch entstand der Eindruck, dass raumplanerische Begehren einem grossen Zeitbedarf unterworfen waren, wodurch die Umsetzung derselben lediglich langsam von statten ging. Häufig konnten in den Stellungnahmen des GR Verweise erfasst werden, dass die gesetzlich oder strukturell notwendigen Grundlagen für die Bearbeitung von Anliegen nicht gegeben waren. Das Aufgabengebiet der Raumgestaltung wird dementsprechend von einer grossen Komplexität durchzogen, welche in einem grossen administrativen Aufwand resultierte und in starkem Masse von den überkommunalen Richtlinien abhängig war. Der GR verwies einige Male auf ausstehende Reglementarien, die zur Ergreifung weiterer Massnahmen der Gemeinde nötig waren. Weitere Hemmschwellen der Umsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung wurden in den personellen und finanziellen Ressourcen verortet. Dementsprechend wurden viele Vorstösse und Geschäfte unter anderem aus Kostenüberlegungen abgewiesen.

Generell konnte durch die Analyse erkannt werden, dass zwar eine steigende Tendenz hin zur aktiven Einflussnahme in der politischen Raumgestaltung bestand, dass jedoch raumpolitische Entscheide respektive Ausführungen nur begrenzt durch den GGR initiiert werden konnten. Der aktive Einfluss des GGR auf die lokale Raumgestaltung wurde aus diesem Grund als klein

betrachtet und eher in einer passiven Rolle verortet. Sie bestand vornehmlich in der Genehmigung von Geschäften und Reglementarien. Aus den Protokollen wurden zudem nur begrenzt raumwirksame Instrumentarien ersichtlich. Sie umfassten hauptsächlich Leitbilder, welche sich anhand der Diskussionsverläufe zunehmend auf nachhaltige Inhalte ausrichteten oder in Form der Senkung oder Anhebung des kommunalen Steuersatzes.

Das Abbild, welches über den thematischen Inhalt der Vorstösse im GGR erstellt wurde und über den Rückschluss auf die dahinterliegenden lebensweltlichen Bezüge, zeigte allerdings, dass erst nach der Jahrtausendwende und mit dem Aufkommen der politischen Diskussionen um die regionale Vereinigung in Form der Regionalkonferenz Bern-Mittelland eine regionale Nachhaltigkeit langsam in den lokalpolitischen Diskurs aufgenommen wurde. In Zusammenhang mit den komplexen Strukturen der nationalen Raumplanung entstand so der Eindruck, dass in Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung vielfach eine reaktive Haltung eingenommen wurde.

Daneben konnte zudem die Erkenntnis gewonnen werden, dass gerade Identitätenverstärkung oder die Bündelung von Identitäten kaum das lokalpolitische Geschehen prägten. Dies erstaunte umso mehr, als dass aus den begrüssenden Worten zu Beginn der politischen Jahre, die Notwendigkeit derselben im GGR vermehrt zum Ausdruck kam. Folgende Beispiele sollen davon zeugen: Im Jahre 2001 wurde auf die sich verändernden äusseren Bedingungen aufmerksam gemacht. Dabei sollten die Gefahren des Neuen einerseits gemeistert, aber andererseits auch dessen Chancen genutzt werden. Im Zuge der Globalisierung und Veränderungswelle sollten daher die Aufgaben und Leistungen zwischen Bund, Kanton und Gemeinde neu gedacht und die Politik zum Volk gebracht werden. Es wurde erkannt, dass zeitgemässe Lösungen nur durch Näherbringung der Aufgaben, Behörden und Bevölkerung realisiert werden konnten.⁴¹⁵ 2003 folgte ein Aufruf zu Dorfpolitik, welche die Einwohner Münchenbuchsees verstehen würden. In diesem Zusammenhang sollte weniger Partei- und an dessen Stelle mehr Sachpolitik betrieben werden. Dabei wurde zudem auf den grossen Anteil der Nichtwählerschaft verwiesen, welche ebenfalls vertreten werden sollte, und mit ihrem Verzicht auf Anteilnahme am politischen Schaffen bezeugte, dass kein Vertrauen in dasselbe bestehe.⁴¹⁶ Ein weiteres Jahr später wurde die Lage Münchenbuchsees zwischen Stadt und Land thematisiert, durch welche vielfältige Optionen bestanden, aber Traditionen, Verbindungen und Verantwortung allerdings langsam verschwanden. Aus diesem Grund wurde es als nötig

⁴¹⁵ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 25. Januar 2001, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2001a].

⁴¹⁶ HPA 2003a.

erachtet, dass die Dorfpolitik wieder mehr organisiert werden sollte.⁴¹⁷ Ebenfalls in diese Richtung wurden auch die Worte aus dem folgenden Jahr verstanden. Aufgrund der Grösse Münchenbuchsees wurde es als möglich erachtet, dass die Bevölkerung direkt und konkret bei der Entwicklung des Dorfes mitsprechend konnte. Die dörfliche Nähe sollte auch in der Politik spürbar werden.⁴¹⁸ Sie zeugen davon, dass die notwendige Verbindung zur Bevölkerung erkannt wurde. Ergriffen wurden Möglichkeiten allerdings kaum.

⁴¹⁷ Protokoll des Grossen Gemeinderats, 1. Sitzung, 11. Januar 2004, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur [im Folgenden HPA 2004a].

⁴¹⁸ HPA 2005a.

7. Abstimmungsverhalten Münchenbuchsee

Werte, Einstellungen, Mentalitäten und damit Identitäten zeigen sich überall dort, wo etwas interpretiert, beurteilt oder evaluiert werden muss. Analog dazu wird erwartet, dass sich politische Identitäten anhand der Beurteilung von politischen Projekten, Parteiprogrammen oder politischen Ideen besonders gut beurteilt lassen und sich im politischen Verhalten der Stimmbürger bei Wahlen und Sachabstimmungen manifestieren.⁴¹⁹ Abstimmungsdaten widerspiegeln damit die realpolitischen Konflikte in einer Gesellschaft und sind Ausdruck der unterschiedlichen Einstellungen zu Lebensstilen, Tradition und Sitte. Für die Wissenschaft bedeutet dies, dass in der Schweiz, dank der gut ausgebauten direkten Demokratie eine grosse Datensammlung für die Einschätzung der genannten Identitäten vorhanden ist.⁴²⁰ Egal auf welcher staatlichen Stufe, ob Gemeinde, Kanton oder Bund, Volksabstimmungen sind in der Schweiz ein fester Bestandteil der politischen Kultur.⁴²¹

Da die Analysen einschlägiger Wahlen für die Gemeinde Münchenbuchsee bereits durchgeführt wurden (siehe Kapitel 4.4.), wird in der Folge auf die Ergebnisse der Abstimmungen fokussiert. Die Ergebnisse dienen dabei als Indikatoren für eine lokalpolitische Kultur.⁴²² Um sich dieser anzunähern, werden zwei spezifische Ansätze verwendet. In einem ersten Schritt soll ein Überblick über das Abstimmungsverhalten im Hinblick auf spezifische Themen geschaffen werden. Im Anschluss daran wird der Fokus auf die Abstimmungen zu raumpolitischen Inhalten gelegt. Aufgrund der Abstimmungsbotschaften, die vom GGR zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet wurden, ergibt sich in diesem Zusammenhang die Möglichkeit zu schauen, ob die politische Steuerung anhand dieser funktionierte. Dabei wurde dem Ansatz der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Münchenbuchsee gefolgt, welcher Ausdruck des im Jahre 2010 durch den GR genehmigten Kommunikationskonzepts ist und schliesslich per Mitte 2011 in die Verwaltungsorganisation Eingang fand. Diesem entsprechend ist es die Aufgabe der Gemeinde, über Tätigkeiten von allgemeinem Interesse zu informieren, womit sie Grundlagen für eine freie Meinungsbildung schafft. Zudem soll mit dieser Information das Vertrauen zwischen den Behörden und Bürgern aufgebaut sowie der Versuch unternommen werden, das Interesse am politischen Geschehen in der Bevölkerung zu wecken. Die Informationskanäle, die hierzu zur Verwendung stehen, sind die Medienmitteilungen des

⁴¹⁹ Vgl. Leuthold 2006: 67.

⁴²⁰ Vgl. Hermann, Leuthold 2003: 12.

⁴²¹ Vgl. ebd.

⁴²² Vgl. Zurfluh 2017: 26.

GR, die gemeindeeigene Website und das gemeindeeigene Mitteilungsblatt Buchsi-Info, die Abstimmungsbotschaften sowie Informationsveranstaltungen.⁴²³

7.1. Themenpolitik

Die zunehmende Diversifikation politischer Aufgabenbereiche führt zu einer erschwerten Suche nach politischen Handlungseinheiten, auf die sich ein Identitätskonzept beziehen lässt. Daher empfiehlt sich zur Annäherung an ein solches die Gliederung politischer Identitäten nach verschiedenen politischen Aufgabenbereichen.⁴²⁴ Zu dieser Ansicht kam auch Jolanda Zurfluh im Rahmen ihrer Fallanalyse zu der Gemeinde Dietwil aus dem Jahre 2017. Sie unterteilte die politischen Aktionsgebiete nach den Feldern der Sozial-⁴²⁵, Finanz- und Wirtschafts-⁴²⁶, Aussen-⁴²⁷, Migrations-⁴²⁸ und Umweltpolitik⁴²⁹. Damit für die Gemeinde Münchenbuchsee ebenfalls spezifischen politischen Identitäten auf den Grund gegangen werden konnte, war es in einem ersten Schritt nötig, ebenfalls eine solche Einteilung vorzunehmen. Ein erster Einblick in die Abstimmungslandschaft zeigte diesbezüglich, dass die Einteilung primär auf nationaler Ebene umgesetzt werden kann. So stehen in der analysierten Zeitspanne 213 nationalen

⁴²³ Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2011, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, Signatur 1 131.

⁴²⁴ Vgl. Kopp 2002: 17.

⁴²⁵ Der Bereich der Sozialpolitik zielt auf die institutionellen, prozessualen und entscheidungsinhaltlichen Dimensionen aller Bestrebungen, welche die soziale Sicherheit der Bevölkerung durch den Staat, Verbände, Betriebe, Familien und private Vorsorge verbindlich regeln. Als Leitziele gelten der Schutz vor materieller Verelendung und Not, die Sicherung gegen Wechselfälle des Lebens, die Bekämpfung sozialer Ungleichheit und Mehrung der Wohlfahrt eines Landes. Vgl. Schmidt 2010: 736-737.

⁴²⁶ Da eine umfassende Auflistung der Ziele der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht besteht, werden diese aus deren Mitteln abgeleitet. Diese präsentieren sich in Zusammenhang mit der Erhaltung und den Rahmenbedingungen einer prosperierenden Marktwirtschaft sowie einem leistungsfähigen Staat, der die Belastung der Bürger und der zukünftigen Generationen in Grenzen hält. Spezifisch geht es also um eine Wirtschaftspolitik, die eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung anstrebt und dabei zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Teuerung verhütet und bekämpft. Vgl. Armingeon 2014: 698.

⁴²⁷ Die Aussenpolitik definiert sich «als dasjenige Verhalten, mit dem die im souveränen Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre Interessen gegenüber ihrer Umwelt wahrnimmt und durchsetzt» (S.623). Die Schweiz als neutraler und föderaler Kleinstaat verfolgte diesbezüglich eine wenig ambitionierte Aussenpolitik. Im Zentrum standen zunächst mehrheitlich die Förderung von Wirtschaftsinteressen und das passive Anbieten von humanitären Leistungen. Die Wandlung des internationalen Umfelds und das Aufkommen neuer Themen veränderten allerdings die Rahmenbedingungen für die Abwicklung der Aussenpolitik. In diesem Zuge entwickelte sich gerade die Europapolitik für die Schweiz zum zentralen Themenfeld der Aussenpolitik. Deshalb werden aktuell die Koordination der verschiedenen Interessen sowie die Setzung von Prioritäten als die wichtigsten Aufgaben derselben beschrieben. Vgl. Goetschel 2014: 623-624.

⁴²⁸ Die Definition der Migrationspolitik erfolgt aufgrund der Nennung ihrer zentralen Inhalte: der Reglementierung der Einwanderung, der Flüchtlings- und Asylbelangen, der Einbürgerungen sowie genereller Integrationsthemen. Vgl. Lavenex, Manatschal 2014: 671-694.

⁴²⁹ Dem Bereich der Umweltpolitik wird in diesem Zusammenhang auch derjenige der Raumordnungspolitik zugeeilt. Beide bezwecken den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, arbeiten auf der Vollzugsebene mit ähnlichen Instrumenten (Genehmigungen, Pläne) und ihre gesetzlichen Grundlagen traten, trotz politisch sehr unterschiedlicher Entstehungsbedingungen, in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre in Kraft. Vgl. Knoepfel, Nahrath 2014: 749.

Abstimmungen, 65 kantonale und 74 kommunale gegenüber.⁴³⁰ Deshalb sollen in diesem Kapitel ausschliesslich die nationalen Resultate berücksichtigt werden. Damit anhand der Ergebnisse allerdings ein Rückschluss auf die lokalpolitische Kultur Münchenbuchsees realisiert werden kann, beziehungsweise diese auch eine Abstraktion erfahren, wurden sie in Kontrast zu denjenigen des städtischen Kerngebietes der Gemeinde Bern gestellt. Die Hinzunahme der Gemeinde Bern anerbote sich, da die Unterschiede der politischen Kulturen seit geraumer Zeit und bis heute immer wieder in dem viel diskutierten Stadt-Land-Graben ihren Ausdruck finden. Haben die grossen Schweizer Kernstädte Zürich, Basel, Bern politisch betrachtet eine linke Grundorientierung, herrschen in den Agglomerationen eher bürgerliche Lebensweisen vor. Auf dem klassischen Links-Rechts-Schema, welches zur Veranschaulichung politischer Ansichten in der Regel beigezogen wird, heisst dies, dass die Agglomerationen eher auf der rechten Seite dieser Achse positioniert sind, was sich in einer dort vorherrschenden, konservativen Mentalität ausdrückt.⁴³¹ Die Analyse der Entwicklung Münchenbuchsees vermochte in diesem Kontext bereits aufzuzeigen, dass sich die Gemeinde in diesem Sog zwischen Stadt und Land einordnen lässt. Daher soll gerade der Vergleich zwischen der Agglomerationskerngemeinde und der dazugehörigen Agglomerationsgürtelgemeinde aufzeigen, ob sich die politischen Gesinnungen zwischen 1995 und 2019 eher angleichen oder voneinander entfernten.

Damit die Analyse überschaubar und zeitlich in einem vernünftigen Rahmen gehalten werden konnte, wurde zur vorteilhaften Strukturierung auf das methodische Hilfsmittel der Stichprobenziehung zurückgegriffen. Dieses findet im Kontext der Abstimmungsforschung häufigen Einsatz, um verlässliche Aussagen über eine vorab definierte Grundgesamtheit zu machen, ohne dabei eine in der Praxis häufig nicht umsetzbare Vollerhebung durchzuführen.⁴³² Dazu sind repräsentative Daten eine notwendige Grundbedingung. Eine Stichprobe ist demnach als repräsentativ zu beurteilen, wenn sie auf einer Zufallsauswahl beruht. Für eine einfache Zufallsstichprobe gilt also, dass alle Elemente der Grundgesamtheit die gleiche Chance haben, Element der Stichprobe zu werden. Die Grundgesamtheit wiederum ist diejenige Population, über die eine Aussage gemacht werden möchte.⁴³³ Angewandt auf das beabsichtigte Vorgehen bedeutet dies, dass als Grundgesamtheit die Stimmberechtigten der beiden Vergleichs-

⁴³⁰ VBa; Verwaltungsberichte 2007 bis 2011, Historisches Archiv Präsidial, Kurzzeitarchiv Bernstrasse 8, Signatur: 1 131 [im Folgenden VBb]; Ab dem Jahre 2011 die gemeindeeigene Webseite: <https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020>; 02.04.2020; eigene Erhebung.

⁴³¹ Vgl. Zurfluh 2017: 20-21.

⁴³² Vgl. Milic, Rousselot, Vatter 2014: 146-147.

⁴³³ Vgl. ebd.: 148-149.

gemeinden definiert werden. Schliesslich sollen sich die lokalpolitischen Färbungen der Gemeinden anhand des Stimmverhaltens ihrer Bevölkerungen abbilden. Aufgrund des Rückgriffs auf die nationalen Abstimmungsergebnisse konnte zudem eine lückenlose Datenmenge für beide Gemeinde bewerkstelligt werden. Aus dieser Menge wurden die spezifischen Ergebnisse für alle fünf Politfelder zufällig gezogen, womit für beide Gemeinden dieselben Abstimmungen Berücksichtigung erfuhren. Zudem wurden Zeitfenster gebildet, welche die Zuteilung der fünf Themengebiete ermöglichten und sich über denselben Zeitraum erstreckten. Da sich der Betrachtungszeitraum über 24 Jahre hinweg zog, konnte daher eine Aufteilung in drei Zeitfenster vorgenommen werden. Dementsprechend wurde der Betrachtungszeitraum in die Gruppen von 1995 bis 2002, von 2003 bis 2010 und von 2011 bis 2019 aufgeteilt.⁴³⁴ Diese Zeitfenster wurden aufgrund der bisherigen Erkenntnisse aus den verschiedenen Analyse teilen zudem als äusserst sinnvoll eingestuft. Schliesslich zeigte sich bisher in praktisch allen Bereichen der Analyse, dass sich seit der Jahrtausendwende in Münchenbuchsee vielschichtige Änderungen vollzogen, die alle Gesellschaftsbereiche tangierten. Mit den drei gebildeten Zeitfenstern können daher die unterschiedenen politischen Themenfelder bis an das neue Jahrtausend, unmittelbar nach der Jahrtausendwende und schliesslich mit mehr Distanz zur Wende betrachtet werden. Aus diesen Gründen wird spannend sein zu verfolgen, ob und wie sich die herausgearbeiteten Änderungen im Abstimmungsverhalten niederschlugen und ob es allenfalls zu Transformationen über die Zeit kam.

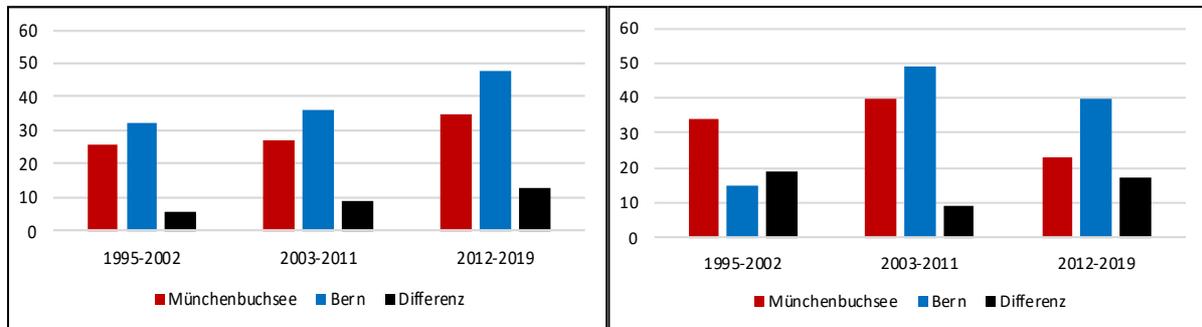
Betrachtet man diesbezüglich die Ergebnisse aus dem Themenbereich der Sozialpolitik, dann fällt anhand der ersten Stichprobe auf, dass die Differenz zwischen den beiden Gemeinden und in Zusammenhang mit den spezifischen Abstimmungen immer grösser wurde. Berücksichtigt man hierzu die jeweiligen Vorlagen (siehe Anhang 1), dann zeigt sich, dass gerade die von den Jungsozialistinnen Schweiz eingereichte Forderung nach gerechten Löhnen für die grösste Differenz sorgte.⁴³⁵ Demgegenüber wurde die Vorlage zur Anpassung der Alters- und Hinterlassenenversicherung und der Invalidenversicherung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes aus dem Jahre 1995 noch beinahe gleich beurteilt.⁴³⁶ Das zweite Sample wiederum präsentiert keine stete Veränderung der Differenzen über die Zeit hinweg. Das heisst, dass die Vorlagen zur Mutterschaftsversicherung und zum Mindestlohn mehr Differenz in den

⁴³⁴ Vgl. Zurfluh 2017: 26.

⁴³⁵ Zur Vorlage siehe: Die Bundeskanzlei der Schweizer Eidgenossenschaft: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis375.html>, 28.06.2020.

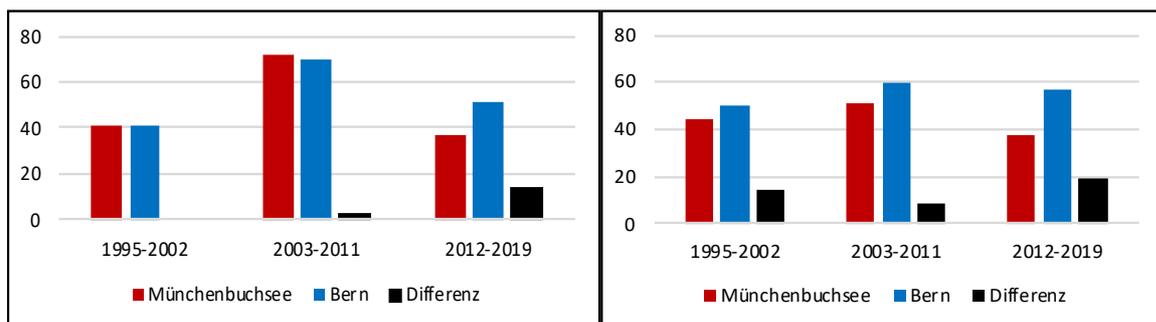
⁴³⁶ Zur Vorlage siehe: Die Bundeskanzlei der Schweizer Eidgenossenschaft: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis212t.html>, 28.06.2020.

Abstimmungsergebnissen generierten als diejenige zur Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Anhand der Ergebnisse lässt sich allerdings die Erkenntnis bestätigen, dass die Gemeinde Münchenbuchsee über alle betrachteten Abstimmungen hinweg deutlicher gegen die sozialen Initiativen stimmte, was auf dem politischen Spektrum einer weiter rechts gelegenen Orientierung gleichkommt.

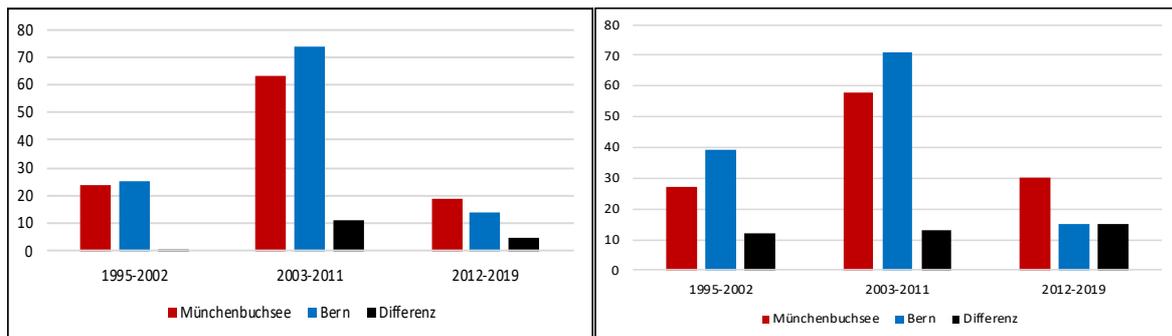


Figuren 31 und 32: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Sozialpolitik. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB.

Ähnliche Verteilungen lassen sich im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik festhalten. Während der Gegenentwurf zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» im Jahre 1995 noch ein identisches Resultat an Ja-Stimmen in den beiden Gemeinden erreichte, wuchs die Differenz über die Vorlagen zum nationalen Finanzausgleich und der Buchpreisbindung stetig an. Allerdings erfolgte dies zunächst in Richtung eines grösseren Ja-Stimmenanteils der Gemeinde Münchenbuchsee. In anderen Worten wurde der Beschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung in Münchenbuchsee minim deutlicher angenommen als in Bern. Im Rahmen der zweiten Stichprobe soll zudem das Ergebnis zur Vorlage einer nachhaltigen Wirtschaft hervorgehoben werden. Hierbei entstand ein prozentualer Unterschied von 19 Prozentpunkten. Während die Vorlage in der Gemeinde Bern also eine Mehrheit an Ja-Stimmen vereinen konnte, stimmte die Gemeinde Münchenbuchsee gegen eine entsprechende Wirtschaft. In diesen Resultaten lässt sich erneut eine konservativere Orientierung der Agglomerationsgürtelgemeinde gegenüber der Kerngemeinde ablesen.

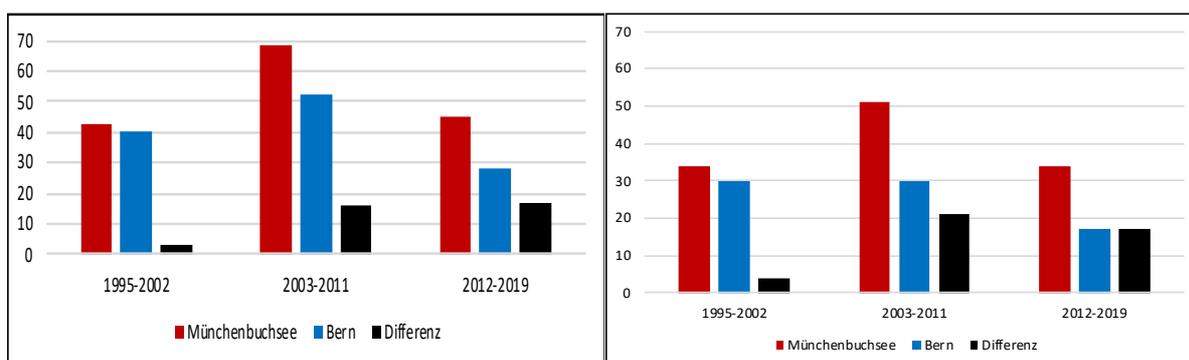


Figuren 33 und 34: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB.



Figuren 35 und 36: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Aussenpolitik. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB.

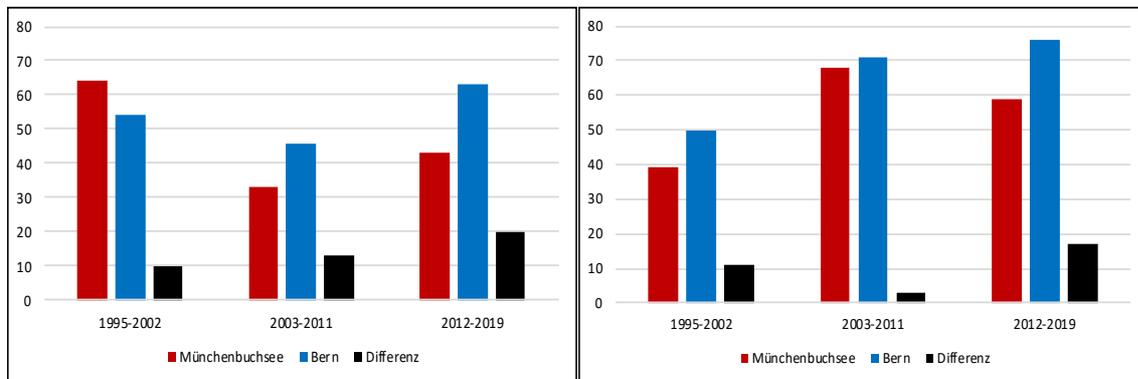
Durch die Kontextualisierung der Diagramme zu den Abstimmungen im Bereich der Aussenpolitik lässt sich Folgendes aussagen: Während die Abstimmung zum Vorgehen bei EU-Beitrittsverhandlungen von beiden Gemeinden relativ klar abgelehnt wurde, zeigte sich die Gemeinde Bern zumindest offener gegenüber einem effektiven Beitritt. Die grössere Offenheit des städtischen Kerngebiets widerspiegelte sich zudem auch in den beiden Abstimmungen zwischen den Jahren 2003 und 2011. Dementsprechend stimmten die Stimmberechtigten der Gemeinde Bern deutlicher für die Umsetzung von Schengen Dublin oder der Zusammenarbeit mit den Oststaaten als diejenigen der Gemeinde Münchenbuchsee. Die grösste Differenz resultierte allerdings in Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsinitiative. Es zeigte sich diesbezüglich, dass sich in der Gemeinde weiter ländlich gelegen, mehr Menschen für den Vorrang schweizerischen Rechts aussprachen, was erneut mit einer konservativeren Haltung erklärt werden kann.



Figuren 37 und 38: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Migrationspolitik. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB.

Von den betrachteten Themenfeldern und im Betrachtungszeitraum polarisierten allerdings die Abstimmungen auf dem Gebiet der Migrationspolitik am meisten. In anderen Worten fanden die Vorlagen zur Begrenzung der Einwanderung in Münchenbuchsee immer mehr Anklang als in Bern. In der ersten Stichprobe wiederholte sich zudem die Zunahme der Differenz über die drei Zeitfenster hinweg. Dasselbe Bild widerspiegelt sich anhand der Abstimmungen des zweiten Samples. Den grössten Ausschlag in den Resultaten ergab sich allerdings in

Zusammenhang mit der sogenannten Ausschaffungsinitiative. Hierbei konnte ein Unterschied von 21 Prozentpunkten erfasst werden. Während Münchenbuchsee also knapp für Annahme der Vorlage stimmte, wurde dieselbe in Bern abgelehnt. Dementsprechend kann anhand der Resultate die geringere Offenheit der ländlicheren Gegend erneut bestätigt werden.



Figuren 39 und 40: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Umweltpolitik. Quelle: Bundesamt für Statistik, STAT-TAB.

Auf dem Feld der Umweltpolitik kann folgendes festgehalten werden: Die beiden Vorlagen zum Ausstieg aus der Atomenergie wurden von der Gemeinde Bern jeweils mit mehr Ja-Stimmen ausgestattet als in der Gemeinde Münchenbuchsee. Während Bern im Jahre 2016 sich also klar für einen Atomausstieg aussprach, stimmte Münchenbuchsee dagegen. Auch in dieser Stichprobe steigt die Differenz immer mehr an. Zudem zeigt auch die zweite Stichprobe, die sich primär um die Förderung erneuerbarer Energien dreht, dass Münchenbuchsee sich weniger deutlich dafür ausspricht als Bern.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Analyse der nationalen Abstimmungen unter Zuhilfenahme einer Stichprobenziehung klar aufzeigte, dass die Gemeinde Münchenbuchsee im Vergleich mit dem städtischen Kerngebiet Bern über alle definierten Themenbereiche hinweg konservativer abstimmte. Es zeigte sich zudem, dass eine Tendenz besteht, dass die Differenz zwischen den Gebieten im Laufe der betrachteten Zeitspanne zunahm. In anderen Worten kann daraus geschlossen werden, dass der Graben zwischen Stadt und Land respektive Stadt und dazugehörige Agglomeration grösser zu werden scheint.

7.2. Kommunale Vorlagen zur Raumplanung

Nach der Analyse des politischen Diskurses im GGR sowie der Abstimmungsergebnisse auf nationaler Ebene soll nun noch eine weitere Facette angefügt werden. Sie umfasst diejenige der lokalen Abstimmungsergebnisse. Sie interessieren im vorliegenden Kontext verstärkt, da in den meisten der unten aufgeführten Fällen durch die Abstimmungsbotschaften des GR, welche im GGR genehmigt und zuweilen abgeändert wurden, die Meinung der lokalpolitischen Gremien

nach aussen getragen wurde und dadurch eine Verbindung mit der Wählerschaft hergestellt wurde. Auf diese Weise vermochten sie einen Einblick in die Tragfähigkeit der politischen Identitäten des GGR zu geben. Aufgrund der Ausrichtung der vorliegenden Arbeit wurden hierzu auf der einen Seite die raumpolitischen Entscheidungen verwendet.

Dementsprechend wurden die folgenden Abstimmungen betrachtet:

Datum	Abstimmungsvorlage
01. Dezember 1996	Erneuerung des Rahmenkredits für den vorsorglichen Landerwerb
08. Juni 1997	Überbauung Golf-Driving-Range «im Moos» inkl. Zonenplanänderung und Baubewilligung
07. Juni 1998	Siedlung Seilerweg; Korrektur des Rohlandpreises
29. November 1998	Buechlimatt; Baulanderschliessung
28. November 1999	Umgestaltung Areal Oberes Schulhaus
12. März 2000	Ausbau Bahnhof Zollikofen; Kreditvorlage
26. November 2000	Golfpark Moossee, Ergänzung der Grundordnung Zonenplanänderung Talstrasse; Neubau Picketmagazin Feuerwehr
10. Juni 2001	Erneuerung Rahmenkredit für den vorsorglichen Landerwerb
18. Mai 2003	Gesamtsanierung Schulanlage Waldeck; Rahmenkredit
28. November 2004	Baureglement und Zonenplanänderung
27. November 2005	Neubau Strassenunterführung Talstrasse-Mühlestrasse
01. Juni 2008	Zonenplan- und Baureglementsrevision; Erstes Revisionspaket mit verschiedenen Änderungen der Grundordnung

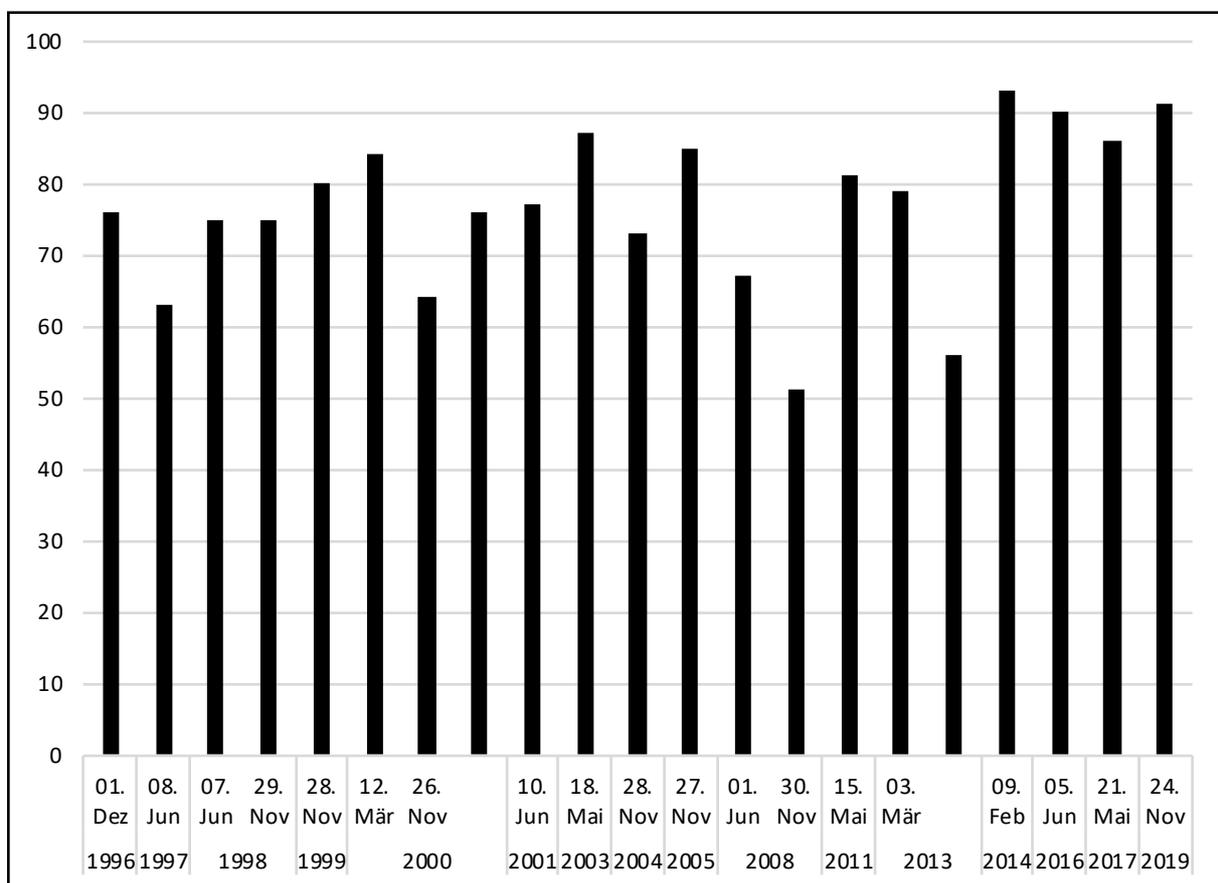
30. November 2008	Zonenplan- und Baureglementsrevision, Neueinzonungen; zweites Revisionspaket
08. Februar 2009	Zone mit Planungspflicht, ZPP Nr. 20 «Bahnhof»
15. Mai 2011	Schulanlage Bodenacker; Sanierung Sport-hallentrakt
03. März 2013	Zonenplan- und Baureglementsrevision; Drittes Revisionspaket Wärmeversorgung Münchenbuchsee, Sanie-rung und Erweiterung Wärmeverbund Riedli
09. Februar 2014	Erweiterung ZöN F Weiersmatt (Altersheim und betreutes Wohnen); Genehmigung Zonenplan- und Baureglementsänderung
05. Juni 2016	Genehmigung Zonenplan- und Baureglementsänderung für Ausbau Pädagogisches Zentrum Hören und Sprache Münchenbuchsee (PZHSM)
21. Mai 2017	Wärmeversorgung Münchenbuchsee Bau-projekt Wärmeverbund Zentrum
24. November 2019	Teilrevision Ortsplanung: Festlegung Gewässerräume, Änderung Baureglement und Zonenplan 2: Landschaft und Ortsbild; Genehmigung

Tabelle 11: Münchenbuchsee: Lokale Abstimmungsvorlagen aus der Raumplanung. Quellen: VBa; VBb; Ab dem Jahre 2011 die gemeindeeigene Webseite: <https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020>, 02.04.2020. Eigene Tabelle.

Gesamthaft wurden dementsprechend 21 Vorlagen aus der Sparte «Raumplanung» betrachtet.⁴³⁷ Die Sichtung der Resultate ergab dabei ein eindeutiges Bild. So wurden die Vorlagen mit raumplanerischem Charakter durch das lokale Stimmvolk allesamt gutgeheissen. Mit einem durchschnittlichen Ja-Stimmen-Anteil von gut 77 Prozent zeigten die Ergebnisse auf, dass die raumplanerischen Vorhaben der lokalpolitischen Regierung durchwegs auf eine positive Resonanz stiessen. Einzig das zweite Revisionspaket im Zuge der Zonenplan- und

⁴³⁷ Ab 2016 wurden die Voranschläge mit der Überschrift Budget versehen. Siehe hierzu: Abstimmungsbotschaften 2011 bis 2019, Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial Bernstrass 8, Signatur: 1 202.

Baureglementsrevision, welches sich mit den Neueinzonungen befasste sowie die Sanierung und Erweiterung des Wärmeverbunds Riedli wurden mit einer geringeren Mehrheit ausgestattet. Sieht man von den beiden zuvor getätigten Nennungen ab, scheint eine zunehmende Tendenz in den Zahlen erkennbar zu sein, was für eine zunehmende Zustimmung spricht. Allerdings muss erneut auf die Stimmbeteiligung zu den Abstimmungen verwiesen werden. Durchschnittlich beteiligten sich 44 Prozent an den Vorlagen, womit die Resultate zu den Vorlagen von weniger als der Hälfte der Stimmberechtigten gestützt wurden. Vergleicht man beispielsweise die Stimmbeteiligungen zu den am wenigsten unterstützten Vorlagen so wird ersichtlich, dass sich an der Abstimmung zur Zonenplan- und Baureglementsrevision rund 12 Prozent mehr Stimmberechtigte beteiligten als in Bezug auf die Sanierungsarbeiten am Riedli und dieser Abstimmung dementsprechend mehr Gewicht gegeben kann.



Figur 41: Münchenbuchsee: Lokale Abstimmungsergebnisse zu raumplanerischen Belangen. Quellen: VBA; VBB; Einwohnergemeinde Münchenbuchsee ab 2011: <https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020>, 02.04.2020. Eigene Grafik.

Verbindet man diese Ergebnisse mit dem Ansatz, der sich aus dem ersten Teil der Gemeindegeschichte ergab, wonach eine nachhaltige kommunale Entwicklung stabile Mehrheitsverhältnisse in der kommunalen Bevölkerung erfordert, dann kann geschlossen werden, dass die Handlungen des GR und des GGR durch das Stimmvolk beinahe ausnahmslos mitgetragen wurden.

8. Synthese

8.1. Fazit

Münchenbuchsee präsentierte sich bis ins Jahr 2019 als eine hybride Gemeinde zwischen Stadt und Land, wodurch sie die Grundlage bot für die Ausgestaltung unterschiedlicher mentaler Ausprägungen (siehe Kapitel 4.1.). In welche Richtung sich die Gemeinde im Speziellen bewegte und in welcher Form Identitäten erkenntlich wurden, sollten durch die vorliegende Arbeit dargelegt werden. Dazu wurden die spezifischen Entwicklungen des Raumes mit den politischen Steuerungsversuchen in Verbindung gebracht.

Die Ergebnisse der einzelnen Abschnitte konnten dabei aufzeigen, dass sich die Entwicklung Münchenbuchsees über die Jahrtausendwende hinweg verlangsamte. Dies zeigte sich beispielsweise anhand der demografischen Entwicklung, deren Wachstum hinter dasjenige der Vergleichsgemeinden zurückfiel (siehe Kapitel 4.2.1). Zudem wurde erkannt, dass insbesondere die Zahl der älteren Bevölkerung in Münchenbuchsee zunahm. Das Bevölkerungswachstum, welches daneben registriert werden konnte, konzentrierte sich ausserdem vornehmlich auf die Bevölkerung mit Zugehörigkeit zu einer ausländischen Staatsangehörigkeit (siehe Kapitel 4.2.2). Die räumlichen Bevölkerungsbewegungen zeigten weiter, dass Münchenbuchsee verstärkten Bewegungen ausgesetzt war. Gerade in Hinblick auf den Arbeitsort Münchenbuchsee konnte dabei die Erkenntnis generiert werden, dass der Ort durch eine starke Zunahme an Zupendlern Beeinflussung erfuhr. Auch wenn dieser Einfluss insbesondere kantonale verortet wurde, konnten dennoch die stärksten Zunahmen im Bereich der Zupendler aus anderen Kantonen erfasst werden. Insgesamt zeigte sich, dass die berufsbedingte Mobilität in der Gemeinde zunahm (siehe Kapitel 4.2.3). Die wirtschaftliche Struktur richtete sich daneben immer stärker auf den Dienstleistungssektor aus (siehe Kapitel 4.3.), währenddem das ökonomische Umfeld von einer zunehmenden Komplexität gekennzeichnet wurde (siehe Kapitel 6.3.). Politisch gesehen resultierten diese Entwicklungen in einer zunehmend bürgerlichen Ausrichtung. Sowohl lokal als auch national gewann die SVP immer mehr Wähleranteile. In den lokalpolitischen Gremien konnte daher zunehmend eine bürgerliche Mehrheit erfasst werden (siehe Kapitel 4.4.). Was den Wandel der Landschaft betrifft, so liessen die eidgenössischen Arealstatistiken erkennen, dass Münchenbuchsee im Vergleich mit den weiteren betrachteten Gemeinden über die Jahrtausendwende hinweg den stärksten Veränderungen ausgesetzt war (siehe Kapitel 4.5.). Nach der Wende schien sich der Wandel allerdings zu verlangsamen, was durchaus in Verbindung mit der gestiegenen

Bedeutung des nachhaltigen Wachstums im politischen Diskurs in Münchenbuchsee gebracht werden kann (siehe Kapitel 6.4.). Mit der Arealstatistik 13/18 wies daher die Gemeinde Jegenstorf die höchste Zunahme an Siedlungsfläche aus (siehe Kapitel 4.5.). Für die Erfassung des Raumsegments Münchenbuchsee wurden dementsprechend verschiedene Erkenntnisse konstitutiv: Verlangsamtes Bevölkerungswachstum und zunehmende Entmischung, zunehmende Mobilität, einseitige Sektoralstruktur, politische Segregation und verlangsamter Wandel der Landschaft.

Im Rahmen der Analyse des lokalpolitischen Diskurses im GGR konnte dabei erkannt werden, dass das Parlament versuchte, auf die räumlichen Veränderungen zu reagieren. So wurden beispielsweise Massnahmen in Zusammenhang mit der älter werdenden Lokalgesellschaft oder in Bezug auf einen nachhaltigen Umgang mit Bodenressourcen gefordert (siehe Kapitel 6.1. und 6.3.). Überhaupt zeigte die qualitative Inhaltsanalyse, dass Nachhaltigkeit als Thema an Bedeutung hinzugewann. Allerdings wurde diese Wahrnehmung begleitet von einer vermuteten Abhängigkeit von der politischen Umwelt. Sinnbildlich hierfür standen die begrüßenden Worte zu Beginn des Jahres 2014. In Zusammenhang mit der Annahme der Ortsplanungen 1993 und 2013 wurde von Seiten des lokalen Regierungswesens der Wunsch des Stimmvolks auf ein moderateres Wachstum anerkannt. Allerdings hatte sich mit den schnellen Veränderungen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umfeldes auch die Rolle der lokalen Regierung verändert. Viele Aufgaben der lokalen Politik verschoben sich in diesem Zuge auf eine regionale Ebene oder wurden von privaten Firmen angeboten. Zudem erforderten die veränderten Bedingungen immer mehr spezielle Kompetenzen, welche für die Gemeinde in erhöhten finanziellen Aufwendungen resultierte. Diese aufzubringen war die Gemeinde im allgemeinen Steuerwettbewerb allerdings immer weniger im Stande. Es waren diese Entwicklungen, welche die Autonomie und Handlungsfähigkeit der Gemeinde zunehmend beschränkten.⁴³⁸ Damit widerspiegelte sich die Wahrnehmung aus der qualitativen Inhaltsanalyse in derjenigen der Gemeinde sowie den Erkenntnissen aus der Raumpolitik (siehe Kapitel 5.2.3.1.). Die qualitative Inhaltsanalyse ergab, dass die Handlungsrationale des Parlaments durchaus auf eine nachhaltige Entwicklung Münchenbuchsees ausgerichtet waren. Mit dem Beitritt in die Regionale Konferenz Bern-Mittelland wurde die Aufgaben der nachhaltigen Raumentwicklung zudem immer mehr auf einer regionalen Ebene ausgerichtet. Aufgrund der strukturellen Bedingungen wurde allerdings ein schnelles und eigenständiges Handeln in vielen Fällen verhindert. Daneben waren Unstimmigkeiten, unterschiedliche Einschätzungen der Situationen und Kompetenzzuweisungen zwischen den beiden Gremien

⁴³⁸ HPA 2014a.

des GGR und des GG Hinderungsgründe (siehe Kapitel 6.6.). In Verbindung mit dem beinahe gänzlichen Fehlen von identitätsverstärkenden Elementen wurde daher resümiert, dass die Identitätsstiftung nicht zur Leitlinie der Politik gemacht wurde. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens konnte allerdings aufzeigen, dass die Bevölkerung zumindest in raumpolitischen Entscheiden die lokale Politik immer unterstützte. Alle Abstimmungen, die einen entsprechenden Inhalt aufwiesen, wurden angenommen (siehe Kapitel 7.2.). Die Analyse der Themenpolitik deutete daneben auf eine zunehmend bürgerliche Ausrichtung in Bezug auf die verschiedenen Gesellschaftsbereiche hin (Kapitel 7.1.).

Insgesamt kann also das Fazit gezogen werden, dass sich die kommunal-politischen Identitäten zunehmend einander angleichen. Die Tendenzen hin zu konservativeren Grundeinstellungen konnten den Abstimmungs- und Wahlergebnissen entnommen werden. Entgegen der Annahme, dass die Urbanisierung der Ausbildung einer Identität abträglich sein soll (siehe Kapitel 1.3.) wurde im Hinblick auf diese spezifische Ausprägung der Identitäten eher das Gegenteil erkenntlich. In Zusammenhang mit den demografischen Entwicklungen, sprich dem verlangsamten Bevölkerungswachstum sowie der älter werdenden Bevölkerung, lässt sich daher vermuten, dass sich die Bevölkerung Münchenbuchsees politisch entmischte, was sich in der Annäherung der politischen Ausrichtungen widerspiegelt. Verbindet man diese Erkenntnis mit den einführenden Worten, so muss konstatiert werden, dass diese Entwicklung zwar zu einer Angleichung der politischen Identitäten, allerdings langfristig zu Problemen führen kann. Lineo Umberto Devecchi verwies hierauf in seiner Arbeit zum Zwischenstadtland Schweiz.⁴³⁹ Die Gemeinde Münchenbuchsee sollte aus diesem Grunde die Möglichkeit nutzen, vermehrt identitätenverstärkende Elemente in ihr politisches Handeln einfließen zu lassen. Die Ausführungen zu dem Konzept der Identitäten zeigte dabei auf, dass dieses in der heutigen Zeit nicht mehr starr gedacht werden darf. Wie der Raum unterliegt auch selbes dem Charakteristikum der Veränderlichkeit. Deshalb liegt es in der Aufgabe der lokalen Regierung, dieses Merkmal für sich zu nutzen und die Bevölkerung in ihrem Sinne zu mobilisieren. In der Betrachtung der kommunalen Identitäten als fließende, fortlaufende und dynamische Konstruktionen, welche sich sowohl am Raum orientieren und durch die Politik konstruieren lassen, liegt damit die Chance verborgen, den neuen Begebenheiten und Merkmalen entgegenzutreten und damit Veränderungen in die Wege zu leiten.⁴⁴⁰ Im Zeitalter der Globalisierung, Weltoffenheit der Märkte und der Digitalisierung der Produktion muss den Menschen über eine Stadtwerdung der Agglomeration eine Identifikation mit ihrem Wohnort

⁴³⁹ Vgl. Devecchi 2016: 369.

⁴⁴⁰ Vgl. Kaina 2009: 46.

und eine enge Beziehung zum lokalen Raumermöglich werden.⁴⁴¹ An die Stelle von unübersichtlichen und linearen Prozessen müssen transparente Entscheidungsprozesse treten, die diskursiv ausgerichtet und klar verständlich sind.⁴⁴² Schliesslich liegt in diesen Anpassungsleistungen das Potential begründet, den individuellen wie kollektiven Identitäten über die Zeit Kontinuität und Stabilität zu garantieren.⁴⁴³ Wissen und Beteiligung sind dabei die wichtigsten Voraussetzungen zur Identifikation mit der bebauten Umwelt.⁴⁴⁴

8.2. Diskussion

Die Verbindung von Identitäten, Raumentwicklung und Politik resultierte in vorliegendem Falle in einem Modell, welches durch empirische Daten gefüllt wurde. Dabei sollte es gelingen, sich den politischen Identitäten in Münchenbuchsee anzunähern und dabei einen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Weg von der Deutung auf einen Identitätenverlust, hin zur Erfassung der Versuche einer Identitätenverstärkung. Allerdings zeigte sich, dass dieser Versuch der Extraktion einer Partikularidentität von einer äussert grossen Komplexität begleitet wurde, dessen Handhabung alles vom Autor abforderte. Das Feld der Identitätenforschung bot in diesem Sinne ein Forschungsgebiet, welches bisher wenig bearbeitet wurde, damit allerdings auch viele Fallhöhen, die es zu meistern galt. Sie gründeten insbesondere auf dem schwer fassbaren Konzept einer Identität. Dass dieses bereits theoretisch schwierig zu fassen war (siehe Kapitel 2), mündete in einer schwierigen Ausgangslage für dessen empirische Erfassung. Die Verwendung verschiedener methodischer Instrumente sollte daher möglichst einen mehrperspektivischen Blick auf das Thema erlauben. Dementsprechend konnte die deskriptive Statistik verschiedene Einsichten in die räumliche Entwicklung Münchenbuchsees leisten und aufzeigen, in welche Richtungen sich die Zahlen zu den verschiedenen urbanen Faktoren entwickelten. Die Ausführungen zu einer räumlichen Dimension der Identitäten zeigte diesbezüglich, dass gerade diese räumlichen Strukturen die Identitäten eines Ortes zu beeinflussen wissen. Ebenso konnte sich auf diese Weise den politischen Identitäten über die Abstimmungsergebnisse angenähert werden. Die verwendeten Quellen resultierten dabei in einer möglichst neutralen Bewertung, wie dies durch die Arbeit beabsichtigt wurde. Die qualitative Inhaltsanalyse sollte dieses Bild von aussen schliesslich mit einer Innensicht vereinen. Allerdings begünstigte die theoretische Ungenauigkeit der Identitäten den Einsatz der qualitativen Inhaltsanalyse nicht. Die Adaption der Identitäten auf

⁴⁴¹ Vgl. Sulzer, Desax 2015: 6-7.

⁴⁴² Vgl. ebd.: 41.

⁴⁴³ Vgl. Kaina: 46.

⁴⁴⁴ Vgl. ebd.: 42.

ein Kategoriensystem wurde dadurch wesentlich erschwert. Es zeigte sich zudem, dass die Adaption einer raumwirksamen Politik nur eingeschränkt auf den GGR anwendbar war. Zwar wurden viele Vorstösse zu nachhaltigen Themen eingereicht, allerdings wurde ersichtlich, dass die Hauptkompetenz beim GR lag. Wie zu Beginn der Arbeit erwähnt, waren dessen Protokolle allerdings für eine Bearbeitung nicht zugänglich. Durch die Herangehensweise über den GGR konnte dennoch latent auf die dahinterliegenden Sinnstrukturen geschlossen werden. Zudem sollte klar sein, dass im Vorgehen lediglich Teile der vorherrschenden Identitäten erfasst werden konnten. Um das Forschungsfeld erfassen zu können, mussten allerdings einige Ein- und Abgrenzungen vorgenommen werden. Nur so konnte das Gebiet von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus erfasst werden. Man mag diese Vorkehrungen kritisieren, aber auch als Grundlage verwenden, um weitere Arbeiten auf dem Gebiet vorzunehmen. Deshalb wird erhofft, mit der Arbeit zu einem konstruktiven Diskurs über die in der Arbeit erhaltenen Inhalte anzuregen. Denn das ist Wissenschaft, das ist Politik, das ist Leben und das ist auch Identität.

8.3. Ausblick

Um den Erkenntnisgewinn in vorliegendem Falle zu erhöhen, sollten verschiedene Gesellschaftsbereiche zusätzlich betrachtet werden. Die Reduktion auf einen spezifischen Identitätsbereich machte es schwierig, die einzelnen Prozesse genauer zu kontextualisieren. Einen allesumfassenden Blick zu gewähren war im Rahmen einer Masterarbeit allerdings nicht möglich. Zudem sollte die Analyse über die Perspektive des GR und weiterer politischer Gremien in Münchenbuchsee Ergänzung finden, wodurch der Blick sowie das Verständnis ebenfalls erhöht werden könnte. Zudem wurde im Verlaufe der Arbeit bereits auf die Komponente der Nicht-Wählerschaft hingewiesen, welche in Bezug auf die politischen Identitäten die Mehrheit in Münchenbuchsee ausmachen. Über eine Erfassung der Motive derselben könnte der Blickwinkel entsprechend erweitert werden. Der Ansatz, politische Identitäten aus schriftlichen Quellen zu extrahieren, erwies sich zudem als äusserst schwieriges Unterfangen. Wie zuvor bereits erwähnt, lag dies insbesondere in der theoretischen Ungenauigkeit der Identitäten sowie der methodischen Ungenauigkeit der qualitativen Inhaltsanalyse. Diese Faktoren standen zudem in Verbindung mit einem äusserst komplexen politischen Themenfeld und einer schwierig bewältigbaren Fülle an Textmaterial. Nach Durchführung der Analyse konnte aus diesem Grund die Erkenntnis gewonnen werden, dass wohl aus gutem Grund vermehrt auf die erste der in Kapitel Eins aufgeführten Strategien zurückgegriffen wurde (siehe Kapitel 1.5). Für weiterführende Studien würde der Autor aus

diesem Grunde wohl auch auf die erwähnte Strategie zurückgreifen. Weiter wäre eine Konzentration auf spezifische Medien interessant, mit denen identitätenverstärkende Elemente transportiert werden könnten. Im ursprünglichen Vorgehen für die vorliegende Arbeit geplant, zeigte sich schnell, dass diesem Unterfangen nicht Folge geleistet werden kann. Da der Rahmen einer Masterarbeit auch ohne die Hinzunahme der gemeindeeigenen Publikation Buchsi-Infos bereits ausgelastet wurde. Deshalb steht diese Bearbeitung für weitere Arbeiten offen.

9. Verzeichnisse

9.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Typologien einer urbanen Schweiz: Indikatoren. Diener et al. 2006.40

9.2. Figurenverzeichnis

Figur 1: Essenz der verschiedenen Identitätsdimensionen. Eigene Darstellung.29

Figur 2: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Ständige Wohnbevölkerung per 31. Dezember 1995-2018, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.43

Figur 3: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Jährliche Wachstumsraten der ständigen Wohnbevölkerung per 31. Dezember 1995-2018, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.44

Figur 4: Münchenbuchsee: Geburtenüberschüsse der ständigen Wohnbevölkerung Münchenbuchsees per 31. Dezember 1995-2018. Unterteilung nach Nationalität, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.45

Figur 5: Münchenbuchsee: Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Staatsangehörigkeit 2010-2018, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.45

Figur 6: Münchenbuchsee: Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung mit Schweizer Staatsangehörigkeit 2010-2018, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.46

Figur 7: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Wanderungssaldi inklusive Änderungen des Bevölkerungstyps 1995-2018, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.47

Figuren 8/9: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 1. Sektor, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.55

Figuren 10/11: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 2. Sektor, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.55

Figuren 12/13: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Anteil der Beschäftigten im 3. Sektor, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.55

Figur 14: Münchenbuchsee: Total erhaltene Stimmen in den Wahlen des Grossen Gemeinderats 1995-2019, Aktenschrank Abteilung Präsidial. Eigene Grafik.	57
Figur 15: Münchenbuchsee: Total Zusatzstimmen in den Wahlen des Grossen Gemeinderats 1995-2016. Aktenschrank Abteilung Präsidial,. Eigene Grafik.	58
Figur 16: Münchenbuchsee: Total erhaltene Stimmen in den Grossratswahlen 1995-2016. Aktenschrank Abteilung Präsidial. Eigene Grafik.	59
Figur 17: Münchenbuchsee: Total erhaltene Zusatzstimmen in den Grossratswahlen 1995-2016. Aktenschrank Abteilung Präsidial. Eigene Grafik.	59
Figur 18: Münchenbuchsee: Prozentanteile der Parteien in den Nationalratswahlen 1995 bis 2019, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	61
Figur 19: Münchenbuchsee: Stimmbeteiligungen Wahlen GGR und GR 1995-2016 und NR 1999-2019. Verwaltungsberichte 1995-2010; Tätigkeitsberichte 2011-2017; Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	62
Figur 20: Münchenbuchsee: Sitzzahlen der Parteien im Grossen Gemeinderat 1995-2016. Verwaltungsberichte 1995-2010; Tätigkeitsberichte 2011-2017. Eigene Grafik.	63
Figur 21: Münchenbuchsee: Sitzzahlen der Parteien im Grossen Gemeinderat 1995-2016. Verwaltungsberichte 1995-2006; Jahr 2007: Aktenschrank Abteilung Präsidial; Tätigkeitsberichte 2011-201. Eigene Grafik.	64
Figur 22: Münchenbuchsee: Arealstatistik Standard nach 4 Hauptbereichen 1978/85 bis 2013/18. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	66
Figur 23: Münchenbuchsee: Arealstatistik Standard nach 17 Hauptbereichen 1978/85 bis 2013/18, Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	67
Figur 24: Münchenbuchsee: Total parlamentarische Vorstösse im Vergleich mit dem Total der behandelten Geschäfte im GGR. Protokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019; Verwaltungsberichte 1995-2010; Tätigkeitsberichte 2011-2017. Eigene Grafik.	90

Figur 25: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse nach Parteien, Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019. Eigene Grafik.....	90
Figur 26: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei SVP nach Gattungen der Vorstösse. Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019. Eigene Grafik.	91
Figur 27: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei SP nach Gattungen der Vorstösse. Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019. Eigene Grafik. ...	91
Figur 28: Münchenbuchsee: Parlamentarische Vorstösse der Partei GFL nach Gattungen der Vorstösse. Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019. Eigene Grafik. ...	92
Figur 29: Präsenzzahlen an den Sitzungen des GGR. Verwaltungsberichte 1995-2003; 2004 bis 2019: Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats. Eigene Grafik.	93
Figur 30: GGR: Abwesenheiten an den GGR Sitzungen nach Partei und pro Jahr. Sitzungsprotokolle des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2019. Eigene Grafik.	94
Figuren 31/32: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Sozialpolitik. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	128
Figuren 33/34: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	128
Figuren 35/36: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	129
Figuren 37/38: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Migrationspolitik. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Grafik.	129
Figuren 39/40: Gemeinden Münchenbuchsee und Bern: Vergleich der prozentualen Ja-Stimmen zu Abstimmungen aus dem Bereich der Umweltpolitik. Bundesamt für Statistik, BFS. Eigene Grafik.	130
Figur 41: Münchenbuchsee: Lokale Abstimmungsergebnisse zu raumplanerischen Belangen. Verwaltungsberichte 1995-2006; Verwaltungsberichte 2007 bis 2011; ab dem Jahre 2011 die gemeindeeigene Webseite: https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/	

Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020, zuletzt aufgerufen am 02.04.2020. Eigene Tabelle.133

9.3. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vier Strategien der Operationalisierung «mentaler Programme». Vester 1996. ...16	
Tabelle 2: Münchenbuchsee: Entwicklung der berufsbedingten Mobilität 1990, 2000, 2011, 2014. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Tabelle.49	
Tabelle 3: Münchenbuchsee: Übersicht Wegpendler 1990 bis 2014. Bundesamtes für Statistik BFS. Eigene Tabelle.50	
Tabelle 4: Münchenbuchsee: Übersicht Zupendler 1990 bis 2014. Bundesamtes für Statistik BFS. Eigene Tabelle.51	
Tabelle 5: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Relative Zunahmen der Siedlungsflächen. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Tabelle.68	
Tabelle 6: Münchenbuchsee und Vergleichsgebiete: Relative Abnahmen der Landwirtschaftsflächen. Bundesamt für Statistik BFS. Eigene Tabelle.68	
Tabelle 7: Steuerungsdimensionen der qualitativen Inhaltsanalyse für den Fall Münchenbuchsee. Mayring 2015; Kuchartz 2018. Eigene Tabelle.73-76	
Tabelle 8: Raumwirksame Instrumente der Gemeinden und Praxisbeispiele. Devecchi 2016.80	
Tabelle 9: Zieldimensionen einer nachhaltigen Politik und entsprechende Kategorien. Bundesamt für Raumentwicklung 2005.82	
Tabelle 10: Elemente einer identitätsverstärkenden Politik. Weichhart 1990; Augustin 2000; Körner 2009; Kaina 2009; Berger 2018. Eigene Tabelle.83-86.	
Tabelle 11: Münchenbuchsee: Lokale Abstimmungsvorlagen aus der Raumplanung. Verwaltungsberichte 1995-2006; Verwaltungsberichte 2007 bis 2011; ab dem Jahre 2011 die gemeindeeigene Webseite: https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020 , zuletzt aufgerufen am 02.04.2020. Eigene Tabelle.131-132.	

9.4. Quellenverzeichnis

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, keine Signatur:
Protokolle der Sitzungen des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2009.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, keine Signatur:
Protokolle der Sitzungen des Grossen Gemeinderats 2010 bis 2017.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Zentralarchiv Bodenacker, Signatur 1 131:
Verwaltungsberichte 1995 bis 2006.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, Signatur 1 131:
Verwaltungsberichte 2007 bis 2010.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Kurzeitarchiv Bernstrasse 8, Signatur 1 131:
Tätigkeitsberichte 2011 bis 2019.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse
8, Signatur: 1 233 1: Resultate der Wahlen des Grossen Gemeinderats 1995 bis 2016.

Münchenbuchsee, Historisches Archiv Präsidial, Aktenschrank Abteilung Präsidial, Bernstrasse
8, Signatur: 1 233 2: Resultate der Wahlen des Gemeinderats 1995 bis 2016.

Karlaganis, Georg: Postulat vom 1. Juni 2016 „Fortführung der Lokalgeschichte „Ein Dorf wird
Vorstadt“ für die Jahre 1995 – 2020.

9.5. Literaturverzeichnis

Abels, Heinz: Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum
ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass
Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt. Wiesbaden ²2010.

Armingeon, Klaus: Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Knoepfel, Peter; Papadopoulus, Yannis;
Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Häusermann, Silja (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik.
Zürich ⁵2014: 695-720.

Augustin, Angela: Das Volk der Europäischen Union. Zum Inhalt und Kritik eines normativen
Begriffs. In: Bruha, Thomas; Hilf, Meinhard; Ipsen, Hans Peter; Lagoni, Rainer; Nicolaysen,
Gert; Oeter, Stefan (Hg.): Hamburger Studien zum Europäischen und Internationalen Recht
26. Berlin 2000.

Bähr, Jürgen: Bevölkerungsgeografie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler,
nationaler und regionaler Sicht. Stuttgart ⁵2010.

- Bäschlin, Elisabeth; Mayer, Heike; Hasler, Martin (Hg.): Bern. Stadt und Region. Die Entwicklung im Spiegel der Forschung. In: Jahrbuch Geographische Gesellschaft Bern 64. Bern 2014.
- Belinda, Bernd: Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. In: Thien, H., G. (Red.): Einstiege. Grundbegriffe des Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie 20. Münster 2013.
- Bentz, Dominic: Wirtschaftlicher Wandel im Bild. Deindustrialisierung und Suburbanisierung: Zwei Grosstrends im Fokus. In: Umweltpraxis 54 (2008): 33-34.
- Berger, Katja: Raum und Identität. Die Semantisierung des Raumes im zeitgenössischen englischen Roman im Hinblick auf die Konstitution individueller und kollektiver Identität(en). In: Nünning, Ansgar; Nünning, Vera (Hg.): ELK. Studien zur Englischen Literatur- und Kulturwissenschaft 75. Trier 2018.
- Blöchliger, Hansjörg; Brugger, Ernst, A.; Eisinger, Angelus; Fagetti, Renzo; Frey, René, L.; Held, Thomas; Marty, Franz; Tobler, Georg: Diskurs über die räumlich-funktionale Gestalt und die politische Ausgestaltung des Stadtlands Schweiz. In: Eisinger, Angelus; Schneider, Michel (Hg.): Stadt-Land-Schweiz. Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung der Schweiz. Basel ²2005: 68-81.
- Bohley, Peter: Identität. Wie sie entsteht und warum der Mensch sie braucht. In: Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Psychologie 29. Marburg 2016.
- Bronger, Dirk: Metropolen, Megastädte, Global Cities. Die Metropolisierung der Erde. Darmstadt 2004.
- Bundesamt für Raumentwicklung (ARE): Raumentwicklungsbericht 2005. Zusammenfassung. Bern 2005.
- Bundesamt für Raumentwicklung (ARE): Monitoring Ländlicher Raum. Synthesebericht 2012. Bern 2012.
- Bundesamt für Statistik (BFS): Raumgliederung der Schweiz. Gemeindetypologie und Stadt/Land-Typologie 2012. Neuchâtel 2017.
- Bundesamt für Umwelt (BFU): Wandel der Landschaft. Bern 2017.
- Bundesamt für Statistik (BFS): Arealstatistik Nomenklatur. Standardkategorien. Standardnomenklatur NOAS04. Neuchâtel 2018.

- Bühlmann, Marc; Freitag, Markus: Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56/2 (2004): 326-349.
- Bühlmann, Marc: Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 4/2 (2010): 203-231.
- Bühlmann, Lukas; Haag, Heidi; Jud, Barbara; Kissling, Samuel; Spori, Niklaus: Einführung in die Raumplanung. Bern 2011.
- Carr, Constance; McDonough, Evan: Integrative Planning of Post-suburban Growth on the Glatt Valley (Switzerland). In: Raumforschung und Raumordnung 76/2 (2018): 109-122.
- Dangschat, Jens, S.: Reurbanisierung -eine Renaissance der (Innen-)Städte? In: Frech, Siegfried; Reschl, Richard (Hg.): Urbanität neu planen. Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung. Schwalbach 2010: 190-210.
- Devecchi, Lineo Umberto: Zwischenstadtland Schweiz. Zur politischen Steuerung der suburbanen Entwicklung in Schweizer Gemeinden. Bielefeld 2016.
- Diener, Roger; Herzog, Jacques; Meili, Marcel; de Meuron, Pierre; Schmid, Christian: Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait. Buch 1: Einführung. Netzwerke, Grenzen, Differenzen. Basel 2006.
- Egli, Hans-Rudolf: Zwischen Stadt und Land. Die Suburbanisierung der Region Wohlensee. In: Bäschlin, Elisabeth; Mayer, Heike; Hasler, Martin (Hg.): Bern. Stadt und Region. Die Entwicklung im Spiegel der Forschung. Bern 2014: 51-67.
- Eisinger, Angelus; Schneider, Michel (Hg.): Stadtland Schweiz. Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz. Basel 2005.
- Flück, Oskar: Die politische Gemeinde in der Schweiz und ihre räumliche Identität. Eine humangeografische Analyse unter spezieller Berücksichtigung der konfessionellen Identität. Basel 2004.
- Freitag, Markus; Vatter, Adrian (Hg.): Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz. Zürich 2015.
- Frey, René L.: Räumliche Entwicklung und Zersiedlung. Hintergrundpapier für den Workshop, den die Sophie und Karl-Binding-Stiftung am 14. Januar 2011 in Basel zum Thema «Beschränkung der Zersiedlung» durchführte. Basel 2011.

- Fukuyama, Francis: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. Hamburg ³2019.
- Gaffino, David; Kaestli, Tobias: Bieler Geschichte. 1815 bis heute. Biel 2013.
- Gfeller, Kurt, F.; Frey-Aebersold, Ruth; Ferrazzini, Bernard; Rolli, Karl; Koshy, Verena; Rohrbach, Beat; Schmocker, Rudolf; Luginbühl, Ernst; Aeberhard, Fritz; Rüeeggsegger-Spring, Elisabeth; Dellenbach, Heidi; Dellenbach, Roni; Witschi, Andreas: Niederscherli. Begegnungen mit einem Dorf. Köniz 2012.
- Gribi, Max: 1000 Jahre Lyss. 1009 – 2009. Lyss 2009.
- Goetschel, Laurent: Aussenpolitik. In: Knoepfel, Peter; Papadopoulus, Yannis; Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Häusermann, Silja (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik. Zürich ⁵2014: 623-644.
- Günzel, Stephan: Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart 2010.
- Habermas, Jürgen: Der Universalitätsanspruch der Hermeneutik. In: Habermas, Jürgen, Heinrich, Dieter, Taubes, Jacob (Hg.): Theorie-Diskussion. Hermeneutik und Ideologiekritik. Frankfurt am Main 1971: 120-159.
- Haefeli, Ueli: Ein Dorf wird Vorstadt. Zürich 1996.
- Halfacree, Keith, H.; Boyle, Paul, J.: Migration, rurality and the post-productivist countryside. In: Boyle, Paul, J.; Halfacree, Keith, H. (Hg.): Migration into rural areas. Theories and issues. Chichester 1998: 1-20.
- Halfacree, Keith, H.: Rurality and Post-Rurality. In: International Encyclopedia of human geography. Amsterdam 2009: 449-456, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/B9780080449104009111#!>, 10.09.2019.
- Harrie, Gerd: European Identity – Implications from the Social Theory of Norbert Elias. In: Karolewski, Ireneusz P.; Kaina, Viktoria (Hg.): European Identity. Theoretical Perspectives and Empirical Insights. Münster 2006: 59-89.
- Hermann, Michael; Leuthold Heiri: Atlas der politischen Schweiz. Ein weltanschauliches Porträt. Zürich 2003.
- Hermann, Michael; Leuthold Heiri: Der doppelte Gegensatz zwischen Stadt und Land. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension einer politischen Konfliktlinie. In: NZZ, 14.09.2005: 17.

- Hermann, Michael: Werte, Wandel und Raum. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenzen zum Wandel regionaler Mentalitäten in der Schweiz. Zürich 2006.
- Hermann, Michael: Was die Schweiz zusammenhält. Vier Essays zu Politik und Gesellschaft eines eigentümlichen Landes. Basel 2016.
- Hesse, Markus; Siedentop, Stefan: Suburbanisation and Suburbanisms – Making Sense of Continental European Developments. In: Raumforschung und Raumordnung 76/2 (2018): 97-108.
- Hettlage, Robert: Euro-Visionen. Identitätsfindung zwischen Region, Nation und transnationaler Union. In: Hettlage, Robert; Deger, Petra; Wagner, Susanne (Hg.): Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Religion, Nation, Europa. Opladen 1997.
- Heye, Corinna; Leuthold, Heiri: Sozialräumlicher Wandel in der Agglomeration Zürich. Konsequenzen von Suburbanisierung und Reurbanisierung. In: disP – The Planning Review, 42/164 (2006): 16-29.
- Kaina, Viktoria: Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union. Wiesbaden 2009.
- Knoepfel, Peter; Nahrath, Stéphane: Umwelt- und Raumordnungspolitik. In: Knoepfel, Peter; Papadopoulus, Yannis; Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Häusermann, Silja (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik. Zürich ⁵2014: 749-778.
- Kopp, Andreas: Europäische Identität als Kategorie des Europarechts. Tübingen 2002.
- Körner, Katharina: Identitätsstiftung durch den Europäischen Verfassungsvertrag. In: Magiera, Siegfried; Merten, Detlef; Niedobitek, Matthias; Sommermann, Karl-Peter (Hg.): Schriften zum Europäischen Recht 146. Berlin 2009.
- Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse, Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden. Weinheim ⁴2018.
- Kündig, Albert; Brand, Fritz; Gfeller, Esther; Maurer, Hans; Ruchti, Franziska; Rüedi, Christa; Stettler, Peter; Weber, Daniel: Münsingen. Geschichte und Geschichten. Münsingen 2010.
- Lascoumes, Pierre; Le Galès, Patrick: Introduction: Understanding Public Policy through Its Instruments – From the Nature of Instruments to the Sociology of Public Policy Instrumentation. In: Governance. An International Journal of Policy, Administrations, and Institutions 20/1 (2007): 1-21.

- Lavenex, Sandra; Manatschal Anita: Migrationspolitik. In: Knoepfel, Peter; Papadopoulus, Yannis; Sciarini, Pascal; Vatter, Adrian; Häusermann, Silja (Hg.): Handbuch der Schweizer Politik. Zürich ⁵2014: 671-694.
- Lendi, Martin: Geschichte und Perspektive der schweizerischen Raumplanung. Raumplanung als öffentliche Aufgabe und wissenschaftliche Herausforderung. Zürich 2018.
- Leuthold, Heiri; Hermann, Michael: Soziale Ungleichheit im Spannungsfeld von Stadt und Land. In: Sozialalmanach 10 (2007): 145-159.
- Lüthi, Christian: Ortsgeschichtsschreibung im Kanton Bern: Bestandsaufnahme und Trends der letzten Jahrzehnte. In: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 67/1 (2005): 1-36.
- Mayring, Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel ¹²2015.
- Milic, Thomas; Rousselot, Bianca; Vatter, Adrian: Handbuch der Abstimmungsforschung. Zürich 2014.
- Neumann, Iver B.: European Identity, EU Expansion and the Integration/Exclusion Nexus. In: Cederman, Lars-Erika (Hg.): Construction Europe's Identity. The External Dimension. London 2001: 141-164.
- Paesler, Reinhard: Stadtgeografie. In: Haas, Hans-Dieter (Hg.): Geowissen kompakt. Darmstadt 2008.
- Pfefferle, Heinz: ‚Politischer Regionalismus‘ und ‚Administrativer Rationalismus‘ in Vergangenheit und Gegenwart. In: Pfefferle, Heinz; Uffelman, Uwe (Hg.): Politischer Regionalismus. Identitätsstiftung und Neugliederung im Südwesten und anderen deutschen Bundesländern. Neuried 2009: 16-45.
- Pflaumer, Peter; Heine, Barbara; Hartung, Joachim: Deskriptive Statistik. München ⁴2009.
- Precht, Peter; Burkhard, Franz-Peter (Hg.): Metzler Lexikon Philosophie. Begriffe und Definitionen. Stuttgart ³2008.
- Rossi, Angelo: La decentralization urbaine en Suisse. Lausanne 1983.
- Rumelili, Bahar: Constructing Identity and Relating to Difference: Understanding the EU's Mode of Differentiation. In: Review of International Studies 30 (2004): 27-47.
- Salomon, Joëlle: Modes d'habiter, modes de planifier en Suisse: la ville mal-aimée? In: Luginbühl, Yves (Hg.): Nouvelles urbanités, nouvelles ruralités en Europe. Brüssel 2007: 59-66.

- Sarbin, Theodore, Roy: Place identity as a component of self: An addendum. In: *Journal of Environmental Psychology* 3/4 (1983): 337-342.
- Scheuss, Urs: Konflikttherd Agglomeration. Politische Gegensätze im urbanen Raum der Schweiz. In: Prof. Dr. Helms, Ludger; Prof. Dr. Keman, Hans; Prof. Dr. Kriesi, Hanspeter; Prof. Dr. Pelinka, Anton; Prof. Dr. Trechsel, Alexander; Prof. Dr. Vatter, Adrian (Hg.): *Politik und Demokratie in den kleineren Ländern Europas 7*. Baden-Baden 2013.
- Schmidtke, Oliver: Kollektive Identität in der politischen Mobilisierung territorialer Bewegungen: Eine analytische Perspektive. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung* 8/1 (1995): 24-31.
- Schmid, Christian: Die Wiederentdeckung des Städtischen in der Schweiz. In: Vittorio Magnago, Lampugnani; Thomas K. Keller; Benjamin, Buser (Hg.): *Städtische Dichte*. Zürich 2007: 31-39.
- Schmidt, Heinrich, Richard; Müller-Griehaber, Peter; Burri, Andreas, Burkhalter, Reto; Ramstein, Marianne; Adamek, Bernhard; Rudin, Sandro; Monatdon, Jens; Flückiger Strebler, Erika; Schmutz, Peter; Schihin, Olivier; Aebi, Ernst; Schüpbach, Andrea; Wernly, Simon; Weber, Daniel; Christen, Martin; Brodbeck, Thomas; Lussi, Adrian; Burkhard, Hugo; Ulrich-Bochsler, Susi; Wiederkehr, Markus; Jorio, Marco; Lüthi-Ott, Peter; Lädach, Markus; Egger, Marianne; Fuchser, Isidor: *Worber Geschichte*. Bern 2005.
- Schmidt, Manfred G.: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart ³2010.
- Schofer, Evan; Fourcade-Gournichas; Marion: The structural contexts of civic engagement. Voluntary association membership in comparative perspective. In: *American Sociological Review* 66/6 (2001): 215-220.
- Schuler, Martin; Perlik, Manfred; Pasche, Natacha: *Nicht-städtisch, rural oder peripher – wo steht der ländliche Raum heute? Analyse der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz*. Bern 2004.
- Schuler, Martin; Dessemontet, Pierre; Jemelin, Christophe; Jarne, Alain; Pasche, Natacha; Haug, Werner: *Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz*. Zürich 2007.
- Schweizerischer Bundesrat: *Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002*. Basel 2002.
- Schweizerischer Bundesrat; KdK; BPUK; SSV; SGV: *Raumkonzept Schweiz. Überarbeitete Fassung*. Bern 2012.
- Schweizerischer Bundesrat: *Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019*. Basel 2016.

- Siegenthaler, Hansjörg: Hirtenfolklore in der Industriegesellschaft. Nationale Identität als Gegenstand von Mentalitäts- und Sozialgeschichte. In: Marchal, Guy, Paul; Mattioli, Aram (Hg.): *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*. Zürich 1992: 23-36.
- Störkle, Mario; Durrer Eggenschwiler, Bea; Emmenegger, Barbara; Colette, Peter; Willener, Alex (Hg.): *Sozialräumliche Entwicklungsprozesse in Quartier, Stadt, Gemeinde und Region*. Luzern 2016.
- Stotten, Rita: *Das Konstrukt der bäuerlichen Kulturlandschaft. Perspektiven von Landwirten im Schweizerischen Alpenraum*. Innsbruck 2015.
- Ströbele, Maarit, Felicitas: What does Suburbia Vote for? Changed Settlement Patterns and Political Preferences in Three European Countries. In: Prof. Dr. Helms, Ludger; Prof. Dr. Keman, Hans; Prof. Dr. Kriesi, Hanspeter; Prof. Dr. Pelinka, Anton; Prof. Dr. Trechsel, Alexander; Prof. Dr. Vatter, Adrian (Hg.): *Politik und Demokratie in den kleineren Ländern Europas 14*. Baden-Baden 2017.
- Sulzer, Jürg; Desax, Martina: *Stadtwerdung der Agglomeration. Die Suche nach einer neuen urbanen Qualität*. Zürich 2015.
- Vatter, Adrian: *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden 2016.
- Vester, Heinz-Günter: *Kollektive Identitäten und Mentalitäten. Von der Völkerpsychologie zur kulturvergleichenden Soziologie und interkulturellen Kommunikation*. Frankfurt am Main 1996.
- Vobruba, Georg: *Die Dynamik Europas*. Wiesbaden 2007.
- Walter, François: *La Suisse urbaine 1750-1950*. Carouge-Genève 1994.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Frankfurt am Main 2010.
- Wehrhahn, Rainer; Sandner Le Gall, Verena: *Bevölkerungsgeographie*. In: Cyffka, Bernd; Schmude, Jürgen (Hg.): *Geowissen kompakt*. Darmstadt 2011.
- Wendt, Alexander: *Collective Identity Formation and the International State*. In: *American Political Science Review* 88 (1994): 384-396.
- Weichhart, Peter: *Raumbezogene Identität. Bausteine einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*. In: Meyen, Emil (Hg.): *Erdkundliches Wissen. Schriftenreihe für Forschung und Praxis* 102. Stuttgart 1990.

Zurfluh, Jolanda: Veränderung ländlicher Gemeinden durch Periurbanisierung. Auswirkungen des demographischen Wandels auf soziale Strukturen und politisches Wahlverhalten. Freiburg 2017, 110 S., http://www.unifr.ch/geoscience/geographie/assets/files/TRP_Zurfluh.Jolanda.pdf, 05.08.2019.

9.6. Internet-Ressourcen

Eidgenössische Statistik

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Im Rahmen des Monitorings ländlicher Raum verwendete Raumtypologien, <https://www.are.admin.ch/are/de/home/laendliche-raeume-und-berggebiete/grundlagen-und-daten/monitoring-laendliche-raeume.html>, zuletzt abgerufen am 06.04.20.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Detailkarte: Typologie des ländlichen Raums, <https://www.are.admin.ch/are/de/home/laendliche-raeume-und-berggebiete/grundlagen-und-daten/monitoring-laendliche-raeume.html>, zuletzt abgerufen am 06.04.20.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Daten zur Typologisierung ländlichen Raums, <https://www.are.admin.ch/are/de/home/laendliche-raeume-und-berggebiete/grundlagen-und-daten/monitoring-laendliche-raeume.html>, zuletzt abgerufen am 06.04.20.

Bundesamt für Statistik (BFS): Bevölkerung. Panorama, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846584.html>, zuletzt abgerufen am 06.08.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Raum und Umwelt. Panorama, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.7846580.html>, zuletzt abgerufen am 06.08.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Applikation der Schweizer Gemeinden – Raumgliederung. Agglomerationen 2012, https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_AGGL2012, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Applikation der Schweizer Gemeinden – Raumgliederung. Raum mit städtischem Charakter 2012, https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_RSC2012, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Applikation der Schweizer Gemeinden – Raumgliederung. Statistische Städte 2012, https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_RSC2012, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Gemeindetypologie 2012 mit 9 Kategorien. Münchenbuchsee, https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/12360_12482_3191_227/20593.html, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Gemeindetypologie 2012 mit 25 Kategorien. Münchenbuchsee, https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/12359_12482_3191_227/20387.html, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Applikation der Schweizer Gemeinden – Raumgliederung. Urbanisierungsgrad 2011 (DEGURBA eurostat), https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_DEGURB2011, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik BFS: Applikation der Schweizer Gemeinden – Raumgliederung. Gemeindetypologie 2000 (22 und 9 Typen), https://www.agvchapp.bfs.admin.ch/de/typologies/results?SnapshotDate=01.01.2019&SelectedTypologies%5B0%5D=HR_GDETYP2000, zuletzt abgerufen am 09.09.2019.

Bundesamt für Statistik (BFS): Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT). Frequently Asked Questions. Online Publikation, Version 2019: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.9526501.html>, 02.06.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Demografische Bilanzen für die Gemeinden Münchenbuchsee, Zollikofen, Jegenstorf und Bern. Abgerufen über die Interaktive Tabelle STAT-TAB, https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-0102010000_101/px-x-0102010000_101/px-x-0102010000_101.px, zuletzt abgerufen am 07.04.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Pendlerzahlen aus den Volkszählungen 1990 und 2000. Zur Verfügung gestellt durch das Bundesamt für Statistik auf Anfrage per Mail am 31. März 2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Eidgenössische Betriebszählungen für die Gemeinden Münchenbuchsee, Zollikofen, Jegenstorf und Bern 1995, 2001, 2005, 2008 (für die Sektoren zwei und drei). Zugestellt vom BFS über die Übermittlungsplattform Filetransfer. Datenschutzvertrag Nr. 200246.

Bundesamt für Statistik BFS: Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) für die Gemeinden Münchenbuchsee, Zollikofen, Jegenstorf und Bern 2011 bis 2017. Zugestellt über die Übermittlungsplattform Filetransfer. Datenschutzvertrag Nr. 200246.

Bundesamt für Statistik BFS: Resultate eidgenössische Volksabstimmungen für die Gemeinden Münchenbuchsee und Bern 1995 bis 2019. Abgerufen über die Interaktive Tabelle STAT-TAB: [https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-1703030000_101/px-x-1703030000_101.px/table/tableViewLayout2/?rxid=ce514921-4b60-4b56-9417-1ebac0ca9b19](https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-1703030000_101/px-x-1703030000_101/px-x-1703030000_101.px/table/tableViewLayout2/?rxid=ce514921-4b60-4b56-9417-1ebac0ca9b19); zuletzt abgerufen am 27.06.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Wahlergebnisse Nationalratswahlen für die Gemeinde Münchenbuchsee. Abgerufen über die Interaktive Tabelle STAT-TAB: [https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-1702020000_105/px-x-1702020000_105.px/table/tableViewLayout2/?rxid=722596bd-9bbc-4867-adc8-34788d6bb3b5](https://www.pxweb.bfs.admin.ch/pxweb/de/px-x-1702020000_105/px-x-1702020000_105/px-x-1702020000_105.px/table/tableViewLayout2/?rxid=722596bd-9bbc-4867-adc8-34788d6bb3b5), zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Arealstatistik Standard nach 4 Hauptkriterien für die Gemeinden Münchenbuchsee, Zollikofen, Jegenstorf und Bern 1979/82, 1992/97, 2004/09, 2013/18, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/bodennutzung-bedeckung/gesamtspektrum-regionalen-stufen/gemeinden.assetdetail.11007177.html>, zuletzt abgerufen am 01.04.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Arealstatistik Standard nach 17 Klassen für die Gemeinden Münchenbuchsee, Zollikofen, Jegenstorf und Bern 1979/82, 1992/97, 2004/09, 2013/18, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/bodennutzung-bedeckung/gesamtspektrum-regionalen-stufen/gemeinden.assetdetail.11007176.html>, zuletzt abgerufen am 01.04.20.

Bundesamt für Statistik BFS: Definition ständige Wohnbevölkerung:

<https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwiD0b2gj-PpAhUoyaYKHYWZBD4QFjAAegQIAxAB&url=https%3A%2F%2Fwww.bfs.admin.ch%2Fbfsstatic%2Fdam%2Fassets%2F37338%2Fmaster&usq=AOvVaw2FHdNfJ2Iv4NxxXCUF4HfA>, zuletzt abgerufen am 02.06.20.

Bundesamt für Statistik BFS: Definition der Agglomerationsgürtelgemeinde:

<https://www.media-stat.admin.ch/web/apps/glossary/index.php?n=glo-1097-de>, zuletzt abgerufen am 06.07.2020.

Bundesamt für Statistik BFS: Definition der Agglomerationen: <https://www.media-stat.admin.ch/web/apps/glossary/index.php?n=glo-124-de>, zuletzt abgerufen am 06.07.2020.

Bundesamt für Umwelt BFU: Europäisches Landschaftsübereinkommen. Kapitel I Allgemeine Bestimmungen. Art. 1a Begriffsbestimmungen, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20111702/index.html#a1>, zuletzt abgerufen am 10.09.2019.

Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung: Onlineversion des Raumplanungsgesetzes, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19790171/index.html>; zuletzt abgerufen am 02.06.2020.

Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung: Onlineversion der Schweizer Bundesverfassung, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html>, zuletzt abgerufen am 02.06.2020.

Die Bundeskanzlei der Schweizer Eidgenossenschaft:

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis375.html>, zuletzt abgerufen am 28.06.2020.

Die Bundeskanzlei der Schweizer Eidgenossenschaft:

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis212t.html>, zuletzt abgerufen am 28.06.2020.

Einwohnergemeinde Münchenbuchsee

Sitzungen des Grossen Gemeinderats 2018 und 2019:

2. Sitzung 2018,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=5b6e07916e47f85241230db5253ca4de.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

3. Sitzung 2018,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=c4fdbd0d46984c9244927bd60bf82367.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

4. Sitzung 2018,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=4cab72426330a9570e9ffca02ada624.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

5. Sitzung 2018,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=aa0b3afb1196e4f6d4025f55be1d715.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

1. Sitzung 2019,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=4dcebeb8ea600f5588ac93c010660529.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

6. Sitzung 2019,

<https://www.muenchenbuchsee.ch//traktanden.php?f=e8386ec1e9a687fb6bfca63b1b7a49b4.pdf>, zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

Beschrieb des GR,

[https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/55/Gemeinde/Politik/Gemeinderat%20\(GR\)](https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/55/Gemeinde/Politik/Gemeinderat%20(GR)), zuletzt abgerufen am 26.06.2020.

Beschrieb des GGR,

[https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/54/Gemeinde/Politik/Grosser%20Gemeinderat%20\(GGR\)](https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/54/Gemeinde/Politik/Grosser%20Gemeinderat%20(GGR)), zuletzt abgerufen am 26.06.2020.

Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats (GO GGR). Genehmigt an der GGR-Sitzung 9. Dezember 2010 mit Teilrevision vom 05.12.2019 (Ergänzung Art. 48). Münchenbuchsee 2019, <https://www.muenchenbuchsee.ch/pdf.php?f=f3a99b371fee3b961ea8018427c598d0.pdf>, zuletzt abgerufen am 16.06.2020.

Lokale Abstimmungsvorlagen und -resultate:
<https://www.muenchenbuchsee.ch/artikel/2921/Gemeinde/Politik/Abstimmungen%20und%20Wahlen/Resultate/Resultate%202020>; zuletzt abgerufen am 02.04.2020.

Kanton Bern

Pendlermatrix der Gemeinde Münchenbuchsee für die Jahre 2011 und 2014, https://www.bve.be.ch/bve/de/index/mobilitaet/mobilitaet_verkehr/mobilitaet/grundlagen_mobilitaet/Pendlerstatistik.html, zuletzt abgerufen am 25.03.2020.

Staatskanzlei des Kantons Bern: Erläuterung Zusatzstimmen, https://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/wahlen/wahlen_2014/hintergrundwissen.html; zuletzt abgerufen am 26.06.20.

Schweizer Radio Fernsehen

Michel, Felix; Metzler, Aline; Schmidli, Julian; Zehr, Angelo: Historischer Sieg der Grünen. Die Grosse Nachwahlanalyse in Grafiken. Online publiziert am 21.10.2019, <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019/historischer-sieg-der-gruenen-die-grosse-nachwahlanalyse-in-grafiken>, zuletzt abgerufen an 01.06.2020.

Anhang

Abstimmungsvorlagen in Zusammenhang mit dem Unterkapitel «Themenpolitik»:

Zeitraum	1995 - 2002	2003-2010	2011-2019
politische Themenfelder			
Sozialpolitik	<p>25. Juni 1995: Volksinitiative «zum Ausbau von AHV und IV»</p> <p>13. Juni 1999: Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung</p>	<p>11. März 2007: Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»</p> <p>07. März 2010: Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)</p>	<p>24. November 2013: Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne»</p> <p>18. Mai 2014: Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»</p>
Finanz- und Wirtschaftspolitik	<p>12. März 1995: Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und</p>	<p>28. November 2004: Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der</p>	<p>11. März 2012: Bundesgesetz über die Buchpreisbindung</p> <p>25. September 2016: Volksinitiative «Für eine nachhaltige und</p>

	<p>leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft»</p> <p>02. Dezember 2002: Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer»</p>	<p>Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)</p> <p>28. November 2010: Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb»</p>	<p>ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»</p>
Aussenpolitik	<p>08. Juni 1997: Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»</p> <p>04. März 2001: Volksinitiative «Ja zu Europa!»</p>	<p>05. Juni 2005: Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und Dublin</p> <p>26. Oktober 2006: Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas</p>	<p>17. Juni 2012: Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»</p> <p>25. November 2018: Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»</p>
Migrationspolitik	<p>01. Dezember 1996: Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung»</p>	<p>24. September 2006: Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer</p>	<p>09. Februar 2014: Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»</p>

	<p>24. September 2000: Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung»</p>	<p>28. November 2010: Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Abschaffungsinitiative)»</p>	<p>28. Februar 2016: Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»</p>
<p>Umweltpolitik</p>	<p>24. September 2000: Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt</p> <p>24. September 2000: Volksinitiative «für einen Solarrappen»</p>	<p>18. Mai 2003: Volksinitiative «Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»</p> <p>29. November 2009: Bundesbeschluss «zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr»</p>	<p>27. November 2016: Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie»</p> <p>21. Mai 2017: Energiegesetz (EnG)</p>